



Wir trauern um Kürsat Timuroglu

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 268, 10. 3. 88

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

C 21734 E

Förderpreis
DM 5,-

STAMMHEIM

Gespräche und Interviews mit Christiane Ensslin,
Jürgen Flimm und Reinhard Hauff

Seiten 13 - 24

Was war Stammheim wirklich? Diese Frage stellt sich vielen Menschen, seit das Buch von Stefan Aust „Der Baader-Meinhof-Komplex“ und der „Stammheimfilm“ auf dem Markt sind. Viele, die die damalige Zeit als bewußte Linke miterlebt haben, fragen sich, ob Buch und Film tatsächlich die Wirklichkeit widerspiegeln oder ob hier einseitig Geschichte geschrieben wird. Hierüber haben wir Gespräche geführt, sowohl mit dem Autor (in der letzten Ausgabe des AK), dem Regisseur, Reinhard Hauff, und dem Förderer Jürgen Flimm, Intendant des Hamburger Thalia-Theaters, als auch mit einer kompetenten Kritikerin, der Schwester von Gudrun Ensslin, Christiane Ensslin, die seit dem Tod ihrer Schwester den Vorkommnissen der Todesnacht nachspürt und den Staatsorganen schon so manche unbequeme Frage gestellt hat.

Was war Stammheim?

APO und RAF / Antiterrorkampagne / „Deutscher Herbst“ / „Wunder“ und „Spur 6“ / Isolationshaft

Wir haben noch einmal die Fragen zusammengetragen, die 1977 die Zweifel an der sofort verkündeten Selbstmordversion begründeten, Fragen die im Film gar nicht und im Buch oberflächlich behandelt werden.

Wir haben die politische Situation nachgezeichnet, die 1977 im „Deutschen Herbst“ bestand, dem Höhepunkt einer jahrelangen Jagd auf den Staatsfeind Nr. 1, eine Jagd, die nicht nur dieser kleinen Gruppe der Stadtguerilla galt, sondern dem gesamten Teil der APO-Linken, die sich nicht bei den staatstragenden Parteien wieder gefunden hatte. Die Auswirkungen dieser Jagd und des „Deutschen Herbstes“ sind bekannt und sie sind letztlich der Kern der heute ausgebrochenen Debatte um Buch und Film.



Aus dem Inhalt

Frauen

„Frauen stürmt die Arbeitsämter — meldet auch arbeitslos! „Unter diesem Motto wurde in einigen Städten lautstark demonstriert.“ Seite 10

Was bringt das Erziehungsgeldgesetz den Frauen? Eine Analyse auf Seite 10

Mit dem neuen Scheidungsrecht wird das Schuldprinzip zu Lasten der Frauen wieder eingeführt. Seite 11

Israel — UdSSR

Anatoli Schtscharanski wurde ein jubelnder Empfang in Israel bereitet. Wir berichten über die jüdische Auswanderung aus der UdSSR Seite 20

Golfkrieg

Bahman Nirumand, früherer Gegner des Schahs wie jetzt Khomeini, sprach bei einer Veranstaltung zum Golfkrieg über die Rolle des Iran. Wir dokumentieren seine Rede auf Seite 35

Rambo

„Die Ära der Skrupel ist vorbei“, ließ Reagan bei seinem Antritt wissen. „Conan, der Barbar“, „Rocky“ und vor allem „Rambo“ sind die filmischen Umsetzungen dieser Devise. „Hollywood macht mobil“ — ein Beitrag von Wolf Donner auf Seite 40

Philippinen

Marcos gestürzt, die Oligarchie bleibt

Mit Ferdinand Marcos hat in diesem Jahr schon der zweite Diktator das Handtuch geworfen. Die Wahlen am 7. Februar, die eigentlich Marcos angeschlagenes Image aufpolieren sollten, wurden ein einziges Desaster für ihn. Die Opposition verstärkte den Druck auf Marcos und auch außerhalb der Philippinen wurde offen von Betrug gesprochen. In einer Trotzreaktion ließ sich Marcos von seinen Lakaien im Parlament noch einmal zum Präsidenten proklamieren, noch einmal wollte er seine Stärke und Entschlossenheit demonstrieren, aber weder die USA noch das Militär wollten sich länger für Marcos die Hände schmutzig machen. Dem zutiefst enttäuschten Marcos blieb nur noch die Wahl, ins Exil zu gehen.

Zur gleichen Stunde feierte das philippinische Volk das Ende der 21-

jährigen, blutigen Marcos-Diktatur. Seit der Verhängung des Kriegsrechts wurden 70.000 Filipinos aus politischen Gründen verhaftet. Seit 1973 sind etwa 2.500 Fälle von staatlichem Mord dokumentiert. Hinzu kommen noch über 500.000 Menschen, die in strategische Wehrdörfer zwangsumgesiedelt worden sind, um die „Neue Volksarmee“ (NPA) von ihrer Basis abzunabeln. 21 Jahre der Marcos-Herrschaft bedeutet aber auch, daß heute 70-80 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, 70 Prozent der Kinder unterernährt sind und die Arbeitslosenrate bei etwa 40 Prozent liegt. Neben diesem Erbe hinterläßt Marcos noch eine Auslandsverschuldung von ungefähr 30 Milliarden US-Dollar.

Fortsetzung auf Seite 32

Parteitag der KPdSU

Abschied vom Stalinismus?

Rudolf Augstein pflegt der Sowjetunion in regelmäßigen Zeitabständen ihr Ende zu prophezeien: Ihre Gesellschaftsform, ihr Produzieren und Konsumieren, ihre Verwaltung seien nicht nur hoffnungslos veraltet, sondern auch nicht überlebensfähig. Es ist nicht schwer, den Wunsch als Vater dieses Gedankens zu identifizieren. Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich die ungelösten politischen und wirtschaftlichen Probleme des „Staates der Oktoberrevolution“ seit geraumer Zeit zusammenballen. Generalsekretär Gorbatschow hat eine Kampfansage formuliert. Auf dem 27. Parteitag der KPdSU griff er wie schon zuvor offen und scharf bürokratische Mißstände an und verkündete eine „radikale Reform“. Nichts werde sich

von allein einrenken und in das alte Gleis zurückkehren. „Das wird es nicht geben, Genossen!“

Abschied vom Stalinismus? Jedenfalls Abschied von der Lethargie. Der Parteichef prangerte „das Festhalten am Alten, den fehlenden Blick für das Zeitgemäße, den Hang zum Überorganisieren, die Gewohnheit, um die Sache herumzureden, die Angst davor, den wirklichen Sachverhalt offenzulegen“ an. Für den KB Anlaß, sich zu fragen, ob wir uns das ebenfalls zu Herzen nehmen sollten oder ob wir's schon immer gesagt haben.

„Taufwetter“ macht die Sowjetunion für die westliche Linke wieder interessanter, attraktiver. Der neue Stil, gelegentlich die eingefahrenen Bahnen offizieller Parteiphraseregeln zu ver-

lassen, Schwächen einzugestehen und — begrenzt — zur kontroversen Diskussion aufzufordern, steht im angenehmen Kontrast zu den Gepflogenheiten der Brezhnev-Ära. Aber wie weit das geht? Und wohin?

Eine erste Einschätzung der von den Kräften um Gorbatschow befürworteten Veränderungen in der sowjetischen Innenpolitik auf



Seite 25

Marcos lebt, Reagan ist Präsident,

Palme ermordet

Olof Palme, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und Ministerpräsident der Republik Schwedens, ist am 28.2.1986 ermordet worden.

Man braucht kein Anhänger der Sozialdemokratie zu sein, um den Menschen und Politiker Olof Palme zu betrauern und um Respekt und Anerkennung für sein Leben und Werk zu bezeugen.

Die Umstände seines Todes stehen diametral dem entgegen, wofür er Zeit seines Wirkens eingetreten ist: friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker, Toleranz, friedliche Koexistenz.

Geht man die Liste der Staatsoberhäupter durch, so käme man mit Sicherheit auf eine Vielzahl von Namen, bei denen man sich weniger wundern

würde, wenn sie einem Attentat zum Opfer fallen würden. Ein Diktator gegenüber dem eigenen Volk, ein imperialistischer Herrscher über ein anderes Volk oder ein kriegsführender oder ein kriegsandrohender Präsident war er Zeit seines Lebens jedenfalls nicht. Dies kann er also nicht gewesen sein, was die Hand seines Mörders geführt hat.

Ohne Übertreibung und ohne falschen Pathos kann behauptet werden, daß die Mehrzahl des schwedischen Volkes um ihn trauert, über parteipolitische und ideologische Grenzen hinweg, auch kann behauptet werden, daß der demokratisch gewählte Teil der Weltöffentlichkeit, soweit er denn diesen Mord zur Kenntnis nimmt, anläßlich dieses Mordes trauert.

Fortsetzung auf Seite 2



Hunderttausende demonstrierten am 6. März gegen die geplante Änderung des § 116 (im Bild: 80.000 auf dem Hamburger Rathausmarkt). Macht die Bundesregierung unter „dem Druck der Straße“ einen Rückzieher? Artikel auf S. 3

Fortsetzung von Seite 1

Kommentar: Marcos lebt, Reagan ist Präsident, Palme ermordet

Aber dieser Olof Palme, der heute in jeder Presse als der unbeschnittene Demokrat und Friedensanhänger gefeiert wird, hat sich mit seinem Engagement nicht nur Freunde gemacht.

Wir, die diese Zeitung machen, erinnern uns gut an die Zeit des Vietnamkriegs, als er die Bombenangriffe der USA auf die Zivilbevölkerung Nord-Vietnams mit den Massakern in Oradour, Guernica und Treblinka verglich und den Krieg der USA in Vietnam als Völkermord angriff. Wir erinnern uns, daß er gegen alle Anfeindungen aus dem bürgerlichen Lager das Vietnam-Tribunal unterstützte. Und wir erinnern uns, daß während seiner Regierungszeit desertierende US-Soldaten des Vietnamkriegs Unterschlupf und Asylrecht in Schweden bekamen. Und — bei aller sozialdemokratischen Halbherzigkeit — erinnern wir uns auch, daß er hierfür die diplomatischen Beziehungen zu den USA einfror. Er scheute sich als Präsident eines westlich orientierten Landes auch nicht, das Vorgehen der USA gegen

Nicaragua gleichzusetzen mit dem Krieg der UdSSR in Afghanistan.

Wir haben seine immer wieder vorgebrachten Vorschläge für ein entmilitarisiertes Europa, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa als unzureichend, illusionär und nicht den realen Gegebenheiten entsprechend angegriffen, aber dennoch müssen wir konstatieren, daß er bei aller sozialdemokratischen Beschränktheit immer ein Mann und Vertreter des friedlichen Weges zwischen den Blöcken gewesen ist. Womit er sich auch wohltuend unterschied von Vertretern der hiesigen Sozialdemokratie, die friedliche Koexistenz im Munde führt, militärische Drohung und „Abschreckung“ aber für das Normalste auf der Welt hält.

„Über die Toten nur Gutes“, dies hindert uns nicht daran, zu sagen, daß Olof Palme auch Sozialdemokrat und sozialdemokratischer Ministerpräsident eines kapitalistischen Landes gewesen ist, unterlag und unterwarf sich

den Zwängen, die diese Gesellschaft hervorruft. Seine verbal geäußerte, radikale Gegnerschaft zur Apartheid in Südafrika hatte beispielsweise da seine Grenzen, wo die schwedische Wirtschaft „existenzielle Interessen“ an dem Handel mit dem Regime anmeldete. Seine „Übereinstimmung mit dem Volk“ endete da, wo die schwedische Industrie existenzielles Interesse an der Atomenergiebetriebsartikulation, er sich zum Befürworter dieser Interessen machte und in einer Volksabstimmung eine Niederlage einstecken mußte.

„De mortuis nil nisi bene“ sagt der Lateiner und in heuchlerischer Manier hält sich beispielsweise die US-Administration an diesen Wahlspruch. Ist erst einmal ein unbequemer Widersacher beseitigt, nennt Ronald Reagan, seines Zeichens Präsident dieser Repu-

blik, Olof Palme „einen der angesehensten Politiker der Welt“ und preist seine Verdienste um „demokratische Werte und Frieden“. Man fragt sich, ob dies nur pietätlos ist, oder ob Spuren verwischt werden sollen.

Olof Palme, ein Sozialdemokrat par excellence, aber eben kein allmächtiger, ein Sozialdemokrat, der zumindest in der Kriegs- und Friedensfrage abhingen den Strom zu schwimmen vermochte, der friedliche Koexistenz selbst dann noch verfolgte, als sie von Seiten der NATO schon aus der Mode war, der den Konflikt zwischen den imperialistischen Mächten und den Ländern der Dritten Welt nicht nur als Gefahr sondern auch als berechtigten Anspruch dieser Nationen sah, ein gerechteres Verhältnis in der Welt herzustellen.

Auch wenn wir wissen, daß diese Gerechtigkeit nicht durch Ausgleich zu den imperialistischen Mächten zu erzielen ist, was sicherlich einem Olof Palme vorgeschwebt hat, ist doch auch sicher, daß allein dies schon den Herrschenden dieser Welt ein Dorn im Auge war.

Dies alles führt zu dem Schluß, daß kein fortschrittlich denkender Mensch ein Interesse an seiner Ermordung haben konnte, sondern sein Mörder wußte, daß er nicht hundertprozentig aus, daß es auch völlige Wackelpfoten geben könnte, die ihn als „sozialdemokratischen Verräter“ auf dem Gewissen haben. Denkt man politisch, sollte man jedoch die Spur in anderer Richtung suchen.



In Sorge um Schwedens Neutralität

Will Palme die Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellen?

G. MEHNER, Stockholm

Nach Jahren eines abgekühlten Nebeneinanders ist Schweden in seinen Beziehungen zur Sowjetunion zu einem Neuanfang bereit. Im April wird Ministerpräsident Olof Palme einen offiziellen Besuch in Moskau erwandern. Er soll sich schon erneut im russischen Außenministerium treffen. Falls dieser Besuch noch vor der Osterferien abgeschlossen werden sollte, beide Seiten gehen von Mitte 1985 als der erste stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Malyschew den Besuch vorbereiten, betont nachsichtig miteinander um.

Jüngster Höhepunkt war ein Statement des Flottenadmirals und stellvertretenden Verteidigungsministers Tschernomir, der als Oberbefehlshaber der sowjetischen Marine „mit höchster Ernsthaftigkeit“ erklärte, daß sich keine unserer Unterwasserboote in den Hoheitsgewässern Norwegens oder Schwedens befindet. Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums sekundierte: schwedische Berichte über angebliche russische Verletzungen der territorialen Integrität des Landes gingen von „gewissen antisowjetischen Kreisen“ aus, die eine Verbesserung der Bezie-

hungen zwischen Moskau und Stockholm zu hinterfragen trachteten. Nachdem 1981 das sowjetische U-Boot „U 137“ im militärischen Sperrgebiet vor Karlskrona strandete, war dies der Beginn einer Protestperiode zwischen Moskau und Stockholm.

Das sicherheitspolitische Muster in Nordeuropa bestrebe weiterhin, und die schwedische Neutralität sei ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung dieser Region, hatte Palme zu Beginn der jüngsten Regierungsperiode erklärt. Beide Aussagen werden vom nördlichen Partner und NATO-Mitglied Norwegen mittlerweile massiv in Frage gestellt. Norwegische Offiziere fürchten, das schwedische Verteidigungspotential könne sich zur Bedrohung dieser Region wandeln. Im Rahmen einer von der norwegischen Verteidigungshochschule veranstalteten Konferenz wurde ganz unverhohlen die Frage gestellt, ob die nachlassenden schwedischen Verteidigungsanstrengungen und das schwedische Auftreten gegenüber der Sowjetunion eine beginnende Anpassung an „neue machtpolitische Realitäten“ sei. Der schwedische Neutralitätsbegriff, so

die Meinung vieler Konferenzteilnehmer, schließe heute nicht mehr aus, daß das schwedische Territorium oder der schwedische Luftraum für eine Aktion gegen Norwegen angegriffen werde. Die herrschende NATO-Verteidigungsdoctrin unterstellt aber eben dies, daß der schwedische „Schutzschild“ noch intakt ist.

Dabei erkennen auch die Norweger durchaus an, daß für die Sowjetunion im Bereich Nordeuropas, dem Ausfalltor zu den Weltmeeren, lebenswichtige Interessen auf dem Spiele stehen. Die NATO-Abschreckung in diesem Bereich dürfe nicht provozierend wirken. Keine Stationierung von fremden Truppen oder Atomwaffen im Norden trage dem Rechnung. Aber selbst auf einem abgesenkten Niveau schneidet Schweden den norwegischen Verteidigungserwartungen nicht mehr zu entsprechen.

Der konservative schwedische Reichstagsabgeordnete Carl Bildt kritisiert, daß die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik in einem „wolkigen Internationalismus“ schwelge. Schweden aber über keine Europapolitik verfüge, die ihren Namen wert sei.

Nur Spekulationen über Palmes Mörder Nur Spekulationen über Palmes Mörder

Wenn ein Mord an einer so bedeutenden und hochgestellten politischen Persönlichkeit wie Olof Palme verübt wird, dann liegen die Spekulationen über die Urheberschaft für den Mord selbstverständlich zunächst im politischen Bereich. Man fragt sich dann, wer die größten politischen Feinde dieses Menschen gewesen sind, um Rückschlüsse auf die Motive des Täters und die Person bzw. die Organisation bzw. die Macht zu ziehen, die ein Interesse am Tod dieser Person gehabt haben könnte.

Schaltet man persönliche oder rein irrationale Motive aus, was mit Sicherheit niemals gemacht werden kann, so stellt sich die Frage danach, wer die hauptsächlichsten Nutznießer dieses Mordes sein könnten. Auffallend ist, daß in diesem Fall jede große Politik aus dem Spiel gelassen wird. Jeder

weiß, daß der Sozialdemokrat Palme mit seinem beharrlichem Insistieren auf den Entspannungsprozeß zwischen Ost und West und auf seinem unermüdlichen — sicher auch illusionärem — Eintreten für radikale militärische Abrüstung der derzeit herrschenden NATO-Doktrin ein absoluter Dorn im Auge gewesen ist. Beispielsweise stand für den April wiederum eine Reise in die UdSSR bevor, auf der er sich für eine entmilitarisierte Zone in Europa einsetzen wollte, wofür er bei der gegenwärtigen Führung der KPdSU offene Ohren gefunden hätte — nicht aber im eigenen Lager der Westmächte. Hier sind die Gegner zu suchen, die sich Palme auf der Ebene der Weltpolitik zu Feinden gemacht hat, auf der Ebene also, wo viel entschieden wird.

Ebenfalls hat er sich Feinde gemacht, indem er die Politik der USA gegenüber Nicaragua angegriffen hat, oder die Politik der Westmächte gegenüber der Republik Südafrika. „Selbstamerweise“ kommt kein Zeitungskommunikant auf die Idee, hier die Urheberschaft für den Mord zu suchen. Stattdessen wird in aller Selbstverständlichkeit sein Engagement gegen den Vietnamkrieg u.a. als Verdienst hervorgehoben — nach seinem Tod —, ohne ernsthaft zu fragen, ob diejenigen, die hierdurch in der Welt diskreditiert wurden, ein Interesse an seinem Tod hätten haben können. Ebenfalls wird ernsthaft gefragt, ob sein Engagement für den „Entspannungsprozeß“, wie er derzeit in den Hauptquartieren der NATO-Nationen nicht mehr geliebt wird — eine Ursache für seinen Tod sein könnte.

Wir wollen gar nicht behaupten, daß alle Mörder in diesen Reihen zu suchen sind, wollen aber darauf hinweisen, daß, wenn politischer Mord angenommen wird, alle Möglichkeiten eingeklamert werden müssen und daß keinerlei Überlegungen über die hauptsächlichsten Feinde außer acht gelassen werden dürfen.

Die einzigen Spuren, die heute von der bürgerlichen Presse verfolgt werden, bewegen sich alle entweder in der linken oder sich so nennenden Szene, allenfalls werden rechtsradikale Exilorganisationen oder psychopathische Gruppierungen ins Spiel gebracht.

Zunächst wird die RAF genannt, für die als einzige Organisation telefonische Bekenntnisse existieren. Für jeden Eingeweihten haben diese wenig Beweiskraft, da es außerhalb eines weit zurückliegenden Rachedankens keinerlei Anhaltspunkte gibt. Unbekannt ist für die RAF bisher die Praxis, Attentate oder Angriffe außerhalb der BRD bzw. außerhalb der Hoheitsgewalt der BRD zu begehen. Alle Stellungnahmen der RAF aus den vergangenen Jahren beweisen zudem, daß sie sich ausschließlich auf die NATO und die USA als Zielobjekt konzentriert. Unbekannt für die RAF sind bisher

auch reine Racheakte, die nichts mit der derzeitigen Tätigkeit dieser Organisation zu tun haben. Allerdings gibt es trotz der verschiedenen angeblichen Bekenntnisse aus der RAF keinerlei distanzierende Stellungnahme. Auch wenn es bisher nicht Praxis dieser Gruppe gewesen ist, sollte doch erwartet werden, daß sie sich hierzu äußert.

Eine weitere Spur wurde zur PKK (Kurdische Arbeiterpartei) gelegt, was auch einem Teil der Linken derzeit sehr schnell von den Lippen ging. Die möglichen Motive dieser Gruppierung liegen darin, daß zwei ihrer Anhänger

wegen Mordes an Dissidenten ihrer Organisation in Schweden zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden sind, der letzte zwei Tage vor dem Mord an Palme. Ein zusätzliches Indiz soll sein, daß Palme von der PKK als einer der Hauptbetreiber der Liquidationskampagne der Sozialdemokratie gegen die PKK bezeichnet worden ist. Die PKK hat sich jedoch in einer Stellungnahme drei Tage nach dem Mord eindeutig von dieser Tat distanziert (siehe Kasten) und dies in einer Weise, die für Anschuldigungen nur noch den Schluß zulassen würde, daß sie auf der ganzen Linie lügen würde. Auch würde es der Praxis dieser Gruppe widersprechen, sich von Morden, die von ihr zu verantworten sind, zu distanzieren.

Andere Spuren wurden bisher offensichtlich nicht genannt oder wurden fallen gelassen.

Dafür werden aber von der bürgerlichen Presse völlig willkürlich Spuren gelegt, insbesondere von der BILD, die wieder einmal die PLO hinter allem vermutet: „Palme-Mord: Weiß Arafat mehr?“ lautete die Schlagzeile am 5.3.86. Wieder wird die „Truppe 17“ verantwortlich gemacht, die „Leibwache“ Arafats. Angeblich hat diese Gruppe der Einwanderungsministerin wegen der Verhaftung eines illegal eingereisten PLO-Mitglied gedroht. Palme sei darüber so erbost gewesen, daß er Arafat persönlich angerufen habe — ein starkes Motiv für einen Mord!

Selbstverständlich ist nicht auszuschließen, daß eine durchgeknallte Gruppe oder Person diesen Anschlag verübt hat, vielleicht ist dieses sogar die wahrscheinlichste Möglichkeit, aber wenn man überhaupt schon den Strang eines politischen Mordes verfolgt, dann sollte man doch in erster Linie die Täter unter denjenigen suchen, die sich durch die Person Palme am meisten angegriffen gefühlt haben bzw. deren politischen Optionen am meisten gestört worden sind.

Oder traut man diesen einen politischen Mord nicht zu?

Stellungnahme der PKK zum Mord an Olof Palme

„Das schwedische Volk und die Menschheit haben am 28. Februar 1986 einen wertvollen, friedliebenden Menschen verloren. Der Mord wurde durch einen gemeinsamen Komplott des CIA-MIT-MOSAD durchgeführt. Durch dieses Komplott gegen den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme versuchen die reaktionären Kräfte der Welt den internationalen Friedensbemühungen einen Schlag zu versetzen. Es ist kein Zufall, daß dieser Mord in einer Zeit verübt wurde, in der die reaktionären Kreise stärker entlarvt wurden und sich die Friedensbemühungen auch durch das aktive Engagement Palmes intensivierten.“

„In Zusammenarbeit mit CIA, MIT und MOSAD hat die Geheimdienstorganisation Schwedens, SÄPO, im August 1985 behauptet, daß die „PKK Palme zu töten beabsichtigt“ und versuche damit, den Namen unserer Partei mit solchen niederrangigen Provokationen in Zusammenhang zu bringen. So sehr auch die patriotischen Kurden in Schweden einigen Praktiken ausgesetzt wurden, sind die Freundschaftsbeziehungen zwischen unserem Volk und diesem friedliebenden Menschen nicht beschädigt worden und wir haben weiterhin existiert.“

Nach der hinterhältigen Ermordung

von Olof Palme haben an erster Stelle die türkischen Zeitungen Hürriyet, Milliyet und Tercüman, gewisse Kreise in der BRD und die ARD den Versuch gestartet, unsere Partei mit dieser schmutzigen Provokation in Zusammenhang zu bringen. Wir protestieren auf die schärfste gegen diese Provokation und betonen, daß unsere Partei damit in keiner Weise zu tun hat. Aus all diesen Erklärungen ist offen zu erkennen, daß sich die Pläne und Komplote gegen unsere Partei richten.“

Es ist kein Zufall, daß Olof Palme von Seiten des CIA-MIT und MOSAD als Zielscheibe ausgewählt wurde. Um die nationalen Unabhängigkeitskämpfe zu verleumdern, den Friedensbemühungen einen Schlag zu versetzen, den Behauptungen des „Terrorismus“ und den Angriffen der Reaktion eine Legitimität zu verschaffen, wurde ein Mitglied des Friedenskampfes ermordet.

Unsere Partei protestiert gegen die hinterhältige Ermordung einer bei den Friedensbemühungen eine Führungsrolle ausübenden Person auf die schärfste. Wir betonen, daß wir mit unserer gesamten Kraft bei den Bemühungen zur Aufklärung dieses hinterhältigen Mordes auf der Seite der fortschrittlichen Menschen stehen werden.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: 040/43 33 20, 040/43 33 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abuf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, B.L.Z. 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.500 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abnehmers, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist nie dem Abnehmer mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Hunderttausende protestierten: Bundesregierung auf dem Rückzug?

Hunderttausende demonstrierten am 6. März gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgezet. Viele hatten unerlaubt ihre Arbeitsplätze verlassen und sich eindeutig politischen Streiks angeschlossen. Es waren die größten gewerkschaftlichen Protestaktionen dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik.

Gleichzeitig bahnt sich eine Niederlage der konservativ-liberalen Bundesregierung an. Die seit November anhaltenden gewerkschaftlichen Proteste haben Durchschlagskraft bewiesen und für die Regierung waren die Ereignisse der letzten Wochen eine Kette von Hiobbotschaften: Namhafte bürgerliche Experten stellten sich bei der Bundestagsanhörung gegen die Gesetzesänderung; das Frankfurter Sozialgericht entschied, der „Frankfurter-Erlass“ von 1984 — Grundlage für die Gesetzesänderung — ist rechtswidrig, Kurzarbeitergeld für die kalt ausgesperrten mußte gezahlt werden; das Iflas-Institut ermittelte: 64 % der Bundesbürger lehnen eine Änderung ab, nur 28 % sind dafür, selbst unter CDU-Anhängern herrsche mehrheitlich Gegnerschaft; Allensbach fragte, ob es bei der Gesetzesänderung um die Einschränkung des Streikrechts gehe — 48 % sagten ja, 30 % wußten nicht bescheid, 22 % meinten, es gehe um etwas anderes, doch nur 1 % der Bevölkerung „kennt das eigentliche Ziel der Gesetzesinitiative, den Paragraphen 116 klarer zu fassen“, wie die FAZ am 7.3. erbittert feststellt. Schließlich die katastrophale Wahlniederlage für CDU und FDP bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen und die Sorge eines weiteren Einbruchs im Juni in Niedersachsen. Fast schon resigniert zu nennen ist der FAZ-Kommentar vom 7.3.: „Beide Koalitionsparteien, so scheint es, blauen beim „116“ zum Rückmarsch. „Kabinett und Kapital“ haben die Gewerkschaften als die gefährlichsten Druckgruppen angeschwärzt; die Wahrheit, so zeigt sich wieder einmal, sieht ganz anders aus.“

Kompromiß Schiedsstelle?

All dies hat das Nachdenken über „Kompromisse“ beschleunigt. Favorit

Fast schon resigniert zu nennen ist der FAZ-Kommentar vom 7.3.: „Beide Koalitionsparteien, so scheint es, blauen beim „116“ zum Rückmarsch. „Kabinett und Kapital“ haben die Gewerkschaften als die gefährlichsten Druckgruppen angeschwärzt; die Wahrheit, so zeigt sich wieder einmal, sieht ganz anders aus.“

Kompromiß Schiedsstelle?

All dies hat das Nachdenken über „Kompromisse“ beschleunigt. Favorit

Ist dabei die zuegt von Biedenkopf (vgl. AK 266) ins Spiel gebrachte Schiedsstelle — positiv übernommen von den Sozialausschüssen, Albrecht und Dreger — „derzeit unter dem Titel „Neutralitätsausschuß“ gehandelt. Diese bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelte Stelle aus drei Unternehmern, drei Gewerkschaftern und mehreren „Neutralen“ soll die Auslegung von Zahlung oder Nichtzahlung des Kurzarbeitergeldes durch die Arbeitsämter übernehmen. Dieser Schachzug könnte durchaus die Gemüter etwas beruhigen. Dabei ist aber interessanter als diese Stelle die gesetzliche Grundlage, nach der sie zu entscheiden hat. Hier wird die Bundesregierung, wenn sie auf diese Linie einschwenkt, auf jeden Fall ihr altes Vorhaben durchzusetzen versuchen. Was dann in einer solchen Schiedsstelle passiert, hat der konservative Konstanzer Arbeitsrechtler Röhers in einem SPIEGEL-Interview exzellent beschrieben: „Wie eine Schiedsstelle entscheidet, das ist eine Frage der Besetzung. Das Recht fällt nicht vom Himmel, sondern wird von Menschen gemacht und gesprochen“. Ob damit nicht der Streit um den Paragraphen auf die Frage der Besetzung verlagert werde, fragt der SPIEGEL? „Das ist das Problem aller Schiedsstellen und Schlichtungsverfahren. Man kann es durch Ersatzlösungen regulieren. Wenn man sich über die neutralen Mitglieder nicht einigen kann, wird eine dritte Instanz bestimmt, die dann entscheidet, wer neutral ist“ (17.2.). Und so weiter, möchte man da hinzufügen.

Wie die Regierung bis zur geplanten Gesetzesverabschiedung am 21. März entscheidet, ist unklar. Ob sie durchzockt (ein anderer FAZ-Kommentator hofft am 6.3.: „daß selbst das unstrittene Thema, wenn es im Parlament „abgehakt“ worden ist, plötzlich an Interesse verliert“) oder Kompromisse sucht — im ersten Fall würde sie sich sicherlich eine Punktniederlage, im zweiten sogar eine mit technischem k.o. einhandeln, war doch die von den Kapitalistenverbänden gewollte Klärungsabsicht, gesetzliche Zweifel an der Nichtinanspruchnahme der Kassen der BfA bei kalten Aussperrungen zu

beseitigen. Die wäre aber bei der Schiedsstelle nur unzureichend durchgesetzt, da veränderte Machtverhältnisse bei Wahlen eine veränderte Zusammensetzung bringen würde. Gesetz aber sind schwerer reversibel.

Wählt SPD!

Bleibt der Sieg für Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die SPD werde, so Vogel, bei Regierungsübernahme den neuen § 116 sofort aufheben. Das dürfte zwar nicht so reibungslos laufen wie es sich anhört, macht sich als Wahlversprechen vor dem Hintergrund der Stimmung im Volke nicht schlecht. Und: es kostet die Sozialdemokratie herzlich wenig, da sie nicht mehr verspricht, als Erhalt des status quo, „sozialer Frieden“ made in Germany. Einfacher konnte diese Bundesregierung Opposition nicht machen. Auch die Gewerkschaften haben sich zunehmend nur noch auf die teilweise von konservativen Rechtsanwaltern gestützte Linie der Verteidigung des § 116 verlegt. Wie heißt es doch im DGB-Aufruf zum 6. März? „Wir rufen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien erneut auf, unabhängigen Gerichten die Entscheidung über die Auslegung des geltenden Rechts zu überlassen und davon abzusehen, den Richtern die Entscheidungsgrundlage durch ein gesetzgeberisches Eilverfahren zu entziehen.“ Weg mit § 116! hätte es ja eigentlich heißen müssen, schließlich legalisiert dieser Paragraph auch die Aussperrung. Verbot der Aussperrung wird in den radikalen Reden dieser Zeit



schon mal gefordert, ist aber bei der empfindsamen Rücksichtnahme von Gewerkschaften und Sozialdemokratie auf den „sozialen Konsens“ außer in der unmittelbaren Nachkriegszeit nie ernsthaft verfolgt und vertreten worden. So sehr der Angriff auf die Verschlechterung gewerkschaftlicher Tarif- und Streikbedingungen auch zurückgewiesen werden muß, so wenig bietet er eine andere Perspektive als die, bei der nächsten Bundestagswahl SPD zu wählen. Rau statt Kohl ist zwar etwas anderes, aber wenig.

Der Hinweis auf das einmalige Ausmaß der politischen Streiks vom 6.3. ist auch ein Hinweis auf das Schnecken tempo gesellschaftlicher Veränderungen hierzulande. Die Kehrseite ist ja, daß diese kaum erwartete Beteiligung mit der absoluten Rechtsstaatlichkeit, Rau-scher Anständigkeit sozusagen, erkauft wird. Daß selbst die Konfrontation in der großen Zahl der

Betriebe durch Gentleman-Agreements mit den Unternehmensleitungen (unbezahlte Freizeit, Verrechnung mit Überstunden, Proteste in der Mittagspause, geduldete Abwesenheit etc.) durchgestanden wird, spricht für die Funktionsfähigkeit solcherart Demokratie. Dies war eher die Regel, während die schrillen Töne um politisch verbotene Streiks und einzelne Maßregelungen nach wie vor die Ausnahme sind. Die Linke, die Generalstreik ruft, ist tatsächlich voll auf die sozialdemokratische Kampagne von der Gefährdung der schwarz-rot-goldenen Demokratie reingefallen und schließt wie so oft die Grundlagen solcher Aktionen falsch ein. Solcherart linker Gewerkschaftsradikalismus kommt aus dem Dilemma, mal wieder im Fahrwasser der Sozialdemokratie zu schwimmen, nicht heraus.

br.



80.000 am 6. März auf dem Rathausmarkt in Hamburg. Dabei auch die Beschäftigten aus den Kindertagesstätten der „Vereinigung“, die gegen den Personalkahlschlag des zweiten Hauptredners — Bürgermeister Dohnanyi — protestierten.

Redaktion „atom“:

Anti-AKW-Bundeskonferenz?

Die erfolgreichen Wackersdorf-Besetzungen haben die Anti-AKW-Szenarie durcheinandergeschüttelt.

Auch außerhalb Bayerns werden neue BIs gegründet, städtische BIs reorganisieren sich, neue Strukturen, wie das Bonner Anti-AKW-Plenum entstehen. In der Oberpfalz platzen die Säle bei Anti-WAA-Veranstaltungen aus allen Nähten.

Die ENtschlossenheit der Oberpfälzer Bevölkerung und der autonomen Anti-AKW-Bewegung veranlaßt u.a. die staatsfromme SPD zu den allerverrücktesten Kapriolen: Die Pro-Atomstake der bayerischen SPD-Landtagsfraktion sehen sich z.B. genötigt, dem Taxöldener Forst und speziell dem „Schafstall“, dem Interimsort der Dauerbesetzer, einen hochoffiziösen Besuch abzustatten, anerkennende Worte zu verlieren und mit schleimiger Grinasse einen Hundertmarkschein („Mit schönem Gruß von Herrn Hiersemann“) für den weiteren Widerstand rüberzuschieben. Nichts könnte besser die Verschiebung aller Maßstäbe demonstrieren als diese groteske und zu Normalzeiten absolut undenkbar Szene.

Es ist wohl kein Zufall, und dürfte an den Erfahrungen von Wyl bis Gröden liegen, daß die Anti-AKW-Bewegung gestern mit der Wendlandblockade und Tag X-Aktionen und heute mit dem noch weitaus massenhafteren Widerstand im Wackerland die Polizeistrategen und -psychologen

in größere taktische Probleme und Imageverluste gestürzt hat, als der gesamte Friedensherbst 1983. Und wohl auch nicht zufällig ist es der linke, autonome Flügel dieser Bewegung, der schon im Oktober 1985 mit der ersten erfolgreichen Besetzung gegen die WAA im Taxöldener Forst den nötigen Funken schlug.

Klar, die Grünen haben selbst ihren Parteitag unterbrochen, um im Dezember 1985 für eine Stippvisite nach Wackersdorf zu kommen. Die grünen Delegierten waren aber längst über alle Berge, als das eigentlich wichtige passierte, als 2000-3000 im neuen Besetzerdorf übernachteten und die Oberpfälzer Normalos weder Polizeisperrn noch Fußmärsche von über 10 km scheuten, um Brötchen und Tee vorbeizubringen. Das praktische Beispiel hat ausgerechnet in der bayerischen Oberpfalz bewiesen, daß radikaler und dennoch massenhafter Widerstand mehr Veränderungen in den Köpfen der Menschen und mehr Zeit- und Geldverluste für die Atommafia bewirkt als alle noch so angekündigten parlamentarischen Initiativen oder papierenen Erklärungen. Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider längst nicht mehr.

Heute ist ein guter Teil der 100.000 Brokdorf-Demonstranten von 1981 vom Parlamentarismus aufgefressen, viele andere versuchen sich resigniert und vereinzelt mit dem System zu arrangieren. Die Niederlage der Frie-

denbewegung („Hat doch alles keinen Sinn ...“) war vermutlich für beides, Parlamentarismusflucht und Vereinzelung, ein zusätzlicher Antrieb.

Wenn es heute überhaupt eine Chance gibt, dem rot-grün-modernen Zeitgeist etwas entgegenzusetzen, dann aus der neu keimenden Anti-AKW-Bewegung heraus mit den Wackersdorf-Erfahrungen im Rücken. Wie gesagt, eine Chance, nicht mehr, und das vielleicht auch nicht mehr lange. Denn noch ist der Widerstandswille in der Oberpfalz trotz Rodungen, Massenverhaftungen und Kriminalisierungsversuchen ungebrochen. Keiner weiß, wie lange das anhält und ab wann der bayerische Repressionsapparat genug Menschen zermürbt hat, um den sozialdemokratischen Reintegrationsanstrengungen mit der Sackgasen-Orientierung auf Wahlen und Gesetze zum Durchbruch zu verhelfen. Wir befürworten eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung noch in diesem Jahr, um diese kleine Chance zu nutzen und um den Versuch zu unternehmen, die unabhängige außerparlamentarische Widerstandsbewegung zu reorganisieren als Kontrapunkt zu sozialdemokratischen Scheiße und als Neuformierungsanstrengung angesichts des Anpassungskurses der Grünen. (Klaro — dieses Ziel ist wohl etwas hochgesteckt und pipapo, aber ein wenig Träumerei, um wenigstens ein schemenhaftes Ziel

Fortsetzung auf Seite 31



Ostermarsch nach Wackersdorf

Dazu rufen die oberpfälzischen Bürgerinitiativen für Ostermontag, 31. März auf. Ab 13 Uhr soll am Treffpunkt „Rotes Kreuz“ am Baugelände ein Kulturprogramm beginnen, ab 15 Uhr eine Kundgebung.

Eine Besichtigung des Wackersdorfer Bauzauns wird versprochen. Im Aufzug wird auf die militärische Bedeutung der WAA hingewiesen und ausdrücklich nicht nur die Anti-AKW-, sondern auch die Friedensbewegung angesprochen: „Genauso wie friedliche und militärische Nutzung der Kerntechnologie nicht von einander getrennt werden können, gehören die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung zusammen.“

Unterstützt wird dieses Vorhaben mit einem eigenen Aufzug „Ostern in Wackerland“ von eher autonomen AKW-Gegnern aus der Oberpfalz, die vorschlagen, zusätzlich und nicht in Konkurrenz zu den gemeinsamen Aktivitäten auch direkte Aktionen zu unternehmen. Der Bau eines neuen Hütendorfs wird dabei als wenig reali-

stisch angesehen. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der derzeitige Zaun um das Baugelände ein zwar massiver, aber noch provisorischer ist, daß der geplante Sicherheitszaun noch nicht fertiggestellt sein wird. Eine Aktion, an der sich viele beteiligen können, sei die „Demontage“ des Bauzauns.

Bundesweite Unterstützung haben die Oberpfälzer vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ bekommen, das dazu aufruft, von Schwandorf zur Wackersdorfer Kundgebung zu demonstrieren. Das Komitee möchte Wackersdorf zum zentralen Ostermarsch der Friedensbewegung machen. „Es soll der Ostermarsch werden, mit dem der bayerischen Landesregierung und zugleich auch der Bundesregierung in Bonn gesagt werden muß: SO NICHT!“

Nähere Informationen über den Ostermarsch bei:

BIWAK-Büro Regensburg:

0941/55 555

Anti-WAA-Büro Schwandorf:

09431/1029

Ermittlungsausschuß und Zeitphätor:

09431/3368

Bundesparteitag in Hagen:

GRÜNE demonstrieren Geschlossenheit

Das gab's noch nie bei den Grünen: einen echten „Arbeitsparteitag“ fast ohne Linienkämpfe und Strömungsge-zänk. War der „Unterhaltungswert“ (taz) der zweitägigen Veranstaltung auch gering, es wurde einiges geschafft. Programmatische „Sachaus-sagen“ zum Streikrecht, zur Gentechno-logie, zu den „Sicherheitsgesetzen“ und zur Entgiftung wurden durchgängig mit überwältigenden Mehrheiten verabschiedet. Ob der Aufwand sich gelohnt hat und die Grünen mit den beschlossenen Papieren der angestrebten „Kampagnenfähigkeit“ (von SPD-Geschäftsführer Peter Glotz übernom-menes Zauberwort) nähergekommen sind, wird die Zukunft zeigen.

Medienaufmerksamkeit verschaffte den Grünen vor allem der Gastauftakt des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen (SPD), der als erster Ge-werkschaftsführer auf einem grünen Parteitag das Wort ergriff. Allein diese Tatsache löste schon vorher empörte Reaktionen bei der CDU aus. MdB Seifers warnte die IGM davor, ihren „Amoklauf“ gegen die Streikrechtsän-derung jetzt auch noch „Arm in Arm mit diesen radikalen Kritikern unseres parlamentarischen Systems“ fortzuset-zen.

Was Janßen dann — nach Eröff-nung und Einstimmung durch Rainer Trampert — zum Tagesordnungs-punkt § 116 zu sagen hatte, mußte die Reaktionen aller Schattierungen — In-klusive IG-Chemie-Vorsitzenden Her-mann Rappe (ebenfalls SPD), der sich eilrig distanzierte — noch mehr empö-ren. Daß „Streiks die einzige Sprache sind, die dieses reaktionär-konserva-tive Unternehmer- und politische Lager verstehen“, hört man von einem Sozialdemokraten ja nicht so häufig (von Grünen auch nicht). Ganzlich au-ßerhalb der „Gemeinsamkeit der De-mokraten“ stellte Janßen sich mit An-spielungen auf verstorbenen und noch lebende politische Verwandte der Bon-ner Koalitionsparteien. Es sei kein Zu-fall, so Hans Janßen, „daß irgendwo in der Welt, wenn eine Demokratie be-seitigt wird — ob durch Obristen eine Militärdiktatur installiert wird oder an-dererseits Putschisten ein autoritäres Re-gime installieren —, daß deren erste Maßnahme ist: Die Zerschlagung der Institutionen der Arbeiterbewegung, die Zerschlagung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, die Inhaftie-rung führender Gewerkschaftsfunk-tionäre, ihre Folterung und Ermordung. Das war immer die erste Maßnahme von Diktaturen, wo immer eine Demo-kratie beseitigt wurde, und das war

1933 im Deutschen Reich nicht anders.“

Janßens Absage an unkontrolliertes Wirtschaftswachstum, etwa eine Ver-doppelung des Bruttosozialproduktes innerhalb von zehn Jahren, von der die CDU trüme, riß die Grünen Delegier-ten zu Beifallstürmen hin: „Doppelt so viel Beton, doppelt so viele Straßen, doppelt so viele Hochhäuser, doppelt so viele Autos, doppelt so viel Abgas! Und damit doppelt so viel sterbende — ach nein, Wälder, das wäre ein schlech-tes Beispiel, soviel haben wir ja gar nicht! — aber doppelt soviel Plastiktü-ten, doppelt soviel Einwegflaschen und in diesen Flaschen zuvor doppelt soviel Alkohol. Ich frage alle Welt: wer soll das ganze Zeug saufen?“ Janßen schloß mit der Bitte um Unterstützung bei der Verteidigung des Streikrechtes und wurde mit Ovationen verabschie-det. Der Höhepunkt des Parteitags war vorüber.

Resolution zum Streikrecht

Bei der Beschlußfassung des Parteitags zum § 116 flammte für kurze Zeit doch noch der grüne Fraktionskampf auf. Dem „strömungsübergreifenden“ Re-solutionsentwurf von Eckhard Strat-mann, Siggi Fries und Hubert Kleinert stand ein Antrag der Hamburger GAL gegenüber, der Wert auf linke Akzente legte. Während Stratmann u.a. „De-monstrationstreiks, politische Streiks für ein selbstverständliches und legiti-mes Mittel der Beschäftigten (halten), um ihrem Willen zum Widerstand Aus-druck zu verleihen“, wollen die GA-Lier „all diejenigen Kräfte innerhalb des DGB (unterstützen), die für politi-sche Streiks und die Diskussion über die Durchführung eines Generalstreiks des DGB gegen die Änderung des § 116 kämpfen.“

Vor allem unterscheiden sich die bei-den Entwürfe aber in der (Nicht-)Be-handlung der SPD. In der Stratmann-Antrag kommt die SPD gar nicht vor, die Hamburger erklären dagegen: „Die SPD sucht den Konsens mit dem Kapi-tal“ und bezweifeln, „ob die SPD die Gesetzesänderung des § 116 wieder zu-rücknehmen würde, wenn sie die näch-ste Regierung stellen würde“. Bei der Behandlung des Gesetzesentwurfes der grünen Bundestagsfraktion zum Ver-bot der Aussperrung habe die SPD „bisher keine Bereitschaft gezeigt, die-se auch vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit unterstützte Initiative der Grünen mitzutragen.“

Um eine Kampfabstimmung zu ver-meiden, wurden beide Anträge be-schlossen; die Hamburger Vorlage mit etwa einem Drittel Gegenstimmen, das „strömungsübergreifende“ Papier fast einstimmig.

Entgiftung

Nachdem die hessischen Giftmüll-exporte nach Frankreich und in die DDR („verantwortlicher“ Minister: Joschka Fischer) bekannt geworden waren, hat-te die Debatte um ein grünes „Entgif-tungsprogramm“ besondere Brisanz erhalten. Die hessischen „Radikalkö-logen“ Zietan und Kuhnert hatten Joschka eine spezielle Variante von Ent-larvungspolitik angedroht. Auf dem Parteitag lief dann alles recht glimpflich ab. Zum einen war Fischer gar nicht da (wegen eines Todesfalles in der Familie verhindert); zum ande-ren stimmten auch die Realos der For-derung des Entgiftungsprogramms nach „sofortigem Verbot von Müll-exporten, unter anderem auf die Gift-mülldeponie in Schönberg/DDR“ ebenso zu wie einer gesonderten Re-solution zum selben Thema, die Lü-becker Grüne eingebracht hatten: die DDR-Deponie bedroht mit ihrem he-sischen Müll das Lübecker Trinkwas-ser.

Ein kurz aufblitzender Streik um die Zulässigkeit der Müllverbrennung wurde ebenfalls „radikalkologisch“ be-gelegt. Die Grünen lehnen die Müllver-brennung als Sackgassentechnologie ab, die gefährliche Abgase erzeuge (darunter Dioxine) und Wege zur Müllvermeidung behindere.

Daß mit Verabschiedung des Entgif-tungsprogramms Parteitagbeschlüsse und grüne Regierungspraxis in typisch sozialdemokratischer Manier ausein-anderklaffen, könnte in den kommen-den Wahlkämpfen noch unliebsame Folgen haben. Die „Frankfurter Rundschau“ (17.2.) zitiert die Be-fürchtung eines Delegierten aus Schleswig-Holstein, daß die Sozialde-mokraten den Grünen wegen der hessi-schen Giftmülllexporte „die bewußte Inkaufnahme der Vergiftung der Men-schen vorwerfen können.“

Umweltminister Fischer selbst ist zu-versichtlich, daß die hessische Landes-versammlung der Grünen, deren Vo-tum für ihn entscheidend sei, den „Verbalradikalismus“ des Bundespar-teitags nicht teilen, sondern seine Pra-xis gutheißen werde (taz-Interview, 15.2.)



Weitere Beschlüsse

In einer Resolution lehnte der Partei-tag die sog. „Sicherheitsgesetze“ als „Notstandsgesetze für den täglichen Gebrauch“ ab. Die Grünen wollen „in den nächsten Monaten und im Bundes-tagswahlkampf gegen die Sicherheits-gesetze mobilisieren und allen zivilen Ungehorsam fördern und unterstüt-zen.“

In mehreren Beschlüssen wurde die Gentechnologie als eine auf Ausbeu-tung und Beherrschung statt auf Erhalt der Natur ausgerichtete Wissenschaft verurteilt. Sie lasse neue Folgeschäden mit unbekannten Ausmaßen befürch-ten. Diese Technologie sei sowohl öko-logisch wie auch medizinisch, volks-wirtschaftlich und ethisch nicht ver-tretbar. Staatliche Subventionen müß-ten sofort gestrichen werden.

Bundesvorstandswahlen

Das Ergebnis der Bundesvorstands-wahlen wird allgemein als leichte Ver-schiebung zugunsten der Realos einge-schätzt. Neu gewählt wurden Irmela Wiemann (Schriftführerin) und die Beisitzer/innen Eva Quistorf, Brigitte Berthold (wiedergewählt), Christa Merkel und Helmut Wiesenhal. Damit wurde erstmals in einem grünen Bun-desvorstand Parität erreicht (sechs Frauen, sechs Männer). Ein „Opfer“ der Parität und der stärkeren Realo-Beteiligung wurde das Hamburger BuVo-Mitglied Günter Hopfenmüller, der nicht wiedergewählt wurde (er erhielt 16 Stimmen weniger als Helmut Wiesenhal).

Grüner Fahrplan 86

Eine wesentliche Rolle im Bundestags-wahlkampf soll das jetzt im Entwurf vorliegende „ökologische Umbaupro-gramm“ spielen; voller Name: „Um-bau der Industriegesellschaft. Pro-gramm zur Überwindung von Erwerbs-lostigkeit, Armut und Umweltzerstö-rung.“ Dieses Programm, das „die na-türlichen Lebensgrundlagen retten“ und „Schritte zu einer ökologischen Wirtschaft“, „zu einer demokrati-schen und sozialen Wirtschaft“ und „zu sozialer Sicherheit und Gerechtig-keit“ (Abschnittüberschriften) ange-ben will, soll — auf einem Arbeitskongress am 22. und 23. März — und auf einem offenen Kongress Ende April in Hannover beraten und — von der Bundesversammlung der Grünen vom 16. bis 18. Mai beschlos-sen werden.

Eine detaillierte Vorstellung und Kommentierung des Umbaupro-gramms folgt in einer der nächsten Ausga-ben des AK.

Anzeige

SCHWARZER FADEN
Anarchistische Vierteljahresschrift

Inhalt von Nr. 20 (1/86), 64 Seiten:

- Anti-NATO-Thesen — für den Koordinationskongress „Frieden mit der NATO?“, wie wird man eine Super-macht? von Peter Valtinek
- Den radikalen Bruch mit den GRÜNEN organisieren! — Parteien-GRÜNEN organisieren! — Parteien- kritik konkret von Horst Blume
- Den emotionalen Bruch ver-melden ... — Nachdenkliches zum Sare-Tod und zur taz-hh- von Wolf-gang Haug
- Solidartät mit den Wilden? — Deutsche Kolonialismus und Sozialdemokratie: ein Diskussions-einstieg zum Internationalismus von Gottfried Margner
- Unruhen in Spanien — Eine Analyse spanischer Industrie-Kämpfe vor dem EG und NATO-Beitritt Spa-niens von Lutz Bredlow

Einzelnummer: DM 5,-
Abonnement: DM 15,-/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postcheckkonto Stgt. F. Kamen
Kontonummer: 57463-703
Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Aus dem grünen Talentschuppen: Ludger Volmer Fraktionssprecher

Manchmal entgehen selbst der auf-merksamen AK-Redaktion bedeutende Vorgänge in der Grünen Partei. Als MdB Ludger Volmer im Juni letzten Jahres in einem Artikel für die „Kom-mune“ die Strömung der „Zentralos“ proklamierte — als einigende Kraft der Mitte zwischen Realos und Fundamen-talos — wurde das in unseren von linksradikalen Vorurteilen belasteten Kreisen gelangweilt zur Kenntnis ge-nommen. Mit der (selbst-)kritischen Vorbemerkung des Autors, die von ihm angemischten „Grautöne“ wür-den in der politischen Diskussion als „unprofilierter, kampfschwacher, ab-Farbe des amorphen Mittelfeldes, das kei-ne eigene Ausstrahlung besitzt“, schien alles gesagt.

Seit Volmers Wahl zum Fraktions-sprecher der Grünen im Bundestag An-fang Februar hat sich die nicht nur von uns unterschätzte Strömung sichtbar etabliert. Das müssen auch ihre inner-parteilichen Kritiker zugeben, die die wachsende Attraktivität „konfuser Ausflüchte“ in der Grünen Partei konstatieren und dazu auch „eine ominöse Zentralo-Fraktion“ zählen, „die die Inhalte hoch- und die abgeleiteten Fragen (Tolerierung, Koalition) run-terkochen will“ (Papier von Anke Sa-betzi und Robin Jacobitz).

Volmers Plüchbewegungen weg von den politischen Lagern mit ihren an den „Dogmatismus aus der K-Grup-pen-Zeit der 70er Jahre“ erinnernde Linienkämpfe macht ihn dem grünen Mittelfeld erst sympathisch. Als „Öko-sozialisten“ begreift er sich weiterhin, auch als „jemand, der nicht zu Un-recht zur Parteilinken gezählt wird“. Schuld an der „Entpolitisierung“ der Grünen sind für Ludger Volmer beide Seiten: „die einen äußern öffentlich ra-dikale und lassen es dabei bei

wenden; die anderen setzen nicht vor-handene positive Konzepte praktisch um“. Volmers im Juni entwickelter dritter Weg der „undogmatischen Mit-te“ macht sich dagegen allerdings noch sehr grau und unscheinbar aus. Gegen die „fundamentalistische Anklage“, die nur „die negative Fixierung“ der Menschen auf die heutige Wirklichkeit stützt und gegen die „kleinen Refor-men“ der Realos will er den „Gegen-diskurs als politisches Lernprozeß“ organisieren und den Menschen den „Entwurf des alternativen Zusammen-hangs“ nahe bringen. Im Konkreten geht es um ziemlich banale Dinge. Re-klame gemacht werden soll für diverse Alternativkonzepte aus den grünen Schubladen — „wir haben ja vieles er-arbeitet“, etwa „ein ausgearbeitetes Sanierungsprogramm für die Bundes-bahn“, „ein grünes Rentenmodell“, „Modellelemente einer neuen Welt-wirtschaftsordnung“, „konkrete Plä-ne für die Förderung der Landwirt-schaft“.

Da dieses „Konzept“ als Strö-mungsplattform doch ein wenig dürftig geraten war, schickte Ludger Vol-mer sich im Dezember an, „darauf aufbauend einige Überlegungen zur Bündnisfrage beizusteuern“ („Den Tiger reiten! Anmerkungen zu den Linken in den Grünen und zur Koalitionsfrage“). Untermauern will er u.a. folgende Thesen: „...Es gibt keine linke Alternative zu den Grünen. (...) Es ist Aufgabe der Linken, dafür zu sorgen, daß Rationalität und Vernunft wieder einkehren. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die Linke bei sich selbst erst einmal theoretischen und strategischen Müll wegräumen.“ Zu diesem Zweck wendet er sich der Staatsfrage zu, die dringend einer un-dogmatischen Beantwortung aus der

Mitte bedarf: „Während Fundamenta-listen und einige seit dem Hamburger Parteitag zu dieser Strömung bekehrte Ökosozialisten ein instrumentelles Staatsverständnis pflegen, operieren die Realos mit einer Staatsvorstellung, die den Liberalen nahesteht.“

Der Liberalismus wird dann ziemlich kurz abgehandelt. Die wesentlichen Defizite sieht Ludger Volmer links: „Die Linke hat überhaupt nur dann noch Chancen, wieder ernsthaft inter-ventionsfähig zu werden, wenn sie sich vom Mythos des instrumentellen Staatsverständnisses löst“. Dringend warnt er vor einem Rückfall in die „Sektierercke“ und vor dem „alter-nativen Neo-Leninismus: „Der Stali-nismus war nicht eine Entartung, son-derm im Kern des Leninismus angelegt.“

Seine eigene Position, „daß der Staat die materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses bildet“, die er als sensationell neue Er-kenntnis dem „instrumentellen Staats-mißverständnis“ gegenüberstellt, ist in ihrer Allgemeinheit gar nicht anfecht-bar. Volmers dem „Neo-Leninismus“ anhängende ökosozialistische Genos-en von den ehemaligen „Modernen Zeiten“ haben das übrigens schon 1981 — mit Quellenangabe (Poulantzas) — in ihre Plattform aufgenommen und die Frage aufgeworfen (nicht beant-wortet), „inwieweit sich das Zerbre-chen des hierarchisch organisierten Ge-waltspotentials und die Umformung der für den gesellschaftlichen Lebenspro-zeß erforderlichen Apparate von innen und außen zugleich abspielt“. Zu-gleich haben sie damals erklärt, daß der Staatsapparat kein „Instrument der Befreiung für die arbeitenden Klas-sen“ sein kann.

Das ist dem Differenzierungskunst-

ler Volmer denn doch zu differenziert. Ihn drängt es in die Apparate: „Ziel al-ler Emanzipation ist m.E. nicht, besser be-handelt zu werden, sondern selber zu handeln. Und wenn der Staat nicht Handeinder ist, sondern Handlungs-feld, muß auch in ihm gehandelt wer-den.“ Zwar sollten grüne Minister nicht überschätzt werden, „doch ohne Positionen im Staat, die die Forderun-gen der sozialen Bewegungen ratifizie-ren, ist umgekehrt eine Bewegung zum Scheitern verurteilt.“

Zurückübersetzt ins Pragmatische: es „geht kein Weg an der Machtbetei-ligung auch dieserseits der großen Wende vorbei“. Noch kürzer: Koalition ist ge-rechtfertigt, wenn die — von Volmer nicht näher beschrieben — „histo-rischen Umstände“ stimmen. Aufgabe der Ökosozialisten bleibt die Rettung der Inhalte, die Volmer um ein neues Thema erweitert sehen möchte: „Laßt uns ein demokratisches Umbaupro-gramm für den Staat entwerfen und in die Diskussion tragen.“

So weit bekannt, ist Ludger Volmer nie DKP-Mitglied gewesen. Sein Staats-Umbauprogramm erinnert trotzdem stark an die „demokratische Erneuerung von Staat und Gesell-schaft“ mit der die DKP bei ihrer Gründung nicht nur die MLer, son-dern auch die „undogmatische Linke“ belustigte, zu der Volmer so gern ge-hören möchte.

Js./Hamburg

Letzte Meldung: Wie man hört, lassen die Anhänger des „plätschernden Fundamentalismus“ (L.V.) bei den hessi-schen Grünen gerade Plaketten herstellen mit der Aufschrift: „Lieber Fundi und Chaos als Zentrulo und Idiot“. Noch ein oder zwei Artikel der oben beschriebenen Art und der Absatz dürfte gesichert sein.



Die Bundesversammlung der Grünen feiert ihren prominenten Gast Hans Janßen — und dieser gerät ob der Ovationen förmlich aus dem Häuschen.

Foto: K.W.

Zur Person Hans Janßens Ein ungewöhnlicher Gewerkschafter

Sein Auftritt hat dem grünen Parteitag in Hagen unerwartete Medienresonanz verschafft: Hans Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, im Vorstand verantwortlich für Tarifpolitik. 1977 wurde er gegen den Willen des damaligen IGM-Vorsitzenden Lodner in das höchste IGM-Gremium gewählt. Noch in der Entscheidungsphase um die tarifpolitische Orientierung der Gewerkschaft war er Gegner der Forderung nach 35-Stundenwoche, vertrat stattdessen die sogenannte Tariffront, die heute als gesetzlicher Vorruchbestand bekannt ist. Allerdings: Janßen begründete dies damals ausdrücklich mit der Einschätzung, daß er die Wochenarbeitszeitverkürzung für nicht durchsetzbar halte. Nachdem diese Forderung 1982 beschlossen war, wurde Janßen zum vehementesten Vertreter der 35-Stundenwoche und war vor allem um intensive Mitgliedermobilisierung in der Gewerkschaft bemüht. Ihm wird zudem das Konzept zugeschrieben, die Grenzen gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu sprengen und Bündnispartner außerhalb von Betrieben und Gewerkschaften für die Arbeitszeitverkürzung zu suchen. Gewerkschaftsbewegung als soziale Bewegung, wie er selber gerne und oft sagt. Ungeteilt war die grüne Freude ob Janßens Rede in Hagen. Unmittelbar wirkte der IG Metalller flügelübergreifend. Doch stürkte er eher die grüne Realo-Position, die gegenüber den Gewerkschaften einen ähnlichen Annäherungskurs wie gegenüber der SPD befürwortet. Das liegt auch in seiner Absicht, so Janßen im „faz“-Interview. Gekommen sei er, da die Grünen nicht mehr nur „eine fundamentalistische Verweigerungsstrategie“ fahren. Denn: „Nach der Koalition in Hessen haben doch auch die Grünen sich gewandelt, so daß das ein Aufeinanderzugehen ist“ (faz, 17.2.86).

Er wollte, so Janßen in verschiedenen Interviews, als Gewerkschafter die Grünen gegen die Änderung des § 116 gewinnen, da parlamentarisch deren Verabschiedung nur durch die Stimmen von SPD, Grünen und CDU-Gewerkschaftern zu verhindern sei. Der Parteisozialdemokrat Janßen betont, daß er wie jeder gute Sozialdemokrat für die absolute Mehrheit von Johannes Rau kämpfe. Anders als dieser ist er allerdings dafür, daß falls diese nicht erreicht werde, ein rot-grünes Bündnis eingegangen werde.

Doch Janßen hat an anderer Stelle auch schon weitergehender strategisch über rot-grün gedacht. Im März 1985 veröffentlichte er einen Aufsatz „Gewerkschaften und Grüne“ (1), in dem er sich entschieden von allen Überlegungen einer Großen Koalition abgesetzt und sich davon distanziert hat, die Gewerkschaften „mit allen Mitteln

als Abwehrblock zur Ausgrenzung der Grünen aus dem Spektrum politischer Möglichkeiten zu funktionalisieren“, eine Kritik, die sich gegen seine Kollegen von der IG Chemie, IG Bergbau und NGG richtet. Janßen entwickelt in seinen Überlegungen das Bild einer grünen „Arbeitnehmerpartei neuen Typs“, die „über eine Stammbasis verfügen, um deren Stabilität sie von den anderen Parteien beneidet werden könnten“. Diese Basis sieht er im alternativen Betriebs- und Projektsektor, in der Entstehung einer eigenen alternativen Bildung, Kultur und sozialen Struktur, mit der sich mancher junge Sozialdemokrat und Gewerkschafter mehr verbunden fühle, als mit seiner Partei oder Gewerkschaft. Hierin sieht er positive Elemente, aber auch Gefahren für die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen alternativer Verzichtsbewirtschaft auf den Sozialstaat, die Löhne und Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften sollten daher die Szene nicht links liegen lassen. Positiv erwähnt er auch, daß die grün-alternative Bewegung Veränderungen in der starren gewerkschaftlichen Position zum Verhältnis Umweltschutz und Arbeitsplätze bewirkt habe, bis dahin, daß es tatsächlich zu kaum auflösenden Konflikten „zwischen ökologisch-humanitären Lebens- und ökonomischen Arbeitsplatzinteressen kommen kann“. Janßen fordert eine „Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und grün-alternativer Partei“, um zu einer „demokratisch-sozialen Reformpolitik zur Überwindung der Wachstumskrise“ zu kommen. Er warnt, daß „mit politischen Oberflächen-Mandeln ... diese Jugend nicht zurückzuholen sein“ wird. Dabei sieht er die Gefahr, daß Abstinenz, „Distanzierung und Ausgrenzung“, die fundamentalistischen Strömungen stärken könnten. „Es läge im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, die Anstrengungen zu unterstützen, die politischfähigen Kräfte bei den Grünen kritisch zur Konkretisierung und Stärkung ihrer Positionen zwingt“.

Für einen Gewerkschafter ungewöhnlich auch die politischen Schlussfolgerungen, die Janßen aus der 35-Stundenwochenauseinandersetzung zieht. Unter der Überschrift „Überwintern oder Überleben - offensive Gewerkschaftspolitik in der Krise“ (2) warnt er in einem Aufsatz davor, daß die Gewerkschaften die derzeitigen tiefgreifenden technologischen Veränderungen nur begleiten und ihr vorläufiges Ende abwarten. Flexibilisierungs- und Segmentierungs(Ausgrenzungs-)strategien müßten die Gewerkschaften offensiv begegnen. Janßen zeichnet ein Schreckensbild der Entwicklung bei

gewerkschaftlicher Duldung: „Am Ende dieser Form von gewerkschaftlicher Überwinterungsstrategie“ stünde dann die „Facharbeitergewerkschaft neuen Typs“, ergänzt durch eine „große Koalition“ der politischen und sozialen Kräfte, die das soziale Substrat dieser Zweidrittelgesellschaft repräsentieren. Diese Facharbeitergewerkschaft könnte dann unter Ausblendung der Interessen von 30 bis 35% des „Erwerbspersonenpotentials“ die Arbeitsbedingungen der restlichen Hälfte bis Zweidrittel der Arbeitnehmer gestalten. Qualifizierte, flexible Arbeitnehmer, die in mitbestimmungsfähigen „quality circles“ selbstbestimmten Einfluß auf die Verbesserung der Produktivität nehmen und die Qualitätssicherung vortreiben, Ausgestaltung von Entlohnungs- und Prämienystemen, die sozial angepasstes Verhalten, Produktivitätssteigerung, Betriebsstreik u.ä. „entgelten“ sowie flexible Arbeitszeiten wären dann der Gestaltungsspielraum solcher Gewerkschaften auf der Grundlage lebensstiller Arbeitsplatzgarantien für die „Rest-Arbeitnehmer. Dieser (männliche) Facharbeiter neuen Typs würde natürlich Wert legen auf Familiengestaltung und Kindererziehung durch die (nicht berufstätige) Mutter und Hausfrau, die die verbleibende Zeit in ehrenamtlicher, sozialer Tätigkeit investiert. Der Ausländerzug würde durch die Gesetze, die dem Mehrheitswillen der Zweidrittelgesellschaft entsprechen, erschwert und unmöglich gemacht, der Ausländerwegzug aus einer Mischung von Verstärkung des politisch-sozialen Drucks auf Ausländer und finanzieller Anreize beschleunigt“. Die Gewerkschaften wären das Gegenteil von solidarischer Interessenvertretung.

Er plädiert daher für eine Fortführung tarifpolitischer Mobilisierung verbunden „mit gesellschaftspolitischer Mobilisierung, die auf Mehrheiten für eine Politik grundlegender struktureller Reformen abzielt“. Dies aber, so der Schluß, dürfe weder durch große Koalitionen, noch durch eine Politik „gesellschaftlicher Verabredungen“ verspielt werden, ein unzweideutiger Seitenhieb gegen den Lieblingsgedanken seines Gewerkschaftskollegen aus der IG Chemie, Hermann Rappe.

Anmerkungen
(1) Hans Janßen, Gewerkschaften und Grüne. In: spw - Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, März 1985, Berlin (West)
(2) Hans Janßen/Klaus Lang, Überwintern oder Überleben? In: Ferlmann/Janßen u.a., Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten, Hamburg 1985

Wie gewonnen so zerronnen: Der DGB mag die GRÜNEN nicht

Der grüne Tagungspräsident in Hagen am 15. Februar geriet ins Schwärmen. Der Auftritt Janßens von der IG Metall, so drückte er die Hoffnung der Versammlung aus, leite zwischen Gewerkschaften und Grünen „eine Zusammenarbeit ein, die längst überfällig war“. Gut vierzehn Tage später blies der DGB-Bundesvorstand unter den fadenscheinigsten Vorwänden ein verabredetes Treffen mit der grünen Bundestagsfraktion kurzfristig ab. Ob nun die beabsichtigte Teilnahme des aus der IGM ausgeschlossenen Willi Hoss der Vorwand war oder nicht, ist dabei ziemlich egal. Daß hingegen die Rappe-Fraktion der Grünen-Hasser dahintersteht, kann unbewiesen behauptet werden. Sie wollte Genugtuung nach dem Medienwirbel um rot-grüne Bereitschaft im DGB, verursacht durch Janßens Auftritt, und dafür war jeder Vorwand recht. Dabei haben die Grünen ihrerseits (fast) alles getan, es dem Deutschen Gewerkschaftsbund recht zu tun. Sie haben nämlich freiwillig darauf verzichtet, ihren Bundesvorstand an der Gesprächsdelegation zu beteiligen. Doch noch gilt im DGB, lieber Gespräche mit Freidemokraten mit unheilbarer Allergie gegen Gewerkschaften oder einem antigewerkschaftlichen Gewerkschafter wie Blüm, als mit den Grünen. Rau dürfte es gefreut haben.

Alle Register der Abgrenzung haben geschaffen oder einem antigewerkschaftlichen Gewerkschafter wie Blüm, als mit den Grünen. Rau dürfte es gefreut haben.

Alle Register der Abgrenzung haben die Grünen-Gegner im DGB bislang gezogen und zur Mehrheitslinie des Bundes gemacht, um nicht nur Kontakte mit den Grünen zu vermeiden, sondern diese auch außerhalb der Einheitsgewerkschaft zu stellen. Vorneweg die rechts-radikalen Schreiber der IG Bergbau, dann Hermann Rappe für die IG Chemie und Günter Döding für die NGG. Gemäßigter die IG Metall, die aber auch 1983 die Grünen zu ihrem Gewerkschaftstag einlud und dann nicht reden ließ, weil die Rainer Tramper schickten, Mitte der siebziger Jahre als Linker aus der IG Chemie ausgeschlossen. Daß das damals herrschende Verständnis innergewerkschaftlicher Demokratie auch heute noch bei aufgeschlosseneren Gewerkschaftern wie Hans Janßen nachwirkt, bestätigte er im „faz“-Interview am 17.2., als er sich vorbehaltlos hinter die Auffassung stellte, daß der Ausschuß von Willi Hoss wegen Kandidatur für die Betriebsgruppe „plakal“ bei Opel zu recht erfolgt sei.

Dabei schien 1984 vorübergehend Tauwetter angelegt, als die Grünen während des 35-Stundenwochenstreiks einen Antrag auf Aussperungsverbot eingebracht hatten. Ernst Breit hatte damals namens des DGB alle Bundestagsabgeordneten angeschrieben und sie gebeten, den grünen Antrag „sorg-

fältig unter politischen und rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen“. Was denn auch bei der SPD geschah, die abiente. Immerhin, es bahnte sich für Oktober 1984 ein Treffen an, bis Kollege Breit ein Statement vorlegte: Gespräche mit der grünen Fraktion ja, mit dem Parteivorstand nein. Begründung des sensiblen Gewerkschafters: „1. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, Gespräche mit der ‚Spitze‘ einer Partei zu führen, die in ihrer Programmatik über weite Teile diffus ist und trotz mancher oberflächlicher Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Positionen in Einzelfragen doch bei wesentlichen Grundsatzfragen — ich nenne hier nur die Haltung zur Industriegesellschaft und zur Frage des staatlichen Gewaltmonopols — im Gegensatz zu unseren Auffassungen steht.“

2. Etwas anders würde ich jedoch den vorliegenden Gesprächswunsch werten: Ich glaube nicht, daß es ratsam ist, den Gesprächswunsch einer Bundestagsfraktion, auch wenn wir gegenüber der von ihr vertretenen Politik zu Recht große Bedenken und Vorbehalte haben, einfach ausschlagen können. Wenn wir unsere Politik offensiv vertreten wollen, müssen wir sie auch gegenüber den Parteien des Bundestages vortragen. Dabei sollte aber klar sein, daß es sich hierbei um ein Gespräch ausschließlich mit der Bundestagsfraktion handeln, müssen wir sie auch gegenüber den Parteien des Bundestages vortragen. Dabei sollte aber klar sein, daß es sich hierbei um ein Gespräch ausschließlich mit der Bundestagsfraktion handelt und daß Repräsentanten einer Partei, die aufgrund ihrer bisherigen Haltung aus einer DGB-Gewerkschaft ausgeschlossen wurden, in keinem Fall als geeignete Gesprächspartner gelten können.

Gesprächsbereitschaft sollte jedoch nicht mit Zustimmung zu politischen Inhalten verwechselt werden. Klar und deutlich werden und müssen wir immer wieder unsere Position gegenüber allen Parteien kundtun. Dies gilt erst recht gegenüber einer Partei, die nur Mißstände anprangert und Forderungen erhebt, aber nicht bereit ist, auch politische Verantwortung mit zu übernehmen“ (Ernst Breit an den DGB-Bundesvorstand, 2.10.84).

Das mit der Verantwortung ist ja heute nicht mehr ganz so starr. Mal sehen, ob es Grüne gibt, die sich notfalls von ihren ausgeschlossenen Gewerkschaftern distanzieren, nur um zu Gesprächen mit dem DGB zu kommen. Nützen dürfte das vor der 87er Wahl allerdings kaum, denn da ist eher raue Abgrenzung gegenüber den Grünen angesagt. Und in der Frage dürfte Rappe mehr Verbündete unter seinen Parteikollegen im DGB haben, als der geduldete Integrationist Janßen.

Neuer Trend bei den Linksgrünen

Die im Vorfeld des Offenburger Parteitages begonnenen Versuche einer links-grünen Fraktionsbildung gegen die Koalo-Übermacht (vgl. AK 265, S. 13) haben bisher wenig Beindruckendes hervorgebracht. Das mehrfach angekündigte „Ökologische Manifest“, das — in Abgrenzung von SPD und grünen Realos — Positionen zu wesentlichen Politikfeldern markieren sollte, ist, wie es scheint, endgültig aus der Diskussion. Ein für Anfang März geplantes bundesweites Linkentreffen wurde um einen Monat verschoben.

Einstweilen wird der Streit mit publizistischen Mitteln ausgetragen. Klaus Linke für die Reste der ISP und Siegrid Friess als Beauftragte des am Rande des Offenburger Parteitages stattgefundenen „Linkenplenum“ haben jetzt einen „Textreader: Ökologische Positionen zur Strategiedebatte der Grünen“ zusammengestellt und veröffentlicht, der allerdings fast ausschließlich aus Nachdrucken nicht mehr ganz frischer Positionspapiere besteht. Bisher unveröffentlicht waren nur Ludger Volmers Beitrag „Rettet den Tiger“ (vgl. Artikel in diesem AK); die Replik eines in der KB-Geschichte bewanderten „U.“ (Hallo, Alter, wie geht's?) auf den AK-Artikel „Vergeßt die Grünen“ (AK 264, S. 14); schließlich eine Polemik von Anke

Sabetzki und Robin Jacobitz gegen Michael Stammis „bedingungslose Tolerierung“. Dieser Artikel — Überschrift: „Das Stammis-Modell ... oder wie man den Ausverkauf grüner Inhalte radikal verbrämt“ — sieht mindestens acht Beiträge gegenüber, in denen die „bedingungslose Tolerierung“ teils als „Ausweg aus dem Dilemma“ (Horst Eckert/Friedhelm Tielech), der die „politische Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit“ (Ralf Fücks) der Grünen garantiert, gefeiert, teils

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

auch kritisch unterstützt wird; so von Manfred Schwind, der die bedingungslose Kanzlerwahl „abkoppeln“ möchte von der Zustimmung zum sozialdemokratischen Haushalt.

Direkt auf die Seite der Koalitionsbefürworter übergegangen ist Reinhard Krämer, langjähriger „Ökosozialist“ aus Bielefeld und in der Vergangenheit stets politischer Weggefährte von Thomas Ebermann. Die wenigen linken Beiträge behandeln, abgesehen von Sabetzki/Jacobitz-Artikeln, nicht schwerpunktmäßig die Bündnisfrage, sondern Spezialaspekte: das staatliche Gewaltmonopol (Thomas Ebermanns Rede auf der „konkreten“ Veranstaltung mit Otto Schily) oder die Kritik am bayerischen Landtagswahlprogramm der Grünen.

Eine 8:1-Mehrheit pro Stamm, wie die — zufällige? — Artikelauswahl zur Bündnisfrage nahelegen könnte, gibt es im Kreis dieser Links-Fraktion sicher nicht. Aber der Trend ist unübersehbar. Die Nachfrage nach der Stamm'schen „Einstiegsdroge in eine hessische Entwicklung“ (Sabetzki/Jacobitz) steigt.



Rekord-Umsätze für hessische Opposition

Die „Linken in den Grünen-Hessen“, das „Forum der Radikalkölog/innen“, „Fundamentalist/innen“, „Ökosozialist/innen“, „Ökoanarchist/innen“ ... Innerhalb und außerhalb der Grünen haben im Februar ihren zweiten Inforundbrief auf den Markt gebracht. Die erste Nummer habe, so die Redaktion im Editorial, ein „lebhaftes Echo“ gefunden. „Die Auflage von 1.000 Stück hat nicht gereicht, um alle Wünsche zu befriedigen.“ Für die zweite Nummer wurde die Auflage verdoppelt.

Das aktuelle Heft behandelt fast ausschließlich hessische Probleme: den Streit um die bislang von der Landtagsgruppe verhinderte Rotation der Nachrückerin Marion Papczek, den „Grünen Mautkorb“ („taz“) für den Koalitions-Kritiker Jan Kunert (Mdl.), den Erkel-Bericht zum Tod von Günther Sare. Strategisches zur Bündnispolitik auf Bundesebene enthält der Rundbrief nicht.

Daß die hessische Opposition trotz ausverkaufter Broschüren nicht so breit reicht.

Daß die hessische Opposition trotz ausverkaufter Broschüren nicht so richtig ernst zu nehmen ist, hat das aus Protest gegen den Mehrheitskurs nach dem Tod von Günther Sare zurückgetretene Landesvorstandsmittglied Werner Wenz in einem Leserbrief (abgedruckt in Rundbrief 2 unter „Resonanzen“) in Erinnerung gerufen. Stellvertretend „für einige Frankfurter Ökosozialist/innen, die schon lange nicht mehr so gekackelt haben“, konfrontiert Wenz die Fraktionler mit ihrer noch gar nicht so lange zurückliegenden Vergangenheit: „Linke in den Grünen-Hessen“ — kein schlechter Titel für einen Inforundbrief von Leuten, die noch vor wenigen Jahren vehement versuchten, Linke und vor allem Kommunisten aus der grünen Partei rauszuhalten, teilweise mit Erfolg. Gab es bei Euren damaligen Rundbrief (Basisdemokratische, Undogmatische Sozialisten bei den Grünen oder aus BUS-Rundbrief) nicht so gestandene linke Mitstreiter wie Gertrud Schilling (heute Realo-Mehrheitsfraktion in Wiesbaden) und Ernst Hopitzschek (Heute F.D.P.)? Die von Euch damals geplante Öffnung nach der Mitte und Abschottung nach links hat ja wunderbar geklappt; die Ergebnisse sind bekannt.“ Die neue Wendung von Zieran, Kuhnert, Dittfurth und anderen begrüßt Wenz mit einem Bibelwort: „Also wird Freude sein im Himmel über einen Sünder, der Buße tut, mehr als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.“ (Lukas 15, Vers 7).

Bei aller Freude im Himmel — die irdischen Linken sollten skeptisch sein, was die Wandlungsfähigkeit ehemaliger (?) Kommunistenfresser angeht. Zumal die Anmerkung der Redaktion zum Leserbrief von Werner Wenz, in der den uninformierten Lesern erklärt wird, was die 1980 als „undogmatischer Kampfverband“ speziell gegen die Gruppe Z und andere „Traditionsozialisten“ bei den Grünen gegründete BUS-Fraktion bezweckt habe, nicht sehr selbstkritisch klingt. Danach seien die BUS ein „offener Diskussionskreis linker Individuen mit dem gemeinsamen Interesse an einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft und an radikaler Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche“ gewesen. Das haben wir anders in Erinnerung.

Diskussion vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen

Am 9. November wird in Hamburg die Bürgerschaft neu gewählt. Es handelt sich dabei um die letzte Landtagswahl vor der 1987er Bundestagswahl. Richtige Spannung will derzeit allerdings nicht aufkommen. Zu unbewegt sind die Hamburger Verhältnisse in vielerlei Hinsicht. Fast schon vergessen ist die kurze Reformphase vom Juni 1982, als die SPD die absolute Mehrheit verlor und die GAL frisch in die Bürgerschaft einzog. Die um Stabilität besorgten Wähler verschafften der SPD fünf Monate später jene satte absolute Mehrheit, mit der die regierende Dohnanyi-SPD ihre Standortpolitik einleitete und damit vollends auf Rechtskurs ging. Eine Politik, die die Springerpresse so titulierte: „Was dem Unternehmen Hamburg nutzt, nutzt auch den Unternehmen“. Die SPD-Linke ist ein Ausbund an Verkommenheit. In dreieinhalb Jahren Dohnanyi-Politik hat sie sich nur einmal erschauert. Was bis dahin weder die Sozialbaupolitik, die Asylantenabschieberlei, die Umwelterstörung oder die SPD-Ignoranz gegenüber Forderungen der Friedensbewegung und selbst gewerkschaftlichen Forderungen nach Aussperrungsverbot bewirken konnten, das provozierte bei der Aufstellung der SPD-Wahlkandidaten die Störung des bisherigen Rechts-Links-Proporz durch die Parteirechten. Von Spaltung war gar die Rede, aber nicht mal dazu sind sie in der Lage.

Gefahr von rechts droht von der 38-Prozent-CDU, deren Karriere-Politiker mangels Erfolgsaussichten ins Umland abwandern und der

2,6-Prozent-FDP (die mühsam von der Springerpresse als politisch existenzlos ins Spiel gebracht wird) kaum. Allein der bundespolitischen Konstellation verdankt die regierende SPD den unverdienten Eindruck, sie stünde in der politischen Mitte.

Auf der Linken herrscht Stagnation. Die 6,8-Prozent-GAL macht ihren parlamentarischen Oppositions-Turn und ist agonisierend mit innerorganisatorischen Problemen voll. Eine erkennbare neue Programm- und Bündnisdynamik geht von ihr nicht aus, bzw. scheint sie auch nicht in der Lage, Impulse für eine über den Ist-Zustand hinausreichende Diskussion zu geben. Das gilt noch weniger für ein neukonstituiertes „Hamburger Wahlbündnis“ aus dem Umfeld der DKP, das sich nicht entschließen kann, den Slogan „Gemeinsam gegen Rechts“ konsequent auf die herrschende Politik in Hamburg anzuwenden. Was sich da zusammenfindet, ist keine linke Erweiterung der GAL-Politik oder gar eine Alternative zu ihr, sondern würde eher den Anpassungsflügel in der GAL stärken.

So ist derzeit Bewegung fast nur von außen zu erwarten, vom Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl und der herannahenden Bundestagswahl mit ihren möglichen Auswirkungen der Polarisierung zwischen SPD und CDU.

hr.

GAL diskutiert Verhältnis zur SPD

Nach monatelanger Stochern im Nebel und wechselnder Diskussion um wechselnde Wahlkampfthesen, nach monatelanger Werbung, um Frauen für den Landesvorstand zu gewinnen (derzeitiges Ergebnis: 4 gegen 6 Männer, 3 Vorstandsposten für Frauen sind vakant), konsolidiert sich die GAL und ist bemüht, die Reihen für den Bürgerschaftswahlkampf fest zu schließen. Mit viel Fleiß arbeiten die Fachleute an den Programmteilen, möhen sich Bezirke und Fachgruppen um vorbereitende Mobilisierung, werden Veranstaltungen geplant. Drei Diskussions Ebenen sind erwähnenswert.

Die Diskussion um die Organisationsstruktur, die das Dilemma der wachsenden Unattraktivität der GAL für nicht aus den Parlamentsanforderungen abgeleitete Politik aufheben soll. Hierzu schlägt der neue GAL-Landesvorstand eine „2-Sektoren-Organisation“ vor. Neben den bestehenden Fachstrukturen für die Partei- und Parlamentsarbeit soll ein Sektor geschaffen werden, der „aktions- und projektbezogen“ arbeitet und sich vor Parlamentsarbeit soll ein Sektor geschaffen werden, der „aktions- und projektbezogen“ arbeitet und sich vor allem aus solchen GAL-Mitgliedern zusammensetzen soll, die zu der anderen Arbeit keine Lust haben. Aktuell dürfte diese „Doppelstruktur“ genannte Organisationsform nur im Hinblick auf Wahlkampf Realisierungschancen haben, da ernsthaft in der GAL nicht daran gedacht wird, die Arbeit durch Umorientierung der vorhandenen Kräfte zu verändern.

Die Diskussion um die Frauenliste, die derzeit eher ein müder Abklatsch der ursprünglichen Initiative von vor zwei Jahren ist, zudem belastet vom Frust um die versuchte paritätische Besetzung des Landesvorstands. Vielen will einfach nicht einleuchten, daß die von den Initiatorinnen mit diesem Vorschlag gewünschte „neue politische Kultur“ sich nun gerade in einer eigenen Parlamentsliste realisieren könnte, während sie in den innerorganisatorischen Strukturen als zweitrangig behandelt wird. Die Skepsis ist groß, dennoch ist das Thema nicht aus der Diskussion, nachdem fünf Frauen aus dem Spektrum der „Frechen Frauen“ sich namentlich für die Kandidatur auf einer reinen Frauenliste bereit erklärt haben.

Opposition sein wollen

Eine umfassende „GAL-Erklärung zur Bürgerschaftswahl“ aus der Feder des „Vorsitzenden“ Thomas Ebermann hat der GAL-Landesvorstand der Organisation Anfang Februar vorgelegt. Im ersten Teil werden die derzeitigen politischen Verhältnisse als relativ stabil analysiert und darauf abgehoben, daß SPD und CDU sich in den Grundlinien der Landespolitik de facto in großer Koalition befinden. Zwar werden auch Unterschiede in den Zielsetzungen betont, aber — so das Papier — werden diese in den kommenden Wahlkampfzeiten „ins Überdimensionale aufgeblasen, was nicht zuletzt den Zweck verfolgt, dem Wahlkampf eine spannungsreiche Polarität anzudeuten, die es der Sache nach nicht gibt.“ Hierauf aufbauend wird im zweiten Teil vor allem für die GAL als Oppositionspartei geworben. Sie sei keine „Regierung im Wartestand“, sie scheitere in wesentlichen Grundfragen der

Politik aus dem „Konsens der Demokraten“ aus. Der außerparlamentarische Kampf sei für die GAL das Gegenstück zum sozialen Frieden der SPD. Betont wird, daß konsequente Opposition auch ohne Regierungsverantwortung Veränderungen bewirken könne (z.B. Boehringer), daß sie — mit deutlichem Blick auf die Realo-Argumente formuliert — sich nicht in „einfühlerischer Gesinnungsethik“ ergeben brauche. Darüberhinaus liege aber im aus der Opposition angestrebten Bewußtseinswandel auch ein wichtiges Ziel. Durch Aufgreifen von Minderheitenforderungen, Sand im parlamentarischen Getriebe und Entwicklung eigener politischer Konzeptionen in Richtung Gestaltungsmöglichkeiten einer zukünftigen Gesellschaft.

Im dritten Teil werden die denkbaren politischen Konstellationen nach der Wahl durchgespielt, mit der deutlichen Tendenz, daß wahrscheinlich alles so bleiben wird, wie es ist. Für den Fall des Bruchs der absoluten Mehrheit der SPD durch einen Wahlsieg der GAL („Mit Sicherheit stütz von einer solchen Konstellation der größte Reformdruck aus“) wird ein Tolerierungsbündnis mit der SPD „für sehr unwahrscheinlich“ gehalten. Das Papier schließt: „Auch wenn wir heute pessimistisch sind, was die aktuelle Wahrscheinlichkeit eines (Tolerierungs-) Bündnisses mit der SPD angeht, wollen wir dennoch unsere Bedingungen angeben, die uns ein solches Bündnis ermöglichen würden.“ Mit diesen Forderungen sind wir für jeden Wähler berechenbar. Unsere Forderungen sind realisierbar. Ihre Erfüllung wäre zugleich eine einschneidende

Veränderung heute in Bonn und Hamburg betriebener Politik. Wir sind — wie schon bei den letzten beiden Wahlen — jederzeit zu Verhandlungen über Einzelheiten unserer Forderungen bereit, werden allerdings von ihrer Substanz nicht abrücken und stehen für Tauschgeschäfte nicht zur Verfügung.“ Es folgt ein notdürftiger Forderungskatalog, der hier nicht weiter erwähnt werden braucht, da er im derzeitigen Diskussionsstadium der GAL uninteressant ist.

Das im April zur Verabschiedung vorgesehene Papier ist fast ausschließlich als internes Ausrichtungspapier zu verstehen und mit Blick auf die grüne Realo-Fundi-Kontroverse geschrieben. Der Verfasser will damit die GAL als stabiles Gegengewicht zur grünen Haupttendenz festschreiben. Denn bei Lichte betrachtet enthält das Papier, das auf eine satte Mehrheit rechnen kann, eine Reihe von Korrekturen in der Ausrichtung der bisherigen GAL-Politik, wie sie gerade von Thomas Ebermann betrieben wurde. Für die total auf Konstruktivität in der Arbeit festgelegten GAL-Apparate galten Formulierungen wie „Sand im parlamentarischen Getriebe“ als verpönt. Sowohl Definitionen wie „Bedingungen“ für die Tolerierung als auch die Ablehnung von „Tauschgeschäften“ waren in der Vergangenheit für den Verfasser kein Tabu. Der „neue“ Kurs der GAL wird auch an einem anderen Punkt deutlich. „Demonstrativ“ hat sie auf den ihr zustehenden Sitz in der neugegründeten „Hamburger Anstalt für Neue Medien“ verzichtet. Begründet wurde dies fundamentalistisch mit der Ablehnung der Neuen Medien und

der Nichtbereitschaft, sich hier in eine mitgestaltende Alibirolle drängen zu lassen. Eine Position, die zu Ebermanns Parlamentszeiten kaum denkbar gewesen wäre. Die in gewisser Weise auch willkürlich an diesem Punkt gewählt wurde, da es mit dieser Begründung zuvor schon einige Fälle gegeben hat, in denen die GAL so hätte argumentieren können. Ihre Präsenz in verschiedenen Gremien hat immer auch diese Integrationskomponente, neben der von ihr verfolgten, optimal für die Betroffenen etwas herauszuholen, enthalten. Verständlich wird der verschärfte Oppositionskurs nur vor dem Hintergrund der Ausrichtung des Hamburger Landesverbands.

Zur Bürgerschaftswahl dürfte der Hamburger Realo-Flügel kaum Chancen haben, an diesem Kurs etwas zu verändern. Dies läßt die SPD-Regierungspolitik nicht zu. Eher wird die Diskussion darum gehen, ob die GAL nicht offensiver mit dem Argument der Notwendigkeit, neuen Reformdruck herzustellen, in den Wahlkampf gehen soll. Eine Position, wie sie Realos und der Stamm-Flügel vertreten. Das wiederum dürfte aus innerparteilichen Gründen Thomas Ebermann kaum recht sein, da dies die rot-grüne Diskussion provozieren könnte. Ein solcher Diskussionsschwerpunkt würde aber die GAL-Abgrenzung vom Bundestrend stören. Grün-immanent gedacht, ist das ja realistisch. Doch macht es auch ein ganzes Stück grüner Lähmung bei der politischen Weiterentwicklung aus, die stark innerparteilichen taktischen Überlegungen unterliegt. Das aber macht die Diskussion so wenig erfreulich.

Wahlbündnis in Hamburg gegründet

Etwa 400 Personen gründeten am 16. Februar in Hamburg ein „Wahlbündnis“ zu den Bürgerschaftswahlen. Nach eigener Aussage handelt es sich dabei um Menschen, die „in unterschiedlichen Initiativen, Organisationen, Parteien, Gewerkschaften“ arbeiten (Gründungsaufruf). „Das politische Spektrum reicht über Mitglieder von SPD, DFU, Liberale Demokraten, DKP und Friedensliste bis in die GAL hinein. Die Mehrzahl sind jedoch außerparlamentarisch aktive Menschen, die keiner Partei angehören“, so Ulrich Cremer in der UZ vom 21.2.86. „Wir sind schon seit langem politisch engagiert und haben erst begonnen zu protestieren, uns für politische Ziele einzusetzen. Wir alle aber sind aktiv und dabei bemüht, die Wende nach Rechts in der Bundesrepublik und auch in Hamburg zu stoppen“ (Gründungsaufruf). Einiges der ursprünglichen Absicht hat das „Wahlbündnis“ noch keine Kandidatur beschlossen, sondern will darüber zu einem späteren Zeitpunkt beraten. Vorher soll es sich stärker dezentral konstituieren und — so der Wunsch — „mit der GAL wie mit anderen politischen Kräften die Diskussion aufnehmen um Inhalte und Formen möglicher und notwendiger Zusammenarbeit, sowohl außerparlamentarisch, als auch zu den bevorstehenden Wahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlungen“

(Konstituierungsbeschuß). Die Realität des Bündnisses ist allerdings eine ganz andere, als die vorgegebene ungewöhnliche Breite von SPD über DKP bis GAL. Vier namentlich aufrufende SPD- und drei GAL-Mitglieder unter 122 Unterzeichnern können bestenfalls dem naiven Beobachter den Eindruck vermitteln, hier konstituierte sich eine ganz neue politische Breite zum Bündnis. Die so hervorgehobenen Parteimitglieder repräsentieren nichts an politischer Relevanz in den Herkunftsorganisationen, was im entferntesten den Schluß zuließe, da entwickle sich aus Unzufriedenheit mit SPD- oder GAL-Politik eine bedeutsame neue Kraft. Tatsache ist, daß das „Wahlbündnis“ sich fast ausschließlich aus dem engen Bündnisfeld von DKP, DFU und VVN rekrutiert.

Wir sind die Außerparlamentarischen

Daneben wuchert das Bündnis noch mit anderen Pfunden: Außerparlamentarisch ist das meisteschriebene und gesprochene Wort in seinen Erklärungen; wir sind die Außerparlamentarischen, so läßt man verlauten. Ungeachtet komisch die Einladung der DFU zur Gründung: „SPD, GAL, CDU und FDP haben mit der Nomi-

nierung von Kandidaten und der Erarbeitung von Wahlprogrammen bereits begonnen. Die außerparlamentarische Bewegung steht in der Diskussion über die Frage, wie sie in die Wahlauflösung eingreifen kann.“

Es ist schon extrem ärgerlich, solche teilweise dreisten Manipulationen zum Gegenstand von Bündnisangeboten zu machen, statt seinerseits mit offenem Visier eine ernsthafte Auseinandersetzung zu führen. Denn dieser Stil setzt sich im weiteren fort und durchzieht selbst die inhaltlichen Aussagen. So strotzt das Gründungspapier von Peinlichkeiten wie der Betonung der Notwendigkeit, „in Dialog miteinander zu treten, voneinander zu lernen. Zu unserem Zusammengehen gehören deshalb Solidarität, Meinungstreit und gemeinsames Handeln“, man habe gelernt, „daß wir am stärksten sind, wenn wir gemeinsam vor Trennendes gemeint wird“, daß niemand „aufgrund seiner Weltanschauung, seines Glaubens, seiner Parteizugehörigkeit“ ausgegrenzt werden sollte; oder „wir wollen keine ‚Vereinheitlichung‘ von Weltanschauungen oder gar eine neue Partei“ (alle Zitate aus dem Gründungsdokument), letztes schon gar nicht, wissen wir doch, daß es diese einzige Partei der... schon längst gibt. Wie will man denn allen Ernstes der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

grün-alternativen Anhängerschaft diese Mischung aus alternativem Politikmachen und Minimalakonsens-Politik glaubhaft machen, wenn jeder halbwegs aufgeklärte weiß, daß sich dahinter die Bündnisbestrebungen der DKP und ihr naheliegender Kreis verbergen, daß die Erfahrungen mit der DKP in aller Regel das Gegenteil von der versprochenen Offenheit sind? All das zusammen läßt den Bündnisversuch eher als Trick, denn als ernsthaftes Angebot erscheinen.

Noch ein weiterer Trick sei erwähnt. Bekannt ist die auch in der Partei kritisierte Fixierung der Grünen auf vermeintliche parlamentarische Durchsetzungsstrategien und ihre Schwäche im außerparlamentarischen Bereich. Dies ist zum einen ein strukturelles Problem, vor dem mit Sicherheit auch eine sich so stark gebärdende außerparlamentarische Kraft wie das „Wahlbündnis“ nicht gefeit wäre, wenn es in den vergleichbaren „Genuß“ von Parlamentarismen käme wie die Grünen. Es ist zum anderen ein Problem zunehmender politischer Grundorientierung innerhalb der Grünen, deren parlamentarische Verliebtheit den Blick für die Machtverhältnisse verstellt, was zugleich Anpassungsmotor für die Entwicklung in Richtung sogenannter Realpolitik ist. Mal ganz abgesehen davon, daß ein wachsender Teil Grünen sich auch zu ausschließlichen Anhängern einer verbesserten parlamentarischen Demokratie entwickelt. Also tönt das „Wahlbündnis“ illusionär: „Dabei setzen wir das Außerparlamentarische vor die Bedeutung des Parlamentarismus, weil allein im Parlament — ohne Druck von außen — nichts wirklich zu verändern ist“ und kritisiert die Vernachlässigung außerparlamentarischer Arbeit durch die GAL. Schreibt aber gleichzeitig, es fehle an Strategien, „die dem außerparlamentarischen Kampf Vorrang geben und Verbindungen zu parlamentarischen Initiativen so herstellen, daß reale Veränderungen durchgesetzt werden können“. Oder noch deutlicher Ulrich Cremer im erwähnten UZ-Artikel: „Notwendig ist also eine neue Qualität der Parlamentarismus, damit Forderungen der Bewegungen in der Bürgerschaft nicht nur auf den Tisch kommen, sondern auch durchgesetzt werden.“ Nun scheitert die Durchsetzung in Hamburg bislang allerdings an den real existierenden Machtverhältnissen im Parlament und nicht an der GAL. An der absoluten Mehrheit einer SPD, die nicht nur eine satte rechte Parteilinie besitzt, sondern zudem noch eine Parteilinie, die in vielen Jahren Parlamentstätigkeit das Rückgrat eines hundertfach gekauten Kaugummis bewiesen hat. Und da wollen die illusionslosen Außerparlamentarier stärkere Durchsetzung von Forderungen versprechen?



Mittler zwischen GAL und SPD

Dem Einwand ist vorgebeugt. „Wir haben in Hamburg eine breit entwickelte außerparlamentarische Bewegung und politische Kultur. Das spiegelt sich in der Bürgerschaft jedoch völlig unzureichend wider“, heißt es und an anderer Stelle: „Die außerparlamentarische Bewegung ist gewachsen und hat über vielfältige Bündnisbeziehungen eine größere Breite und mehr politisches Gewicht erreicht. Diese Entwicklungen hat die GAL unzureichend aufgearbeitet und in ihrer realen Politik vielfach nicht nachvollzogen“. Womit die Lösung, woher denn die größere Durchsetzungsfähigkeit kommen soll, gegeben wäre, in die Hamburger Wirklichkeit übersetzt heißt dies: Die DKP meint sich und ihre spezielle Bündnispolitik insbesondere in der Friedensbewegung gegenüber der SPD als die „gewachsene“ usw. außerparlamentarische Bewegung, die derzeit noch im Parlament fehlt. Doch gerade da ist aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der Neuentdeckung der in der Opposition „gewandelten“ Sozialdemokratie durch die DKP Vorsicht angesagt. Entsprechend lasch sind denn auch die Aussagen des „Wahlbündnisses“ zur regierenden SPD. Sie habe sich „von der christdemokratischen Opposition unzureichend unterschieden“, lautet die Feststellung im Entwurf für eine programmatische Erklärung. Gleichzeitig geht das „Wahlbündnis“ — wie in den vergangenen Jahren schon die DKP — von einer quasi Äquidistanz zwischen GAL und SPD aus, die gleichermaßen von den Bewegungen „stärker in die Pflicht“ genommen werden sollen. Angestrebt wird neben dem Kurzzeitziel einer „Allianz des Widerstandes gegen weitere Rechtsentwicklung“ langfristig „ein Block für gesellschaftliche Veränderungen“ aus SPD und Grünen mit gewerkschaftlicher Unterstützung. Für die Bürgerschaftswahlen will man sich darüberhinaus bemühen, „mit der SPD darin Übereinstimmung zu erreichen, gemeinsam die von der

CDU und FDP vertretenen Positionen im Hamburger Wahlkampf zu bekämpfen“. Der Versuch, sich als außerparlamentarisch getragener Mittler zwischen einer rechts tendierenden SPD und einer sich angeblich sektiererisch abgrenzenden GAL aufzutreten, entbehrt nicht einer gewissen Komik, sowohl was die realen Einflußmöglichkeiten der Mittler angeht, als auch vor dem Hintergrund rechter Hamburger Standortpolitik Dohnanyis. Eine ernstzunehmende Politik des „gemeinsam gegen Rechts“ müßte in Hamburg die Wirkungen gerade der Dohnanyischen Politik aufs Korn nehmen als rechts und nicht geeignet, eine zur Bundespolitik notwendige Alternative zu entwickeln. Für eine solche Oppositionspolitik eignet sich das vorgelegte Konzept des Wahlbündnisses nicht. Die Neigung in der GAL, auf einer solchen Basis ein Bündnis einzugehen, dürfte nicht besonders groß sein.

So ist kaum zu erwarten, daß es in Hamburg überhaupt eine ernsthafte Bündnisdiskussion geben wird. Die DKP-Vertreter im „Wahlbündnis“ können eigentlich nur noch auf einen (niederschlägigen?) Wettersturz zu lasten der Grünen hoffen. Allein dies könnte wohl einige in der GAL bewegen, aus rechtlichen Gründen zur Rettung des eigenen Ladens zusammenzugehen. Nach Schleswig-Holstein ist auch das zunächst einmal aus den Überlegungen. Das „Wahlbündnis“ läßt sich bislang sehr viel Zeit mit eigenen Planungen. Vieles spricht dafür, daß die eigene Kandidatur gar nicht ernsthaft erwogen wird. Für diesen Fall hat die DKP vorgesorgt und bereits im Dezember letzten Jahres ihr Programm „Arbeitsplatz Hamburg“ beraten. Das und die eigene Organisationsstruktur müßten dann herhalten, die Eigenkandidatur durchzusetzen. Begeistert ist man nicht darüber. Dran denken sollte man aber schon, denn das, was sich da an „Wahlbündnis“ konstituiert hat, ist keine Alternative oder Bereicherung der politischen Auswahl. Das einzige, was es erreichen könnte, wäre eine völlig überflüssige Schwächung der GAL-Position.

aktuell

Kommunalwahlen in Schleswig Holstein: Signale für rot-grün?

Hohe Verluste für die CDU (5,9 %), hohe prozentuale Zugewinne für die SPD (5,7 %) und für die Grünen (1,3 %), die FDP unter 5 %. Das Ergebnis der Kommunalwahl signalisiert in Schleswig-Holstein eine rot-grüne Mehrheit von 47,7 % gegen 44,2 % der CDU. Die Wende?

Nun, wenn jetzt SPD und vor allem auch die in der letzten Zeit arg gebeutelten Grünen jubeln, so ist das zwar verständlich, sollte aber dennoch nicht den Blick für die Realitäten verstellen. Kommunalwahlen unterliegen nicht den gleichen Gesetzen wie Bundes- und Landtagswahlen. Den Grünen in NRW dürfte noch ihr hervorragendes Kommunalwahlergebnis von 1 % Ende 1984 in Erinnerung sein, das ein gutes halbes Jahr später bei der Landtagswahl auf 4,5 % reduziert wurde. Es lohnt also, sich die Ergebnisse etwas genauer anzusehen.

Die CDU-Verluste sind einmal auf die gesunkene Wahlbeteiligung von fast 5 % zurückzuführen, offenkundig regional bedingter Protest konservativer Wähler oder Protesthaltung der Bauern gegen die Agrarpolitik. Aber sie hat auch Stimmen an die SPD abgegeben müssen. Hatte sie 1982 noch in zehn der elf Wahlkreise die absolute Mehrheit errungen, so diesmal in keinem. Sie blieb zwar überall stärkste Partei, doch nur in zwei Kreisen ermöglicht ihr der Rausfall der FDP die alleinige Mehrheit. In vier Kreisen ist sie auf die FDP, in einem auf die Wählergruppe angewiesen. In drei Kreisen ist eine rot-grüne Mehrheit möglich. In einem Fall gibt die dänische Minderheit den Ausschlag über die Bündnis-Konstellation. Am besten für die CDU ist der Verlust von 10,9 % der Stimmen in ihrer Hochburg Dithmarschen. Allerdings: Dort zog mit 11,2 % eine konservative, mittelständisch orientierte Unabhängige Wählergemeinschaft in den Kreistag. Stimmen, die bei Landtagswahlen eher wieder bei der CDU landen dürften.

Auch wenn die SPD kräftig hinzugewonnen hat, nimmt sich bei Lichte betrachtet das Ergebnis gar nicht so großartig aus. Von den 100.000 Stimmenverlusten 1982 hat sie 60.000 zurückgewonnen. Neben den drei rot-grünen Mehrheitskreisen hat sie die absolute Mehrheit in der Landeshauptstadt Kiel zurückgewonnen. In den kreisfreien Städten Lübeck und Neumünster sind ebenfalls rot-grüne Mehrheiten möglich. In Flensburg geht keine Mehrheitsbildung ohne die dänische Minderheit des SSW. Doch bleibt auch für die SPD im Ergebnis, daß sie in absoluten Stimmzahlen gegenüber den Bundes- und Landtagswahlen 1983 verloren hat. Die Enttäuschung dürfte um so größer sein, als die schleswig-holsteinische SPD darauf gehofft hatte, mit ihrer Imageverbesserung als Umweltpartei die Grünen kleinzuhalten. Landesvorsitzender Janzen grübelte, die Partei müsse „intensiver analysieren, weshalb diese Alternativpartei ausgerechnet in SH so günstig abgeschnitten habe, wo die Landes-SPD sich betont als Umweltpartei unter dem Motto „Umwelt und Arbeit“ anbietet“ (Kieler Nachrichten, 4.3.).

Die Grünen aber sind die eigentlichen Wahlsieger. Als einzige haben sie in absoluten Zahlen zugelegt und ihr bislang bestes Ergebnis mit 100.000 Wahlstimmen erreicht. (Bundestagswahl: 91.000; Europawahl: 94.000; bei der Kommunalwahl 1982 hatten die gespaltenen Grünen zusammen 6,12 %, 85.000 Stimmen erreicht — eine Woche später, bei der Landtagswahl waren es dann nur noch 60.000 Stimmen). Allein in Dithmarschen gelangten sie mit 4,2 % nicht in den Kreistag. Ansonsten erreichten sie in einigen Orten hervorragende Ergebnisse, wobei in den Hamburger Randgebieten zahlreiche überdurchschnittliche Resultate herauskamen.

Übertroffen wurden die grünen Spitzenresultate von der DKP! Die hat in ihrem Wahlschwerpunkt Barnstedt zugelegt und 17,26 % der Stimmen erhalten hat. Das war aber auch schon. Landesweit ist sie auf 3.800 Stimmen (davon allein 1.500 in Barnstedt) — 0,2 % — zurückgegangen. Im Fall der GAL Norderstedt, einem Wahlbündnis, in dessen Gründungsphase die Grünen beteiligt waren, das sie dann wegen DKP-Beteiligung verließen, ist noch einmal deutlich geworden, daß

solche Bündnisse in Konkurrenz zu den Grünen keine Chance haben. 1,6 % GAL-Stimmen standen 9,1 der Grünen gegenüber.

Welche Chancen für rot-grün?

Die eher „ökosozialistisch“ oder „fundamentalistisch“ eingeschätzten Landes-Grünen erklärten schon einen Tag nach der Wahl ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der SPD in den Kommunalparlamenten. Wurden noch auf der Landesversammlung im November jede Aussage zur landesweiten Zusammenarbeit vermieden, wird jetzt von Inhalten gesprochen, „ohne die eine Zusammenarbeit mit der SPD nicht möglich wäre ... Die Hürden sind hoch und sollen auch nicht niedriger gehängt werden ... Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb einer Legislaturperiode, konsequenter Naturschutz ohne Kompromisse im Nationalpark Wattenmeer, ein sofortiger Stopp des Fernstraßenbaus in SH und eine aktive Friedenspolitik“, so Vorstandsfrau Dorotha Strodthmann (Flensburger Tageblatt, 4.3.).

Der SPD kommen rot-grüne Überlegungen vor der Niedersachsen- und Bundestagswahl überhaupt nicht recht. Verschiedene SPD-Sprecher schlossen kommunale Zusammenarbeit nicht aus, betonten aber, daß eine Regierungszusammenarbeit mit den Grünen ausgeschlossen sei (Janzen, Engholm und Vogel im Bund, der — wie parteisprachlich üblich — auf die absolute Mehrheit für die SPD setzte). Immerhin ließ Engholm Fraktions-sprecher Nilius anklagen, daß man zwar die Grünen bekämpfen werde, im Falle ihres Einzuges in den Landtag werde sich erst dann „entscheiden, ob eine Zusammenarbeit ... möglich sei“ (Flensburger Tageblatt, 6.3.). Die bislang vorliegenden Nachrichten nach der Kommunalwahl deuten allerdings eher auf eine Arrangements der SPD mit der CDU oder wahlweise FDP und SSW hin.

Skal vi se, sagt der Däne wohl.

Nach dem Bericht eines Genossen aus Schleswig-Holstein

Ergebnisse

| Landesweit (in Prozent) | | | |
|-------------------------|------|------|--|
| | 1986 | 1982 | |
| CDU | 44,2 | 50,1 | |
| SPD | 40,3 | 34,6 | |
| FDP | 4,4 | 6,8 | |
| Grüne | 7,4 | 6,1 | |
| SSW | 1,7 | 1,6 | |
| DKP | 0,2 | 0,3 | |

Grüne Ergebnisse in den Landkreisen:
Dithmarschen: 4,2 / Lauenburg: 8,4 / Nordfriesland: 7,1 / Ostholstein: 5,9 / Pinneberg: 8,9 / Plön: 6,9 / Rendsburg-Eckernförde: 6,6 / Schleswig-Flensburg: 5,5 / Segeberg: 8,1 / Steinburg: 5,5 / Stormarn: 9,7
Grüne Ergebnisse in den kreisfreien Städten:
Flensburg: 8,0 / Kiel: 8,8 / Lübeck: 7,9 / Neumünster: 7,3

Herausragende grüne Ergebnisse (in Prozent):
Barsbüttel: 13,2 / Ratzeburg: 13 / Quickborn: 13,1 / Wedel: 12 / Halstenbek: 11,6 / Reinbek: 10,6 / im Hamburger Randgebiet: Ahrensburg: 9,8 / Bargteheide: 9,7 / Elmhorn: 8,4 / Oetrich: 9,4 / Glindenberg: 9,3 / Kaltenkirchen: 8,0 / Norderstedt: 9,1 / Pinneberg: 9,3 / Schwarzenbek: 8,9 / Wentorf: 8,2

Ergebnisse von Listen mit DKP-Beteiligung:
Barnstedt: DKP 17,26 (11,7) / Bornsen bei Hamburg: Liste für Umwelt, Frieden, Arbeit: 6,54 / Norderstedt: GAL 1,6 (Grüne: 9,1) / Neumünster: Friedensliste 0,34 (Grüne: 7,3, 1982: AL 7,8)

Wahldiskussion der Friedensliste

DKP gibt Eigenkandidatur auf

Die Friedensliste will im März ihren Kurs für die Bundestagswahlen abstecken.

Dabei werden auch die niedersächsischen Erfahrungen eine Rolle spielen. Dort soll die Landesmitgliederversammlung über eine Empfehlung des niedersächsischen Landesvorstands zu den Landtagswahlen entscheiden, in der es heißt: „nicht zur Landtagswahl in Niedersachsen zu kandidieren, sondern statt dessen Wahlprüfsteine zu entwickeln, mit denen Positionen der außerparlamentarischen Bewegung, insbesondere der Friedensbewegung in den Wahlkampf eingebracht werden“ (zitiert in UZ, 19.2.). Damit zieht die Friedensliste möglicherweise die Konsequenz aus ihren Bündnisbemühungen und der Ablehnung des von ihr vorgeschlagenen Kandidaten Erich Wulff auf der Landesversammlung der niedersächsischen Grünen.

Auch die DKP Niedersachsen, die diesen Vorgang „aufmerksam verfolgt“ hat, hat sich mit den Konsequenzen beschäftigt und beschlossen, „durch eine flächendeckende Kandidatur verantwortungsbewußt in den Landtagswahlkampf“ einzugreifen. Eine Maßnahme, die bereits im Mai letzten Jahres mit der Wahl einer DKP-Landesliste vorbereitet war, wie die UZ schreibt.

Der Bundesvorstand der Friedensliste will seiner Bundesversammlung den Beschluß vorlegen, sofort mit der Aufstellung von Direktkandidaten (Erststimmen) in den Wahlkreisen zu beginnen. Das wäre zugleich die Grundlage für die Aufstellung von Landeslisten (Zweitstimmen). Als zweites soll das

Bemühen verstärkt werden, mit SPD und Grünen über „eine politische Verständigung der Oppositionskräfte“ ins Geschäft zu kommen. Gegenüber den Grünen sollen die Bemühungen um ein „gemeinsames Vorgehen bei der Aufstellung von Landeslisten“ verstärkt werden. Ob die Friedensliste zum Stimmensplitting aufruft (seinerseits Wahl ihrer Direktkandidaten, andererseits Wahl von Grünen oder SPD) oder eigene Landeslisten aufstellt, soll nach Auswertung der Bündnisbemühungen und vor Listenanmeldungsfrist in den Ländern entschieden werden (zitiert nach dvz, 21.2.).

Die DKP unterstützt in der UZ vom 26.2. dieses Vorhaben der Friedensliste. Interessanterweise scheint die DKP erstmals seit ihrer Existenz mit einer Nichtkandidatur zu den Bundestagswahlen zu spekulieren. In dem Artikel, der die „Grundlinien der Wahlkampfstrategie der DKP für die Bundestagswahlen“ beschreibt, ist dieser Trend angelegt. Würde die Friedensliste die Empfehlung ihres Bundesvorstands annehmen, heißt es da, stünde fest: „1. Kommunisten treten bei der Bundestagswahl an. Sie kandidieren mit der Friedensliste — so wie schon zu den EG- und Landtagswahlen. 2. Die Kandidatur der Friedensliste bedeutet einen Fortschritt in der Realisierung auch der politischen Ziele, für die die DKP ja letztlich immer Wahlkampf macht.“

Mehrfach wird in dem Text betont, daß in alledem auch eine „Stärkung der DKP“ liege, deutliches Indiz dafür, daß es nach wie vor einen relevanten Flügel in der Partei gibt, der nicht

nur den Bündnisbemühungen dieser einzigartigen Partei der Arbeiterklasse reserviert gegenübersteht, sondern auch dafür, daß für ihn die Kandidatur auf jeden Fall ein Muß ist. Neu an diesem Artikel ist nun, daß anders, als noch bei der Kandidatur-Absicherung durch die Partei in Niedersachsen und vermutlich auch in Hamburg, erstmals signalisiert wird, man würde sich mit der reinen Direktwahlkandidatur zufrieden geben und auf Landeslisten der Friedensliste oder der DKP verzichten. Das legt zumindest die folgende Formulierung nahe: „Die von der Friedensliste gemeinsam vertretene Politik schließt auch zu guten Teilen Positionen der DKP ein ... Diese politischen Wirkungen, mit denen auch die DKP gestärkt würde, können auch dann eintreten, wenn die Friedensliste — etwa aufgrund einer Verständigung mit den Grünen — nur mit Direktkandidaten zur Wahl antreten sollte“. Hingewiesen wird auch darauf, „daß durch möglichen Verzicht auf die Zweitstimmenkandidatur bei dem zu erwartenden Nichtbündnis mit den Grünen nicht das Vorwurf der „Zersplitterung der Opposition“ kommen könne. Ob alle in der DKP die vermittelte Kandidatur über Direktwahlkandidaten schlucken werden, bleibt abzuwarten. Wie ernst es der DKP damit zu sein scheint, von einer Eigenkandidatur runterzukommen, zeigt der Aufruf der DKP, die Friedensliste bei ihrem Vorhaben zu unterstützen durch Gewinnung von Direktkandidaten (womit schon eifrig begonnen wurde) und durch Mobilisierung zur Bundesversammlung der Friedensliste.

Rau stellt klar:

Pershings bleiben hier!

Während die SPD-„Linke“ noch hofft, daß „eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ... den Stationierungsbeschuß innerhalb der ersten sechs Monate nach Amtsantritt aufheben“ wird — so ein Papier des „Frankfurter Kreises“ — hat die Führungsschicht der SPD längst anderes festgelegt.

Der folgende Artikel beweist dies an zahlreichen Erklärungen von Rau, Voigt und Eppler aus den letzten Wochen und gibt einen kurzen Rückblick über die Beschlüsse der SPD seit 1983.

SPD und NATO-„Nachrüstungs“beschuß

Vielfach verkannt wird innerhalb der Friedensbewegung, daß der Kölner Parteitag der SPD im „Friedensherbst“ 1983 zwar die Raketenstationierung abgelehnt hat, aber keineswegs den zugrundeliegenden „Doppelbeschuß“ der NATO. Vielmehr sei der (von Helmut Schmidt eingeführte) Doppelbeschuß richtig gewesen, lediglich „die internationale und nationale Konstellation hat sich verändert“, so jedenfalls der baden-württembergische SPD-Chef Lang, der hier stellvertretend für viele andere zitiert sei. Weiter führt Lang aus (1): „Unsere Hoffnung war, über den Hebel des Doppelbeschlusses die SALT-II-Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, neue Rüstungskontrollverhandlungen in Gang zu setzen und in der Zwischenzeit die Rüstungsspirale anhalten zu können (...). Wir müssen heute aber feststellen, daß die meisten Ziele nicht erreicht wurden und die Verhandlungen gescheitert sind.“ Lang bilanziert: „Trotzdem hielt und halte (!!) ich es für richtig, daß dieser Versuch gemacht wurde, die Spirale anzuhalten.“

„Aufrüsten, um abzurüsten“, diese krude Logik der „Nachrüstung“ wurde in der SPD mehrheitlich niemals in Frage gestellt.

Nachschußsalat

Dementsprechend waren die SPD-Beschlüsse zum Abzug der neuen Raketen bei näherer Betrachtung auch immer — zumindest! — widersprüchlich. Gefordert wurde auf dem Kölner Parteitag 1983 und auf dem Essener 1984:

„Von den USA einen Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing 2 und Cruise missiles“

sowie den Rücknahme des „Stationierungsbeschlusses“ von Pershing 2 und Cruise missiles;

von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug aufgestellten Kurzstreckenraketen SS 21-23 in der DDR und CSSR sowie eine drastische Verminderung der SS 20 auf einen Stand vor 1979.“ (2)

Völlig unklar bleibt bei dieser Beschluslage, ob der Abzug der US-Raketen an den vorherigen („unverzüglichen“) oder zumindest gleichzeitigen Abzug der sowjetischen Raketen gekoppelt sein soll — ein Junktim, mit dem ja vorher von den USA die Genfer Verhandlungen torpediert worden waren! Die Forderung nach einseitigem Abzug der US-Raketen ohne Vorbedingung läßt sich dagegen nur mit viel Liebe und Gesundheitsheiterkeit aus dem Kölner und Essener Beschlüssen herauslesen. Aber selbst die verschwindend kleine Möglichkeit einer solchen Interpretation war der Parteiapokalypse zuviel. In der Argumentation der Bundestagsfraktion vom Mai 85 werden nämlich noch kleinere Brötchen gebacken. Angestrebt wird hier (3):

„Ein Abkommen über einen befristeten Stopp der Stationierung euro-strategischer Raketen.“ Also nur noch „befristet“, und auch der nur „befristet“. Die Forderung nach Abzug der Raketen wird nur noch nebulös und laienhaftig damit umschrieben, daß natürlich auch „Grundlinien eines substantiellen Abbaus dieser Waffen“ gewünscht werden.

Ein besonderer Witz besteht darin, daß mit diesem Beschuß gar nicht mal eine Handlungsweise für die eigene Politik (z.B. einer möglichen SPD-Regierung) gemeint war, sondern sich das Ganze an jemanden richtet, von dem man eh weiß, daß er sich nicht daran hält: an den Präsidenten der USA. Zusammengefaßt wird dieser Unsinn von SPD-Politikern mittlerweile mit dem Slogan:

„Die Raketen wegverhandeln“

So J.R. in seiner zwischenzeitlich schon berüchtigten „Ahleiner Rede“ vom Dezember 85 (4):

„Wir bleiben dabei: Die Pershings und die Cruise missiles müssen ebenso wie die sowjetischen Gegenstücke wegverhandelt werden.“

Zu einseitiger Abrüstung braucht man natürlich keine Verhandlungen. Gutgläubige Menschen halten nun aber der SPD zugute, daß sie Verhandlungen vielleicht abrüstungswilliger führen könnte, als die derzeitige US-Administration. Leider stimmt nicht einmal das.

Rau findet die Verhandlungsführung der USA in Genf nämlich ganz prima. „Bestärken und ermuntern wollte er den Präsidenten, den Weg, den dieser in Genf eröffnet hat, doch weiterzugehen“, zitiert ihn die „Süddeutsche“ (5). „Ich fühle mich heute durch die in Genf deutlich gewordene Bereitschaft zu einem Zwischenabkommen und durch Elemente des Gorbatschow-Vorschlages in dieser Zielsetzung (Wegverhandlung der Raketen, Anm. AK) bestätigt.“ (6)

Wozu diese Lobhudelei der Genfer Verhandlungen dient, hat Rau mittlerweile offen gesagt. Bei seinem US-Besuch machte er deutlich, „daß in seinen Augen die sicherheitspolitischen Beschlüsse des Kölner Parteitages nach Genf in einem anderen Licht erscheinen“, so die SPD-Zeitung VORWÄRTS (7). Und anläßlich einer Tagung der SPD-„Linke“ Mitte Februar 86 lehnte er eine Festlegung auf den Abzug der Pershing-Raketen nach der Wahl ab, da „Genf Anlaß zur Hoffnung auf Ergebnisse gebe und er schon deshalb einen solchen Antrag nicht mitbringen könne.“ (8) Fazit: Wenn ein künftiger Bundeskanzler Rau vom „Wegverhandeln der Raketen“ spricht, so ist damit nicht der Abzug der Raketen gemeint, sondern das Verträgen auf Ergebnisse in Genf.



ten“ spricht, so ist damit nicht der Abzug der Raketen gemeint, sondern das Verträgen auf Ergebnisse in Genf.

Hoffen auf Genf

Wer dieses Hoffen noch nicht durch Erfahrungen aus der Vergangenheit oder durch entsprechende Untersuchungen in dieser Zeitung aufgegeben hat, den kann vielleicht ein Artikel der bürgerlichen ZEIT (Mitherausgeber: Helmut Schmidt) vom Rau'schen Illusionstheater in die raue Wirklichkeit zurückbringen. Dort heißt es in einer Analyse von Genf im Lichte der neuen Gorbatschow-Vorschläge (9):

„Kommt es nun in Europa zum Durchbruch an der festgefahrenen Abrüstungsfront?“

Dagegen spricht zweierlei. Einmal haben beide Seiten ihre jeweilige Null-Lösung an Bedingungen gebunden, die nur schwer zu erfüllen sind. Gorbatschow fordert, die atomaren Zwerge Frankreich und Großbritannien müßten auf den — längst geplanten — Ausbau ihrer Arsenale verzichten, damit die atomaren Riesen handelseinig werden können; Paris und London haben dies klipp und klar abgelehnt. Zudem soll Amerika von der Lieferung strategischer U-Boot-Raketen an England absehen; Reagan hat dies bereits zurückgewiesen. Andererseits will Was-

hington die sowjetischen SS-20-Raketen in Asien auf die Hälfte reduziert sehen; die Sowjets wehren sich dagegen.“

Schlachtenbummler für NATO-Europa

Hinzu kommt, daß die SPD — der oben zitierten Koketterie über die positiven „Elemente des Gorbatschow-Vorschlages“ zum Trotz — im Kern natürlich voll die Position in Genf mitträgt: Die Einbeziehung des französischen und englischen Atompotentials in die Verhandlungen wird abgelehnt, obwohl dessen „Nachrüstung“ voll vergleichbar ist.

Der „außenpolitische Sprecher“ der SPD, Karsten Voigt, meinte dazu, „daß die SPD stets für die Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme und nie für ihre direkte Zählung eingetreten ist“, das heißt, „daß militärisch gesehen die Sowjetunion nicht die Summe der britischen und der französischen und der amerikanischen Nuklearsysteme — braucht, um eine ausreichende Abschreckungsfähigkeit gegenüber diesen drei Nuklearmächten zu besitzen“. Umgekehrt gilt das dagegen nicht, wie man gleich sehen wird. Voigt erklärte nämlich ganz unzweideutig: „Bei den Verhand-

lungen über Mittelstreckenraketen ist das sowjetische Prinzip der Definition strategischer Waffen aus europäischer Sicht bisher nicht akzeptabel. Es geht vom Prinzip gleicher Sicherheit zwischen den beiden nuklearen Weltmächten aus, aber vernachlässigt das Prinzip der gleichen Sicherheit gegenüber Westeuropa.“ (10)

Also nicht nur die USA, sondern auch Westeuropa ohne die USA, soll atomar gleichgewichtig zur Sowjetunion sein — ein ungeschminktes Plädoyer für eine weitere Aufrüstung des westeuropäischen Raketenpotentials. Wobei man im Hinterkopf haben muß, daß Gleichgewicht/„gleiche Sicherheit“ im Sprachgebrauch dieser Herren natürlich in der Realität immer ein wertloses Übergewicht bedeutet.

„Verträge müssen eingehalten werden“

SPD-Geschäftsführer Glotz zu Hans-Karl Amsharov



tax: Herr Glotz, ist Kandidat Rau eigentlich Kandidat der gesamten Partei?

Glotz: Davon bin ich fest überzeugt. Das hat auch Oer-Erkenschwitz geteilt.

Unter der SPD-Linke besteht offensichtlich die große Sorge, daß die SPD, gerade in der Sicherheitspolitik, nichts aus den Fehlern der Schmidt-Ära gelernt hat.

Ich glaube, es bestehen keine Zweifel daran, daß Johannes Rau die Beschlüsse des Kölner und des Essener Parteitages wirklich erfüllen wird. Allerdings gibt es eine Auseinandersetzung um die Frage, wie man am besten erreichen kann, daß beispielsweise die Pershings so schnell wie möglich wieder aus

Europa weggelassen. Da hatte ich aus verschiedenen Diskussionsbeiträgen den Eindruck, daß sich auch der Kreis, der in Oer-Erkenschwitz versammelt war, noch nicht einig ist.

Der Punkt ist doch, daß sich Johannes Rau nicht zu einer verbindlichen Äußerung — die Raketen kommen weg und werden dann nicht nur wegverhandelt — durchringen will. Wo ist da der qualitative Unterschied zum letzten Bundestagswahl?

Also, Rau unterscheidet sich ganz, ganz deutlich von dem sonstigen Politik der Bundesregierung, sondern auch von einer Politik, die sagt, wir sind zwar für Verhandlungen, mit dem Ziel die Raketen wegzubekommen, aber sozusagen achselzuckend offen läßt, ob bei diesen Verhandlungen denn etwas rauskommt. In der Tat gab es noch einen Dissens, ob man beispielsweise mit einem einseitigen Bundestagsbeschuß ein solches Ergebnis Pershing weg, erreichen könnte. Die Diskussion über die Frage, ob das der richtige Weg wäre, ist auch in Oer-Erkenschwitz offen geblieben.

Sie selbst haben entgegengehalten, ein Beschuß des Deutschen Bundestages, der den einseitigen Abzug der Mittelstreckenraketen nach der Wahl beschließen würde, sei innenpolitisch nicht durchsetzbar. Warum?

Ich als Person halte in der Tat eine Entscheidung, die darauf hinauslaufen würde, wir machen einen einseitigen Bundestagsbeschuß

und legen damit eine mehrseitige Vereinbarung in einem Bündnis weg, weder für mehrheitsfähig, noch würde ich ihn für vereinbar halten mit dem Grundsatz pacta sunt servanda. Ich glaube allerdings, daß eine deutsche Bundesregierung, die mit dem wirklichen Willen zu den Amerikanern fährt und sagt: Wir wollen erreichen, daß die Pershing hier herauskommen, durchschlagend und erfolgreich ist. Und es ist gar kein Zweifel, daß Rau klipp und klar gesagt hat: Ich bin bereit, nicht nur freundlich zu sagen, die Raketen müßten weg, sondern wirklich diesen Willen an deutschen Bundeskanzler zu machen.

Also, Sie hoffen auf die Einsicht der Amerikaner?

Wir sind nicht nur auf Einsicht angewiesen. Aber ich gehe davon aus, daß man einen Beschuß, den man gemeinsam gefaßt hat, auch gemeinsam ändern muß. Eine solche Änderung ist möglich.

Johannes Rau will 1986 keine Anweisung in Form eines Beschlusses haben, wie er 1987 im Amt sein sollte. Warum?

Das hängt nun wieder gar nicht mit den Inhalten zusammen, sondern mit der Form. Man muß nicht in allen Einzelheiten im Wahljahr 1986 festlegen, wie eine solche komplizierte außenpolitische Prozedur im Jahr 1987 stattfinden soll.

Das Interview führten Uwe Sieber und Eiki Kuhn

Alles unter Kontrolle?

Widerstand gegen diesen Kurs war am ehesten noch von den SPD-„Linken“ des Frankfurter Kreises zu erwarten. Auf deren Tagung am 15./16. Februar 1985 erklärte Rau: „Handlungsdirektiven, das machte er von Anfang an klar, gibt es für ihn nicht. Vor allem in der Raketenfrage machte Rau keine Kompromisse. Eine einseitige Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses werde es mit ihm nicht geben“, berichtete die taz am 18.2.

Zur Hand ging ihm dabei Erhard Eppler, der — wie zu Schmidts Zeiten — Parteiratgeber forderte und „das Ansehen der AG Friedenspolitik des Frankfurter Kreises (nach Abzug der Pershing 2 innerhalb von 6 Monaten nach der Wahl) vom Tisch wischte.“ (ebd.)

Die Enttäuschung der Parteilinken wurde hinuntergeschluckt und „machte sich eher in Zwiesgesprächen Luft.“ (taz)

Jürgen/Stuttgart

- Anmerkungen:
1. Ulrich Lang, ist unsere Sicherheitspolitik am Ende? Jan. 1984, in: H.G. Brauch (Hrsg.) Sicherheitspolitik am Ende
 2. Essener Beschuß
 3. Politik Nr. 3 (Aktuelle Informationen der SPD), Mai 1985
 4. Politik Nr. 13
 5. Süddeutsche, 7.2.86
 6. Süddeutsche, 8.2.86
 7. VORWÄRTS, 8.2.86
 8. taz, 18.2.86
 9. Zeit, 21.2.86
 10. Voigts Zitate sind aus seinem Artikel in SOZIALISMUS 2/86

Ein halbes Nein, ein ganzes Ja Die SPD zu SDI und EUREKA

Großen politischen Kredit in der Friedensbewegung hat sich die SPD mit ihrer Ablehnung einer staatlichen Beteiligung am amerikanischen „Krieg-der-Sterne“-Programm SDI verschafft. Hinter einer Mauer bündnispolitischer Einheitsbrei gegen die Stationierung von Waffensystemen im All verschwindet die geschichtliche Verantwortung der SPD für die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD; die engagierte Zustimmung für die militärische Achse Bonn-Paris und eine koordinierte westeuropäische Militärpolitik wird zum Kavaliersdelikt.

Keine Staatsgelder für SDI

Die Haltung der SPD zu einer Beteiligung am SDI-Programm ist derzeit klar und überschaubar und findet in verschiedenen partei-offiziellen Veröffentlichungen ihren Ausdruck. In einer Erklärung des SPD-Präsidiums wird die Bundesregierung aufgefordert, „unmißverständlich jede Beteiligung an den Weltraum-Rüstungsplänen der Reagan-Regierung abzulehnen“ und sich für ein Testverbot von Weltraumwaffen einzusetzen. Damit weiß sich die SPD einig mit 13 anderen sozialdemokratischen und „sozialistischen“ Parteien der EG-Länder; eine gemeinsame Erklärung gipfelt in dem Satz: „Die europäischen Sozialisten lehnen daher jede Beteiligung ihrer Regierungen am SDI-Projekt ab“. Um die befürchtete Unterhöhnung des Vertrags über die Einschränkung von Antiraketensystemen (ABM-Vertrag) von 1972 zu vermeiden, werden die USA und die Sowjetunion aufgefordert, „eine Stärkung des Vertrags von 1972 insbesondere im Bereich der Antisatelliten-systeme und der neuen Technologien zu akzeptieren, indem sie Abkommen mit unmittelbarer Wirkung abschließen, in denen ausdrücklich Tests und Aufstellung von Antiraketensystemen verboten werden“.

Die Haltung der SPD gründet sich auf eine umfangreiche und komplexe Argumentation, aus der wir an dieser Stelle Kernelemente herausstellen wollen. Auffallend ist an erster Stelle die Zuhilfenahme der besten Absichten an die Adresse der Reagan-Administration, die die „Strategie der gegenseitigen Vernichtung durch eine Strategie der gegenseitig verbürgten Sicherheit“ ersetzen wolle (SDI und die Interessen Europas, in der Reihe: Politik — Aktuelle Informationen der SPD, hrsg. vom Parteivorstand, Mai 1985). Die gleiche grob beleidigende Unterstellung gegenüber Reagan, Weinberger & Co. findet sich auch im „Wissenschaftler-Applaud gegen SDI“, der stärksten Waffe von KOFAS und SPD im Friedenskampf. Die Einwände vieler namhafter Naturwissenschaftler aufgreifend, die auf die technische Undurchführbarkeit einer umfassenden strategischen Raketenabwehr hingewiesen haben, weist auch die SPD darauf hin, daß SDI gar nicht zum Abbau aller atomaren Angriffswaffen führen könne, sondern zu einem Mix offensiver und defensiver Waffen führen müsse. Völlig außer Acht läßt die SPD allerdings den Umstand, daß die Weltraumwaffen selbst als Angriffssysteme genutzt werden könnten. Die vorgebliche Hauptsorge der SPD liegt jedoch bei der Errichtung einer Zone verminderter Sicherheit in Westeuropa und einer Schwächung des Status der westeuropäischen Staaten in der internationalen Politik. Eine Zone geringerer Sicherheit soll demnach dann entstehen, wenn es den USA und der Sowjetunion gelänge, Abwehrsysteme gegen strategische Nuklearwaffen zu errichten. Die nuklear-strategische Drohung als Teilelement der „flexible response“ wäre damit in Frage gestellt. „Der Angreifer (natürlich die SU — d.Verf.) könnte das Gesetz des Handelns diktiert. Seine konventionelle Überlegenheit (sic!) ginge voll zu Lasten der NATO. Das Kriegsrisiko würde gesenkt, die Risikobereitschaft erhöht.“ SDI und die Interessen Europas, a.a.O.). Um die unterstellte konventionelle Überlegenheit aufzuheben, müßten in den kommenden Jahren vermehrt Finanzmittel freigesetzt werden, die gerade nicht zur Verfügung ständen, wenn die westeuropäischen Staaten sich an SDI betei-

ligten. Die Westeuropäer würden auf diese Weise zu einem reinen Spielball im Kräftemessen der Großmächte. Die Aufwendung staatlicher Mittel für SDI würde zugleich dahinführen, daß die westeuropäischen Konzerne nur noch zu einem Anhängsel militarisierter us-amerikanischer Grundlagenforschung degradiert würden. Die SPD folgt insofern ihrer eigenen Logik, wenn sie ein koordiniertes Vorgehen der EG-Staaten in der Militär- und Technologiepolitik fordert.



„... sollte die NATO sich befähigen, einfliegenden Kampfflugzeugen dank Ausnutzung der modernen Technik das Überleben in so großem Umfang unmöglich zu machen, daß deren Einsatz nicht mehr sinnvoll erscheint.“

Andreas von Bülow

Auffallend an den Erklärungen der SPD sind neben dem Gesagten auch zwei Punkte, zu denen nichts gesagt wird. Der eine Punkt betrifft das Verhalten der großen Konzerne, die sich lukrative Angebote vorausgesetzt, nicht zieren werden, für SDI zu forschen. Schon die außenpolitische Rücksichtnahme auf die französische Schwesterpartei fordert hösliche Zurückhaltung, denn selbst französische Staatskonzerne werden sich an SDI beteiligen. Von der SPD sind bisher nicht einmal Gedanken laut geworden, die industrielle Beteiligung durch Maßnahmen der Außenhandelsabstimmung oder bei der Vergabe von Forschungsmitteln zu sanktionieren. — Der andere interessante Aspekt ist der Umgang mit Staatsverträgen über SDI, wenn die SPD tatsächlich 1987 an die Regierung kommen sollte und ein oder mehrere Abkommen vorfindet, die die Kohl-Regierung in diesem Frühsommer mit der US-Administration schließen will.

„Kampf der technologischen Kolonialisierung Europas“

Mit diesen Worten kündigen die 14 sozialdemokratischen Parteien in den EG-Ländern ihre Unterstützung für das EUREKA-Programm an. Hinter diesem Appell an klassenübergreifenden dumpfen Europa-Chauvinismus steht die Befürchtung, die westeuropäischen Industrien könnten zukünftig nicht mehr auf allen Gebieten neuer Technologien mithalten. Die westeuropäische Konkurrenzfähigkeit soll auf sechs Technologie-Sektoren, die auch von SDI erfaßt werden, gesichert werden: Großrechner, Optik, Laser, Mikroelektronik, künstliche Intelligenz, neue Werkstoffe. Die konkrete Bedeutung des Hinweises, EUREKA solle ein ziviles Forschungsprogramm bleiben, wird nirgendwo erläutert. Gerade da würde es aber interessant, denn offensichtlich handelt es sich bei allen genannten Forschungsgebieten um Bereiche, denen in den kommenden Jahrzehnten eine noch steigende Bedeutung beim Bau zielgenauer nicht-atomarer Waffensysteme zukommen wird. Die Fragestellung, die die Sozialdemokratie beantworten müßte, lautet, wie sie die militärische Nutzung der Forschungsergebnisse verhindern will. Daß sie dieses nicht will, darauf deuten alle partei-offiziellen Erklärungen der SPD, die sich unter dem Banner der Anhebung der Nuklearschwelle zur

konventionellen Aufrüstung aufgemacht hat. Karsten Voigt, wohl das „sicherheits“-politische Sprachrohr seines Herrn Johannes Rau, hat die Ablehnung von Staatsgeldern bereits mit dem „eigenen militärischen Forschungsprioritäten“ begründet (Zwölf Thesen zur SDI-Initiative, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 17.4.1985).

Es ist nicht auszuschließen, daß solche Bemerkungen ein zukünftiges Einschwenken der SPD auf das Programm einer Europäischen Verteidigungsinitiative EVI (oder die englische Abkürzung: EDI) signalisieren sollen. Die Begründung, die Kriegsminister Wörner für die Durchführung dieses Programms heranzieht, ließe sich nahtlos in den Gesamtzusammenhang sozialdemokratischer Argumentationsmuster übernehmen, denn Wörner behauptet, EVI solle Westeuropa vor Angriffen konventionell bestückter sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen schützen. „Um sich gegen Luftangriffe zu schützen, sollte die NATO nicht mehr wie bisher davon abhängen, Minuten nach Beginn eines Krieges die Flugplätze der Luftwaffen des Warschauer Paktes zerstören zu müssen. Dafür sollte die NATO sich befähigen, einfliegenden Kampfflugzeugen dank Ausnutzung der modernen Technik das Überleben in so großem Umfang unmöglich zu machen, daß deren Einsatz nicht mehr sinnvoll erscheint“, schrieb nicht Manfred Wörner, sondern Andreas von Bülow. Wohlweislich behandelt auch Bülow nicht die Tatsache, daß ein System „Abwehr“-raketen sich auch zum offensiven Einsatz eignet.

Weltraumpolitik und EUREKA sind unmittelbar miteinander verknüpft, denn weitere Fortschritte bei der Nutzung der Raumfahrt sind ebenso von der Weiterentwicklung der neuen Technologien abhängig wie z.B. bei der Herstellung neuer Werkstoffe die weltraumstationierte Fabrik der Zukunft notwendig sein wird. „Europäisch ausgerichtete“ Programme setzt die SPD auch in der Raumfahrt an die erste Stelle. Die Kritik an der Politik der Kohl-Regierung ist kaum grundsätzlich — alle staatstragenden Parteien befürworten die Beteiligung an den Kooperations-Programmen der ESA (Europäische Raumfahrtagentur). Neben den finanziellen Aufwendungen, die die SPD fordert mehr Geld für die westeuropäische Raumfahrt, sind die Projekte eines militärischen „Aufklärungs“-mittels und des französischerseits in Angriff genommenen Raumgleiters Hermes umstritten. Während die Bundesregierung beide Projekte nicht oder den Raumgleiter erst ab 1987 mitfinanzieren möchte, tritt die SPD für ein umfassendes Engagement ein. Obgleich allgemein bekannt ist, daß Frankreichs Militärs sowohl den Raumgleiter für militärische Zwecke nutzen wollen wie der „Aufklärungs“-satellit auch Teil eines Lenkungs-systems für die französischen Atomwaffen werden könnte, entblödet sich die SPD nicht, die rein zivile Ausrichtung ihrer Vorschläge zu betonen.

Eine Bewertung der sozialdemokratischen Mehrheitsposition zu SDI, EDI und EUREKA muß zunächst die Tatsache herausstellen, daß die SPD „ein Amerika begrüßt, das ein wirksames politisches und militärisches Gegengewicht zum militärischen Potential der Sowjetunion darstellt“ (H. Ehmke, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas, in: Politik — Aktuelle Informationen der SPD, Jan. 1984), und eine Schwächung des Zusammenschlusses im NATO-Bündnis u.a. dadurch vermeiden will, daß die westeuropäischen Staaten verstärkte kooperative Rüstungsanstrengungen unternehmen. Insbesondere gehört die SPD zu den stärksten Verfechtern einer festen politischen und militärischen Achse Bonn-Paris. In diesen prinzipiellen Festlegungen ist der Widerspruch zur Betonung der nar-zivilen Ambitionen bei einzelnen Projekten bereits angelegt. Für einen ernsthaften Betrachter können deshalb nicht einmal die Oppositionspapiere der SPD den Eindruck rechtfertigen, hier trete eine glaubwürdige friedenspolitische Kraft an. Hierzu fehlen die konkreten Bestimmungen derjenigen Maßnahmen, die eine wiederkehrende SPD innerhalb einer Legislaturperiode unternehmen würde, um die weitere Aufrüstung Westeuropas mit hochtechnologischen Waffensystemen zu verhindern.

fo.

DKP: Eine neue SPD

Der Kurs der SPD-Spitze gegen eine staatliche Beteiligung am SDI-Programm bringt die DKP immer wieder zum Jubeln. Grund dazu gab es, als nach den Erstunterzeichnern Brandt, Ehmke und Lafontaine am 26. Oktober 1985 die UZ auch die Unterschrift des Oberwissenschaftlers Rau unter dem Naturwissenschaftler-Applaud gegen SDI verbekken konnte. Zu fern hatte die UZ, die Zeitung der DKP, auch, als das Hamburger Parlament (im November 1985) und das Bremer Parlament (Ende Januar 86) sich gegen SDI und für eine europäische Weltrauminitiative aussprachen. In beiden Fällen war die Initiative von den örtlichen Friedensforen ausgegangen. Böse Angriffe hingegen mußte sich in Hamburg die G.A.L. gefallen lassen, weil sie den Pro-Eureka-Kurs der SPD nicht mittragen wollte und einen eigenen Antrag im Parlament formuliert hatte. Absolute Regierungstreue attestiert in der UZ (vom 19.2.86) Rainer Eckart der SPD: „Die alles übertragende Frage zur Beurteilung der heutigen Entwicklung der SPD ist deren Einstellung und deren praktische Politik in Hinblick auf die Erhaltung des Weltfriedens! Gerade im Hinblick darauf haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen vollzogen, die von hoher Bedeutung sind. Aus dem Ja (der SPD) zur Stationierung der USA-Atomraketen ist ein Nein geworden, aus der Ablehnung von Friedensaktio-

nen ein Aufruf zur Teilnahme an ihnen“, führt These 22 (Thesen der DKP zum Parteitag — Anm. AK) aus. Man kann, durch die gegenwärtige Praxis der SPD belegt, ergänzen: aus einer noch gar nicht so lange zurückliegenden USA-hörigen Haltung in Rüstungsfragen ist eine zunehmend deutlichere Distanzierung, zumindest in den Kernfragen wie SDI, geworden; aus einer noch vor wenigen Jahren strikt ablehnenden Haltung gegenüber Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder ist ein realistisches Aufeinander-zugehen geworden. (...) Aber auch in der Bundesrepublik selbst erweist sich in der praktischen Erfahrung, daß es in konkreten Fragen der politischen Auseinandersetzung aufgrund gleicher objektiver Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten möglich ist, mehr Zusammenwirken (z.B. gegen den 116) oder mindestens Parallelen und gleichgewichtiges Handeln zu kommen. (...) Ich halte es nicht für übertrieben, wenn man diese Entwicklung so bewertet, daß sich hier eine mögliche außenpolitische Orientierung zeigt, die — wenn sie zur staatlichen Politik der Bundesrepublik werden kann — insofern ist, einer neuen realistischen und am Frieden orientierten Politik der Entspannung zum Durchbruch zu verhelfen.“

HH

Erneut Militärdokumente in den Niederlanden geraubt

Wer da glaubte, der Polizei-Überfall auf das antimilitaristische Dokumentationszentrum AMOK vom 19. November letzten Jahres (vergl. AK 265, S. 21f.) würde die niederländische antimilitaristische Szene in Angst und Schrecken versetzen und der Serie von Enthüllungs-Raubzügen ein Ende bereiten, der hat sich getäuscht. Es wird weiter eingebrochen, geklaut und entführt. Und zwar nicht nur von Onkrut, sondern auch von anderen Aktionsgruppen. Außerdem finden die auf diese Weise erbeuteten Staatsgeheimnisse immer leichter ihren Weg in die „offizielle“ Presse.

„Als Vergeltung für den Überfall auf AMOK“, der in der Öffentlichkeit auf breite Proteste stieß, knackten einige Dutzend Antimilitaristen/innen am 1. Dezember einen bis dahin geheimen Bunker in IJsselstein (bei Utrecht) und räumen ihn aus. In dem Bunker ist ein Radio-Notsender untergebracht, der in „Krisenzeiten“, wenn die Hilversumer Radio-Sender aus dem Äther genommen werden, die Bevölkerung „informieren“ soll. Nach der Protestaktion, die am helllichten Tag durchgeführt wurde und bei der 53 Personen festgenommen wurden, wurden Einzelheiten über den Notsender enthüllt. Zwei Wochen später, in der Nacht vom 15. zum 16. Dezember, brach in Amsterdam eine Gruppe mit dem Namen „Stille(n) Nacht, Heilige Frucht“ („Stille(n)“ ist das niederländische Wort für Zivildienst) ein in das Büro eines „Observationsteams“ der Reichspolizei.

Das Büro lag auf einem abgelegenen, nicht permanent bewachten, militärischen Gelände des Nationalen Territorial Kommandos. Die unbekannten Täter wußten einem Polizeisprecher zufolge genau Bescheid darüber, wo das Büro sein mußte. Fünf Tage nach dem Einbruch gab die Polizei bekannt, das Observationsteam habe eine neue Unterkunft erhalten.

Erbeutet wurden unter anderem hunderte Schlafräcke (aus einem Magazin), eine Kopiermaschine, eine Schreibmaschine und natürlich wieder jede Menge (geheime) Dokumente. Die interessantesten Informationen wurden wie gewöhnlich zuerst den Leser/innen der autonomen Amsterdamer Wochenzeitung „Bluf!“ präsentiert und danach zum Teil von der bürgerlichen Presse übernommen. Die Authentizität der Dokumente wurde von der Polizei bestätigt.

Tage nach dem Einbruch äußerte ein Polizeisprecher der Presse gegenüber die Befürchtung, möglicherweise seien auch „unangenehme Sachen über un-

sere Arbeitsweise“ mitgenommen worden. Die Beute beweist, daß die Observationsteams keineswegs — wie die Polizei gerne glauben macht — nur „gewöhnliche Kriminelle“ beobachtet, sondern auch die politische Szene im Auge behalten. Zu den Observationsmethoden gehört das Beschnitten und Fotografieren von Personen, das Durchsuchen von Müllsäcken und das Abhören von (Telefon)gesprächen.

Besonderes Aufsehen erregte die Enthüllung, daß genanntes Observationsteam Briefe aus dem Briefkasten des (offiziellen, regionalen) Radiosenders „Stad Amsterdam“ gefischt und kopiert hat. In diesem Zusammenhang war in der Öffentlichkeit oft zu hören, daß mensch anscheinend erst einbrechen und stehlen müsse, um dahinter zu kommen, daß die Polizei einbricht und stiehlt. Radio Stad erstattete Anzeige gegen die Observateure. Die Staatsanwaltschaft distanzierte sich nachdrücklich vom Briefe-Stehlen, wofür sie niemals Genehmigung erteilen würde, und beauftragte die Kripo, eine Untersuchung darüber einzuleiten, ob die Geheimpolizisten strafbare Handlungen begangen haben.

Zu Sabotage-Zwecken wurden in „Bluf!“ die Namen, Adressen, Telefonnummern und Fotos der Mitglieder des Observationsteams publiziert. Auch die Typen und Kennzeichen ihrer Fahrzeuge wurden öffentlich gemacht. Darüber war die Polizei, wie ihr Sprecher erklärte, nun „gar nicht glücklich!“: „Observieren ist eine akzeptierte Aufgabe der Polizei. Daß im Fall von Radio Stad etwas nicht korrekt war, hat nichts damit zu tun. Wenn man etwas gegen das Observieren hat, muß man das zur Diskussion stellen und nicht die Personen angreifen.“

Der Polizeisprecher gab zugleich bekannt, daß die veröffentlichten Telefonnummern sofort geändert worden seien. Die Polizei sei außerdem bereit, eventuelle Umzugskosten der Betroffenen zu übernehmen.

In letzter Zeit mehren sich die Anforderungen rechter Kreise an die Justiz endlich einmal etwas gegen die Straftaten von „Bluf!“ zu unternehmen. Staatsanwalt Woudrik aus Amsterdam dazu: „Es handelt sich zweifellos um strafbare Handlungen. Aber wenn wir „Bluf!“ aus dem Verkehr ziehen, dann erscheint kurze Zeit später „Die Kanalratte“ oder so was und dann fängt das Ganze wieder von vorne an.“

Niederlande-Kommission

„De Volkskrant“ — Ausg. vom 17.12., 20.12., 21.12. und 27.12.1985 sowie vom 4.1., 11.1., 14.1. und 22.1.1986

Das Erziehungsgeld

Ein Gesetz zur Flexibilisierung der weiblichen Arbeitskraft

Mit Riesenschritten nähert sich die CDU der auf dem „Frauenpartei-tag“ im März 85 angekündigten „Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Lebensalltag“. (1) So verkündete der damalige Familienminister Geisler, mit dem Gesetz über Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (BERzGG) sei ein neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik aufgeschlagen.

Was bringt das neue Gesetz?

Am 1.1.86 trat das BERzGG in Kraft. (2) Jede Frau, ob erwerbstätig oder Hausfrau, erhält bei Geburt eines Kindes ein Erziehungsgeld von monatlich 600,- DM. Gleichzeitig kann ein 10-monatiger Erziehungsurlaub in Anspruch genommen werden. Die ersten 6 Monate wird das Erziehungsgeld unabhängig von der Höhe des Einkommens, ab dem 7. Monat einkommensabhängig gezahlt. Gemäß der von der CDU proklamierten „neuen Partnerschaft“ sind auch Väter anspruchsberechtigt. Doch an der bürgerlichen Kleinfamilie hält die CDU nach wie vor fest, deshalb sind nichteheliche Väter ausgenommen, da ihnen nicht — wie vorausgesetzt — die „Personensorge“ zusteht. Für erwerbstätige Frauen will das Gesetz die „Wahlfreiheit“ zwischen Beruf und Familie schaffen. Es bietet die Möglichkeit, während des Erziehungsurlaubs eine Teilzeitarbeit

von maximal 19 Stunden wöchentlich beim gleichen Arbeitgeber auszuüben. Während des Erziehungsurlaubs gilt ein durch weitgehende Ausnahmeregelungen aufgeweichter Kündigungsschutz.

Das neue feministenverdächtige Image der CDU, die Frauen das BERzGG mit Slogans wie „Wahlfreiheit“, „Gleichberechtigung“, „Anerkennung von Erziehungsleistungen“ als frauenfreundlich anpreist, entlarvt sich jedoch als traditionelle CDU-Familienpolitik. Frauen sollen sich wie gehabt der Hausarbeit und Kindererziehung widmen. Als Dank für ihren Beitrag zur Steigerung der Geburtenrate des „deutschen Volkes“ erhalten sie eine Gebärprämie von 600,- DM. Erwerbstätigkeit wird nicht mehr als „wider die weibliche Natur“ geübt, nur muß sie nach den Flexibilisierungswünschen des Kapitals ausgeübt werden. Das BERzGG sorgt dafür, daß Frauen — mehr als es bisher schon der Fall war — dem Arbeitsmarkt als flexibel einsetzbare Manövriermasse zur Verfügung stehen und „befreit“ von Schutzrechten, dem Kapital weder zusätzliche Kosten noch Risiko verursachen.

Beseitigung des Mutterschaftsurlaubs

Das BERzGG ersetzt die seit 1979 im Mutterschutzgesetz geltenden Bestimmungen über Mutterschaftsurlaub. Für erwerbstätige Frauen, denen 1983 die Bundesregierung als ersten Schritt

zur „Konsolidierung des Staatshaushalts“ das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750,- DM auf 510,- DM gekürzt hatte, bedeutet das eine weitere Verschlechterung. Sie verlieren ihren Anspruch auf 6 Monate Mutterschaftsurlaub mit Mutterschaftsgeld und Arbeitsplatzgarantie.

Gegenüber Hausfrauen sind sie nach dem neuen Gesetz doppelt benachteiligt. Da das Mutterschaftsgeld auf das Erziehungsgeld angerechnet wird, erhalten erwerbstätige Frauen 8 Wochen weniger Erziehungsgeld. Außerdem entfällt das Erziehungsgeld, wenn nach der Mutterschutzfrist die zulässige Arbeitszeitgrenze von 19 Stunden überschritten wird. Das BERzGG bestraft also die Frau, die nach dem Mutterschutz einer vollen Erwerbstätigkeit nachgehen will oder muß.

Arbeitsplatzgarantie? — Seit dem Beschäftigungsförderungsgesetz endgültig abgeschafft

Neben diesen auf den ersten Blick erkennbaren Benachteiligungen für erwerbstätige Frauen ergeben sich aus dem BERzGG erhebliche Verschlechterungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet, die erst durch das Zusammenwirken mit dem am 1. Mai 85 in Kraft getretenen Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG) voll zum Tragen kommen.

Im Zentrum der Auseinandersetzung um das BERzGG stand die Arbeitsplatzgarantie, die aus den Vorschriften zum Mutterschaftsurlaub in

den ersten Entwurf übernommen wurde. Geisler legte sich im Vorfeld des Parteitag sogar mit FDP und Unternehmerverbänden an. Die von ihm geforderte Arbeitsplatzgarantie, so mußte er sich vorwerfen lassen, sei „beschäftigungsschädlich“ und wirke sich vor allem auf die Vermittlungschancen junger Frauen kontraproduktiv aus. Zudem wurde diese „zusätzliche Belastung“ der Unternehmen zurückgewiesen, da die Arbeitsplatzgarantie eine „unzulässige Einschränkung der Dispositionsfreiheit“ bedeute. (3) Wozu die Empörung? Geisler wußte ganz genau, daß die Arbeitsplatzgarantie bloßes Papier, allenfalls ein verbales Zugeständnis für erwerbstätige Frauen bleiben würde. Denn für die meisten Frauen, als Arbeitslose oder mit befristetem Arbeitsvertrag, greift diese Garantieerklärung überhaupt nicht. Außerdem wurde sie durch das Beschäftigungsförderungsgesetz zur Farce. Das BeschFG erleichtert in erheblichem Maße den Abschluß befristeter Arbeitsverträge. Eine sachliche Begründung für die Befristung ist nicht erforderlich; daher entfällt der besondere Kündigungsschutz für Schwangere. (4) Nach dem BeschFG abgeschlossene befristete Arbeitsverträge enden allein durch Zeitablauf. Geht z.B. eine während des befristeten Arbeitsverhältnisses schwanger gewordene Frau nach der Mutterschutzfrist in Mutterschaftsurlaub bzw. Erziehungsurlaub, so hat sie keinen Anspruch auf Verlängerung des Arbeitsvertrages, wenn der befristete Arbeitsvertrag während des Mutterschaftsurlaubs/Erziehungsurlaubs zeitlich ausläuft. Ebenso entfällt dann auch die Zahlung des Mutterschaftsurlaubsgeldes.

Bei Einführung des BeschFG wurde immer wieder der Zusammenhang mit dem antichristlichen BERzGG betont. Es sei eine notwendige Voraussetzung, um überhaupt für die Erziehungsurlaubsbereinigten Aushilfskräfte befristet einstellen zu können. Verschwiegen wurde

aber, daß auch schon vorher der Abschluß befristeter Arbeitsverträge bis zu 6 Monaten erlaubt war (z.B. bei Schwangerschafts-, Urlaubs- oder Krankheitsvertretung), womit die 6 Monate Erziehungsurlaub abgedeckt gewesen wären. Das Arbeitsrecht war schon immer flexibel genug! Nach dem BeschFG können nun Arbeitsverträge befristet bis zu 18 Monaten abgeschlossen werden. Ein Angebot, von dem Kapitalisten besonders bei jungen Frauen im „gebärfähigen Alter“ regen Gebrauch machen werden; zumal sie sich ganz nebenbei der Zahlung des Mutterschaftsurlaubsgeldes entledigen.

Das „Lückenloze“ Ineinandergreifen von BERzGG und BeschFG entlarvt die ganze Debatte um Arbeitsplatzgarantie als Scheingeheiß. Durch das BeschFG wurde schon vor Inkrafttreten des BERzGG die beim Mutterschaftsurlaub geltende Arbeitsplatzgarantie ausgehöhlt.

Die besonderen Fälle ...

Im Entschluß des CDU-Parteitages einigte man sich statt der Arbeitsplatzgarantie darauf, „die Rückkehr in das alte Beschäftigungsverhältnis“ zu ermöglichen. (5) Übrig blieb ein „Kündigungsschutz“, der jetzt nur noch für den Erziehungsurlaub gilt, nicht mehr für die 2 Monate nach der Rückkehr in den Betrieb. Gleichzeitig wird er durch weitgehende Ausnahmeregelungen aufgeweicht, da „in besonderen Fällen ausnahmsweise die Kündigung für zulässig“ erklärt werden kann. (6) Von Arbeitsminister Blum wurden zur Konkretisierung dieser „besonderen Fälle“ entsprechende Verwaltungsvorschriften erlassen. (7) Ausnahmen vom Kündigungsschutz betreffen die Stilllegung oder Verlagerung eines Betriebes/der Betriebsabteilung und die Unmöglichkeit

Fortsetzung nächste Seite

Frauen stürmt die Arbeitsämter meldet euch arbeitslos!

Unter diesem Motto fand am 27.2. in mehreren bundesdeutschen Städten ein Aktionstag statt. In Laken gehörte Frauen aus Erwerbsloseninitiativen „geleiteten“ mit viel Lärm durch belebte Einkaufstraßen oder über Märkte, um auf die hinzuweisen, die sonst niemand sieht: die „Stille Reserve“.

Verteilt wurden Flugblätter, in denen gezielt Frauen angesprochen werden, die

- gerne in ihrem Beruf arbeiten wollen
- finanziell unabhängig sein wollen
- als Hausfrau gerne wieder in den Beruf zurückwollen
- als ältere Frauen dokumentieren wollen, daß sie nicht zum alten Eisen zählen
- geschieden sind und ihre Existenz alleine sichern wollen/müssen
- als Alleinerziehende ein Kind versorgen wollen/müssen
- nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz suchen
- tariflich abgesicherte Arbeit wollen und nicht mit einem schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsplatz zufrieden sind.

All diese Frauen werden aufgefordert, zum Arbeitsamt zu gehen und sich arbeitslos zu melden, selbst wenn keine Hoffnung auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes oder auf Leistungen des Arbeitsamtes besteht. Durch diesen Schritt würden Frauen deutlich machen, daß sie sich nicht vom Arbeitsmarkt wegdrängen lassen und daß die offiziellen Statistiken falsch sind. Es würde verhindert, daß die Erwerbslosigkeit von Frauen weiter verharmlost und totgeschwiegen wird.

Vorausgegangen waren der Aktion Bundeskonferenzen im Juni 1985 und im Januar 1986, zu denen die Kölner „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ eingeladen hatten. Nachdem im Juni der Beschluß zu dem Aufruf „Frauen stürmt die Arbeitsämter — meldet euch arbeitslos!“ verabschiedet worden war, ging es im Januar um die konkrete Vorbereitung des Aktionstages am 27.2. und um Berichte über die mit dem Aufruf gemachten Erfahrungen.

Schon im Oktober 1985 wurde die besondere politische Brisanz des Aufrufs deutlich: Regierungssprecher Norbert Schäfer behauptete auf der Bundespressekonzferenz am 25.10.: „Dieser Aufruf ist geeignet, die Arbeitsvermittlung noch stärker zu belasten und damit in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu

behindern“ („Süddeutsche Zeitung“ — „SZ“, 26/27.10.85). Es ist also eine Behinderung für das Arbeitsamt, wenn die genannten Gruppen von Frauen auf eine Arbeitsberatung entsprechend § 16 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) bestehen.

Hart traf die Schelte auch den CDU-freundlichen Deutschen Frauenrat, der wie die 11. Bundesdelegiertenkonferenz der DGB-Frauen den Aufruf unterstützte und ihn in dem Infodienst „Information für die Frau“ im Oktober veröffentlichte.

Ein Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ — „FAZ“ — unterstellte den Initiatorinnen dieser Aktion, sie wollten zufriedene Hausfrauen dazu benutzen, die Arbeitslosenstatistik aufzublähen. Ihnen wurde „Gemeinsinn“ und „Verantwortungsbewußtsein“ abgesprochen. Der Kommentar endete mit der Unterstellung, es könnte der Eindruck entstehen, mit dem Aufruf werde zu einer besonderen Form des Schmarotzertums aufgerufen (nach „Deutsche Volkszeitung“ — „dvz“, 22.11.85).

Föhrwahr ein interessanter Gedanke, wenn man bedenkt, daß gerade Frauen meist jahrelang Arbeitslosenversicherung zahlen, um dann bei Arbeitslosigkeit auf Bedürftigkeit geprüft zu werden (so erhalten über 80 % der arbeitslos gemeldeten verheirateten Frauen keine Arbeitslosenhilfe „mangelnde Bedürftigkeit“). Viele Frauen arbeiten in diversen Formen von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, bei denen sie das Risiko von Arbeitslosigkeit bei keinerlei Anspruch auf Unterstützung seitens des Arbeitsamtes täglich vor Augen haben. Und nicht zu vergessen die Mutter und Hausfrauen, die unbezahlt Milliarden Arbeitsstunden Erziehungs- und Hausarbeit leisten.

Warum Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit in lautes Geheul ausbrechen müssen, wenn sie an den Aufruf der Frauenerwerbsloseninitiativen denken, liegt auf der Hand: ihre Strategie, die Statistik durch chirurgische Eingriffe zu beschönigen, muß bei der Mobilisierung der „Stillen Reserve“ scheitern!

Praktische ...

Die SPD-Regierung hatte bereits im Jahre 1980 zwei Gruppen aus der Ar-

beitslosenstatistik herausgestrichen: Zum einen die längerfristig krankgeschriebenen Arbeitslosen und zum anderen die Bezieher von sogenannten Nahtloskeitsleistungen. Es handelt sich dabei um Arbeitslose, die aus dem Erwerbsleben aussteigen wollen und einen Rentenanspruch gestellt haben. Allein die Streichung der Gruppe der Krankgeschriebenen bedeutet zur Zeit eine Beschönigung der Statistik um ca. 35.000 Arbeitslose.

Mit der Novellierung des Arbeitsförderungs-gesetzes werden seit Anfang 1986 nun zwei weitere „Problemgruppen“ aus der Statistik verschwinden:

58jährige und ältere werden zwar noch als arbeitssuchend geführt, müssen aber nicht mehr unbedingt zur Vermittlung zur Verfügung stehen und werden aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat in einem Schreiben ungefähr 110.000 Betroffene dieser Altersklasse auf die neue Regelung hingewiesen.

Die zweite Gruppe sind Frauen, die nach dem neuen Bundeserziehungs-geldgesetz zwar weiter Arbeitslosenhilfe beziehen, aber wegen der Betreuung eines Kindes nicht für eine Vermittlung verfügbar sind.

... und ideologische Chirurgie an der Arbeitslosenstatistik

Der Stellvertretende CSU-Generalsekretär Wolfgang Heid hat die Neugliederung der Statistik in „Alleinvertreter“ und „Zubrotverdiener“ ins Gespräch gebracht. Er sieht es weiter als Aufgabe aller Parteien an, entsprechend dem Gedanken von F.J. Strauss gedanklich die „Arbeitswilligen“ von den „unwilligen“ zu trennen („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 13.8.85).

Auch der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, Rudolf Kraus, hält die Aufspaltung der Statistik für überfällig; wolle man den „echten“ Arbeitslosen möglichst rasch und wirksam helfen, sei eine „differenzierte“ Betrachtung der Arbeitslosigkeit notwendig („SZ“, 22.8.85).

Schließlich sei der Bayerische Arbeitsminister Franz Neubauer (CSU) erwähnt: Er bemängelt, daß „sozialpolitische Aspekte“ in der Statistik nahe-

zu unberührt blieben. So gehe nicht hervor, inwieweit verheiratete arbeitslose Frauen lediglich zum Familieneinkommen hinzuverdienen wollten. Ebenso fehle eine Aufgliederung, welche Frauen wegen eines zu geringen Einkommens des Ehemannes gezwungen seien, hinzuverdienen („SZ“, 22.8.85).

Von einem Recht auf Erwerbstätigkeit wird hier nicht mehr geredet. Als Rechtfertigung/Entschuldigung gilt nur der ökonomische Zwang.

Daß dieses von Frauen anders gesehen wird, zeigt ihr steigender Anteil unter den Erwerbspersonen: ihr Potential stieg von 1978 auf 1984 von 36 auf 39 %. Inzwischen ist ihr Anteil auf über 40 % gestiegen. Demgegenüber stellen Frauen rund 45 % aller registrierten Erwerbslosen und leiden damit schon jetzt unter einer deutlich höheren Arbeitslosenquote als die Männer. Sollte das Ziel des Aufrufs erreicht werden, daß zu den Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit noch die „Stille Reserve“ hinzukommt, die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Mai 1985 auf 1,35 Millionen geschätzt wurde, würde die Statistik ganz anders aussehen und die Diskriminierung von Frauen und ihre Verdrängung aus der bezahlten Erwerbsarbeit noch deutlicher werden.

In., Hamburg



Fortsetzung von vorheriger Seite

unbereitschaft über die Parteigrenzen hinweg scheint — entgegen allem Frohlocken der „Ist“ — noch nicht vor ausgereift zu sein. Auch wurde das Gesetz nicht allein von den „schwarzen Männern“ in Bonn (laut EMMA, 2/86), sondern im Einvernehmen mit den schwarzen Frauen durchgeboxt. Es tritt am 1. April 1986 in Kraft.

Verabschiedet wurden Änderungen im Scheidungsfolgerecht, die von Expertenverbänden, Frauenorganisationen, GRÜNEN und SPD kritisiert werden. Das Scheidungsfolgerecht regelt die Fragen des Unterhalts nach der Scheidung. Das seit 1977 geltende Recht ging davon aus, daß die geschiedenen Ehepartner grundsätzlich jeder für sich selbst sorgen sollten, jedoch eine Verpflichtung zu „nachschlicher Soli darstellten“. Dies sicherte einen Unterhaltsanspruch für Geschiedene, solange sie kein eigenes Vermögen und keine angemessene Arbeit hatten, oder wenn eine Arbeit wegen Alter, Krankheit oder Betreuung von Kindern nicht zumutbar war. Schon nach dem Regierungswechsel kündigten CDU/CSU eine baldige Veränderung an. Sie fühlten sich bestärkt durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (14.7.81) in dem Teile der Unterhaltsregelung für verfassungswidrig erklärt wurden. „Danach soll einem Ehegatten in besonderen Härtefällen — so bei besonderem krassem Fehlverhalten — selbst dann kein Unterhalt zustehen, wenn er Kinder betreut“ (Aus: Information für die Frau, Nr. 3, 85, Seite 12).

Die Leitlinie für die Gesetzesänderung hieß „mehr Einzelfallgerechtigkeit“. Durch die Presse wurden Mänerschicksale gejagt, die das Land moralisch auf das neue Recht einstimmen sollten. Beispiele armer Chefsätze, die von ihren kleinen Krankenschwestern geheiratet, aber schon nach kurzer Zeit wieder geschieden wurden. Diese Schwestern lebten nach vollzogener Scheidung nun in Saus und Braus, da das bisherige Scheidungsrecht ihnen ihren ehelichen Lebensstandard weiter garantierte. So geht's ja nun nicht. Lesen wir, was Bundesjustizminister Engelhard von der Verabschiedung dazu in der FR vom 19.9.84 vollbrachte.

„Unter dem Titel „Scheidungsfolgen“ in der FR vom 19.9.84 vollbrachte Unter dem Titel „Einzelfallgerechtigkeit“ statt antiquierten Ständedenken“ heißt es.

„Der Gesetzgeber des Jahres 1977 hat den Grundsatz der nachheiligen Solidarität überstrapaziert, als er bestimmt hat, das Maß des Unterhalts solle sich stets und ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe nach den ehelichen Lebensverhältnissen richten. Eine derart uneingeschränkte Lebensstandardgarantie läuft auf ein Ständedenken hinaus, das heutigen Lebensanschauungen nicht mehr entspricht. Deshalb soll künftig die Bemessung des Unterhalts nach den ehelichen Lebensverhältnissen zeitlich begrenzt werden können, wenn dies insbesondere mit Rücksicht auf die Dauer der Ehe der Billigkeit entspricht.“

In dem neuen Gesetz ist nun festgeschrieben, daß Unterhaltsansprüche gekürzt, zeitlich begrenzt oder sogar ganz geunten werden können. Ob, wieviel und wie lange der Unterhalt gezahlt wird, liegt im Ermessen des jeweiligen Richters. Die juristischen Zauberformeln für seinen Entscheidungsspielraum heißen z.B. „Billigkeit“ oder „grobe Unbilligkeit“. Klar ist, wer der wirtschaftlich abhängige Partner in einer Ehe ist. Fast ausschließlich ist es die Frau, die wegen Betreuung von Kindern und Haushalt auf ihren Beruf verzichtet oder ihn einschränkt. Ganz abgesehen von der wirtschaftlich bedingten Frauenarbeitslosigkeit. Ehefrauen, Hausfrauen und Mutter sind also von den neuen Paragraphen abhängig.

| | Ehe- | Ehe- | |
|------|--------------|-------------|----------|
| | schließungen | scheidungen | Geburten |
| 1950 | 335708 | 84740 | 812835 |
| 1955 | 461818 | | 820128 |
| 1960 | | 46101 | |
| 1965 | 321445 | 48978 | 968629 |
| 1970 | 49228 | 58728 | 1044124 |
| 1975 | 444310 | 76520 | 810408 |
| 1980 | 386681 | 106829 | 600512 |
| 1985 | 365228 | 108258 | 602851 |
| 1990 | 354487 | 74658 | 582344 |
| 1995 | 328215 | 32462 | 576468 |
| 2000 | 344823 | 79490 | 581984 |
| 2005 | 362408 | 96222 | 620657 |
| 2010 | 359658 | 109520 | 624557 |
| 2015 | 36966 | 118483 | 621173 |
| 2020 | 369628 | 121317 | 594177 |

(Zahlen des Bundesministeriums der Justiz)
(aus: Information für die Frau, 12/84)

Erscheint dem Richter die Dauer der Ehe zu kurz, so geht die Frau leer aus. Betrachtet der Richter die Arbeitslosigkeit der Frau als nicht ehebegründend, so darf sie den Weg zum Sozialamt gehen, falls sie keine Arbeit bekommt. Außerdem muß die Frau, wenn sie keine Kinder zu versorgen hat oder die Kinder schon etwas größer sind, heute auch Arbeiten annehmen, die nicht ihrer Ausbildung oder dem Lebensstandard während der Ehe angemessen sind. Er achtet der Richter den Lebensstandard während der Ehe angemessen sind. Er achtet der Richter es aus bestimmten Gründen für „billig“, so soll die Frau nur so viel Unterhalt bekommen, wie sie unbedingt für die Versorgung der Kinder braucht, selbst wenn der Mann sehr viel Geld verdient. Der Unterhalt wird nicht mehr den Gehaltserhöhungen des Mannes angepaßt. Das Unglaubliche an der Gesetzesänderung ist aber die Wiedereinführung des Schuldprinzips durch die Hintertür. War es erst 1977 abgeschafft worden, so wird es nun über das Scheidungsfolgerecht wieder aktuell. Der Unterhalt soll nach Moral- und Schuldfragen ausgehandelt werden können. Frauen, Mütter, die sich vor oder nach der Scheidung eines „schwerwiegenden, einseitigen Fehlverhaltens“ schuldig machen, bekommen weniger oder gar

keinen Unterhalt. Der konkrete Fall liegt im Ermessen des Richters. Vielleicht reicht es schon, wenn sie ihre „Hausfrauenspflichten“ groblich verletzt“ hat. Aber auf jeden Fall wird der „Scheidungsprung“ wieder Thema vor Gericht werden. Auf diese Art wird den Frauen wieder ein sogenanntes Wohlverhalten abgepreßt, während der verdienende Mann frei von diesen Einschränkungen ist. „Oder ist je diskutiert worden, einem unreinen Mann zur Strafe das Gehalt zu streichen?“ (EMMA, 2/86, Seite 6)

Die wirtschaftliche Lage geschiedener Frauen war schon vorher traurig

Die Bundesregierung hatte es vor der Gesetzesänderung nicht für notwendig betrachtet, eine empirische Untersuchung über die Auswirkungen des alten Scheidungsfolgerechts vorzunehmen. Den Fragen von Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD im Bundestag wurde entgegengeworfen, daß es keine aktuellen und repräsentativen Zahlen gebe. Es wäre sehr aufschlußreich gewesen, wenn die tatsächliche Situation geschiedener Frauen Gegenstand der Debatte gewesen wäre. In deutschen Ländern gibt es nämlich zu fast jedem Thema statistisches Material: „Nach Ergebnissen einer Untersuchung des Max-Planck-Instituts von 1978/79 und einer Umfrage des Emnid-Instituts von 1980 erhielten unterhaltsberechtigter geschiedene Mütter nur rund 420 DM Unterhalt im Monat, rund ein Drittel war auf Sozialhilfe und rund ein Viertel auf Wohngeld angewiesen. 90% der alleinstehenden erwerbsfähigen Frauen erhielten ein Netto-Einkommen unter 1000 DM. Lediglich rund 20% der alleinstehenden geschiedenen Frauen erhielten überhaupt Unterhaltszahlungen.“ (aus: Informationen für die Frau, 12/84, Seite 4). Demnach waren auch die Zeiten während der alten Unterhaltsregelung mager für die Frauen. War eine Scheidung auch bisher schon ein großes finanzielles Risiko, so wird es in Zukunft eine elementare Existenzfrage sein. Das neue Scheidungsfolgerecht soll ein Disziplinierungsmittel sein, um selbstbewußte Ehefrauen in ihre Schranken zu weisen. Leider ist das Heiraten auch heute noch nicht aus der Mode gekommen, und viele junge Frauen lassen sich gerade wegen ihrer miserablen Berufssituation auf eine Ehe ein. An die Scheidungsfolgen denken sie bei der Hochzeit noch nicht.



se leidvolle Erfahrung der doppelten Opferrolle machen immer wieder Frauen in Vergewaltigungsprozessen, weswegen sie häufig große Scheu vor einer Anzeige haben.

„Wir sind empört und wütend — nicht Frauenfeinde werden bestraft, sondern die Frauen, die sich gegen sie wehren!“ Unter diesem Motto und aus Protest gegen die Männerjustiz wurde von einem großen Spektrum der Berliner Frauengruppen und -projekte zu einer Protestkundgebung vor dem Gerichtsgebäude zum nächsten Verhandlungstag aufgerufen. Diesem Aufruf folgten etwa 100 Frauen, von denen eine große Anzahl nach breiter Kundgebung zum Gerichtsgebäude weiterzog. Da der Zuschauerraum bereits überfüllt war, wurden die meisten nicht mehr eingelassen. Sie versuchten, sich durch Rufen und Klopfen Einlaß zu verschaffen. Daraufhin wurden nach einiger Zeit die Frauen zum Teil mit Prügelein von Polizisten aus dem Gerichtsgebäude gedrängt. Acht Frauen wurden dabei festgenommen. Ihnen droht nun ein Verfahren wegen der üblichen Palette Hausfriedensbruch, Beleidigung, Gefangenenbefreiung und gefährliche Körperverletzung.

L. Westhagen

Buchbesprechung:

Mascaro, der amerikanische Jäger

Haroldo Conti, Mascaro, der amerikanische Jäger
Bornheim-Merten 1985
(Lamuv-Verlag)
Roman
361 Seiten
38,- DM

Wahrscheinlich muß man es wissen, um zu verstehen, was er mit diesem Buch sagen will für den argentinischen Schriftsteller Haroldo Conti ist Kunst nicht irgendwas, sie ist seine Waffe. Über seinem Schreibtisch hatte er nach verschiedenen Morddrohungen und Aufforderungen, das Land zu verlassen, ein Schild angebracht: „Dies ist mein Kampfplatz, von hier weiche ich nicht“. Die Militärs ließen ihn 1976 entführen und später ermorden.

Sein letztes Buch, Mascaro, der amerikanische Jäger, handelt von Kunst und Künstlern. Unbeschwert, scheinbar sinnlos, manchmal breiig ausladend, abschweifend, Gedanken ziellos gleiten lassend wird erzählt, wie „Der Große Zirkus Arche“ entsteht. Seine Figuren werden nicht eingeführt, sie sind einfach da, tauchen aus dem Nichts auf, stehen an irgendeiner Ecke, haben noch nie davon gehört, daß sie Künstler seien. Was sie früher waren, ist gleichgültig. Sie selbst wissen es manchmal nicht, nennen es nur „davor“, vor dem Leben, vor der Zeit, als sie sich auf den Weg machten. Wichtig ist nur der Weg, die Bewegung, das Laufen-Lernen.

Sie selbst merken es kaum, aber Laufen-Lernen und Laufen-Lehren scheinen ein und dasselbe Ding zu sein.

So wie sie sicherer werden, ziehen sie neue Menschen an, die vieles verändern. Und so wie sie sich verändern, verändern sie alles hinter sich. Sie ziehen nicht nur die „Berlitenen“, die Repression, in ihren Gefolge nach sich, sondern zuerst und als Grund dafür das Selbstbewußtsein der Menschen, den Aufstand. Und ziemlich verblüfft muß Orsini, aus dem ein wirklicher Künstler, ein „Prinz“, gemacht werden soll, sich sagen lassen: „Die Kunst ist eine einzige Verschwörung. Hast du das nicht gewußt? Das ist ihre größte Attraktion, ihre höchste Erfüllung. Sie erkundet den Weg, als Vorreiterin des menschlichen Subjekts.“

In der Verschwörung also steht der Künstler ohne sein Zutun, durch sein bloßes Künstlertum mitredend. Aber nichts erspart ihm die Suche nach dem Weg, nicht nur nach vorne, nach einem neuen Ziel. Er kann auch dem Weg zurück nicht ausweichen, dem Weg zum Kampf der Vielen, zum Aufstand, der nach ihm kommt. Und es gibt keinen anderen Grund für den Glauben, daß der Sieg erreicht wird, als daß dies sein Weg ist und der Weg der Vielen. Aber das ist Grund genug.

Ein heiteres Buch, bis zum Rand voll mit Schwermut. Ein optimistisches Buch, das aus der Hoffungslosigkeit seine Kraft nimmt. Ein Buch, das zu lesen mir schwergefallen ist und das mich gefreut hat wie selten eines.

Werner Rätz

Arabische Literatur: Neuerscheinungen

Arabische Literatur ist nicht nur tausendundeine Nacht. Der Basken Lenos Verlag veröffentlicht seit Frühjahr 1983 kontinuierlich moderne arabische Literatur. Damit erhält diese endlich einen festen Platz in einem Verlagsprogramm des deutschen Sprachraums. Hervorgehoben sei die Herausgabe des Werkes von Ghassan Kanafani. Im Buchhandel sind jetzt die ersten drei Bände erhältlich. Im Frühjahr 1986 erscheint ein weiterer Band „Lamm Saad“ und „Rückkehr nach Haifa“, zwei palästinensische Kurzromane. Die Bilder vom Krieg in Nah-Ost bedürfen keiner Kommentierung. Beinahe scheint bei uns vergessen, daß die Hauptleidtragenden in dieser Region die Palästinenser sind. Man hat es sich zur Sprachregelung gemacht, von „Terroristen“ zu sprechen und zu schreiben.

Sicher — der Zweck heiligt nicht die Mittel, tatsächlich aber gerät allzu leicht in Vergessenheit, daß es sich bei den Terroristen um eine Minderheit handelt, eine Minderheit in einem Volk aus Vertriebenen, die gewaltsam über die Länder des Nahen Ostens „verteilt“ in Lagern hausen, ständig in Angst vor neuen Angriffen der Israelis lebend.

Kanafanis Werk und Schicksal ist eng verknüpft mit dem Schicksal der Palästinenser. 1972 brachten Mörder eine Bombe an seinem Auto, die Bombe galt ihm und seiner Frau, nahm ihm und seiner Nichte das Leben. Ungeklärt blieben die Hintergründe dieses Anschlags. In jedem Fall traf der Mord einen Mann der Feder, dessen Gefährlichkeit in seiner Parteilichkeit für die palästinensischen und in seiner Verständigungsbereitschaft mit den israelischen Menschen bestanden hat.

1948, jüdische Kampfgruppen überfallen das Dorf Deir Yasin, 250 Dorfbewohner werden massakriert, dies ist der Beginn der Vertreibung, hunderttausende fliehen. Die Kanafanis sind eine dieser Flüchtlingsfamilien. Ghassan, 12-jährig, lebte zunächst mit seinen Eltern im Libanon, ging dann nach Damaskus. Dort schloß er seine Schulbildung ab und arbeitete hernach längere Zeit als Lehrer. Später ging er nach Kuwait und lehrte

als Sport- und Zeichenlehrer. Von 1960 an lebte Kanafani in Beirut, schrieb für mehrere Zeitungen und wurde schließlich Sprecher der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (George Habasch). Kanafani gilt als der Begründer der zeitgenössischen palästinensischen Prosaliteratur.

In kurzen Texten schildert Kanafani in den Bänden I und II der „Erzählungen“ das Leben der Menschen Palästinas bis zu ihrer Vertreibung (Bd. I) sowie die Anfangszeit der Flüchtlingslager (Bd. II).

Der Band I der „Kurzromane“ enthält zwei Beiträge „Männer in der Sonne“ und „Was euch bleibt“. „Männer in der Sonne“ spielt von Anfang an auf das fatale Ende zu. Der Vogel, der über Abu Quais schwebt, ist schwarz. Daß das Ende der drei Palästinenser jedoch eine städtische Multikippe ist, haben dem Autor auch schon Interpreten übergenommen, die das Symbol offenbar mißverstanden haben. Kanafani will die Palästinenser nicht auf die Multikippe befördern, aber er befürchtet, sie dort eins zu sehen, wenn sie nicht zum Handeln finden... (aus dem Nachwort). Zu „Was euch bleibt“ heißt es: „Literarisch und politisch eine neue Stufe erreicht Ghassan Kanafani mit diesem mit einem libanesischen Literaturpreis ausgezeichneten Kurzroman, der 1966 erschien. Auch hier sterben noch Palästinenser, doch sie wehren sich auch, treten ihren Feinden gegenüber. Und ihre Feinde sind zweierlei Herkunft — palästinensischer und israelischer.“

Simon, Frankfurt

...

Kanafani, Das Land der traurigen Orangen, Erzählungen Bd. I, 160 Seiten, Hardcover, 24,00 DM
Kanafani Bis wir zurückkehren Erzählungen Bd. II, Hardcover, 160 Seiten, 24,00 DM
Kanafani Männer in der Sonne, Kurzroman Bd. I, Hardcover, 190 Seiten, 29,50 DM
Kanafani, Umm Saad, Rückkehr nach Haifa, Kurzroman Bd. II, Hardcover, ca. 180 Seiten, ca. 28,00 DM (erschienen im Frühjahr 1986)

Männerjustiz: Ein Richter sieht rot!

Drei Tage Ordnungshaft für lautes Sprechen

Es ist der sechste Verhandlungstag im Vergewaltigungsprozeß gegen zwei Gynäkologen der Berliner Universitätsfrauenklinik Pulsstraße. (Wir werden in einem weiteren Artikel ausführlicher über diesen Prozeß berichten.) Die Verhandlung war während des Vormittags in ruhiger Atmosphäre verlaufen, die wenigen Zuschauerinnen waren nicht gedrängt besetzt, überwiegend von jungen Frauen, die konzentriert das Prozeßgeschehen verfolgten. Gegen Mittag wurde der Prozeß für fünf Minuten unterbrochen. In dieser Pause betrat ein älterer Mann den Zuschauerraum. Mehrere der Zuschauerinnen versuchten empört, ihn zum „verschwinden“ zu bewegen, denn dieser Mann hatte sie an vorherigen Verhandlungstagen mit Ausdrücken wie „Leben, Ermanzen, Potzen... geht nach Kreuzberg zurück“ provoziert und beschimpft. Während dieser Unruhe betrat Richter Hoyer wieder den Verhandlungssaal, um das Verfahren fortzusetzen. Als nicht augenblicklich Ruhe eintrat, weil die Frauen diesen Mann nicht unter sich dulden wollten, griff Richter Hoyer sich willkürlich die Frauen heraus: „Die mit den roten Haaren, die mit dem roten Schal und die mit dem roten Pullover“ ältete er nach vorne. Eine Erklärung der Rechtsanwältin Goy, daß ihr bereits

öfter Beschwerden über die groben Beschimpfungen mitgeteilt wurden und sie einen Gerichtsdiener gebeten hätte, sich dazwischen zu setzen, wurde von ihm ignoriert. Die Frauen mußten ihre Personalien angeben und durften eine kurze Erklärung abgeben. Dann verkündete Richter Hoyer das für alle Unfaßbare: Wegen Ungebühr vor Gericht — nämlich lautem Sprechen — drei Tage Ordnungshaft mit sofortigem Vollzug!!! Die drei Frauen wurden sofort abgeführt. Weder die Unmutbekundungen der Zuschauerinnen die Erklärung der Rechtsanwältin Goy und die Einlenkungsversuche des einen Verteidigers konnten ihn umstimmen. Der Mann wurde dann ebenfalls nach vorne gerufen. Er murmelte etwas von gegenseitigem schief ansehen, Leben und Ermanzen hätte er auch gesagt, doch nichts Schlimmeres. Mit den Worten: „Ich habe nichts gehört“ und der Aufforderung, sich zukünftig ruhig zu verhalten, wurde er von Richter Hoyer entlassen.

Wieder einmal zeigt sich, daß Opfer als Täter behandelt werden. Ausgerechnet in einem Vergewaltigungsprozeß werden Frauen, die sich gegen die Annahme durch einen Mann wehren, bestraft, während der Pöbler ungehindert davonkommt. Und genau die-

Stammheim im deutschen Herbst — ein Unfall der Demokratie? Stammheim heute — eine Chance? Stammheim morgen — vergessen?

Hat der Staat der BRD im „Deutschen Herbst“ des Oktober 1977 politische Gegner in Stammheim und später in Stadelheim umgebracht oder nicht?

Die Urheber der aktuellen Stammheim-Debatte und ihre Fürsprecher meinen, die Frage Mord oder Selbstmord sei heute eine uninteressante Spekulation. Entscheidend sei allein, daß es am Ende des Stammheimer Prozesses tote Gefangene gab. Hysterische Überreaktion des Staates gegenüber dem Terrorismus, Zerstörung des Rechtsstaats usw. wollen sie anprangern. Dies nur seinem Stammheim-Film sinnlich erfahrbar gemacht zu haben, bezeichnet Reinhard Hauff im Gespräch mit dem AK als „Politik pur“.

Die Kritiker des Buches von Stefan Aust, des „Stammheim“-Films von Reinhard Hauff, sowie des in Koppelung zu dem Film aufgeführten Theater-Epilogs von George Tabori dagegen klagen weiterhin die von der Bundesregierung nach dem Tod der Gefangenen angekündigte, aber bis heute nicht eingelöste „über alle Zweifel erhabene Untersuchung“ der Todesumstände der Stammheimer und anderen Gefangenen an. Ob es Mord oder Selbstmord war, meint Christiane Ensslin, bestimme unsere Haltung zu diesem Staat. Entsprechend anders als z.B. Reinhard Hauff definiert sie ihr politisches Verständnis: Gegebenenfalls Mord nachzuweisen, das sei „große Politik“.

Klar ist nur eins: Wie ein Staat mit seinen politischen Gegnern umgeht, zeigt den Grad seiner Demokratie. Darin sind sich alle einig, die sich mit demokratischem Anspruch an der Diskussion um Stammheim beteiligen. Diese Frage erneut aufgeworfen zu haben, die — nicht zuletzt durch den Stammheim-Prozess — lädierte Rechtstaatlichkeit der Republik angeprangert zu haben, die RAF-Gefangenen dabei vom Stigma des bloß Kriminellen etwas befreit und dies vielen Menschen zugänglich gemacht zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst derer, die dieses Thema auf die Tagesordnung von heute zu setzen verstanden. Die dadurch entstandene Diskussionsbereitschaft, vor allem auch junger Menschen, die auf diese Weise vielleicht erstmals enger mit dem The-

ma konfrontiert werden, nicht aufzugreifen, wäre politischer Strampfstein.

Aber es geht um mehr als um Klagen über die verlorene Ehre des „Rechtsstaats BRD“! Dieser Staat hat ja nicht nur politische Gegner zu Kriminellen erklärt. Er hat nicht nur im Namen der angeblichen Verteidigung des „Rechtsstaats“ seine immer wieder auch so laut herausposaunten „rechtsstaatlichen Prinzipien“ mit Wirkung bis heute deformiert oder gar außer Kraft gesetzt. Er hat nicht nur mit Sicherheit politische Gefangene — auch in anderen Knästen als Stammheim — in den Tod getrieben. Er hat eben darüber hinaus möglicherweise den politischen Mord an diesen Gefangenen organisiert, bzw. wesentlich die Bedingungen hergestellt, daß solch ein politischer Mord durchgeführt werden konnte. Bis heute hat er sich von diesem Verdacht nicht befreien können. Von einem Staat aber, von dem angenommen werden muß, daß er ohne Erschütterung, im Gegenteil mit dem Ergebnis seiner Festigung als „starker Staat“, zu einem solchen politischen Selbstmord fähig war, muß befürchtet werden, daß er dazu gegebenenfalls wieder fähig und bereit ist. Das gilt für jeden Staat der Welt. Das gilt besonders für einen westdeutschen Staat, dessen Herrschaftswissen auf den Erfahrungen des deutschen Faschismus basiert.

Die Frage nach Mord oder Selbstmord der Gefangenen ruht mehr zu stellen, heißt, diesen Staat ohne Not zu entlasten. Wer den zweifellos überfülligen Dialog um Stammheim so ansetzt, wie es die Autoren des Films, des Buches und des Epilogs zu Stammheim tun, darf sich nicht wundern, daß geschicktere staatliche Vertreter wie der Hamburger VS-Chef Lochte bis hin zu konservativen Kräften wie der FAZ versuchen, die Debatte für sich zu vereinnahmen, selbst wenn die weniger hellen Köpfe der Rechten wegen angeblicher Verherrlichung des Terrorismus aufjaulen. Auch die Prämierung mit dem „Goldenen Bären“ der Berlinale kann nicht überraschen, sondern verweist auf die Konsumierbarkeit der von dem Film vorgebrachten Kritik zehn Jahre nach Stammheim.

Daß dagegen die Kritik aus der Linken, zumal aus dem sich so bezeichnenden „antimperialistischen Widerstand“ zu dieser Art des Dialogs nicht schärfer vorgebracht wird, als es bisher geschehen ist, ist schon eher verwunderlich. Dies läßt sich nur aus einer gewissen Resignation und Entpolitisierung der Linken erklären, was seinerseits nicht zuletzt ein Langzeitprodukt des „Deutschen Herbstes“ ist.

F.

Christiane Ensslin im Gespräch zum Buch von Stefan Aust „Eine Lücke wird gefüllt mit Leere“

Christiane Ensslin, Schwester von Gudrun Ensslin, gehört zu denjenigen, die sich nach der Stammheim-Nacht mit eigenen Recherchen an die Aufklärung der Vorgänge im Stammheimer 7 Stock — vier Wochen später in Stadelheim — machte. Nicht zuletzt ihre Arbeit trug dazu bei, die Zweifel an der staatlichen Version des Selbstmordes der Gefangenen bis heute offen zu halten. Wir sprachen mit ihr über die aktuellen Stammheimveröffentlichungen von Stefan Aust, Reinhard Hauff und George Tabori in einem gesonderten Gespräch, gingen wir der Frage nach, welche der damaligen Fragen heute noch offen sind.

AK: Wie hat das Buch von Stefan Aust auf dich gewirkt?

Christiane Ensslin: Ich habe mir von diesem Buch versprochen, daß ich da etwas Neues erfahre. In diesem Buch steht jedoch überhaupt nichts, was unter einigermaßen informierten Linken nicht längst bekannt gewesen ist — eingepackt in Samthosen und Deodorants. Der Titel „Baader-Meinhof-Komplex“ reißt sich unangenehm in die Bültenprache ein. Dieses Buch ist geschrieben, um die Diskussion, die nun seit mehr als neun Jahren still ist, endgültig abzuwürgen. Jetzt geht es nur noch darum — nach Herrn Aust — die Gruppe zu konsumieren und sich nicht mehr mit ihr auseinanderzusetzen. Das ist das wirklich Schlimme an diesem Buch. Ich kann Dich fragen: Hast Du was Neues erfahren aus dem Buch?

Es ist in guten Teilen eine gewisse Popularisierung von bekannten Dingen.

Die Popularisierung tut nichts anderes, als das, was wir vermuten haben, auszufüllen. Da muß ich mich natürlich an den eigenen Kopf greifen. In diese Lücke konnte er eben stoßen — und

das hat er gemacht. Das ist das üble Resultat an diesem Buch, daß die Lücke leer war und jetzt gefüllt wird mit Scheiße. Aber das Positive an der Sache ist, daß wir jetzt endgültig sagen müssen, was wir zu sagen haben.

Hast Du Deine Schwester in der Darstellung von Stefan Aust, von Reinhard Hauff und von George Tabori wiedererkannt?

(Lachen) Also, wie sich ein kleinwüchsiger Hausarzt eine schwäbische Pfarrersfamilie vorstellt, das ist nun wirklich absolut grotesk. Ich könnte dir noch die Leseprobe von ihm vorlesen: Da sitzt mein Vater in abgewetzten Lederseuile, und das ist eine pietistisch-schwäbische Pfarrersidylle — a la Eichendorff ... Das war bei uns überhaupt nicht so. Bei uns ging es überhaupt nicht puritanisch zu, wie das Herr Aust sagt. Du fragst mich, ob ich die da wiedererkannt habe. Das ist ein Zerrbild von den Figuren! So wie eben der Springer seit 1968, verstärkt seit 1970 sich die Staatsfeinde vorgestellt hat: Kinder aus Mittelstandsfamilien, die einigermaßen intelligent auf die Universität gehen, dann von irgendwelchen Ideologien verführt werden und schließlich die Pistole im Strumpfband haben. Nicht viel anders ist das Buch von Stefan Aust. Es sind Abbildungen der Realität, nicht die Realität.

Was sagst Du zu den Charakteren, die da hergestellt werden, Baader als schneidiger, aggressiver Typ, Gudrun als glatte Blonde und dergleichen?

Andreas kenne ich nicht. Gudrun als die eiskalte Blondine, die letztlich Ulrike in den Selbstmord getrieben hat — nicht nur ich als Schwester, sondern die meisten, die Gudrun gekannt haben, finden das Bild absurd, das da aufgestellt wird. Es geht mir gar nicht darum, daß ich ein wahrheitsgetreues Bild der Charaktere einklagen wollte. Ich bin auch nicht dagegen, daß die

Nation erfährt, welches Deodorant meine Schwester benutzt hat. Nur — wenn die Nation das erfahren soll, dann soll sie auch erfahren, was meine Schwester gesagt hat! Zu verheimlichen ist da gar nichts. Und das ist ja das Schlimme an Stefan Austs Buch: daß er plaudert, schwätzt und alles, was politisch wichtig ist, ausklammert, verschweigt oder lübbegiert. Ich habe keine Ehrenrettung vor für meine Schwester als deutsches Greichen — das liegt mir überhaupt nicht. Das war sie auch nicht. Eines bleibt wahr: daß meine Schwester für ihre Gesinnung gestorben ist.

Können Film oder Epilog einen dokumentarischen und halbwegs das Wesen der Gruppe und die Ereignisse treffen den Anspruch stellen?

Das war gar nicht ihre Intention — weder von Herrn Aust, noch von Tabori — auch dieser Gruppe politisch zu nähern. Das ist eine politische Klatschgeschichte, die in der Wendepolitik jetzt konsumierbar ist. Es ging ihnen überhaupt nicht wirklich um eine ernsthafte Recherche, was da war. — Ich glaube, Herr Aust würde sich viel mehr dafür interessieren, welche Klammotten seine Schwester gehabt hat, als was sie zu dieser oder jener These vom Bundeskanzler geäußert hat. Die ganze Verarbeitungen — Buch, Film und Theater — die in diesem Jahr anfangen, ist nicht dazu geeignet, und soll es auch nicht sein, eine wirklich ernsthafte Diskussion in Gang zu bringen. Die ist ausschließlich dazu geeignet und — wenn Du mich fragst — auch von vornherein dazu angelegt, eben diese politische Diskussion zu verhindern.

Stefan Aust war — ich glaube, vor über einem Jahr — mal hier und sagte, daß er dieses Buch im Auftrag von Hoffmann und Campe machen wird. Er hat mir auch eine Leseprobe und das Drehbuch geschickt, hat mich auch aufgefordert, daß ich Unstimmigkeiten korrigieren soll. Der ist also allem

nachgekommen, was ein bürgerlicher Journalist glaubt tun zu müssen. Aber — als ich das Drehbuch und die Leseprobe gelesen hatte, war mir klar, daß ich mich gar nicht mehr dazu äußern kann. Da ist nämlich etwas herausgekommen, was ich mir vollkommen anders vorgestellt habe. Ich dachte, daß er wirklich ernsthaft an die Recherche geht. Dabei ist er weit hinter dem zurückgeblieben, was meine eigenen Recherchen waren. Ich habe sogar den Verdacht, daß er manches in Bezug auf Stammheim noch nicht einmal genau gelesen hat.

Zum Buch kann ich nur sagen: Das ist so, als ob du z.B. die DDR darstellen willst, aber nur Dissidenten befragst, Verräterinterviews, Bullenprotokolle, wie Haltung in der „Iaz“ schreibt. So ist das Bild einer Gruppe entstanden, von Leuten gezeichnet, die froh sind, dieser Gruppe entronnen zu sein, wie Aust in irgendeinem Interview gesagt hat. Nun im Nachhinein beschreiben sie den angeblichen Horror, was diese Gruppe alles war.

Ich bin sicher, daß alles das, was er auch da hat erzählen lassen, stimmt, so wie die es jetzt erinnern müssen, um leben zu können. Nur daß Herr Aust, der angeblich solch ein cleverer Journalist ist und der ein Bild zeichnet, von dem er sagt, daß es Anspruch auf Wahrheit hat, nicht bemerkt, daß er nicht ein Korrektiv in seinem Buch hat.

Bringt das Buch, der Film oder der Epilog irgendwelche neuen Tatsachen, die zur Aufklärung der damaligen Vorgänge beitragen könnten?

Ich habe nichts erfahren, was ich nicht schon längst wußte. Seit dem Prozeß 1978 und vier oder fünf Sachen dazugekommen, was relativ unwesentlich zur weiteren Aufklärung der Nacht von Stammheim ist. Wenn Stefan Aust sagt, daß er zum ersten Mal schreibt, wie die Nachrichtenvermittlung lief. Das haben wir seit drei, vier Jahren

ständig diskutiert. Denn wir wissen davon seit drei Jahren. Ich selbst habe es Aust erzählt, daß drinnen Kommunikationsmöglichkeiten waren, daß der Nachrichtendienst drinnen war. Auch das ist bereits nichts Neues. Neu ist nur, daß ein bürgerlicher Journalist, der ein dickes Buch bei Hoffmann und Campe veröffentlicht, solch eine Resonanz auf eine Sache bekommt, die wir Linken schon längst wissen — und dann groß rumtönen kann. Zuerst einmal steht das da. In neuen Punkten bringt das Buch nichts.

Durch das Buch und den Film wird belegt, daß Ulrike Meinhof von der Gruppe, speziell von Dieter Schwesler, in den Tod getrieben worden ist.

Das ist eine wirklich infame Konstruktion, so wie sie in diesem Buch drinsteht. Kein Zweifel besteht darüber, daß in der Gruppe ein harter Ton herrschte, daß es da Schwierigkeiten gab. Ich bestreite nicht, daß es da oben im 7. Stock Auseinandersetzungen gegeben hat. Das Gegenteil wäre ein Beweis für kaputte Menschen. Andreas sagt ja auch, wo soll ein Mensch unter diesen Haftbedingungen mit seinen Aggressionen hin, wo die rauslassen, abladen. Es war sicher auch ein Grund für die Isolationshaft, daß sie die Menschen untereinander zu Feinden macht. Doch werden zu dieser Tatsache nützliche Bilder oder Äußerungen von Herzlichkeit dagegensetzt, die es sicher auch gegeben hat. Deshalb sieht ein Bild von todlöcherlicher Feindschaft. Wir, die Angehörigen der Gefangenen und die Gefangenen selber, haben die Isolation und die Veränderung, die mit den Gefangenen, die drin sind, geschieht, ganz schwer begriffen. Die Veränderung der Gefangenen durch die Isolation hat sich auch auf die Sprache ausgewirkt. Die einzige Möglichkeit, sich dieser Sprache zu nähern, wäre, die Folgen dieser Isolation

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

auf Menschen in Bezug auf die Sprache zu untersuchen. Stefan Aust dagegen geht her und abstrahiert die Sprache, die unter den Gefangenen herrscht, von dem Dasein der Gefangenen. Er nimmt nicht wahr, daß sie als Gruppe isoliert waren, daß neue Gesetze in Arbeit waren, daß die Gefangenen nicht wußten, was eigentlich mit ihnen los ist. Daß da Töne aufkommen wie „Schwein“ und Ausgrenzungstendenzen da sind, ist schlimm, aber nur von dieser Warte aus kann man sich dem überhaupt nähern. Und nicht so — wie Stefan Aust es tut — als eine planmäßige Denunziation vom einen zum anderen Gefangenen.

Stefan Aust suggeriert auch in dem Film, daß Ulrike Meinhof sich mit dem Gedanken befaßt habe, sich aus der Gruppe zu lösen oder aus der Gruppe auszutreten...

Das hätte der Aust gerne so. Es ist jedermanns Recht, seine Taten zu überdenken, mit den Menschen, mit denen

man gemeinsam etwas gemacht hat, zu revidieren. Das ist überhaupt kein Grund, jemanden so, wie Herr Aust es darstellt, zu diffamieren und so auszugrenzen, daß da schließlich nur noch ein Strick übrigbleibt. Das ist seine Denkweise, wie man mit Menschen umgeht. [brühen möchte ich dazu noch anmerken. Ulrike war ja derzeit eine linke Identifikationsfigur und hat mit ihrer Entscheidung, bei der RAF mitzukämpfen, bei vielen von denen Schuldgefühle ausgelöst, die sich 1968 und nach 1968 nicht mehr so rückhaltlos für die ursprünglichen Ziele eingesetzt haben. Diese Schuldgefühle müssen kompensiert werden, d.h. es muß eine Linke vorgeführt werden, die an diesem Schritt notwendig zerbrechen muß. Sie wird von ihren Genossen zu qualitätslosen Selbstbeurteilungen gezwungen — nicht nur sie, bei ihr ist es nur besonders schmerzhaft, weil sie Vordenkerin der Linken war. Das erinnert fatal an stalinistische Schauprozesse. Schließlich wird sie von der Gruppe zum Tode verurteilt, das ist die gerechte Konsequenz. Auf diese Perspektive ist das alles bei Aust zugeschnitten. Es ist keine andere Deutung möglich und das ist auch gemeint. Damit kann der Tod von Ulrike der RAF angelastet werden und die Welt der Linken ist wieder in Ordnung, denn sie hat ja schon immer gewußt, daß das der falsche Weg ist]

Was hältst Du — ebenfalls in dem Buch so nahegelegt — von der Version, daß die Stammheimer Gefangenen sich selbst umgebracht haben?

Ich weiß nicht, was oben war, ich habe weder für das eine, noch für das andere

Ich weiß nicht, was oben war. Ich habe weder für das eine, noch für das andere einen Beweis. Ich denke, wenn man über Stammheim nachdenkt, so ist es für mich überhaupt nicht erschreckend und nimmt von dem politischen Gehalt der Gruppe kein Gramm weg, sollte sich Selbstmord herausstellen. Das ist weder ehrenrührend, noch macht es einen Satz, den die Gruppe gesagt hat, dadurch wahrer oder unwahrer.

Die Recherchen von Herrn Aust sind gerade an diesem Punkt, was nun Mord oder Selbstmord angeht, von einer geradezu merkwürdigen Dürftigkeit, was die Mordversion anlangt.

Er geht nämlich genauso vor wie der Staatsapparat und hat sein Augenmerk nur darauf, wie ein Selbstmord innerhalb dieser Gruppe abgesprochen worden ist und so weiter und so fort. — Ich würde ihn gern fragen, weshalb er es nicht für wert befunden und sich nicht mehr Zeit genommen hat, all diese Widersprüche, die sich im Oktober 77 im siebten Stock abgespielt haben, in dem Buch mehr als nur anzudeuten.

Er titelt das Gedicht von Brecht aus der „Maßnahme“ am Schluss seines Buches. In dem Interview, das wir mit ihm gemacht haben, hat er bestätigt, daß das durchaus so gemeint sei, daß er damit ausdrücken wollte, daß die Gefangenen die Bereitschaft zum Selbstmord nicht nur grundsätzlich, sondern auch aktuell gehabt hätten. Ich sehe allerdings einen ziemlich großen Unterschied zwischen einer grundsätzlichen Bereitschaft, sein eigenes Leben bis zum Schluss einzusetzen und der Tatsache des konkreten Vollzugs an sich selber.

Das sehe ich auch so. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ein Gefangener sich wirklich selber umbringt oder ob der Staat letztlich Hand anlegt. Ich bin nach wie vor der Meinung, wenn es dort oben wirklich Selbstmord gewesen wäre, hätten die Behörden die Türen einfach nur aufzumachen brauchen. Und man hätte das alles leicht sehen können. Aber genau das haben sie eben nicht gemacht. Deshalb denke ich



So sahen sie sich selbst. Minox-Fotos, die die Gefangenen voneinander machten — Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader in wechselnder Zusammensetzung auf dem Dach des 7. Stocks der JVA Stammheim

immer noch, daß es Mord war, weil wir eben etwas zu verbergen haben! Und was die Selbstmordvorbereitungen und die Selbstmordtendenzen, von denen der Bulle klaus während der Kontaktsperre ständig rungelöst hat, angeht, so ist das eigentlich ein Indiz für eine Mordvorbereitung. Warum geht eine Regierung her und ist so besorgt um politische Gefangene? Die könnten ja bald Selbstmord machen, die sind ja so schlecht dran, da müssen wir aber aufpassen... Und was tun sie? Sie passen überhaupt nicht auf, sondern tun alles, damit sie das eben machen können. Denke doch nur an die nicht funktionierende Siemens-Kamera! Alles bereiten sie vor, damit eben dieser Selbstmord in Anführungsstrichen vollzogen werden kann. Das ist doch so widersprüchlich, daß die plausibelste Lösung da wirklich nur Mord ist. Anders ist das gar nicht erklärbar.

Was hältst Du von der Haltung der Produzenten des Buchs, des Films und des Epilogs, wie es z.B. auch der Hamburger Intendant Filmm in einem Interview mit uns sagt, daß es gar nicht darauf ankomme, weiter darüber nachzugrübeln, ob sich die Gefangenen selbst umgebracht hätten. Entscheidend sei allein, daß am Ende dieses Prozesses tote Gefangene in den Zellen lagen.

Da wird nichts anderes gesagt, als: Nun, da hat es Tote gegeben, laßt die Finger von dieser Politik! Diese Toten, die gibt es nun — ehrenwert vielleicht, mit Schwächen — nun laßt sie mal ruhen.

Wenn Du vor zwei oder drei Jahren von Stammheim geredet hast, da haben die meisten Linken die Augen geschlossen. Wenn Du vor zwei oder drei Jahren von Stammheim geredet hast, da haben die meisten Linken die Augen geschlossen vor Langeweile, vor Abscheu oder vor „nun laß mal, das ist doch alles nichts mehr“. Jetzt werden die politischen Botschaften der Gruppe chic konsumiert. Sie sind gestorben für ihre Überzeugungen. Ihre Thesen aber werden nicht diskutiert. Die sollen auch aufgrund dieser Konsumtion nicht diskutiert werden. Ich glaube, daß das der Sinn dieser Veröffentlichung ist und mit Sicherheit der Sinn der Verleihung des Filmpreises.

In dem Gespräch zwischen Deinem Bruder Gottfried und dem Autoren Stefan Aust hat die Kommentatorin gesagt, es komme darauf an, die Wunde von Stammheim zu schließen.

Genau das soll erreicht werden. Ein schickes Pflaster drauf. Wir sollen nicht mehr weiter daran anknüpfen. Gerade wir — ich bin Jahrgang 39 — haben moniert, daß unsere Eltern nicht an das Nazi-Regime angeknüpft haben. Meine Vergangenheit ist 68 und ist 77. Das ist der positive Aspekt von Stefan Austs Thriller, daß wir jetzt wieder einen Tritt gekriegt haben, unsere Geschichte zu schreiben, und nicht, uns unsere Geschichte vorschreiben zu lassen.

Du hast Dich ja lange intensiv um eine Aufklärung der Ereignisse der Stammheimer Nacht bemüht — allerdings, ohne bisher eine eigene Veröffentlichung vorzunehmen.

Ich habe während dieser Recherchen zusammen mit Margarete von Trotta an dem Film „Die blaue Zeit“ mitgearbeitet und bin durch diesen Film von der Linken in die Ecke gedrängt worden, daß ich eine Gegnerin der RAF sei und konterrevolutionär, eine Bulleklante. Ich war an einem Punkt angelangt, wo ich recht als auch links vollkommen isoliert war. Das hatte einen sehr guten Aspekt für mich subjektiv: Ich wurde gezwungen, weil ich von der Linken in diese Isolation gestoßen worden bin, einen ganz individuel-

len Standpunkt zu der Geschichte zu erarbeiten. Ich habe immer daran weiter gearbeitet, aber jetzt nicht mehr mit dem Druck, daß ich das jetzt sofort veröffentlichen muß, sondern mehr mit dem Gedanken in meinem Kopf — das ist sehr schwer auszudrücken. Du kennst ja auch heimatlose Standpunkte. Diese Heimatlosigkeit macht dich individuell sehr beredtsam, aber nach außen hin unfähig, irgendetwas zu vertreten. Ich habe diese Zeit sehr viel als Klassiker, zum ersten Mal in meinem Leben systematisch Marx, habe die ganzen theoretischen Schriften der RAF wirklich nochmal gelesen ohne Druck. Die Schwierigkeiten, die ich eher von der Linken bekommen habe, auch zu äußern, das war gar nicht wichtig für mich. Ich wollte mich ja auch gar nicht mehr äußern.

Wir haben ja damals, als 1978 der Prozeß gegen den KB lief, zusammengearbeitet und haben diesen Prozeß auf der Grundlage des Materials, das Du erarbeitet hast, vorbereitet.

Also, das muß endlich mal veröffentlicht werden: Daß das einer der wenigen Glanzpunkte in meiner Recherchearbeit war (Lachen), weil das ein ganz konkretes Ergebnis war. Für mich persönlich war das wichtig, daß diese Arbeit Menschen vorm Knaß bewahrt hat. Das war eine ganz tolle Erfahrung.

Anschließend kam der „Stern“ 1988, der hat praktisch dieselben Dinge, die wir 1978 gemeinsam in diesem Prozeß vorgebracht haben und die in der breiten Öffentlichkeit nur eine vergleichsweise geringe Resonanz fanden, dann auf breiter Basis als „Stern“-Story veröffentlicht. Wie war denn da die Reaktion?

Also die Chronologie war anders. Bei eurem Prozeß war ein „Zeit“-Journalist, Volker Dier hat darüber berichtet. Dann fühlen sich wohl die Redakteure und diese tollen Heins vom „Spiegel“ in ihrer Rechercheurehre gekitzelt, wollten wissen, was da so zwei, drei kleine Würstchen machen, und tauchten hier auf. Wir haben dem „Spiegel“ dann erzählt, was wir wissen, was wir uns aus öffentlichen Dokumenten erarbeitet hatten. Das führte zu einer „Spiegel“-Story. Durch diese „Spiegel“-Story kam der „Stern“ und hat sich hier in die Bude gesetzt. Dem haben wir das auch erzählt. Bis heute ist das für mich fast eine traumatische Erfahrung. Du weißt, der „Stern“ kommt am Donnerstag heraus — am Dienstag jetzigen die hier ein, Herr Seufert und Herr Kromschöder, und sagten: „Wir haben vor ein paar Tagen Fotos auf einer Autobahnastätte gekauft. Geben Sie uns doch die Erlaubnis, diese Fotos zu veröffentlichen.“ Da habe ich diese Fotos zum ersten Mal gesehen. Ich glaube, daß der „Stern“ zumindestens diese ganzen Sachen nur veröffentlicht hat, weil er diese Fotos eben hatte und bringen wollte. Du weißt, wie das bei bürgerlichen Zeitungen geht: Selbstmordversion ist natürlich langweilig, also muß — wie Herr Aust das auch macht — um diesen erlebnisreichen Bundesbürger ein bißchen aufzuwecken, ein Thriller her — oder eben tolle Fotos.

Es hat sich bisher ja noch nichts bewegt.

Überhaupt nicht. Die haben auch nicht nachgehakt. Ich habe den Redakteur vom „Stern“ inständig gebeten, gerade den Staatsanwalt Christ, der das Todesurteilungsverfahren machte, anzusprechen, er solle einiges rausrocken. Nach mehrmaligem Drängen hat er schließlich ein laihmes, kleines



Ding nachgeschickt. Es ist ausgegangen wie das Horneberger Schießen.

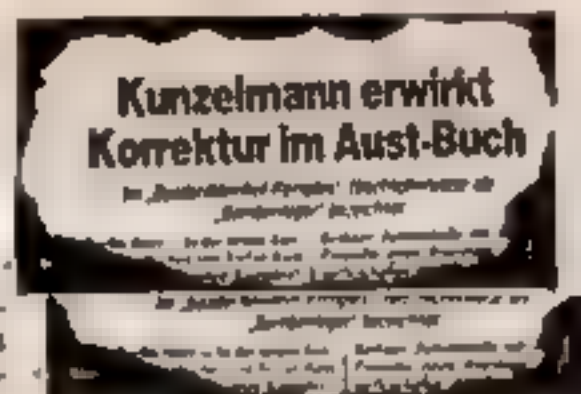
Es hat meinen Willen seitens der GRÜNEN Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwaltsbüro Wiedenhammer Anfragen an den Landtag gegeben nach einigen unklaren Punkten der Todesurteilungen.

Das ging ganz von Wiedenhammer aus. Das hatte mit der Veröffentlichung vom „Stern“ zu tun, wo sich dann plötzlich Leute wie so ein paar Grüne für Stammheim interessieren. Die hätten es niemals gemacht, wenn es das nicht gegeben hätte.

Für den Film hat es jetzt den „Goldenen Bären“ in Westberlin auf der Berlinale gegeben. Frühere Versuche auf der kulturpolitischen Ebene — wie der Film von Margarete von Trotta — haben keineswegs den selben Wirbel ausgelöst. Wie erklärst Du dir die jetzige Anerkennung für dieses Thema?

Weil es abgehackt werden kann — ein unangenehmes Thema, das fällig war, ist so aufbereitet worden, daß es genehmbar wurde. Weil es eben fällig war, muß es irgendwann einmal geschluckt werden, und da es jetzt ganz gut zubereitet ist, geht man zu Tische.

Ich habe Dich so verstanden, daß Du



das Buch, den Film und den Epilog als negative Bewältigungsdiskussion greifen und daß Du gleichzeitig Dich und uns herausgefordert siehst, das, was wir zu sagen haben, zu sagen. Welche Fragen müssen deiner Meinung nach in diesem Zusammenhang diskutiert werden?

Es sind zwei Gruppen von Fragen. Einmal: was ist eigentlich von den Thesen der RAF politisch richtig, gültig und wie nehmen wir diese Thesen in unsere politischen Aktivitäten und Diskussionen auf? Das ist der eine Punkt: Die RAF als Teil der Linken. Ihr gebührt ein angemessener Platz. Es ist eine politische Schuld der Linken, durch die Politik der SPD Berührungängste bekommen zu haben und nicht mehr die Diskussion mit den Leuten gesucht zu haben. Das ist eine Seite der Geschichte von Stammheim, die von der Linken bis heute völlig unbearbeitet ist.

Der zweite Teil betrifft die reinen kriminal-technischen Fakten, die man aus den Ermittlungsakten, öffentlichen Protokollen über die Todesnacht herausarbeiten kann. Da ist seit eurem Prozeß wenig dazu gekommen. Zur „Spur 6“, die der „Spiegel“ damals sehr breit dargestellt hat, ist dazugekommen, daß der Genchusmediziner die Spur einfach verloren hat. Kleinigkeiten sind nachgekommen. Im Großen und Ganzen sind die Fragen wie 78 genauso ungeklärt.

Ist die Arbeit an diesen Fragen, sowohl des politischen als auch des kriminal-technischen, für dich von echtem Interesse?

Für mich besteht überhaupt kein Zweifel, daß eine wirklich einigermaßen kräftige Politik von uns nur betrieben werden kann auf der Grundlage der Bearbeitung unserer linken Vergangenheit. Die Geschichte muß aufgearbeitet werden. Du kannst nur zielstrebig irgendwohin gehen, wenn Du weißt, woher Du kommst. Der deutsche Herbst



ist für jeden Linken in der Bundesrepublik, der mindestens 16 zu dieser Zeit war, ein einschneidendes Erlebnis gewesen

Das gilt für die politischen Diskussionen innerhalb der Linken. Wie ist es mit den kriminal-technischen Aufklärungen?

Ich finde es nicht uninteressant, wie ein Staat ganz praktisch so etwas wie Stammheim macht. Solange ich aber nur „Mord“ schreie, ohne etwas zu beweisen, hat das keine Bedeutung. Das läßt die möglichen Akteure völlig kalt. Wenn ich den Beweis anstrebe für Mord, dann ist das hohe Politik.

Gibt es noch eine Chance, diesen Beweis anzutreten?

Gibt es noch eine Chance, diesen Beweis anzutreten?

Es geht sicher, allerdings nur mit vereinten Kräften. Ich glaube, daß die Linke die zwingende Aufgabe hat, diese Geschichte aufzuarbeiten. Wir müssen wissen, was gewesen ist, um gegen diesen Staat kämpfen zu können.

Denn wenn wir gegen diesen Staat kämpfen wollen, dann müssen wir auch dessen Mittel gegen die politischen Gegner kennen. Da ist Stammheim sehr geeignet, das herauszubekommen.

Es entsteht jetzt im Zuge dieser Stammheim-Diskussion auch eine Debatte um die Inhaftierung der Gefangenen. So weit ich weiß, gibt es mehrere Initiativen, die sich um die Situation der Gefangenen kümmern wollen.

Ich bin sehr froh darüber, daß erneut über die Frage der Amnestie diskutiert wird. Ich halte die Frage allerdings für sehr schwierig. Denn es besteht in der Diskussion die Gefahr, daß wir von außen — zwar mit bestem Willen und humanitären Gründen und wie auch immer trotzdem erreichen, die Gefangenen drinnen zu spielen. Eine Amnestie gegen den Willen der Gefangenen — das darf niemals passieren. Ich denke, daß vor dieser Forderung eine andere Forderung stehen muß, die auch wieder mit der RAF und diesem Staat zu tun hat: wir müssen von diesem Staat verlangen, daß wir mit diesen Leuten reden dürfen, daß wir mit ihnen diskutieren können, daß die Isolation aufgehoben wird.

Was könnten — abschließend gefragt — die nächsten Schritte sein, die wir zu unternehmen haben?

Ich denke, wir sollten ganz praktisch versuchen, da rein zu gehen, gegen jede Ablehnung gerichtlich vorgehen, sie uns nicht gefallen lassen. Wir sollten unsere Geschichte schreiben.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Fortsetzung von vorheriger Seite

tendenz — Anm. AK) Ohne daß der Herr Lochse den Film gesehen hat, ohne daß Herr Bolling den Film gesehen hat, haben die beiden einfach etwas behauptet. Das beschreibt also nur, wie sie am Anfang versucht haben, uns — als gestört wurde — ein Verständnis entgegenzubringen. Aber inzwischen ist ja die ganze rechte Presse massiv gegen uns angeordnet, weil sie begriffen haben, daß dieser Film eben nicht ein Film für sie ist, auch nicht ein Film, den sie vereinnahmen können. Der Film wird von der Rechten gehaßt.

Herr Ströbele sagte andererseits in „Drei nach Neuß“ zu Stefan Aust: „Baader-Meinhof wurde nicht als Grab umgedreht.“ Ich selbst kann nur sagen: Wie der Film benutzt werden kann, das ist nicht mein Problem. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zehn Jahre danach eine Sache völlig unkritisch zu wiederholen und nicht dazu eine politische Position einzunehmen.

Welche Position beziehen Sie?

Wir wollen zeigen, wie wahnsinnig es ist, wenn man in diese Endphase kommt. Der Prozess zeigt, wie wahnsinnig es ist, wenn überhaupt keine Möglichkeit mehr besteht, miteinander zu reden. Der Film plädiert dafür, daß man im Vorfeld mit Leuten reden muß, die politisch anderer Meinung sind, daß man einen Konflikt — wie hart er auch immer ist — ausfechten muß und sich nicht auf Sicherheitspolitik und Gesetze verläßt, die die Sachen niederbügeln. Das passiert heute genauso wieder. Daß der Staat wieder

Gesetze verschärft, die Verfassung verletzt, zeigt, wie schwach er ist und wie leicht er sich ankratzen läßt durch jemanden, der ihn provozieren will. Der Staat hat bei dem Prozeß seine Macht so gezeigt, daß er als demokratischer Staat nicht mehr funktioniert.

Meinen Sie, daß das Thema „Stammheim“ mit Ihrem Film bewältigt ist?

Ich denke nicht, daß es bewältigt ist. Es hat auch niemand behauptet, daß das der Stammheim-Film oder der RAF-Film ist. Wir machen einen Film, Stefan Aust hat ein Buch geschrieben. Wir hoffen, daß viele Leute zu dieser Zeit Stellung nehmen. Denn es geht nicht darum, einen Film oder ein Buch zu machen; sondern es geht darum, eine Verlängerung in die Gesellschaft hinein zu bekommen, daß diskutiert wird.

Im Südwestfunk war letzters eine Diskussion von Oberschulern mit Iring Fetcher und Martin Hirsch. Da sagten Leute, die hatten erst, nachdem sie den Film gesehen haben, überhaupt begriffen, daß das nicht nur Verbrecher waren, sondern daß die Leute auch Ideen und politische Ziele hatten. Genauso ist mir das nach dem Krieg gegangen, als ich gefragt habe, wie das mit dem Dritten Reich war. Ich habe von meinen Eltern und auch sonst sehr unbefriedigende Antworten bekommen. Verdrängungen, abgedunkelte Raum bringt. Bei der perzeptuellen Deprivation wird versucht, das Ausmaß von sensorischen Reizen auf normaler Höhe zu halten, ohne jedoch die Aufnahme von Informationen zu erlauben. Die Versuchsperson trägt also z.B. eine Mikrophonbrille und ist in einem konstanten Geräusch ausgesetzt. Jede der beiden Anordnungen ist geeignet, Veränderungen auf psychologischen und physiologischen Gebiet zu provozieren, wobei unter perzeptueller Deprivation eher schwerwiegendere Veränderungen auftreten.

Herr Hauß, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Diskussion, die nach zweiten Premiere angefangen hat, hat sich dann in der Presse widerspiegelt. Das finde ich einen ganz wichtigen Punkt, daß sich durch so einen Theatervorgang ein Thema anfangs, zu multiplizieren. Es geht auch nur schrittweise. Zuerst muß man in die Köpfe der Leute etwas hineinschmeißen, daß sich da wieder Gedanken in Bewegung setzen.

Der Film wird aber nicht nur von der engeren Szene, sondern auch von großen Teilen der Linken kritisiert, z.B. auch den dem GRÜNEN MdB Ströbele.

Das kann ich verstehen, daß einer wie Ströbele das Buch kritisiert. Da kann ich nur sagen: Warum schreibt er keine? Ich finde das unheimlich gut, wenn das Buch da korrigiert würde, wo viele Linke und auch GRÜNE meinen, es müßte korrigiert werden.

Hat das Aufsehen um die Stammheim-Verfilmung politische Konsequenzen für Sie im Rahmen der Hamburger Kulturpolitik?

Kulturpolitik?

Politische Konsequenzen — das warten wir gelassen ab. Das ist das einfachste. Wir haben ein sehr gutes Gewissen bei der Geschichte, das erst einmal gemacht zu haben. Ich habe auch immer dem Aufsichtsrat vorgetragen, was wir da wollen. Wenn andere Leute ihr Süppchen darauf kochen wollen, dann werden wir ihnen die Flamme wieder abdrehen. Wenn es kommen soll, dann kommt es. Das kenne ich schon. Wenn einem da etwas nicht paßt, das macht man dann so formal. Man kann ja nicht gegen die Freiheit der Kunst sein. Ich bin lange genug Theaterdirektor. Ich kenne die Instrumente, wie man da reagiert.

Üblicherweise werden Merzblende interessante Filmprojekte inzwischen von Fernsehanstalten gesponsert. In Ihrem Fall lehnte die von Ihnen befragten Anstalten das ab. Sie haben stattdessen finanzielle Unterstützung durch die Filmförderung der Stadt Hamburg und durch die Hamburger Wirtschaft erhalten. Müßten Sie dafür Auflagen akzeptieren?

Wir mußten keine Auflagen akzeptieren. Das war ganz simpel. Reinhard Hauß hat gesagt, daß er die Filmförderung und die Wirtschaftsförderung bekommen könnte. Er hat auch gesagt, daß das Thalia Theater einsteigen möchte. Dann habe ich dem Reinhard Hauß aus Köln einen Brief geschrieben, ganz formlos: Das Thalia-Theater beabsichtigt, mit der Bioskop-Film von Reinhard Hauß im Zusammenhang mit einer theatralischen Veranstaltung was zu machen. Das war es, keinerlei Auflagen, nichts.

Welchen Interesse könnte hinter der Finanzierung stehen?

Ich glaube, daß hinter der Finanzierung nur das Interesse steht, daß ein

Film in Hamburg gedreht wird. Ich glaube, daß das ein ganz sachlicher Vorgang war. Ich glaube, man würde diese Leute überschätzen, die das machen, wenn man dächte, daß die irgendwelche agent provokateur Interessen hätten. Die haben nur ein Interesse: Daß die Filmindustrie in Hamburg Arbeit hat.

Der Film endet mit dem Satz: „Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergaben Selbstmord.“ Ist in dieser Formulierung, die hinter das zurückfällt, was sogar Teile der bürgerlichen Presse heraus äußern, nicht doch ein Zugeständnis an die Plazandier des Films enthalten?

Ich könnte mir vorstellen, daß dieser letzte Satz eine ironische Qualität haben könnte. Ich denke, daß es so ist.

Stefan Aust, der ja auch das Drehbuch des Films verfaßt hat, äußerte (zus. in einem Gespräch im letzten AK), daß er Selbstmord der Gefangenen für wahrscheinlich halte. Vor diesem Hintergrund liegt es doch wohl nahe, den letzten Satz des Films eher als Bestätigung der staatlichen Selbstmordtheorie zu verstehen.

gang der staatlichen Selbstmordtheorie zu verstehen.

Das ist aber wirklich die alte Diskussion. Die hat Peter Schneider doch mit seinem Artikel „Der Sand an Baaders Schuhen“ 1978 im Kursbuch schlußlos beantwortet. Der Hauptpunkt ist: daß die Gefangenen tot in den Zellen lagen. Das ist der Punkt. Der Tod ist nicht durch BKA-Leute, Verfassungsschützer oder amerikanischen Killerkommandos durchs Fenster eingestiegen. Das interessiert mich nicht. Mich interessiert, daß innerhalb der deutschen Justiz ein Prozeß geführt wird, der so geführt worden ist, daß den Leuten am Schluß vielleicht nichts anderes mehr übriggeblieben ist, als sich umzubringen. Oder man kann es auch anders sagen. Daß am Schluß eines solchen Prozesses vier Leichen da waren. Das finde ich den Punkt.

Was ist Ihrer Meinung nach zu tun?

Die jetzige Diskussion darf keine Einlagenbleibe bleiben. Man muß fragen: Wie sieht es heute aus? Wie sieht der Justizapparat, wie sehen die Unterdrückungsmechanismen heute aus? Daß die Leute heute darüber reden wollen, ist eine Ermütigung.

Herr Hauß, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Gespräche mit Christiane Esselin, Jürgen Filmm und Reinhard Hauß führte Kai Ehlers, AK 268 F

Isolationshaft wissenschaftlich erforscht

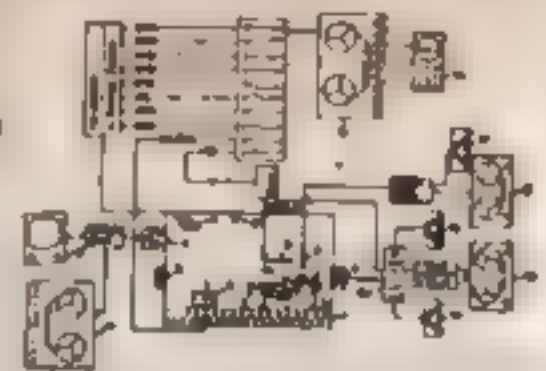
Der folgende Beitrag ist dem Buch „Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD“, Verlag Libertäre Assoziation Hamburg, entnommen. Durch die Gegenüberstellung von Forschungs- und Hochsicherheitstraktattribution soll versucht werden, deutlich zu machen, daß Isolationshaft nicht einfach zufällig entstanden ist, sondern als Programm zum Zerbrechen der politischen Gefangenen entwickelt worden ist.

Definition von sensorischer und perzeptueller Deprivation

„Man unterscheidet sensorische und perzeptuelle Deprivation. Unter sensorischer Deprivation werden Bedingungen verstanden, durch die sensorische Reize so stark wie möglich reduziert werden. Im Experiment geschieht dies am häufigsten, indem man die Versuchsperson in einen schalldichten, abgedunkelten Raum bringt. Bei der perzeptuellen Deprivation wird versucht, das Ausmaß von sensorischen Reizen auf normaler Höhe zu halten, ohne jedoch die Aufnahme von Informationen zu erlauben. Die Versuchsperson trägt also z.B. eine Mikrophonbrille und ist in einem konstanten Geräusch ausgesetzt. Jede der beiden Anordnungen ist geeignet, Veränderungen auf psychologischen und physiologischen Gebiet zu provozieren, wobei unter perzeptueller Deprivation eher schwerwiegendere Veränderungen auftreten.“

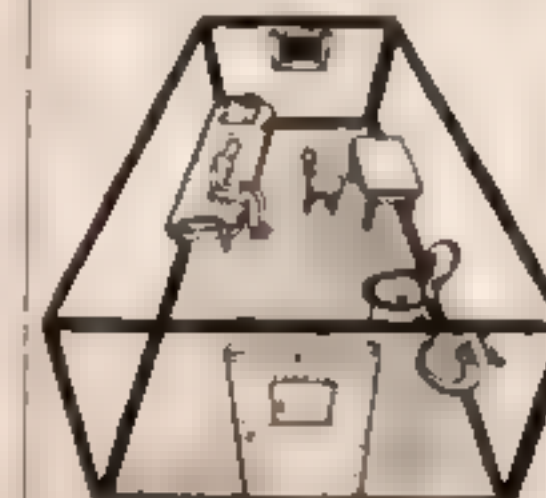
aus: Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform

Die Ausgangssituation bei den Experimenten zur sensorischen und perzeptuellen Deprivation (in der Folge SD und PD) wird in den kursiv gedruckten Absätzen mit der Überschrift „Labor“ beschrieben.



Forschungslabor, in dessen Mittelpunkt eine camera silens

Forschungslabor, in dessen Mittelpunkt eine camera silens



Skizze einer Einzelhaftzelle

Die Ausgangssituation in den Hochsicherheitstrakten (HST) liegt man in den normal gedruckten Absätzen

Labor: Die Forscher am Hamburger Sonderforschungsbereich 115 J. Grunh, J. M. Burchard und P. Kempe beschreiben in ihrem Aufsatz „Sensorische Deprivation — eine spezielle Form der Verhaltensforschung“ den Versuchsaufbau für ihre Laborversuche mit der Camera silens.

In der Mitte der schematischen Darstellung ist die camera silens mit der nur am Boden angeordneten Auskleidung mit Signalton (1) zur Schallisolierung, d. Vert. zu sehen. Der ganze Raum ist ab Raum im Raum schwingungsfrei aufgehängt und kann unter Normalbedingungen völlig von Fremdgeräuschen isoliert bezeichnet werden.

HST: U. Linke Meinhof wurde vom 19.6.1972 bis zum 9.2.1973 und vom 11.12.1973 bis zum 3.1.1974 allein in der stillen Abteilung der Gefängnisse in Köln-Ossendorf verwahrt. Diese geräuschisolierte Verwahrung wird in einem Brief des Anstaltsleiters Buckner vom 20.12.1972 an den Präsidenten des Justizvollzugsamtes Köln wie folgt beschrieben: Während

die Untersuchungsgefängnisse Probi im Männertrakt der Untersuchungsabteilung zumindest akustisch an dem Leben in der Anstalt teilnehmen kann, ist die Gefangene Meinhof in ihrem Haftraum auch akustisch isoliert.

„Pkt. 8. Die unmittelbar rechts und links und die unter und über der Zelle des U-Gefangenen Meins liegenden Zellen dürfen nicht mit Gefangenen belegt werden.“

(Aus einer 23-Punkte-Verfügung zu den Haftbedingungen von Holger Meins vom Anstaltsleiter der Haftanstalt Wülfrich, 25. März 1973)

Die im Toten Trakt in Lüneburg inhaftierten Frauen schreiben in einem Bericht vom 31.8.1979 über ihre Haftbedingungen:

„Was zu hören ist, registriert man als was besonderes, man kann es aufzählen, sonst hören wir außer uns und den geräuschlosen Überwachungs-systems nichts.“

Labor: „Auch die im Raum erzeugten Geräusche (z.B. Rascheln der Kleidung) werden so stark gedämpft, daß praktisch keine Reflexionen auftreten. Dieser Raum kann lebendig durch insgesamt 13 HiFi-Lautsprecher (2) in Rundumabstrahlung beschallt werden, die es erlauben mit „white noise“ und „pink noise“ die Bedingungen der perzeptuellen Deprivation herzustellen. In diesem Fall wird eine völlige Maskierung der durch Körperbewegung etc. hervorgerufenen akustischen Rückmeldungen erreicht.“

Anm. d. Verf.: white und pink noise sind Frequenzmischungen, die es dem menschlichen Ohr unmöglich machen, Tonsunterschiede festzustellen.

HST: Christine Kuby schreibt nach ihrer Verlegung aus Hamburg in den Toten Trakt von Lüneburg in einem Brief vom 25.9.1979:

„Durch die Architektur des Trakts wird das, was wir in den Zellen sprechen, überlaut auf den Flur übertragen.“

— Auf einer anderen Seite können wir uns kaum verstehen, wenn wir am Fenster miteinander reden, obwohl wir dicht aufeinander sitzen, weil unsere Stimmen erstarrt und verzerrt sind.“

— Die durch die Architektur bedingte Akustik hat „ne desorientierende Wirkung. Man kann entweder nicht sagen, woher ein Geräusch kommt, oder man hört es seitenverkehrt.“ z.B. wenn eine von uns an die Wand klopft, weiß man nicht, ob es rechts oder links ist; wenn Brigitte in der Nebenzelle auf dem Boden turnt, höre ich es über mir; manche Geräusche aus meiner Zelle höre ich, als kämen sie von draußen usw.

— Es gibt keinen Geräuschhintergrund, was eine permanente Anspannung schafft. Durch die Stille nehmen wir jedes Geräusch wahr und registrieren es. Die Geräusche, die wir selbst produzieren, sind unnatürlich, und sie machen die Stille nicht erträglicher.“

selbst produzieren, sind unnatürlich, und sie machen die Stille nicht erträglicher.“

Labor: „Über diese Lautsprecherbatterie ist die Versuchsperson (VP) durch den Unterdrucker jederzeit, auch ohne Unterbrechung derartiger Untersuchungsbedingungen ansprechbar (2 Verstärker) während ein hochempfindliches Richtmikrophon (6) alle Äußerungen der VP über Lautsprecher nach außen leitet (17); diese werden gleichzeitig dort auf Tonband registriert (15).“

HST: Aus dem Brief von Christine Kuby vom 25.9.1979:

„Was ich am meisten wahrnehme, ist, daß alle Lebensäußerungen in einem fast lückenlosen Kontrollsystem laufen. Durch den Zwiespalt, einerseits reden zu wollen, das andererseits aber nur unter völliger Ausschüttelung zu können, wird die Situation pervertiert.“

zu den Überwachungs-systemen: — akustische Überwachung: durch die prompten reaktionen der Bullen auf Gespräche von uns am fenster, im hof, in den zellen sind wir sicher, daß wir uns ständig abhören.“

Labor: „Während der Versuchsperiode kann die VP über eine Infrarot-Fotokamera (3) und Monitor (12) beobachtet werden, ohne daß für ihn die Ausleuchtung des Raumes durch die beiden Infrarot-Scheinwerfer (21) wahrnehmbar ist. Wie die Erfahrung zeigt, fühlen sich alle Vpn in der Kammer unbehelligt, geben eher nachträglich fast immer die Zustimmung zur Auswertung ihrer auf Videorecorder (11) aufgetragenen Verhaltensweisen.“

HST: Christine Kuby aus Lüneburg vom 25.9.1979:

„— optische Überwachung durch kameras im flur, im hof, am fenster“

— vom flur durch die klappe in der tür bzw. den spion (weil es ein wein winkel spion ist, kriegen wir nicht mit, ob einer durchguckt)

— durchs fenster von den ca. 20m entfernten begenden häusern, in denen

bulien wohnen, die hier ins knagel arbeiten

Dadurch wird eine situation geschaffen, die ununterbrochen beobachtung möglich macht. Selbst nicht zu sehen, wann und wer uns beobachtet, aber gesehen werden. Es gibt keine ecke, wo du auch nur einen moment allein sein kannst.

(Die Lüneburger Frauen aus der RAF, 31.8.1979)

„Im Toten Trakt ist die kamera in einem kasten im flurhöhe verdeckt montiert. Im hof, den jemand außer uns betritt, sind 7 kameras verteilt, die den ganzen bereich erfassen: eine zwischen trakt und innenmauer, die der traktkomplex vom übrigen kasten trennt; vier kameras entlang der außenmauer; zwei im alten trakt, die den Toten Trakt aufnehmen und die uns im bild haben, wenn wir uns fenster gehen. Die Monitore sind in der zentrale und im bullenwachraum, der im winkel zu den beiden trakts liegt.“

Karl Heinz Dellwo aus der Zelle, 10.12.1978

„der ganze trakt ist fernüberwacht und voll elektronisch ausgerüstet.“

Aus einer Prosserklärung von RA Funke.

„Die Zellen der Gefangenen selbst werden im HST nicht durch Kameras überwacht, sondern durch das Vollzugspersonal. Während der sog. Kontaktpause 1977 wurden die Gefangenen mit der Begründung der Selbstmordgefahr Tag und Nacht in kürzesten Zeitabständen durch den Zellschleppdienst überwacht (kontrolliert). Bei einigen Gefangenen geschah die Kontrolle sogar dadurch, daß die Zellentür geöffnet war und vor der geöffneten Tür ein Tisch gerückt wurde, an dem im Schichtdienst ständig eine Beamtin saß, die jede Bewegung der Gefangenen verfolgte.“

Labor: Während die Hamburger Camera silens bei den Versuchen zur sensorischen Deprivation total abgedunkelt war (d.h. Ausschalten der für die Augen bestimmten Leuchten) führte D.D. Hebb schon Anfang der vier Jahre an der McGill University in Montreal Experimente zur perzeptuellen Deprivation durch. Er modifizierte das schwermögen mittels einer engstgenau Mikrophonbrille. Somit war es den Versuchspersonen unmöglich, Konturen und Kontraste wahrzunehmen. Das Geräusch wurde durch laute Rauschen der Klimaanlage abgestumpft. Es war also nicht möglich, Geräusche aus der Umgebung auszuwerten.

HST: „Über das dreifach vergitterte Fenster sind von außen zusätzlich Gitter angeschweißt und mit Fliegendraht bespannt, daß, weil 'ne Handbreit vom Auge entfernt und die Scheiben aus Milchglas sind, kein klarer Blick nach Draußen mehr möglich ist.“ (aus Ingrid Möller's Brief, Oktober 78)

Karl-Heinz Dellwo schreibt aus dem HST Zelle am 10.12.1978.

Brief, Oktober 78)

Karl-Heinz Dellwo schreibt aus dem HST Zelle am 10.12.1978

„Die ‚Vielfähigkeit‘ unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten liegt also in den unterschiedlichen Entfernungen, mit denen wir auf eine Betonmauer sehen können.“

„Die Zellen entsprechen den Sicherheitsrichtlinien, die nach dem Stammheimer Untersuchungsausschuß festgelegt wurden: 3 weiße Betonwände, 1 pastellfarbene Wand, graue Stahltüren, Betonfußboden mit Spezialanstrich (PVC-gepritzt), keine Fußleisten. Neues Waschbecken und klo, jeweils in einem Stück gegossen. Bis auf den vorstehenden Nagel — der an dem der Spiegel hängt — sind die Wände glatt. Bucherregal und Pinnbrett sind mit Schrauben angelassen.“

Bericht der vier Lüneburger Frauen, Aug. 1979: „Im Trakt — und das ist das Wesentliche, wogegen wir hier kämpfen — gibt es keine Bewegung. Z.B. sehen wir aus den Fenstern auf 'ne weißgekalkte Mauer in 'ner Umgebung, die sich nicht verändert — in der also nie andere Gefangene Hofgang machen, sich bewegen, reden usw. Jeder von uns, der aus dem sensorischen Vakuum des Trakts kam (durch Verlegung nach Hamburg) hat die Erfahrung gemacht, daß es so ist als würde dir 'ne Haube vom Kopf gezogen — obwohl wir dort auf 'ner Sicherheitsstation innerhalb des Knastes genauso vollständig von den anderen Gefangenen isoliert waren, sie also nur von weitem sehen und hören können, sie sind da, im Unterschied zum Toten Trakt, wo nichts ist. D.h., die Anhaltspunkte, die 'geuern' von 'vorgestern' unterscheiden, gibt es hier nicht. Man kann die Monotonie in dem sozialen und sensorischen Vakuum, das jede Spontanität erdrückt, nicht beschreiben, nur feststellen und aufzählen, was nicht da ist.“

Die 'Wunder von Stammheim'

Lapidar vermeldet eine „Chronik der Bundesrepublik Deutschland“ im Abschnitt „Innere Sicherheit und Terrorismus“ unter dem Juni 1972: „Der Kern der Rote Armee Fraktion (RAF) wird festgenommen: Andreas Baader, Holger Meins, Jan-Carl Raspe am 1.6.72 in Frankfurt a. M.; am 7.6.72 Gudrun Ensslin in Hamburg und am 15.6.72 Ulrike Meinhof in Hannover.“ Fünf Jahre später ist keiner mehr von ihnen am Leben. Laut erwähnter Chronik „stirbt der Terrorist Holger Meins trotz Zwangsernährung an den Folgen seines Hungerstreiks in der Vollzugsanstalt Wülfrich“ am 9.11.1974. In der Nacht vom 8. auf den 9.5.1976 „begeht Ulrike Meinhof in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Suizid durch Erhängen.“ Und am 18.10.1977 „begehen die zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Terroristen Baader, Raspe und Ensslin in Stuttgart-Stammheim Suizid; der Suizid-Versuch Ingrid Möllers mißlingt.“ Gelungen hingegen ist, was die Chronik nicht mehr verzeichnen, einen Monat später der „Selbstmord“ des RAF-Mitglieds Ingrid Schubert in der Männervollzugsanstalt München-Stadelheim. (Diese Aufzählung von in Haftanstalten verstorbenen politischen Gefangenen ist unvollständig)

Am 5. September 1977 wurde der Präsident des Arbeitgeberverbandes, zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hanna Martin Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) entführt. Sein Fahrer und der aus drei Polizisten bestehende Begleitschutz wurden erschossen. Mit Datum vom 6.9. fordert das „Kommando Siegfried Haunier, RAF“ (1) von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung von elf politischen Gefangenen aus der RAF (darunter sämtlich die späteren Toten bzw. Schwerverletzten aus Stuttgart-Stammheim und München-Stadelheim).

Am 13.10. wird von der „Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus“ die Lufthansa-Maschine „Landshut“ mit insgesamt 87 Insassen, Fluggästen und Besatzung, entführt. Die Flugzeugführer schließen sich den Forderungen des „Kommando Siegfried Haunier, RAF“ an und verlangen zusätzlich u.a. die Freilassung zweier palästinensischer Gefangener, die in Istanbul inhaftiert sind. Am 18.10. wird die inzwischen auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) gelandete Maschine von der bundesdeutschen GSG 9 gestürmt, alle Geiseln werden befreit und drei der Geiselnnehmer getötet. In Stuttgart-Stammheim werden am Morgen desselben Tages Andreas Baader, Gudrun Ensslin tot, Jan-Carl Raspe schwerverletzt und Ingrid Möller schwerverletzt aufgefunden. Am 19.10. wird die Deutsche Presse-Agentur von der RAF informiert: „Wir haben nach 43 Tagen Hanna Martin Schleyers klagliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulerte, kann ihn (...) in Mülhausen (...) abholen.“ (2)

Kontaktsperre

Kontaktsperre

Unmittelbar nach der Entführung Schleyers in der Nacht vom 5. auf den 6. September, werden auf Anordnung des Generalbundesanwalts Rebmann bundesweit die Zellen von rund 80 politischen Gefangenen sowie das Anwaltsbüro Croissant/Müller/Newerla durchsucht.

Am späten Abend des 6.9. treten Bundeskabinett und der große Politische Beratungskreis (3) zusammen und beschließen neben der Ablehnung der Forderungen der Entführer, „daß rechtliche Maßnahmen zur Unterbindung von Kontakten solcher Straf- und Untersuchungsgefangener, die wegen terroristischer Aktivitäten rechtskräftig verurteilt worden oder später Aktivitäten dringend verdächtig sind, in der gegenwärtigen Gefahrsituation vorzuziehen sind.“ (2)

Am nächsten Morgen, dem 7.9.77, veranlaßt der Bundesjustizminister über den Generalbundesanwalt die zuständigen Landesminister, „jegliche Kontakte inhaftierter Terroristen zur Außenwelt zu unterbinden, weil dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr geboten sei“ (2).

Das hieraus entstandene Kontaktsperregesetz (am 2.10.77 offiziell verabschiedet) wird vom 7.9. an praktisch durchgeführt. Bei 72 politischen Gefangenen wird „jedwede Verbindung untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Vorgesetzten“ unterbrochen (2). Der niederländische Karikaturist Opland kommentierte das Kontaktsperregesetz am 1.10.77 in der „Volkskrant“ mit einer Karikatur, in der dargestellt wird, wie der (szenenzeitige) Bundeskanzler Schmidt, Justitia vergewaltigt.

Der „stern“ (6.10.77) qualifizierte die „Kontaktsperre“ als „eine Praxis der Dritten Reiches“. Und der „Arbeiterkampf“ schrieb: „Heute kann jeder politische Gefangene jederzeit und auf unbestimmte Zeit außerhalb von jeglicher Kontrolle zum Freiwild von Staatschutz, Gefängniswächtern usw. gemacht werden. Nichts, absolut NICHTS wird bei voller Anwendung des Gesetzes darüber nach außen dringen können; der Gefangene ist total isoliert, total interniert. Das „Kontaktsperre-Gesetz“ ist ein Internierungsgesetz, unter dessen Schutz politische Gefangene in der BRD heute tatsächlich auch physisch vernichtet werden können, ohne daß diese Vernichtung bekannt wird — ehe sie zum „normalen Tod“, zum „Selbstmord“ oder dergleichen umretuschiert wird.“ So veröffentlicht am 3.10.77 — zwei Wochen später hatten drei der Stammheimer Gefangenen „Selbstmord“ begangen, hatte eine vierte Gefangene ihren „Selbstmord“ versucht gerade noch überlebt, hatte eine vierte Gefangene ihren „Selbstmord“ versucht gerade noch überlebt.

Presse-Gleichschaltung

Am 8.9.1977 wendet sich der Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, Klaus Bölling, an die Chefredakteure der westdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten und der Presseagenturen: „Ich darf Sie aus Gründen, die ich Ihnen nicht weiter zu erläutern brauche, dringlich darum bitten, in Ihrer Berichterstattung nichts zu tun, was die Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes in irgendeiner Weise beeinträchtigen und dazu beitragen könnte, die Gefahrenlage zu verschärfen.“ (2)

Der Deutsche Presserat schließt sich noch am gleichen Tage dieser Aufforderung an und appelliert „an die Pres-

se (...), bei der Berichterstattung Zurückhaltung zu üben“ (2). Bundespresserat wie Presserat verweisen die Redaktionen darauf, sich in Zweifelsfällen vor einer Veröffentlichung mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums in Verbindung zu setzen.“ — Im Klartext: Es ging um die (größtenteils freiwillig vollzogene) Gleichschaltung der Presse, ihre unbedingte Unterordnung unter die Politik der in Permanenz tagenden „Krisenstäbe“. Im Windschatten dieser Gleichschaltung konnte das Kontaktsperregesetz durchgepeitscht werden; wurde erst nach dem Tod der Gefangenen in Stammheim bekannt, daß sie sich mit einem Hungerstreik gegen die Kontaktsperre zu wehren versucht hatten, konnte scheinbar widerspruchsfrei die Behauptung vom „Selbstmord“ der Gefangenen in der ganzen Republik verbreitet werden, und unterblieb die öffentliche Erörterung, ob Schleyer nicht, da er gegenüber seinen Entführern etwas zuviel über das Innenleben des bundesdeutschen Kapitalismus geplaudert haben soll, von der Bundesregierung fallengelassen worden ist (die entsprechenden Unterlagen sind auch heute noch top secret und nur in kleinen Bruchstücken an die Öffentlichkeit gelangt).

Minutal

Nicht unter das Gebot der „Zurückhaltung“ fiel jedoch in Presse und Fernsehen die veröffentlichte Meinung zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber den politischen Gefangenen. Am 12.9.77 ließ Walter Becker (CSU) wissen: „Bei weiterer Eskalation des Terrorismus sollte auch mit den Häftlingen in Stammheim kurzer Prozeß gemacht werden.“ („Spiegel“) Springers „Bild“-Zeitung veröffentlichte am gleichen Tage als „Bürgermeinung“: „Für jede Geisel sollte man zwei Terroristen erschießen.“ Heinz Kuhn (SPD), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, äußerte gegenüber der „Welt“ (14.9.): „Die Terroristen müssen wissen, daß die Tötung von Hanna Martin Schleyer auf das Schicksal der inhaftierten Geiseln, die sie mit ihrer schändlichen Tat befreien wollten, schwer zurückwirken müßte.“ Dr. Alfred Seidel (CSU) unnierte in der ARD-Panorama-Sendung am 19.9. über die Wiedereinführung der Todesstrafe Prof. Golo Mann sah am 17.10., unmittelbar vor den „Selbstmorden“, den Moment kommen, „in dem man jene wegen Mordes verurteilten Terroristen, die man in sicherem Gewahrsam hat, in Geiseln wird verwandeln müssen“ (ARD-Panorama). Der Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ fragte in der Ausgabe vom 18.10.: „Wäre es nicht an der Zeit, über ein Notrecht gegen Terroristen nachzudenken?“

„Selbstmord“

Die Leser dieses Leitartikels waren noch am Frühstückstisch dieser Frage nach, als am Morgen des 18.10.1977 vier jener „Terroristen“ tot bzw. schwerverletzt aus ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim hinausgetragen wurden: Andreas Baader (erschossen), Gudrun Ensslin (erhängt), Jan-Carl Raspe (angeschossen und sterbend), Ingrid Möller (mit lebensgefährlichen Stichverletzungen in der Brust).

Die Gefängniswächter ließen sich, nachdem sie um 7.41 Uhr den toten Andreas Baader entdeckt hatten, rund dreißig Minuten Zeit, bis sie auch die anderen Zellen öffneten und eine

weitere Tote bzw. zwei Schwerverletzte voranden. Das war um 8.10 Uhr. Um 8.58 Uhr — es hatten noch keinerlei Untersuchungen stattgefunden — meldet die Deutsche Presse-Agentur „die zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Terroristen andreas baader und gudrun ensslin haben sich am dienstagn Morgen in der vollzugsanstalt stuttgart-stammheim das leben genommen.“ (Jan-Carl Raspe war zum Zeitpunkt der Meldung noch nicht gestorben). „dies teilte das baden württembergische justizministerium mit“ (2). Um 14 Uhr erklärt Regierungssprecher Bölling im Namen der Bundesregierung und aller Bundestagsparteien: „Die (die Ereignisse in Stammheim) machen deutlich, daß Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zur weiteren Verschärfung ihres fanatischen und mörderischen Kampfes gegen unseren Staat und seine Ordnung auch das Mittel der Selbstzerstörung eingesetzt haben.“ (2). Und um 20.15 Uhr Bundespräsident Scheel das Fernsehpublikum wissen: Es war

Indes stand die Mühe des Beweises für die Selbstmordbehauptung der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Instanzen noch bevor. Bundeskanzler Schmidt äußerte in der Regierungserklärung vom 20.10.77: „Uns ist es unvorstellbar, wieso es trotz des Kontaktsperregesetzes ... möglich war, daß dort Gefangene in den Besitz von Schusswaffen kommen konnten“ (2).

Fazit

Auf die bundesdeutsche Öffentlichkeit ging in den folgenden Wochen hernieder, was in (allerdings sehr, sehr klein gewordenen) kritischen Kreisen als die „Wunder von Stammheim“ bezeichnet wurde. Baader habe, wurde verlautbart, die Pistole in seinem Plattenspieler versteckt. Nun waren aber zu Beginn der Kontaktsperre Anfang September sämtliche elektrischen Geräte aus den Zellen der Gefangenen entfernt worden. Spezialisten des Bundeskriminalamtes (BKA) untersucht und erst danach den Gefangenen (zum Teil) wieder zurückgegeben worden. Sollten die BKA-Beamten eine ausgewachsene Pistole in Baaders Plattenspieler übersehen haben?

Jan-Carl Raspe habe seine Pistole hinter einer Fußbodenleiste in einer Mauerausparung versteckt, die, wie Fotos zeigen, voller Isomol war. Allerdings wurden an der Pistole, mit der Raspe sich erschossen haben soll, auch bei mikroskopischen Untersuchungen keinerlei Mörteleinhalungen entdeckt. Die Gefangenen, weiß das „Hamburger Abendblatt“ (22./23.10.77), „verfügten über eine komplette und intakte Kommandozeile“.

Kurz nach den „Selbstmorden“ wurden in einer leerstehenden Zelle des 7. Stocks in Stammheim, in dem die Gefangenen aus der RAF untergebracht waren, 270 Gramm Sprengstoff gefunden. Die Gefangenen hätten jedoch damit gar nichts anfangen können, da keine Sprengkapseln dabei waren, um den Stoff zu zünden. Am 11.11. wird in einer anderen Zelle im 7. Stock wiederum Sprengstoff gefunden. Diesmal sind es rund 400 Gramm und die Sprengstoffkapseln liegen gleich dabei. Das zweite „gefundene“ Sprengstoffpaket war übrigens noch in der Originalverpackung.

Am 22. November wird wieder in einer anderen Zelle des 7. Stocks eine weitere Pistole neben dazugehöriger Munition entdeckt. Sämtliche Zellen, also auch die, in denen im November

das Sprengstoffpaket und die (mittlerweile dritte) Pistole gefunden wurden, waren bereits unmittelbar nach den „Selbstmorden“ gründlich durchsucht worden. Sprengstoff und Pistole wurden erst jetzt in den Betonmauern gefunden. Anfang Januar 1979 kamen schließlich in einer Zelle erneut Sprengstoff und Patronen zu Tage, diesmal „unter dem Asphaltfußboden“ („Welt“, 5.1.), d. h. unter dem Asphalt des Zellenfußbodens.

Die nachstehende Frage, wie denn die Gefangenen in der „am besten bewachten Vollzugsanstalt in der Bundesrepublik“ in Waffen und Sprengstoff in den Betonmauern und im Gußasphalt haben vorbeigehen und anschließend in ihren x-fach von BKA-Spezialisten durchsuchten Zellen haben wieder tarnen können, wurde von den Zeitungen, die über die „Wunder“ berichteten, nicht einmal gestellt.

Die Antwort für diese „Wunder“ liegt möglicherweise in der Zeit einige Monate vor den „Selbstmorden“. Im Mai/Juni 1977 wurde der gesamte „Terroristen“-Zellentrakt in Stammheim (einschließlich eines Teils der nichttragenden Wände) umgebaut, so daß die Annahme, daß bei dieser Gelegenheit die späteren „Funde“ gleichsam vorsorglich miteingebaut wurden, nicht so ohne weiteres zurückzuweisen ist, sofern dies nicht — als jederzeit nutzbare „Zeitbombe“ für die Inszenierung einer Provokation gegen die Gefangenen — nicht schon beim Bau von Stammheim, das in erster Linie als „Sonderanfertigung“ für die RAF errichtet worden war, geschehen ist. Aufgeklärt sind diese „Wunder“ Funde (von denen wir nur die wichtigsten aufgezählt haben) bis auf den heutigen Tag nicht, und sie werden schwerlich noch aufgeklärt werden können. Das badenwürttembergische Justizministerium gab nämlich im November 1977 die Anweisung, daß alle nichttragenden Wände im 7. Stock abzureißen, von allen tragenden Wänden der Putz abzustimmen und alle Fußböden aufzuzerben seien. Dies gab einerseits Gelegenheit zu weiteren „Wunder“-Funden und sorgte andererseits für die Pulverisierung von Spuren und Beweisen einer etwaigen „vorsorglichen“ Platzierung des Sprengstoffes. Aufgrund der bei den Toten gefundenen Waffen und erst recht aufgrund der weiteren „Funde“ war nun allerdings eindringlich die Frage zu beantworten, wie denn Pistolen, Munition, Sprengstoff etc. pp. in jene „am besten bewachte Vollzugsanstalt“ gelangt sind.

... Über Wunder

Im Januar 1978 trat der Generalbundesanwalt Rebmann vor den Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in Stammheim. Er erklärte dem Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in Stammheim. Er erklärte, die Anwälte der Gefangenen hätten während des Prozesses gegen Baader, Raspe und Ensslin die Pistolen in den Handakten, den Sprengstoff in der Unterhose eingeschleust. Mit dieser, gleichwohl vom Untersuchungsausschuß angenommenen und den Medien willig kolportierten Darstellung waren allerdings nur neue Fragen entstanden.

Wie konnten die Anwälte und zwar ausgerechnet die Anwälte Möller und Newerla, die nur ausnahmsweise bei den Angeklagten im Gerichtssaal waren, in ihren Handakten Waffen etc. einschleusen, wo sämtliche mitgeführten Gegenstände mit einer Metallsonde abgespürt wurden, die schon bei einer Büroklammer in der Hosentasche anschlug? Wie konnten Waffen in den Handakten versteckt werden, wo die

Fortsetzung nächste Seite



Zwei Gesichter des „Deutschen Herbstes“. Links: Beim Begräbnis H.M. Schleyers. Rechts: Beim Begräbnis von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe



© Foto: Angela Heyn

Fortsetzung von vorheriger Seite

wachhabenden Beamten stets auch die Akten durchblättern? Wie konnte einer der Anwälte ein 400 Gramm schweres Sprengstoffpaket (in Originalverpackung!) mit den Abmessungen von 21 mal 4 mal 2 Zentimetern erst in der Unterhose verbergen, dann im Gerichtssaal die Hose öffnen, das Paket rausheben, den Gefangenen übergeben, sodann die Hose wieder schließen? Wie hätten die Gefangenen, die sowohl vor wie nach Betreten des Gerichtssaals bis in die letzte Körperöffnung durchsucht wurden, Pistolen und Sprengstoff in ihre Zellen schmuggeln können? Und wieso waren gerade in den Zellen, in denen Baader und Raspe „Selbstmord“ begingen, auch gleich passend die Waffen versteckt, wo die Gefangenen mühsam und mehrmals von einer in die andere Zelle verlegt wurden? Sind sie (wie Dario Fo pantomimend mutmaßte) mit Kommandozentrale, Sprengstoff, Waffen, Stemmeln und Betonmischer von Zelle zu Zelle gezogen, um überall und sofort neue Verstecke in Wänden und Fußböden anzulegen? Und die Gefängniswärter haben — „Prost, Baader! Zum Wohl, Frau Elisabeth!“ — Bier geholt?

Prozeß gegen Zweifler

Im März 1978 schloß der baden-württembergische Ausschuß zur Untersuchung der Ereignisse in Stammheim die Akten: „Fremdeinwirkung“ beim Tod der Gefangenen sei auszuschließen. Einen Monat später folgte die Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlung wegen der „Selbstmorde“. Es sei „nicht zweifelhaft, daß sich die Gefangenen selbst getötet bzw. verletzt haben“.

Wenn auch der allergrößte Teil der westdeutschen Bevölkerung, seit Jahren in der „Terroristen“-Frage gezielt verdammt und verhetzt, den Tod der Gefangenen aus der RAF desinteressiert, wo nicht gar befriedigt zur Kenntnis genommen hatte, so waren kritische Stimmen und waren Zweifel an der „Selbstmord“-These des Staates doch nicht völlig ausgeblieben.

Der Arbeiterkampf hatte akribisch die haarsträubenden „Wunder“, die Widersprüche bei den Untersuchungen und die Vertuschungsversuche verzeichnet und immer wieder massiven Zweifel angemeldet, ohne jedoch zu behaupten, die Gefangenen seien ermordet worden. Die publizierten Zweifel genügen jedoch der Staatsanwaltschaft, den damaligen presserechtlich Verantwortlichen des Arbeiterkampf, Kai Ehlers anzuklagen, er habe „die Verantwortlichen des Arbeiterkampf, Kai Ehlers anzuklagen, er habe „die Bundesrepublik Deutschland oder ihre verfassungsmäßige Ordnung verunglimpfen“.

Als „Überführungsstücke“ hatte die Staatsanwaltschaft neben zwei inkriminierten Arbeiterkampf-Artikeln die Einstellungsverfügung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft vorgelegt. Mit dieser Verfügung vom 18. April 1978 — es sei „nicht zweifelhaft“, daß die Gefangenen Selbstmord begangen hätten — sollte bewiesen werden, daß die vom Arbeiterkampf Monate zuvor (im November 1977 bzw. März 1978) geäußerten Zweifel an der „Selbstmord“-These den BRD-Staat „verunglimpfen“.

Die Verteidiger von Kai Ehlers, die Anwälte Hans-Heinz Heldmann und Hartmut Scharmer, forderten die Beiziehung der Akten der Stuttgarter Staatsanwaltschaft. Aus ihnen werde sich „ergeben, daß der Staatsanwaltschaft Stuttgart zum Zeitpunkt ihrer Einstellungsverfügung die Gutachten der amtlich bestellten Sachverständigen nur teilweise vorgelegen haben, daß mit der Einstellungsverfügung weitere Gutachten unberücksichtigt geblieben sind; daß insgesamt die Einstellungsverfügung vom 18.4.1978 der Aktenlage nicht entspricht“.

In der Antragsbegründung verwies Heldmann auf die eklatanten Unstimmigkeiten, Mängel und Fehler der Einstellungsverfügung.

Unbeantwortete Fragen

• In der Einstellungsverfügung wird behauptet, auch die hinzugezogenen ausländischen Gerichtsmediziner hätten gegen das Untersuchungsergebnis keine Einwendungen erhoben. Prof. Dr. med. Holczabek (Wien) hatte sich jedoch — so Heldmann — „während der Zellenbesichtigungen ausdrücklich, wiederholt und immer wieder“ dem Vorgehen widersetzt, das darin bestünde, nur noch das vorgegebene Ergebnis — „Selbstmord“ — nachzuweisen. Er habe schließlich, „als er (...) gesehen und gehört hat, wie völlig fruchtlos seine Einwendungen und seine Appelle an seine Kollegen waren, (...) seine Teilnahme an dieser Veranstaltung aufgegeben“.

• Die Staatsanwaltschaft gibt als Motiv für die Selbsttötung der Gefange-

nen an deren Vorzweiflung über das Scheitern der Flugzeugführung in Mogadischu. Dieses Motiv wäre aber nur dann denkbar, wenn sich die Gefangenen nach 0.40 Uhr umgebracht hätten, da erst zu diesem Zeitpunkt die erste Radio-Meldung über die Aktion der OSO 9 in Mogadischu gebracht wurde. Der Todeszeitpunkt ist aber ungeklärt geblieben, da „die Untersuchungsbehörde die Untersuchung von supravitalen Reaktionen (7) der Leichen dem leitenden Experten verboten“ hatte. Die deutschen Gutachter geben nun als frühesten Todeszeitpunkt 0.15 Uhr an, die ausländischen Gutachter jedoch „vor Mitternacht oder um Mitternacht herum“. Träfe die Auffassung der ausländischen Gutachter zu, entfielen das von der Staatsanwaltschaft unterstellte Motiv zum „Selbstmord“.

• Ungeklärt blieb, wie Baader sich erschossen hat. Nach Aussagen der Gerichtsmediziner habe er die Pistole umgekehrt und mit beiden Händen gehalten. Der kriminaltechnischen Untersuchung zufolge habe er jedoch die Waffe mit dem Griff nach unten gehalten und mit der rechten Hand abgefeuert. Baader soll sich mit einem Gesichtsschuß getötet haben. Ein Vergleichsschußgutachten des Bundeskriminalamts kommt zu dem Ergebnis, daß der tödliche Schuß Baader aus einer Entfernung von 30-40 cm getroffen haben muß. „Und damit“, so Heldmann, „ist allerdings gewiß die Konstruktion mit diesem Pistolensuizid absolut ausgeschlossen, denn 30-40 cm kann auch ein Akrobat die sechzehn Zentimeter lange Waffe nicht hinter sich halten, um diesen sauberen Gesichtsschuß vorzunehmen“. Hingegen läßt die vom BKA angenommene Entfernung zwischen Mündungsausgang und Baaders Hinterkopf sowie der Umstand, daß am Einschußkanal nur sehr geringe Schmauchspuren und keine Sengspuren an Haaren und Haut nachgewiesen wurden, auf die Verwendung eines ausgewetzten Schalldämpfers schließen — der aber bei Baaders Leiche nicht aufgefunden wurde.

Verlorengegangene Mittel

• Als „Spur 6“ wurde ein Einschußloch in Baaders Zelle bezeichnet, in dessen Umgebung „Blut oder Gewebeteile“ gefunden wurden. Die Gerichtsmediziner vertreten, daß das tödliche Geschloß den Schädel durchschlagen habe, auf die gegenüberliegende Wand geprallt und dann auf seine Position, habe, auf die gegenüberliegende Wand geprallt und dann auf seine Position, rechts neben der Leiche, gelangt sei. Die Spurenauswertung der Kriminalpolizei hingegen besagt: „Das tödliche Geschloß drang nur noch mit schwacher Restenergie aus dem Schädel und blieb im unmittelbaren Bereich der Leiche liegen.“ Was aber hat dann die Einschußspur mit „Blut oder Gewebeteilen“ zu bezeugen? Es wird sich nicht mehr klären lassen, denn die „Spur 6“, die nach Aussage eines Kriminalbeamten am 18.10.77 Prof. Rauschke übergeben wurde, hat Rauschke, wie er am 19.1.81 erklärte, nicht erhalten.

• Nach Aussage der Gefängnisbeamten, die Raspe nach der Zellenöffnung zuerst gesehen haben, lag die Pistole in dessen rechter Hand. Heldmann wies daraufhin, was in jedem Lehrbuch der Gerichtsmedizin nachzulesen sei: „wenn jemand daran interessiert ist, eine Tötung durch eine Schußwaffe als Selbsttötung erscheinen zu lassen, gibt man dem Opfer dann anschließend die Schußwaffe in die Hand“. Raspe hielt eine 9-mm-Waffe in der Hand, deren Aufprallgeschwindigkeit und die damit einhergehende Schockwirkung unmittelbar zum Fallenlassen der Waffe führt und es, so Heldmann, danach „ausgeschlossen ... erscheinen (muß), daß die Waffe in der Hand geblieben ist“. In der Einstellungsverfügung wird auf die Zeugenaussagen nicht eingegangen und von einer „neben ihm (Raspe) aufgefundenen Pistole“ gesprochen.

Unklarheiten Untersuchungen

• Gudrun Ensslin brauchte, um sich am Zellenfenster erhängen zu können, einen Stuhl. Heldmann: „Die Tatzeugen von der Zelle der Entdeckung dieses Todesfalles sprechen durchgehend nicht von einem Stuhl (...) der Stuhl taucht erst am Nachmittag auf (...) wäre aber (...) in dieser Aufhängesituation der Stuhl nicht dazugekommen, denn wäre dieses Aufhängen als Suizid auszuschließen“.

• Als dann am Nachmittag der österreichische Gutachter Prof. Holczabek wünschte, daß der Stuhl im Bereich der Leiche stehenbleiben solle, bestimmt der Stuttgarter Gerichtsmediziner

Ausländische Presse: 'Es war Mord!'

Während die „Selbstmord“-Behauptung des BRD-Staates vom allergrößten Teil der westdeutschen Presse und der Öffentlichkeit bis weit hinein in die Linke gläubig aufgenommen wurde, wurden in der ausländischen Presse und Öffentlichkeit wachsende Zweifel laut bis hin zur unverblümbten Feststellung: „Es war Mord“.

• Die italienische Linke veröffentlichte einen Appell, der von zahlreichen Tageszeitungen übernommen wurde. In diesem Appell heißt es u.a.: „Wir haben es mit einem Mord an eingesperrten und wehrlosen Männern und Frauen zu tun oder — was für einen Staat noch schlimmer wäre — mit einer bewußten Anstiftung zum Selbstmord. Wir haben es zu tun mit einer ‚Endlösung‘, mit einer Vernichtungsaktion.“ Dieser Appell wurde von rund 1.000 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben, darunter auch Jean Paul Sartre und Simone de Beauvoir (11. März 1977).

• Die griechische Sozialistische Sozialistische Bewegung (PASOK) forderte: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur die Pflicht, Erklärungen beizubringen, sondern auch der ganzen Menschheit Beweise vorzulegen, daß die Mitglieder der Organisation Baader-Meinhof nicht von Organen ihres Staates exekutiert worden sind.“

• Die griechische linkssozialdemokratische „Initiative für Demokratie und Sozialismus“ schrieb: „Die Todesumstände der politischen Gefangenen ... führen uns griechische Demokraten zu der Überzeugung, daß es sich um organisierten politischen Mord handelt.“ Diese Erklärung wurde u.a. vom Präsidenten des Reichsanwaltvereins, Evangelos Jannopoulos, mitunterzeichnet. — Der amerikanische Autor Thomas O. Buchanan schrieb in „Le Monde“: „Was die Baader-Gruppe betrifft, sind zwei Hypothesen möglich: Entweder sind sie von ihren Werten besessen worden ... oder sie haben sich durch die Komplizenschaft eines Teils ihrer Wärter ... mit Waffen und Kommunikationsmitteln ausgerüstet. Was völlig ausgeschlossen ist, ist die Hypothese eines Selbstmordes ohne solche Komplizenschaft.“ (23.10.77).

• Die Anwaltskammer der USA berechnete es als „absurd“, daß Pistolen und Messer in die Zellen hätten eingeschmuggelt werden können.“ (Hessischer Rundfunk, 28.10.77).

Selbstmord an Ingrid Schubert

Ingrid Schubert, seit Oktober 1970 inhaftiert, wurde am 18.8.1977 von Stuttgarter Stammheim nach München-Stadelheim verlegt. Einen Monat nach dem Todesfall in Stammheim, am 12.11.1977, war auch Ingrid Schubert am „Selbstmord“ verstorben.

Am Nachmittag des 12.11.1977 war Ingrid Schubert aus einer Zelle der Krankenabteilung ohne ärztliche Untersuchung in eine Zelle der Zugangsabteilung verlegt worden. Die zuständige Ärztin, Obermedizinalrätin Dr. Lange, ordnete „eine Kontrolle in 30-60 minütigem unregelmäßigem Abstand“ an. Die letzte Kontrolle erfolgte um 18.00 Uhr, die nächste erst am 19.10. Uhr — zu diesem Zeitpunkt war Ingrid Schubert bereits tot.

• Über einstimmend berichteten sowohl die Anwälte Ingrid Schuberts als die ausländische Ärztin Dr. Lange, daß bei Ingrid Schubert keine Selbsttötungsabwacht vorlag. — Ingrid Schubert konnte erwarren, in etwa zwei Jahren, 1979, entlassen zu werden.

Rauschke, der Stuhl zu zwecks Untersuchung zu entfernen. Eine Untersuchung dieses Stuhles auf Spuren hat jedoch nicht stattgefunden.

• Beim Versuch, Gudrun Ensslin aus ihrer ursprünglichen Lage abzuheben, rissen die Kabel an der Stelle, an der sie am Fenstergitter der Zelle befestigt waren. Und dieses Kabel, fragte Heldmann, soll die Belastungen ausgehalten haben, die während des Aufhängens und der Todeszuckungen entstanden sind? Und was ist der Ursprung der acht Verletzungen an Gudrun Ensslins Körper, die mit dem Vorgang der Erhängung nichts zu tun haben können? Warum ist kein Histamin test durchgeführt worden, aufgrund dessen erkannt werden kann, ob eine Strangulations vital oder postmortal entstanden ist? Wieso ist nicht überprüft worden, ob die Kabelenden, die in Gudrun Ensslins Zelle gefunden wurden, mit dem Kabel übereinstimmen, in dem hängend sie aufgefunden wurde? Wieso ist die Schere, mit der sie das Kabel abgeschnitten haben soll,

— „Le Monde“ (21.10.77), Frankreich, frag: „Und was ist mit Baader? Wie konnte er sich durch einen Leichenschuß umbringen? Das ist alles sehr verwirrend.“

• In der griechischen „Eleftherotipia“ (25.10.77) war zu lesen: „In Westdeutschland ... schlagen sich dem vergangenen Dienstag dämonisch die Wangen eines neuen, unermesslichen und bestialischen Faschismus.“

• „Dagens Nyheter“, Schweden, stellt fest: „Die Behörden sprachen von Selbstmord, ohne auch nur die geringsten kriminaltechnischen Untersuchungen gemacht zu haben.“

• Das dänische „Ekstra Bladet“ (20.10.77) formuliert: „Ein peinlicher Gestank von unbeantworteten Fragen schwebt über der Stadt und über den Leichen im Stammheim-Gefängnis ... Die Umstände um die drei Selbstmorde in Stammheim lassen es mehr als berechtigt erscheinen, sich an gewisse Ereignisse im Nazi-Deutschland der 30er Jahre zu erinnern.“

• Und Nico Haasbroek, seinerzeit Korrespondent in Bonn, schrieb in der niederländischen „Haagse Post“ (29.10.77): „Für Revolutionäre (...) ist Selbstmord das aller letzte Mittel. Wenn dort soviel Waffen und Sprengstoff vorhanden waren, dann würde es eher auf der Hand gelegen haben, erst zu fliehen zu versuchen. Oder um einen Feind (einen Vertreter des Staates) zu ermorden.“ Daß die Anwälte der Gefangenen das Waffenarsenal in die Zellen geschmuggelt haben können, „hat eher mit bösartiger Suggestion zu tun als mit der Wirklichkeit. Dazu gab es viel zu scharfe Kontrollen ... Die Möglichkeit ist größer, daß die Waffen über einen anderen Weg herbeigekommen sind ... Ich habe die Vermutung, daß die eine oder andere Kraft den Mord auf dem Gewissen hat (am wahrscheinlichsten ist in der Tat eine Geheimdienstorganisation, wobei an den Bundesnachrichtendienst und die Möglichkeit der Beeinflussung durch ein Organ wie den CIA zu denken ist). Diese Organisation kann zum Mord angestiftet bzw. den Mord ausgeführt haben ... Natürlich hat man auch alles Interesse daran, den Mord so zu inszenieren, daß es nach Selbstmord aussieht ... Es ist ebenso verständlich, daß man eine beschränkt unabhängige Untersuchung vorzugiebt, wenn man sicher ist, daß dies zu keinem anderen Schluß als Selbstmord führen kann.“

• Kurz vor ihrem Tode erklärte sie noch Ärzten und Schwestern, daß sie Antrag auf Verlegung in ein anderes Gefängnis gestellt und Hoffnung habe, dorthin zu kommen.

• Herkunft und Zeitpunkt der Herstellung des Strangulationswerkzeuges sind unzureichend geklärt. An den von Ingrid Schubert getragenen Kleidern wurden keine Baumwollbruchstücke entdeckt, wie sie beim Zerreißen des Bettlakens und Herstellung des Seiles hätten entstehen müssen. Es wurde nicht untersucht, ob die Streifen direkt voneinander abgerissen wurden; es wurde ebenfalls festgestellt, ob die Streifen, die keine passenden Abdrucke zeigten und zum vorgelegten Bettlaken aufwiesen, von ein und demselben Bettlaken stammten.

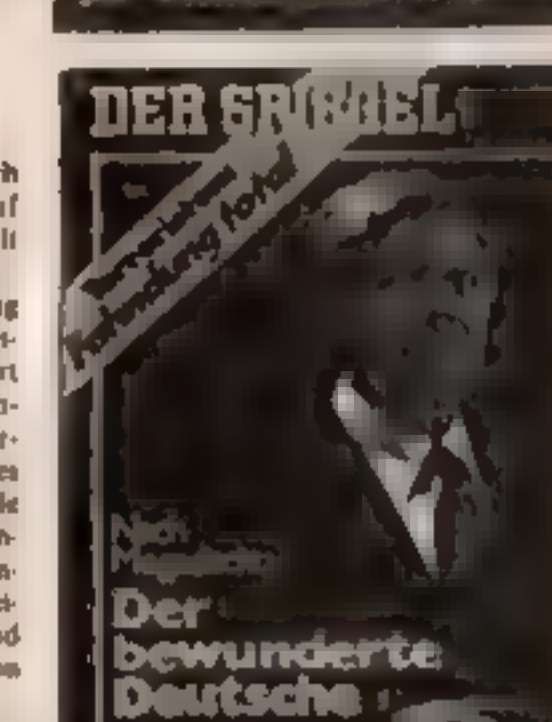
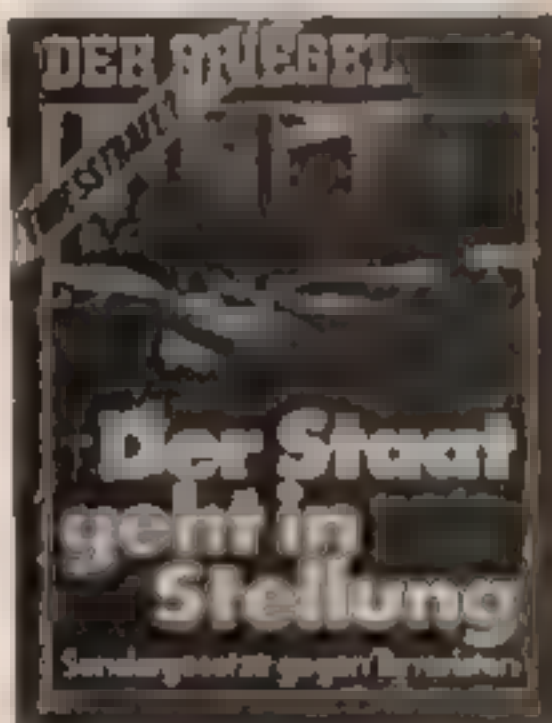
Die Münchner Staatsanwaltschaft stellte ohne Klärung dieser Fragen und Unstimmigkeiten am 14.2.78 die Ermittlungen ein und gab als Ergebnis der Ermittlungen aus, was schon am Todestag von Ingrid Schubert behauptet worden war: „Selbstmord“.

nicht auf anhaftende Materialspuren untersucht worden?

• Für eine Betäubung der Gefangenen vor ihrem Tod, behauptet die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, seien keine Anhaltspunkte gefunden worden. Zwei der Gutachter wiesen jedoch explizit daraufhin, daß mit den angewandten Methoden nicht mit Sicherheit alle toxisologischen Stoffe erfaßt werden konnten.

• Der Neuropathologe Prof. Schneider stellte übereinstimmend bei allen drei Leichen „gewisse Veränderungen in den Gehirnen“ fest. „Mit Wahrscheinlichkeit handelt es sich hier um Begleiterscheinungen einer möglicherweise bereits im Abklingen befindlichen Infektion. Diese Veränderungen erreichen nicht einen Grad, der die Diagnose einer Enzephalitis rechtfertigen würde.“ (Die gleiche Feststellung wurde übrigens schon am Gehirn der selbstmordeten Ulrike Meinhof gemacht). Zu diesem Untersuchungsergebnis

Fortsetzung nächste Seite



Deutsche Herbst" im „Spiegel“ des Jahres: Staatsjournalismus gegen die vorgeliebte Herausforderung des Terrorismus und für eine nationale Aktion

BILD) unterschied sich davon nur durch Plumpheit des Stils und lässiges Erscheinen

Die 'Nachrichtensperre' oder 'Alle gemeinsam für diesen Staat'

Fortsetzung von vorheriger Seite

kommentierte Heldmann, „kann einem einfallen, daß es möglich ist, wie wir aus den CIA-Reporten wissen (...), die Vitamin-B-Aufnahme durch den Körper völlig zu unterbinden, was zur Folge hat, daß Gehirnschaden entsteht, der ähnlich dem Erscheinungsbild einer Enzephalitis dem Neuropathologen erscheint.“

...

Als am Morgen des 18.10.1977 zwei Tote, ein Sterbender und eine Schwer verletzte aufgefunden wurden, da war es für Kriminaloberrat Textor, den Chef der „Sonderkommission Stammheim“, sofort klar: „Das ist Selbstmord.“ Drei Jahre später, im Herbst 1980, wurde von der Zeitschrift „Stern“ mit den nach wie vor offenen Fragen, Widersprüchen und wunderbaren Funden konfrontiert und nach einer Wiederaufnahme des Falles befragt. Textor, sehr deutlich: „Die Staatsanwaltschaft — die objektivste Behörde der Welt — hat das Verfahren eingestellt. Damit ist der Fall ein für allemal abgeschlossen, und damit basta.“

K., Hamburg

- Quellen:
- Arbeiterkampf, Ausgaben Nr. 117-125, (Hamburg, 1977/78)
 - Die „Wunder von Stammheim“ vor Gericht — Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord! (Hamburg, 1979)
 - Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim“ (Hamburg, 1979) Stern Nr. 45/1980
 - Todeschüsse Isolationshaft Eingriffe ins Verteidigungsrecht (Aus dem 1981) Presse u. Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanna Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine Landshut (Bonn, 1977)

- Anmerkungen:
- (1) Biegfried Hausener starb infolge von „medizinischen Komplikationen“ nach der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975. Sein Anwalt Croissant erstattete Anzeige wegen Verdacht eines Verbrechens der vorsätzlichen Tötung durch die Verantwortlichen der Staatsschutzbehörden. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.
 - (2) Dokumentenliste der Bundesregierung (s. Quellen)
 - (3) Im Zusammenhang der Schleyer-Entführung wurden von der Bundesregierung eine Anzahl von Sondergesetzen geschaffen, die keinerlei verfassungsmäßige Grundlage hatten und sich jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. Wie später von Spiegel und Stern enthüllt wurden in diesen Gesetzen auch Pläne zur Liquidierung der Gefangenen durchgeführt.
 - (4) Vorwand der Nachrichtensperre war die Behauptung, daß die politischen Gefangenen vom Gefängnis aus und über ihre Verteidiger „terroristische Aktionen“ befehlen und koordinieren würden.
 - (5) Der Prozeß gegen Kai Ehlers wurde, obwohl von vornherein eine größere Anzahl von Verhandlungstagen festgelegt worden war, nach einem halben Tag und zwar nach dem Vortrag seines Verteidigers Heldmann auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt. Gegen Kai Ehlers nämlich lief zur gleichen Zeit noch eine Anklage wegen Beleidigung von Strauß dessen Name im Arbeiterkampf mit 88 (Strauß) geschrieben worden war. Gegenüber dieser „Beleidigung“ von Strauß kam es zu der Strauß-Anwalt schaft, bei der im jetzigen Prozeß zur Rede stehende Anklage „Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland“ als Unwesentliches herangezogen wird (BRD 5/1984) anzusehen wegen dieses Antrag der Staatsanwaltschaft unter Berufung auf den § 34 gibt es für die Verteidigung keine Rechtmittel.
 - (6) Die Auseinandersetzung Heldmann mit der Enkelin ungewarnter der Staatsanwaltschaft Strauß wird hier nur in wenigen kurzen Ausschnitten wiedergegeben.
 - (7) Die Untersuchung supranationaler Aktionen dient der näheren Bestimmung des Todeszeitpunktes als handelt es sich um Blutergüsse und nicht um Mordanschlag und Pupillenreaktionen an der Leiche.

Eine der ersten Maßnahmen des nach der Schleyerentführung eingerichteten „Krisenstabes“ bestand darin, die Medien in die Strategie der Entführungsführung mit einzubeziehen. Den Entführern sollte — anders als bei der Lorenz-Entführung 1975 — die Möglichkeit entzogen werden, die Medien zu ihrem Vorteil zu nutzen. Ebenso sollte erreicht werden, daß die „Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes“ nicht in „irgendeiner Weise beeinträchtigt“ würden. (1)

Der damalige Chef des Bundespressekamers, Klaus Bölling, bat darum am 8.9.77 in einem Rundschreiben an alle Chefredakteure von Presse, Rundfunk und Fernsehen, sich mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums „in Verbindung zu setzen“, bevor sie Nachrichten, die „tatsächlich oder dem Anschein nach von den Terroristen oder ihren Helfern stammen“, in der Berichterstattung verwenden. (2) Der Deutsche Presserat unterstützte diese Aufforderung in einem Appell vom 8. September 77 vorbehaltlos und forderte die Redaktionen auf, die Maßnahmen der Polizei- und Sicherheitskräfte zu unterstützen. (3)

Die dann praktizierte Mediengleichschaltung ermöglichte u.a. das reibungslose Durchpeitschen des Kontaktstoppes-Gesetzes. Eine öffentliche Auseinandersetzung unterblieb. Zu den „Selbstmorden“ in Stammheim erschienen in fast allen Medien Berichte mit dem gleichen Grundtenor, als ob sie vom BKA- und Bundespressekamter geschrieben worden wären. Diese Gleichschaltung ermöglichte den Sicherheitsbehörden eine gezielte Veröffentlichungspraxis.

Nach dem Tode Schleyers stellten sich die gesamten Medien, mit Ausnahme einiger linker und linksradikaler Zeitungen, direkt in den Dienst der Großfälschung. Kostenlose Großanzeigen des BKA wurden in der Tagespresse veröffentlicht. Fahndungsflure wurden „wie auf Knopfdruck“ bei ARD und ZDF gesendet.

Im Mai 78 bekräftigte Klaus Bölling, daß es auch in Zukunft notwendig sein werde, in „künftigen Situationen“ Nachrichten „gründestens zeitweilig nicht zu veröffentlichen“. Dabei müsse die bei der Schleyerentführung praktizierte Form der Zusammenarbeit verbessert werden. Den bloßen Aufruf zu „freiwilliger Zurückhaltung“ hielt Bölling für ein „verbrauchtes Instrument“. Er schlug stattdessen die Einrichtung eines „Kontaktstoppes“ vor, dessen Aufgabe es sein sollte, „in nicht militärischen Krisenfällen eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen den Medien, der Bundesregierung und dem Fahndungsapparat“ herzustellen. Die „Überwindung des Terrorismus“ sei ja nicht „Sache des Staates allein“. (4)

Die Journalistenverbände DJU und DFL lehnten sei es nach „Sache des Staates allein“. (5)

Die Journalistenverbände DJU und DJV lehnten ein solches spezielles Gremium ab, da es die Journalisten in den „Geruch der Komplizenschaft“ bringe.

Gleichzeitig wurde aber fast ausnahmslos bekräftigt, daß die von den Medien während der Schleyer-Entführung „geübte Selbstdisziplin deutlich gemacht“ habe, daß „die Presse ihre Eigenverantwortung in Fragen der Berichterstattung, die auch übergeordnete Gesichtspunkte berühren“ sehr wohl wahrnehme. (6)

Was die weitgehende ideologische Loserordnung der Journalisten der staatsbezahrenden Medien unter die „Sicherheitsinteressen“ dieses Staates, speziell des „Antiterrorismus“, angeht, konnten die Herrschenden in diesem Lande einen wichtigen Erfolg für sich verbuchen. Sogar der in anderen politischen Fragen durchaus liberale frühere Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Holzer, befand: „Das,

was wie Nachrichtensperre aussah, war in der Tat Folge einer soliden Zusammenarbeit der Regierung mit Zeitungen und Rundfunk.“ (7)

Das von Bölling lancierte Angebot eines „Kontaktstopps“ konnte so ernst gar nicht gemeint gewesen sein. Denn noch während der Schleyer-Entführung fand er eine Erklärung für die (offensichtlich erwartete) Ablehnung durch die Medien: „Gelassenheit, an der es uns in kritischen Lagen bisweilen fehlt, ist auch im Verhältnis zwischen Staat und Presse noch nicht immer der Normalfall. Die den „Schriftstellern“ einst vom Wilhelmplatz verordnete „Sprachregelung“ ist ein Trauma, daß auch auf solche Journalisten wirkt, die jene Zeit nicht miterlebt haben.“ (8) Eine zentralistisch verordnete Gleichschaltung nach Vorbild des deutschen NS-Staates ist das abschreckende Vorbild, in dessen Nähe keiner der Beteiligten kommen will.

In Abgrenzung davon bieten sich die bürgerlichen Medien zur Zusammenar-

beit mit den staatlichen Behörden — ganz freiwillig — an, wenn wieder einmal die politische Ordnung dieses Staates bedroht ist.

Dieser Konsens gilt bis in die staats-tragende Linke hinein, die heute — gute acht Jahre nach Stammheim — bis hin zur taz das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr in Frage zu stellen bereit ist. Schon 1977 hatte sich die staatsreformistische Linke mit ihren Publikationen der Ideologie des „Antiterrorismus“ sowohl untergeordnet, daß sie nicht bereit war, der Selbstmordbehauptung und der massiven Sympathisantenliste ernsthaft entgegenzutreten. Die Publikationen von Zweifeln an der Selbstmordversion blieb vornehmlich der Auslandspresse überlassen.

Bj., Hamburg

- Anmerkungen:
- (1) Im Stern-Buch „Entscheidung in Mogadischu“ wird berichtet, daß BKA-Chef Herold die „Nachrichtensperre“ vorgeschlagen hat.

Die APO und die 'erste RAF-Generation'

Jahr 1968. Ostern fand einer der größten Kongresse gegen den Vietnam Krieg in Westberlin statt.

Am 2. April 1968 brannten in Frankfurt zwei Kaufhäuser. Sie waren quasi als „Fanal“ angezündet worden, um den Menschen in Westeuropa klarzumachen, daß Feuer und Inferno das tägliche Schicksal der Menschen in Vietnam war. Die Menschen sollten aus ihrer Lethargie gerissen werden. Bereits an diesen Aktionen schiedem sich die Geister der Oppositionellen. Die unterschiedlichen Wege einer weiteren Opposition wurden sichtbar. Aber auch der unglaubliche Haß, der speziell durch die Springer-Presse gegen jede Opposition gepredigt wurde. Die Brandstifter (u.a. Andreas Baader und Gudrun Ensslin) wurden ein paar Tage nach der Tat schon verhaftet, ihr Fanal wurde in der Linken heftig diskutiert.

Ein paar Tage nach der Verhaftung der Brandstifter wurde Rudolf Dutschke auf offener Straße angeschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Täter war tatsächlich ein Einzelkünstler, trotzdem war sich die Linke einig. Geschossen hatte Springer. Die nun folgenden Demonstrationen in Westberlin und im ganzen Bundesgebiet waren militant wie nie zuvor.

Trotz vieler Versuche war es in der BRD nicht gelungen, ein Bündnis der studentischen Opposition mit der Arbeiterbewegung herzustellen (wie es zumindest in Ansätzen in Frankreich und Italien gelungen war).

Im Oktober 1968 wurden die Kaufhaus-Zünder (Sachschaden 600.000 DM, den die Versicherung zahlte, kein Personenschaden).

Im Oktober 1968 wurden die Kaufhaus-Zünder (Sachschaden 600.000 DM, den die Versicherung zahlte, kein Personenschaden) zu je drei Jahren Knast verurteilt.

Mit dem Jahr 1969 bahnte sich eine „Wende“ an. Die Hoffnungen auf eine unmittelbare bevorstehende Revolte der Massen (wenn schon keine Revolution stattfand) schwanden. Der SDS löste sich auf, im Oktober 1969 ging die SPD zusammen mit der FDP als Sieger aus den Wahlen hervor, Willy Brandt wurde Kanzler.

Die Wege der fortschrittlichen, engagierten Menschen trennten sich: Die einen machten sich auf den „langen Marsch durch die Institutionen“, an-

in einem Brief an die Chefredakteure vom 15.9.77 bittet Bölling die Redaktionen noch einmal um Unterstützung. Will alle wissen, wie sehr es den Terroristen auf Publizität ankommt und daß die Presse, Rundfunk und Fernsehen nationaler für ihre Zeichen zu nutzen versuchen. Bitte helfen Sie uns dabei, diese Intentionen der Entführer zu durchkreuzen. (Zitiert in Russel-Buch 5, Heft 10, S. 204)

- (2) Vgl. Russel-Buch 5, S. 202 f.
- (3) Die Zeit 20.9.77
- (4) Das „Kontaktstoppes“ wurde ausführlich im dem Organ der DJU (Deutsche Journalisten Union) „Die Feder“ 11 und 12/78 diskutiert. Alinea Emil Carlsbach hielt noch an dem demokratischen Grundgesetz der unabhängigen Presse fest: „Was geschieht mit den Zeitungen, Funk- oder Fernsehjournalisten, Pressedirektoren, die sich nicht freiwillig diesem Einvernehmen anschließen? Haben die dann eine Krokodilsträne des Pressekrieges zu erwarten? Oder steht ihnen die Polizei ins Haus?“
- (5) FAZ 30.10.78 Bericht vom einer Fachtagung in Münster am 28.10.78 unter dem Titel: „Nachrichtensperre und Pressefreiheit“. Dort waren alle maßgeblichen Chefredakteure versammelt, um sich von Bölling die Haltung der Bundesregierung referieren zu lassen.
- (6) Die Zeit, 30.9.77

dere schlossen sich den Neugründungen der verschiedenen kommunistischen Gruppen an (die sich in der Regel an der chinesischen Revolution orientierten), wieder andere propagierten die „revolutionäre Tat“.

Die Kaufhaus-Brandstifter waren im Juni 1969 vorläufig freigelassen worden, im Februar 1970 wurde Andreas Baader erneut verhaftet, am 14. Mai 1970 wurde er befreit, bei seiner Befreiung wurde ein Bibliotheksangestellter angeschossen. Nach der Befreiung schiedem sich zu den zukünftigen Perspektiven für die Linke ein Text der RAF: „Die Rote Armee aufbauen“, in dem die Baader-Befreiung als Signal für den Beginn des bewaffneten Widerstandes ausgegeben wurde. Angesichts der Situation, daß die Entwicklung in der BRD zugunsten der Arbeiterklasse verlief, zog die RAF in ihrer Schrift „Dem Volk dienen“ den Schluß:

„(...) das Kapital hat fast alles in der Hand, die Arbeiter fast nichts. Die Seite des Kapitals ist geschlossen und „konzentriert“, die Arbeiterklasse ist vielfach gespalten; das Kapital hat starke Organisationen, die es fast in der Hand hat, die Arbeiterbewerk-schaften, die sie nicht in der Hand haben, deren Bürokratie und Führung eine arbeiterfeindliche Politik macht (...)“. Aus dieser Schwachsituation heraus propagierte die RAF die Bildung einer Stadtguerilla. Diese sollte „den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten destrukturieren, stellenweise außer Kraft setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzlichkeit zerstören“ (Das Konzept Stadtguerilla, S.14)

Eine Riesenmaschinerie staatlichen Terrors wird installiert, um der RAF habhaft zu werden, ein Gespenst wird aufgebaut. Die ersten Opfer sind 1971 Petra Schelm und Georg von Rauch, die von der Polizei erschossen werden, 1972 Thomas Weisbecker. Mitte Juni 1972 wird die „erste RAF-Generation“ verhaftet.

Im Oktober 1968 wurden die Kaufhaus-Zünder (Sachschaden 600.000 DM, den die Versicherung zahlte, kein Personenschaden) zu je drei Jahren Knast verurteilt.

I., Hamburg

Stefan Aust über den Tod Ulrike Meinhofs

„Ich habe nur sehr wenig Zweifel am Selbstmord von Ulrike Meinhof. Die zweite Version, die ich dazu geschrieben habe, habe ich nur der Vollständigkeit halber dazu geschrieben, um zu zeigen, welche Art von Mißverständnissen oder Interpretationen in bestimmten Bereichen schon damals rumgeistert sind.“ (Aust im Ak 267)

Für Stefan Aust ergibt sich die Schlußfolgerung „Selbstmord“ aus seiner speziellen Wahrnehmung des gruppendynamischen Prozesses innerhalb der Gruppe, um besonderen aus der Entwicklung Ulrike Meinhofs. Sie, anders als die Anderen sei schon in der Anti-Atombewegung der frühen 60er aktiv gewesen, war Mitglied der illegalen KPD, Kolumnist bei „konkret“ und linker journalistisches Gewissen der APO-Zeit gewesen. Während der Isolationshaft-Zeit in Köln-Ossendorf sei sie an den Haftbedingungen fast zerbrochen, habe sich immer wieder

hochgerissen, die Konflikte besonders zwischen ihr und Gudrun Ensslin hätten sich enorm verschärft. Gudrun Ensslin sei Ulrike Meinhof nur noch mit Mißtrauen begegnet, und habe ihr mögliches Aussteigen und Verrat zugeführt.

Aust führte Ulrike Meinhofs Erklärung vom 14. Verhandlungstag (28.10.75) an: Angesichts der Isolationshaft bliebe den Gefangenen nur die Möglichkeit des Verrats, wenn sie den Justizbehörden zu erkennen geben wollten, daß sie ihr Verhalten ändern wollten. (S. 366) Für Aust ist diese Erklärung lediglich ein Hinweis darauf, „wie weit sich Ulrike Meinhof damit von der Gruppe entfernt hatte“.

Mag sein, daß so eine Argumentation von den anderen Gefangenen der RAF nicht geführt wurde, aber Ulrike Meinhof hat damit auf ein Problem

Fortsetzung auf Seite 22



Bilder — er hat sich umgebracht!
(Aus: Libération, Supplement à Libération Nr. 1180, Herbst 77)

Die „Rote Armee Fraktion“ war noch kein Jahr alt, da hatten sie Politiker und Medien schon zum „Staatsfeind Nr. 1“ erklärt. Eine kleine Gruppe sogenannter „Terroristen“ mußte ab Beginn der 70er Jahre dafür herhalten, den 1969 beschlossenen und seitdem zügig realisierten Ausbau des staatlichen Sicherheitsapparates zu legitimieren. Seine Erprobung fand in zahllosen, oftmals flächendeckenden Einsätzen hochgeachteter Polizeikräfte statt, für die die Fahndung nach der RAF einen geeigneten Anlaß bot. Solche monarösen, z.T. bürgerkriegsähnlichen Manöver korrespondierten mit einer Presseberichterstattung, die die von der RAF ausgehende Gefahr großartig übertrieb, streckenweise bis ins Phantastische steigerte. Neben der Rechtfertigung staatlicher Sicherheitspolitik und Fahndungspraktiken, ihrer breiten Verankerung in der Bevölkerung, war es das Ziel dieser Propaganda, die politischen Motive der RAF und weit darüber hinaus jegliche Bestrebungen in Richtung auf eine revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu diskreditieren. Inwieweit war die antiterroristische Kampagne der damaligen Zeit wesentlich auch eine Reaktion auf den mit der „Außerparlamentarischen Opposition“ erfolgten Aufschwung sozialistischer oder kommunistischer Ideen.

Von nun an begannen staatliche Fahndungskampagnen und Polizeimaßnahmen, wie es sie in der BRD bis dahin nicht gegeben hatte. In ihrer Propagandaskrift „Das Konzept Stadtguerilla“ das ab Anfang 1971 verbreitet wurde, kommentierte die RAP dies so: „Es ist richtig, wenn behauptet wird, daß dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der BRD und Westberlin gewidmet. Das bisherige Geld, das wir ge-

Martialische Polizeiaufmärsche mit Panzern, Maschinenpistolen, schußfertigen Westen usw. gehören jetzt zum Alltag; nicht nur bei Aktionen, die erzkriminellen Maßnahmen aus Anlaß der „Terroristen-Erhndung“ gestartet wurden, sondern ebenso bei normalen Verkehrskontrollen oder bei Einsätzen gegen andere „Störer“ und Kriminelle. Es gab jetzt auch Opfer — Tote und Verletzte — die mit den jugenden Terroristen nicht das geringste zu tun hatten. Der KB hat einzeln in einem (noch erhältlichen) Buch der „Antifaschistischen Russell-Reihe“ die hohe Zahl dieser „versehrlichen“ in vermeintlicher „Notwehr“ oder aus anderen Gründen von der Polizei Erschossenen dokumentiert. Die größte schwedische — Tageszeitung „Dagens Nyheter“ warnte damals in Kenntnis derartiger Vorfälle ihre Leser: „Überschreiten Sie in der BRD die Höchstgeschwindigkeit nicht. Machen Sie bei Polizeikontrollen keine schnellen Handbewegungen, denn man könnte meinen, Sie würden eine Waffe ziehen. Sie riskieren, erschossen zu werden. Denn in letzter Zeit schießt die deu-

Am 15. Mai explodierte in Karlsruhe der Volkswagen des Bundesrichters Buddenberg. Seine Frau, die den Wagen fuhr, wurde verletzt. Am 19. Mai explodierten 3 Bomben im Hamburger Springer-Hochhaus. 17 Arbeiter wurden verletzt, zwei davon schwer. Auch für diesen Anschlag, der nicht Springer, wohl aber Arbeitern und Angestellten Schaden zugefügt hatte, übernahm die RAF wenig später die Verantwortung. Obwohl sie sich in einer Erklärung „zutiefst betroffen“ darüber zeigte, „daß Arbeiter und Angestellte verletzt worden sind“, hatte es die reaktionäre Presse nach dieser Aktion noch leichter, Horrormeldungen über angeblich geplante Terrorakte der RAF gegen „normale“ Bevölkerung Glaubwürdigkeit zu verleihen. So orkestrten die „Bild-Zeitung“ am 27. Mai mit der Meldung, jetzt seien auch Bombenanschläge gegen Banken geplant. Angeblich lägen der Polizei eindeutige Hinweise dafür vor. Zwei Tage später heizte „Bild“ die Stimmung mit der Behauptung an, daß die „Baader-Meinhof-Bande“ am 2. Juni mittags zwischen 13 und 14 Uhr drei Bomben mitten in Stuttgart hochgehen lassen wolle, jede davon mit einem Sprengstoffgewicht von 30 Kilogramm. Eine Woche hielten Presse, Funk und Fernsehen die Bevölkerung mit dieser Story in Atem, hervorgerufen durch das Schreiben einer „Roten Armee Fraktion, Baden-Württemberg“, die es natürlich gar nicht gab. Die RAF erklärte das Schreiben wenig später als Fälschung.

Es stand vielmehr ein strategisches Interesse dahinter „Terrorismus“, „Gewalt“ usw. als typisches Attribut linker, revolutionärer Politik zu demonstrieren und diese insgesamt — bezieht nicht nur die RAF — gesellschaftlich zu fächern, zu isolieren und ggf. direkt zu verfolgen. Die häufigen Großaktionen, Kontrollen, Razzien, Observierungen und VS-Spitzelaktionen förderten dabei häufigerweise Material und

Am 24.6.68 waren im Bundestag, noch zu Zeiten der „Großen Koalition“ zwischen CDU/CSU und SPD, die „Notstandsgesetze“ verabschiedet worden. Sie ermöglichen u. a. den Einsatz der damals 120.000 Polizeibeamten, der 20.000 Mann des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr unter Umgehung des Parlaments durch

die Bundesregierung, die Einschränkung der Grundrechte im Notstandsfall, die Ausweitung der Geheimdienst mit exklusiven Befugnissen, eventuell sogar die Ausrichtung des Notstands durch Lageberichte der Geheimpolizei. In der Folge beschloß das Bundeskabinett am 21.11.1968 Durchführungsbefugnisse, u.a.

— zur Präzisierung der Zusammenarbeit der Geheimdienste untereinander und mit den Strafverfolgungsbehörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, BKA, BGS)

— und zum Einsatz der „Sicherungsgruppe Bonn“ des BKA als bundesweites Ermittlungsorgan gegen Staatsverrat.

Die neu gewählte SPD/FDP-Regierung kündigte gleich bei Regierungsantritt in ihrer Regierungserklärung vom 28.10.69 die beschleunigte „Intensivierung und Modernisierung der Verbrechenbekämpfung“ an. Ein diesbezügliches „Sofortprogramm“ wurde am 5.11.70 vom Bundestag verabschiedet. Es ermöglichte im wesentlichen eine materielle und personelle Stärkung des BKA, das hierdurch zur zentralen Bundesbehörde für die Verfolgung von „Schwerkriminalität“ und zur zentralen polizeilichen Informationszentrale auf Basis elektronischer Datenverarbeitung ausgebaut wurde.

Weitere Stationen der inneren Aufstellung:

22.3.72: Verabschiedung des „Schwerpunktprogramms Innere Sicherheit“ durch das Bundeskabinett. 25%ige Erhöhung der Ausgaben für BKA, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bereitschaftspolizei, BGS und Ausländerüberwachung.

21.6.72: Vorlage eines gemeinsamen Bund-Länder-Programms „zur Förderung der Inneren Sicherheit, Teil I“. Beschlüssen wurde die Erweiterung der Heimatschutzkräfte für das BKA, die Umstellung des Bundesgrenzschutzes zur zentralen Eingreifreserve des Bundes, die Aufstellung von Sonderkommandos zur „Terrorismusbekämpfung“ in den Ländern u.a.m.

12.7.72: Die Innenministerkonferenz nimmt Geheimes Gesetzessonntage zu, den Bundesgrenzschutz ab Februar '73 als polizeiliche Eingreifreserve beizubehalten. Das neue BGSG-Gesetz wurde kurz darauf vom Bundestag beschlossen.

12.9.72: Die Innenministerkonferenz beschließt die Aufstellung einer 176 Mann starken Sondertruppe des BGS — das Sonderkommando „GSG 9“ — für besondere polizeiliche Aufgaben, nämlich zur Bekämpfung von „Terroristengruppen“ und Aufständen. Parallel dazu werden nun in allen Bundesländern solche „Anti-Terroristen-Kommandos“ aufgestellt (einige Länder hatten derartige Spezialkommandos in Form der Mobilen Einsatzkommandos — MEK — schon vorher aufgebaut).

15.2.74: Bundes- und Länderinnenminister verabschieden den II. Teil des Programms „zur Förderung der Inneren Sicherheit“. Darunter v.a. die Vereinheitlichung des weiteren gemeinsamen Ausbaus der Sonderkommandos, außerdem die Herausbildung von sogenannten „Lagezentren“ bei allen Innenministerien der Länder. Diese Entwicklung wurde flankiert von Debatten um umfangreiche „Anti-Terror-Pakete“.

Die sogenannte „Lex Haeder-Meinhof“ wurde am 18.12.74 im Bundestag verabschiedet (darin u.a. Verteidiger-Überwachung, Verteidiger-Ausschluß, Verschärfung des § 129 „kriminelle Vereinigung“ durch § 129 a „Terroristische Vereinigung“).

11.4.75: Die Innenministerkonferenz beschließt eine weitere Zentralisierung der Fahndungskompetenzen auf das BKA. Zusätzlich zu seinen bisherigen Sonderkommandos „Sicherungsgruppe Bonn“ und „Staatschutz“ erhält das BKA eine Abteilung „T“ (Terrorismus). Gleichzeitig werden die „Sicherungsgruppe Bonn“ und der Verfassungsschutz verstärkt, die GSG 9 um 150 Mann aufgestockt.

Bereits am 29.1.1975 war der Chef des Bundeskanzleramtes durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers zum „Beauftragten für die Nachrichtendienste“ ernannt worden. Mit diesem Organisationserlaß vollendete die Bundesregierung die Errichtung einer zentralen Kommando-Brücke direkt beim Bundeskanzleramt. Das Bundeskanzleramt kontrolliert seitdem praktisch alle Bereiche der „Sicherheitspolitik“ über ein geheimes und parlamentarisch unkontrolliertes und unkontrollierbares „Collectif“, „cross-overingender“, „Ausnahme-“, und die Kooperation ständiger Sicherheitsorgane auf Staatssekretär- und sonstiger interdisziplinärer Ebene. Dazu war die Neuordnung und Zentralisierung des Repressionsapparates strukturell abgeschlossen.

Es gab danach weitere Maßnahmen

und Programme, die den Apparat quantitativ ausweiteten. „Verwechslungsschlichtungen“, im BKA wurde eine weitere Abteilung „Terroristenfahndung“ (TF) eingerichtet, die elektronische Datenerfassung und die Vernetzung der Informationssysteme der Sicherheitsdienste untereinander wurden vorangetrieben, die exklusiven Befugnisse der Polizei ausgeweitet („Raziengesetz“), durch das 14. St. auf Veränderungsgesetz v.a. die Verfolgung revolutionärer Propaganda erleichtert (z.B. durch den Staatschutzparagrafen 88 a — „verfassungsfeindliche Beförderung von Straftaten“), durch das sogenannte „Kontaktpersonengesetz“ von 1977 konnten wegen „Terrorismus“ Angeklagte vollständig von der Außenwelt abgeschnitten werden usw. u.s.f.

Es ist hier nicht der Raum, die zahlreichen Maßnahmen, Änderungen und Vorschläge aus dem Bereich der „Inneren Sicherheit“ vollständig aufzuführen, die in den 70er Jahren aus Anlaß der „Terroristenfahndung“ debattiert und verabschiedet wurden. Diese Entwicklung ist im übrigen nicht abgeschlossen. Unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“, der Abwehr gewalttätiger Ausschreitungen usw. werden laufend weitere Maßnahmen verabschiedet, die die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten erweitern. Erst kürzlich die Verschärfung des Demonstrationsrechts, z.Z. neue „Sicherheitsgesetze“ — u.a. zur Einführung des maschinellen Personalausweises, zur „Schleppnetz-Fahndung“, zur informationellen Zusammenarbeit der Geheimdienste und aller Polizeibehörden untereinander, die geplanten Änderungen der Landespolizeigesetze mit ihren weitreichenden kompetenz- und datenerhebenden und verdeckten Datenerhebung u.v.a.m.

Einige Zahlen mögen die seit 1969 eingetretene Entwicklung veranschaulichen: 1971 noch begnügte sich das BKA mit 113 Beamten, 1981 waren es 3.536 BKA, Bundesgrenzschutz sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielten zwischen 1969 und 1978 insgesamt 110% mehr Mitarbeiter, der finanzielle Aufwand für diese Apparate stieg im gleichen Zeitraum um 450%. Die Mobilen Einsatzkommandos der Kriminalpolizei, die „Spezialeinsatzkommandos“ (SEK) der Bereitschaftspolizei sowie die „Präzisionschutzkommandos“ (PSK) aller Einheiten, die es vor 1970 nicht gab, umfassen inzwischen mehr als 2.000 Mann. Insgesamt stieg die Gesamtzahl aller bei den Polizeibehörden der Länder beschäftigten Personen von etwa 132.000 im Jahre 1969 auf 190.000 im Jahre 1979.

1974-1977: Von der „Terroristenfahndung“ zu Notstandsmaßnahmen gegen Massenprotest

1974-1977: Von der „Terroristenfahndung“ zu Notstandsmaßnahmen gegen Massenprotest

Befähigungsfeld und Einsatzumfang der Sicherheitsorgane erweiterten sich in diesen Jahren beträchtlich. Zwar war die RAF ab Mitte 1972 weitgehend zerschlagen; als handlungsfähige Gruppe war sie außerhalb der Gefängnisse praktisch bis 1974 einschließlich nicht mehr existent. Aber eine neue Generation von „Terroristen“ schickte sich an, den Kampf weiterzuführen, angeleitet und motiviert nicht zuletzt durch die menschenverachtenden unerbittlichen Praktiken, mit denen führende Politiker, Polizei und Justiz ihren Vernichtungsfeldzug gegen die RAF führten: Isolationshaft, Hochsicherheitsstrafe, Terrorurteile mit Gefängnisstrafe usw. forderten Vergeltungsaktionen gegen Gattungsfiguren des Repressionsapparates sowie Versuche, die Inhaftierten durch Geiselnahmen freizupressen geradezu heraus. Mit dem Tod von Holger Meins am 9.11.74 trat der Kampf in eine neue Phase: Erschießung des Westberliner Kammergerichtspräsidenten Dreikmann einen Tag danach, erfolgreiche Entführung des CDU-Politikers Lorenz mit anschließendem Gefangenenaustausch, Anschlag des Kommandos „Hoiger Meins“ auf die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm, Erschießung des Generalbundesanwalts Buback, des Chefs der Dresdner Bank, Ponto — bis hin zur Entführung und Tötung des BDI/BDA-Präsidenten H.M. Schleyer. Es gab weitere Verletzte und Tote, unter Beteiligten und Unbeteiligten, willkürliche Festnahmen, Verhaftungen, Razzien usw. Die Zahl der Menschen, die verdächtigt wurden, mit der RAF zu tun zu haben oder zumindest mit ihr zu sympathisieren, stieg täglich 1977 machte der damalige BKA-Chef Herold folgende Rechnung auf: 123 Menschen sollen wegen „Terrorismus“ Verdacht oder bereits abgeurteilt in den Knäusen, 35 wurden mit Haftbefehl gesucht, gegen 240 liefen Ermittlungsverfahren als „Unter-

stützer“, 1.200 unterlagen als „hochgefährliche Personen“ der beobachtenden Fahndung, darüber hinaus gab es noch ein Umfeld von insgesamt 6.000 „Terror“-Sympathisanten...

Mit dem Vorwurf „des Terrorismus“ bedacht, als „gefährliche Gewalt“ abgestempelt, wurden jetzt auch Organisatoren und Teilnehmer der ersten Massendemonstrationen gegen Atomkraftwerke, zu dem größten und in dieser Weise nicht wiederholten Großeinsatz der Polizei kam es am 24. September 1977 anläßlich der Demonstration gegen den „Schnellen Brötchen“ in Kalkar. 12.444 Beamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes waren im Einsatz. Im gesamten Bundesgebiet wurden Kontrollstellen eingerichtet, um alle zur Demonstration Anreisenden kontrollieren, durchsuchen und registrieren zu können. Die einzelnen Kontrollstellen wurden jeweils durch Hundertschaften von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten gesichert, mit Panzerwagen vor den Straßensperren errichtet. Ein Nahverkehrszug wurde während der Fahrt vor Kalkar auf freiem Feld von bewaffneten Einheiten zum Stehen gebracht, die aus Hubschraubern abgesetzt wurden. Die Fahrgäste wurden zum Aussteigen gezwungen, durchsucht und mußten dann zu Fuß nach Kalkar weitergehen. Insgesamt wurden an diesem Tag 147.000 Personen und



Helmut Schmidt „Liebe, dies ist ein Ausnahmezustand“ — Rechtvergewaltigung ... wobei der wehrdeutsche Bundeskanzler Justitia in einem kleinen Kämmerchen einschließt und sodann unter lauter Zustimmung der Öffentlichkeit überwältigt

(aus der satirisch-demokratischen „Volkskur“, Niederlande, 1.10.77)

75.000 Fahrzeuge überprüft. Zur Rechtfertigung dieser bisher größten Bürgerkriegsübung dienten die bei kontrollierten sichergestellten „Waffen“: 2(!) Molotow-Cocktails, 3.223 Schutzhelme, 1.687 Gasmasken und Schutzbrillen, 92 Benzinkanister, 5 Wagenheber/Winden, Gummianzüge, Transparentstangen, Masken, Flaschen, Schraubenzieher usw. u.s.f.

Zehntausende, darunter viele Menschen, die in Kalkar das erste Mal an einer Demonstration teilnahmen, erlebten damals hautnah, wie der im Kampf gegen den „Terrorismus“ hochgerüstete Staatsapparat in voller Breite gegen ihren Protest zum Einsatz gebracht wurde.

H.C.

Politische Entscheidungsgremien während der Schleyerentführung Der große Krisenstab

Während der Entführung des BDI/BDA-Präsidenten H.M. Schleyer durch ein Kommando der RAF fielen alle wichtigen politischen Entscheidungen in dem sogenannten „Großen Krisenstab“ aus. „Großer Krisenstab“ wurde während der Schleyer-Affäre eine Summe von Entscheidungs- und Beratungsgremien bezeichnet, von denen die wichtigsten die „Kleine Lage“ und der „Große politische Beratungskreis“ waren, außerdem gehörten hierzu natürlich das Bundeskabinett, die „Lagezentren“ im Bundeskanzleramt und im Bundesinnenministerium sowie Arbeitsstäbe und Planungsgruppen in den betroffenen Ressorts.

Der „Große Krisenstab“, der in keinem Artikel oder Paragraphen irgendeines Bundesgesetzes oder einer Geschäftsordnung vorgesehen ist, fällt sämtlich für den Verlauf der Schleyer-Affäre wesentlichen Entscheidungen.

Hier wurde erörtert und beschlossen, Schleyer unter keinen

Umständen gegen RAF-Häftlinge auszutauschen, was nach Lage der Dinge nur bedeuten konnte, ihn zu opfern.

Hier wurde die „Nachrichtensperre“ ausgeheckt, die koordiniert durch das Bundespressamt und das Presseferat des Bundesinnenministeriums, unterstützt vom „Deutschen Presserat“, dazu führte, daß eine regierungsunabhängige, eigenständige Berichterstattung in der westdeutschen Presse nahezu vollständig zum Erliegen kam.

Der vorherigen Konsensbildung im „Großen Krisenstab“ war es offensichtlich auch zu verdanken, daß das Kontaktpersonengesetz in Windeseile und mit Zustimmung aller Fraktionen durch den Bundestag gepötscht werden konnte.

Die wichtigsten Gremien des „Großen Krisenstabes“:

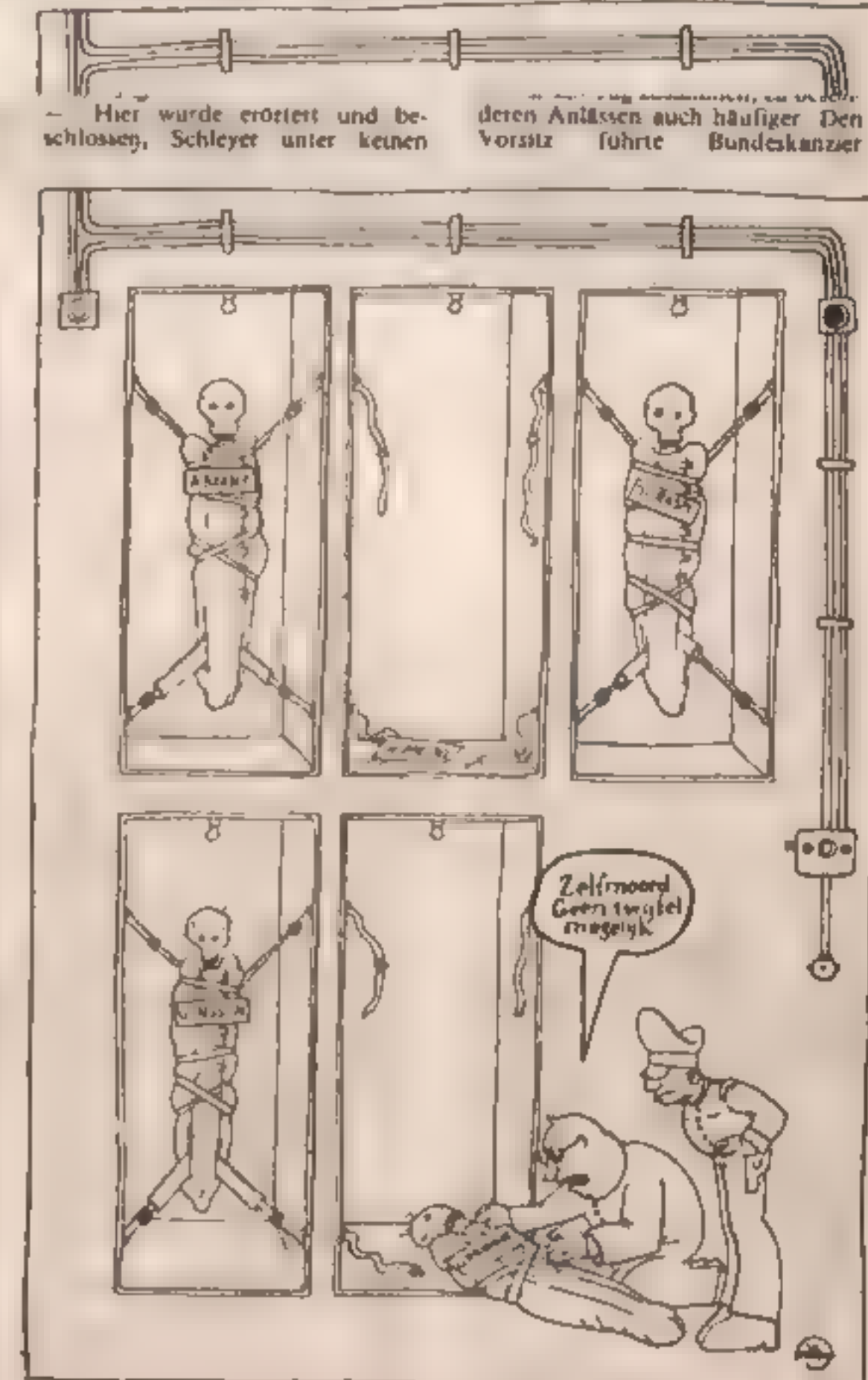
Die „Kleine Lage“: Sie trat in der Regel zweimal, zumindest aber einmal am Tag zusammen, zu besonderen Anlässen auch häufiger. Den Vorsitz führte Bundeskanzler

Schmidt, im Falle seiner Abwesenheit Bundesinnenminister Maihofer. Regelmäßige Teilnehmer waren außerdem Bundesaußenminister Genscher, Bundesjustizminister Vogel, vom Bundeskanzleramt Staatsminister Wischniewski und Staatssekretär Schüller, Regierungssprecher Bolling, BKA-Chef Herold und Generalbundesanwalt Rebmann. Gelegentlich nahmen auch andere Minister, Staatssekretäre, NRW-Innenminister Hirsch u.a. an der „Kleinen Lage“ teil.

Der „große politische Beratungskreis“: Er war das für die politische Konsensbildung zu Grundsatzzwecken sicherlich wichtigste Gremium. Er trat in den ersten Tagen der Schleyer-Entführung mehrfach, später regelmäßig ein- oder zweimal in der Woche zusammen. Zu ihm gehörten unter Vorsitz des Bundeskanzlers die Vorsitzenden der vier damals im Bundestag vertretenen Parteien, deren Fraktionsvorsitzende und der Landesgruppenchef der CDU, die Regierungschefs der Bundesländer NRW, Hamburg, Bayern und Baden-Württemberg, in deren Knäusen die RAF-Mitglieder einsaßen, die befreit werden sollten. Gelegentlich nahmen auch Gäste teil, wie z.B. der Psychologe und BKA-Berater Salewski oder Joachim Zahn, damals Vorsitzender der Dauter-Benz AG und Vizepräsident des BDI.

Das Bundeskabinett, als das einzige verfassungsmäßig legitimierte Entscheidungsgremium in diesem Reigen, hat seine Politik in allen wesentlichen Fragen stets mit der „Kleinen Lage“ und dem „Großen politischen Beratungskreis“ abgestimmt.

Außerdem gab es wichtige „Arbeitsstäbe“ und „Planungsgruppen“ im Bundeskanzleramt und im Bundesinnenministerium. Sie arbeiteten an Palästraden, entwickelten und diskutierten z.T. abenteuerliche Pläne: Dort wurde z.B. erwogen, durch Einsatz von Psychopharmaka das gesamte Wissen der Stammhölmer RAF-Häftlinge abzufragen, oder es wurde überlegt, die Häftlinge, wie von den Entführern gewünscht, auszufliegen und als anschließend durch befreundete Nachrichtendienste, durch den CIA oder den Mossad der Israelis, wieder festzunehmen oder liquidieren zu lassen. Und auch dieser Plan wurde diskutiert irgendwo in einem befreundeten Land könnte aus Pappie die Atrappe eines gewissen Zielflughafens der „Terroristen“ aufgebaut werden. Israel hatte seine Mithilfe und sein Territorium hierzu bereits angeboten. Wenn dann durch ein von Haeder zu übernehmendes (oder Wort der Entführer Schleyer freigegeben hätten, könnte die ganze Gruppe gleich wieder zurückverfrachtet werden. Von dem letztgenannten Plan unternahm damals Stuttgarter Polizeipräsident Dr. Alfred Stümper, der auch Mitglied des betreffenden Arbeitsstabes war, den alten Schleyer-Sohn, Hanns Eberhard, mit der Bemerkung: „Das Ganze ist durchaus realisierbar“.



„Selbstmord. Kein Zweifel möglich.“ Diese Karikatur wurde anläßlich des Selbstmords an Ulrike Meinhof publiziert, also über ein Jahr vor der Todesnacht von Stammham.

(aus der satirisch-demokratischen „Neue Linke“, Niederlande, 19.6.78)

Christiane Encklin: Nach wie vor völlig ungeklärt sind die Sachen, die wir zusammen anläßlich des Prozesses gegen euch 1978 als offen benannt haben. Ungeklärt sind die absolut widersprechlichen Ergebnisse im Todesermittlungsverfahren wie z.B. daß in Andreas Zelle herumgeschossen worden ist, wo welche Projektile zu welchen Einschüssen gehören. Da widersprechen sich die Kriminaltechniker und Gerichtsmediziner. Das läßt sich nicht unter einen Hut bringen. Ungeklärt ist nach wie vor die „Spur 6“, also die Frage, ob eine zweite Person in Andreas' Zelle war. Ungeklärt ist, wie An-

Kommentar: Der Film, der noch gedreht werden muß

Wer Parteilichkeit vermeiden muß oder will, arbeitet sich an einem Prozeß ab. Wie ein Sportreporter, wenn er bei der Weltmeisterschaft Spiele der anderen kommentiert, Mexiko gegen Portugal oder so. Wurden die Regeln eingehalten, war der Kampf fair, der Schiedsrichter neutral? Wenn im Zuge des Stammheim-Films und -Buchs nach Dialogfähigkeit gerufen wird, müssen wir passen. Einmal war der Prozeß für uns weniger interessant als das davor und das danach. Zum anderen standen wir auf einer der beiden Seiten, auch wenn wir ihr nicht helfen konnten.

Es ist wirklich ein Fortschritt, wenn der Justizskandal Stammheim bekannt gemacht und kritisiert wird. Aber zu behaupten, das sei nun die Vorgabe, um die Baader-Meinhof-Geschichte zu „bewältigen“, während der ganze Show-down mit einem kargen Satz aus dem Off abgehandelt wird, ist schon absurd. Jede Erklärung, die sich abmüht, das Ende als sekundär hinzustellen — es sei gar nicht wesentlich, wie es sich wirklich abgespielt —, macht diese Absurdität nur noch deutlicher.

Wenn wir mal einen Moment die bedrückte Narziss beiseite lassen: Kein Autor, kein Regisseur hätte sich freiwillig diesen Stoff entgehen lassen — der alte Nazi in der Schrankzelle, der permanente Krisenstab im Regierungsbunker, Ben Wuch und the German Sonderkommando, die letzte Nacht im siebten Stock ... Die ungeheure Zwangsläufigkeit der Sequenzen von der ersten Blindgranate in Mogadishu bis zum letzten Schuß in Colmar. Diese Tage, ja Stunden aber waren der Einschnitt in die Geschichte, das Messer, welches speziell in die Köpfe des progressiven Lagers tauchte, weniger der wenn auch einmalige Prozeßverlauf.

Dieser Verzicht, die Selbstbeschränkung auf den Prozeß sind mithin nicht ganz freiwillig. Der vollständige Film muß in der Bundesrepublik erst noch gedreht werden. Das Prädikat „besonders wertvoll“ markiert eigentlich nur, wie niedrig die Ansprüche sind, die in der liberalen Debatte heute gestellt werden. Man ist froh, eine Wahrheit präsentiert zu bekommen — aber selber danach suchen?

Wenn einige Linke nach achtzehnhundert Jahren immer noch von Mord in Stammheim ausgehen (mal sehen, ob man das heute so formulieren darf), so hat sich in dieser Frage nicht unsere, sondern die Sprachlosigkeit dieses, nicht unseres Landes nicht geändert. Sie sind Staatsfeinde oder Spinner, und sowieso bleiben sie ja den Nachwelt schuldig. Wer sich's recht überlegt, wird feststellen, daß dieser Vorwurf relativ leicht zu ertragen ist.

Die andere, gesellschaftlich anerkannte Seite war ausdauernd genug, am Morgen des 18.10.1977 in fester Überzeugung zu behaupten, es war Selbstmord, und im März 1986 immer noch durch die Lande zu ziehen, daß es Selbstmord und nur das gewesen sein muß. Eben: Muß. Eine sachliche Auseinandersetzung, geschweige denn Widerspruch findet nicht statt. Wenn aber bis auf ein paar Verrückte, Chaoten oder verhasste Ausländer kein Mensch jemals anderer Meinung war, warum benötigt dann der „Spiegel“ noch heute nach der Enthüllung des von Brauchitsch (BND) wurde für Sonderaufgaben der Terrorismusbekämpfung von der Industrie bezahlt) so dringend einen Artikel, daß Stefan Austs Buch nun endgültig das Ende von Ulrike Meinhof herbeiführt?

Je schlechter eine Lüge ist, desto lauter muß sie vorgebracht werden, und desto mehr sie wiederholt werden, und desto mehr sie wiederholt werden, um sie zu beschwören. Erst recht die staatliche Lüge: Sie muß noch Jahre später auch den letzten Zweifel zum Scherbrocken bringen. Sie muß sich hundertprozentig durchsetzen, oder sie ist bald erledigt.

Die staatliche Selbstmord-Version über Stammheim verfolgt einen solchen totalen, sagen wir ruhig totalitären Anspruch. Damit ist das Gegenteil noch nicht bewiesen. Die Perfektion jedoch, mit der in dieser Frage eine monopolhafte Phalanx von Exekutive, Legislative, Justiz (genau, Otto: das staatliche Gewaltmonopol), Medien, Pädagogik, Kunst und Wissenschaft — halt der ganze bürgerliche Überbau — durchmobilisiert ist, kann einem kritischen Menschen wenig Vertrauen einflößen. An der Art und Weise, wie je mand lügt, kann ich ihn beim Lügen ertappen. Damit kenne ich die Wahrheit noch nicht, geschweige denn daß ich sie beweisen könnte. Trotzdem

wird der Eindruck immer mehr, daß gelogen wird. So ist es mit Stammheim, aus heutiger Sicht.

Wird damit Stefan Aust der bewußten Lüge bezichtigt? Beim Goldenen Bären — das ist nicht beschönigt. Hier geht es um ein gesellschaftliches Phänomen, auf das man sich als Individuum allerdings einstellen muß. Aust versucht, das Problem so zu lösen, daß er auf den Umfang seiner Recherchen verweist, auf sein Bemühen um Objektivität. Alles richtig — solche Recherchen und noch viel mehr werden gebraucht — und offenkundig doch falsch. Hatte Aust eine vollkommen subjektive Geschichte aufgeschrieben, wäre er zu genau den gleichen Bewertungen gelangt. Daß die gute Ulrike unter dem despotischen Andreas litt, aber von ihm abhängig war, daß die kalte Gudrun gegen sie intrigierte und sie irgendwie auf dem Gewissen hat, daß die Betonung eines demokratischen Prozeß Hohn sprach, es andererseits aber schier unmöglich ist, daß der Staat die Gefangenen

Die Story ist ja bekannt. Aust und Kollegen aus der alten „Konkret“-Zeit können im Grunde gar keine andere

liche Verfolgung publizistisch die Sänge und machen schon mal Demos oder verraten die Anliegen der Gefangenen bei einem Russell Tribunal. Dann waren wir wohl etwas stärker engagiert als andere K-Gruppen, vor allem nach Stammheim. Grob gesagt galt für unser Verhältnis zum Untergrund, daß die Politik den Gewehren kondierte. Wir lehnten den Ansatz der RAF ab, wonach jede(r) Revolutionär(in) mit dem bewaffneten Kampf anfangen könne, unabhängig von den politischen und sozialen Voraussetzungen (Horst Mahler), hielten es aber mit Lenin, den individuellen Terror nicht grundsätzlich abzulehnen, solange er sich nicht gegen die Unterdrückten richtete. Dementsprechend wurden Aktionen wie die Bombe bei Springer, von der auch Arbeiter und Angestellte verletzt wurden, vom KB kritisiert, was damals eine Gegenkritik Ulrike Meinhofs herausforderte; erst recht galt das für Kaufhausanschläge oder Flugzeugentführungen.

In dieser Distanz ließ sich politisch leben, wenn man einmal von der Panik nach jeder RAF-Aktion absieht, weil sich die Reaktionen des Staats

dem belebtesten und weltbesten SS-Darsteller, Tukur „Kittel“, besetzen können, wenn er gleichzeitig mit dem ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten eine echte deutsche Führerpersonlichkeit darzustellen gehabt hätte. Eine ganze Reihe gewollter oder ungewollter Mißverständnisse waren dadurch von Anfang an unmöglich gewesen. Andererseits ist es aber auch bemerkenswert, daß sich für das Schicksal einer der mächtigsten Figuren der BRD heute, jetzt sagen wir's mal landläufig: keine Sau mehr interessiert. Tja. Ein schöner Kontrast zu der gekünstelten Aufregung, die damals durch den Blätterwald rauschte. Jedes Ding hat halt seine zwei Seiten.

Aus der Sicht der RAF, aus der Sicht des Projekts „große Rauscherei“ war Schleyer das ideale Objekt. Mit seiner NS-Vergangenheit an der Seite Heydrichs, seiner politischen und ökonomischen Machtposition, die die ungebrochene Kontinuität des deutschen Imperialismus demonstrierte, mit seiner nackten und altsens bekannten Ausbeuter-Mentalität, mit seiner Oberbrennen-Visage, die noch einem Bildzeugschüler den Kapitänen sig

ner und ausschließlicher Vergeltungsakt. Nach RAF Logik hätte er unter einer einzigen Bedingung Sinn machen können: Wenn man diese Politik fortsetzen wollte, eine ähnliche Aktion wiederholen wollte. Beim nächsten Mal hätte das Ende Schleyers einem Krisenstab und der Öffentlichkeit die „Ernsthafte“ der Enführung und ihrer Drohungen signalisieren können.

In nächstes Mal aber hätte vorausgesetzt, ein gewissermaßen noch besseres Faustpfand zu finden — unmöglich, wenn das oben Gesagte richtig ist, daß die Schleyer-Entführung nicht mehr zu steigern war. Folglich war seine Tötung nur noch sinnlos und unpolitische Rache, und genau diesen Eindruck vermittelt auch die kurze Kommandoerklärung, welche die Enführung dazu abgegeben haben. Darin ist keine politische Überlegung mehr zu entdecken, nur noch Emotion. Verständlich vielleicht, aber absolut ausgeschlossen für Leute, die mit der Warte nicht nur Politik, sondern Geschichte machen. Es kann eben doch nicht jeder anfangen.

Rückblickend ist es natürlich immer leichter, aber deswegen macht man ja den Rückblick. Nach der Nachricht von den Toten im siebten Stock von Stammheim hätte für die Enführung Schleyers die Niederlage feststehen müssen und zwar nicht nur das Scheitern dieses spektakulären Coups der RAF, sondern auch das Ende dieses ganzen politischen Kapitels, brutal dokumentiert durch den Tod der wichtigsten Gefangenen. Die RAF war (ist?) zu diesem Eingeständnis nicht in der Lage.

Wenn das denkbar beste Faustpfand nicht nur nicht ausreichte, zum Ziel zu kommen, sondern am Ende der Aktion die zu Befreienden tot sind, dann war dieses Faustpfand realiter „wertlos“, und die Politik, die darauf baute, hatte sich in Luft aufgelöst (flopisch). Manches hiervon klang für viele als überlebenslange und unheimliche. Aber wenn man sich mit der RAF auseinandersetzen will, muß man sich auf sie einlassen. Wie man's dreht und wendet, und so sehr man (auch aus aktuellen Anläß) der Meinung sein kann, daß Schleyer wirklich nicht gerade das ungeeignetste Opfer des Terrorismus war — aus der Sicht der RAF selbst war seine Erschießung keineswegs politisch zwangsläufig oder konsequent durchdacht, sondern eine Kurzschlußhandlung. Ausführung und Begründung der Tat unterstreichen das noch.

Die Akteure hatten den Überblick verloren. Wer aber den Überblick verloren hat, agiert in Wirklichkeit gar nicht mehr, er reagiert, auch wenn er es noch nicht gemerkt hat.

„Das kann Ang. Arbeiter. Aus. Gerechtigkeit nicht mehr, er reagiert, auch wenn er es noch nicht gemerkt hat.“

Die Seite der Aktion, das Gesetz des Handelns war längst auf den Krisenstab der Regierung und eventuell noch intimere Stäbe des Herrschaftsapparats übergegangen. Die Zwangsläufigkeit des Geschehens, wie sie sich auf den ersten Blick darstellt, die scheinbar unaufhaltsame Kettenreaktion, in der ein Tod den nächsten hervorrief — sie existiert im Grunde nur aus der Sicht des Antiterrorismus. Die Krisenstäbe berechneten: Wenn wir das machen, passiert das, ... und es passiert. Es passiert, weil die RAF ihren Gegnern mimisch, logisch, politisch und vor allem auch psychologisch total unterlegen, sogar hoffnungslos ausgeliefert war — drinnen und draußen. Das muß hinzugefügt werden, wenn wir uns an die international mehr oder weniger offen bewunderte technische Brillanz der Schleyer-Entführung erinnern.

Jetzt wissen wir immer noch so gut wie nichts. Außer, was geprüft werden muß. Wenn die Todesserie vom Oktober 1977, und zwar die gesamte, bei genauer Betrachtung für die RAF keinen Sinn ergibt, hat sie dann vielleicht in der Logik des Krisenstabs Sinn gemacht? Welchen? Dieser Dinko wird von dem lautesten Propagandisten des Dialogs vermutlich am bestmöglichen gemieden werden, wie immer schon. Er bleibt die Angelegenheit der sogenannten Sprachlosen und Durchgeknallten.

Es gibt die RAF noch, es gibt die revolutionäre Linke noch. Beide sind nach diesen achtzehnhundert Jahren nur mehr ein Schatten ihrer selbst. Sollte irgendein Schatten aus unerfindlichen Gründen jetzt auf einmal eine Auseinandersetzung wünschen, damit etwas mehr Licht fällt — dazu wäre diese Zeitung durchaus in der Lage.



Die Rache für Stalingrad

Mogadishu — diese Zeichnung veröffentlichte die „Hamburger Morgenpost“ am 19.10.77

schreiben. Gegenüber Ulrike Meinhof hatten sie ein doppelt schlechtes Ge-

schützes gern gegen diejenigen richteten, derer es leicht habhaft werden

nalisierte, war er schlicht eine, nein die Perle, derer sich die RAF bemächtigen

schreiben. Gegenüber Ulrike Meinhof hatten sie ein doppelt schlechtes Gewissen; Einmal schrieb sie nicht nur, sie zog auch Konsequenzen, sie kämpfte um Übereinstimmung von Wort und Tat. Zum anderen war da das Gefühl, sie im Stich gelassen zu haben, mitverantwortlich zu sein für ihr Schicksal. Nach ihrem Tod konnte man diese Problematik zudecken und das schlechte Gewissen an Baader abarbeiten, der natürlich an allem Schuld gehabt haben mußte.

Es geht mir gar nicht mal so, daß ich jene Notensammlung unsympathisch finde. Nach meiner ganz privaten Meinung ist Ulrike Meinhof das bessere Vorbild für die Nachwelt. Und auch sofielmalig ist nichts dagegen einzuwenden, wenn in dieser Sache eine Frau besser abschneidet. Nur eines stimmt nicht: Daß die Story objektiv wäre. Deshalb gibt es an dieser Stelle gar nicht erst den Versuch einer objektiveren Darstellung, sondern das klare Eingeständnis, befangen zu sein. Auch das kann manchmal der Wahrheitsfindung dienen.

Wir waren halt (und sind es immer noch) die Verrückten. Die Gespenster haben, an die imperialistische Weltverschönerung glauben, überall Geheimdienste entdecken und Faschismus nicht von Demokratie unterscheiden können. Völlig abgehoben von der „Realität“ wie an unserer Spitze der senke, verkalkte und erblindete Jean Paul Sartre. Kettenrauchend, hypernervös und durchgeknallt wie eine französische Gaullistin, die zum Prozeß von Irmgard Möller nach Stammheim gekommen war und der verstandnislos glotzenden Presse eines „Vornehmen und bedeutenden“ Pariser Anwaltkollegen, den sie mitgebracht hatte, vorstellte, für dessen Namen sich aber niemand interessierte (er war der letzten fünf Jahre französischer Justizminister: Badinter).

Wir hielten der RAF gegen die staat-

schützes gern gegen diejenigen richteten, derer es leicht habhaft werden konnte. Doch die Angst hatte einen weiteren Grund. Inwieweit wurde die RAF, die auf die sogenannte Stimmung der Volksmassen keinerlei Rücksicht zu nehmen pflegt(e), die revolutionäre Option beinhalten, vielleicht sogar zerstören, die der KB vertrat und heute immer noch nicht vollständig aufgegeben hat? Wir wählten uns gegen die verbreitete These, die RAF schade der Linken vor allem deshalb, weil sie staatliche Repression provozierte, wodurch eine revolutionäre linke Politik unmöglich werde. Denn der Staat werde auch ohne solche Anlässe gegen die Linke vorgehen.

Heute ist es M schwer zu widerlegen, daß die Vorgänge von Stammheim — so oder so oder nochmal anders, sicher ist nicht wie, sicher ist nur daß — erheblich zu der Schwachposition beigetragen haben, in der sich die revolutionäre Linke seit Jahr und Tag befindet. Deswegen muß die allgemeine Linie des KB in dieser Hinsicht nicht falsch gewesen sein. Das sichere Terrain jedoch, auf dem wir uns mit dem Hinweis auf Lenins grundsätzliche Aussage zu bewegen meinten, entzogen uns scheinbar der Notwendigkeit, uns konkret, Fall für Fall mit den Aktionen der sog. Stadtguerilla auseinanderzusetzen. Zum konkreten Nutzen oder Schaden der Schleyer-Entführung hatte der KB keine Meinung außer der grundsätzlichen Feststellung, sich nicht von revolutionärer Gewalt schlechthin abzugrenzen. Es gab Privatmeinungen (jetzt merkt der Leser auf, es könnte interm werden). Die stimmten in hohem Maße überein (du kannst weiter schlafen, mehr kommt nicht).

Das Stichwort ist gefallen. Politisch ist es grotesk, beinahe schon kindisch, Stammheim ohne Schleyer diskutieren zu wollen. Vom Film her gesehen, ist es in gewissem Sinn eine Gemeinheit, Niemals hätte Hauff seinen Baader mit

nalisierte, war er schlicht eine, nein die Perle, derer sich die RAF bemächtigen konnte. Und doch hätte man ihn als wehrlose Geißel nicht töten dürfen, schrieb Karl-Heinz Roth später im AK

Aber versuchen wir einmal, moralische Überlegungen so weit wie möglich auszuklammern (denn man kann durch aus kontroverser Meinung sein, inwieweit sie auf SS-Leute anwendbar sind), und versuchen wir, uns in die Lage der damaligen RAF, vor allem der Schleyer-Entführung, zu versetzen, von sonstigen Differenzen und/oder Übereinstimmungen einmal abgesehen. Dann war (ist) im Rahmen dieser Politik — Entführung hoher Personen aus Staat und Wirtschaft, um im Austausch die Gefangenen freizubekommen — die Schleyer-Entführung effektiv nicht mehr zu übertreffen. Einfach, weil es an Personen fehlte, die eine vergleichbare Machtposition bei sich konzentrierten (und dazu noch relativ unpopulär waren). Doch der Krisenstab Helmut Schmidts blieb beinahe und zögerte offensichtlich keine Sekunde, Schleyers Tod in Kauf zu nehmen.

Es kam die verdamnte Flugzeugentführung hinzu — von weinlich immer durchgeführt, jedenfalls nicht im Einverständnis mit Baader, Ensis und Raspe, die solche Aktionen stets abgelehnt hatten. Sie brachte dem Krisenstab das Gesetz des Handelns zurück und kippte die Stimmung bei vielen, die dem Kapitalisten-Chef wenig Sympathie entgegengebracht hatten. Daß nach der Erstürmung der Lufthansa-Maschine und dem Tod der Gefangenen Schleyers Stunden gezählt waren, war damals irgendwie total klar.

Warum eigentlich? Warum eigentlich diese ungeheure Zwangsläufigkeit der Ereignisse? Warum mußten die Gefangenen sterben, warum mußte Schleyer sterben? Fangen wir mit Letzterem an. Schleyers Ermordung war ein re-

do.

Die Ermordung Ramazan Ayçi durch eine Bande Skin-Heads sorgte Ende des letzten Jahres für Schlagzeilen. Anders als bei vergleichbaren Vorfällen bisher, entstand in der Stadt ein ungemein breites Bündnis von politischen Organisationen, Vereinen, Religionsgemeinschaften etc. unter der türkischen Bevölkerung; und eine auch für Hamburger Verhältnisse sehr breite Aktionsgemeinschaft deutscher Initiativen, Organisationen etc. Dieses Bündnis organisierte am 11.1.88 mit 12.000 Teilnehmer/innen die größte Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, die hierzulande je stattgefunden hat. Die regierende SPD reagierte zunächst „heißtufen“ und versuchte den rassistischen Mord zur „Klärung“ einer „unterbelichteten“ Minderheit herunterzuspielen. Sie beteuerte immer wieder, daß die Ausländer in Hamburg keine Angst zu haben brauchen.

Die SPD war jedoch durch die Breite und Stärke des Protests mit der Forderung nach einer Diskussion konfrontiert, die ihr alles andere als lieb ist. Was hat Rassismus von Skins mit all gemeinem Rassismus, und was mit Ausländergesetzen und der behördlichen „Verwaltung“ von Ausländern zu tun?

Frieden in Hamburg

Nachdem ein Skin von türkischen Jugendlichen verletzt worden war, versuchte „Bürgermeister von Dohnany“ die „streifenden Parteien“ zu beruhigen, indem er in pastoraler Weise zum „Frieden“ in der Stadt aufrief (s. AK 267).

„Die Jugendlichen aus der Türkei“ erteilten die passende Antwort. In einem offenen Brief: „Fühlen Sie sich gestört, Herr Dohnany?“ (s. Kasten), gaben sie ihrer Verwunderung und Empörung darüber Ausdruck, daß der Bürgermeister dieser Stadt erst jetzt erst nach der Verletzung eines Skinheads es für nötig hält, sich an die Jugendlichen aus der Türkei zu wenden. (Die „Botschaft“ des Bürgermeisters wurde in Deutsch und Türkisch in allen städtischen Zeitungen veröffentlicht und im Radio verlesen.) Die Jugendlichen wiesen die große Geste mit dem Hinweis zurück, daß sie wohl nicht der richtige Adressat seien. Dohnany mußte einsehen, daß er seine Glaubwürdigkeit zumindest unter der türkischen Bevölkerung nicht so würde

Türkische Jugendliche organisieren sich gegen Rassismus

verteidigen können. Allerdings sah sich weder der Hamburger Senat zu einer Stellungnahme genötigt noch änderte die SPD ihre Haltung, den Konflikt herunterzuspielen, obwohl auch der Brief der Jugendlichen weit verbreitet fand (Auszüge wurden in der Morgenpost veröffentlicht und im Radio zitiert, die taz und die Hamburger Rundschau dokumentierten den Text).

Bereits im Januar hatte es einen Versuch gegeben, den Widerstand der Jugend gegen den Rassismus zu organisieren. Als jedoch im Anschluß an das konstituierende Treffen der „Allianz internationaler antifaschistischer Jugendinitiativen“ (Antifa Altona) am 25.1. in Neuwiedenthal (Stadtteil im Süden Hamburgs) ein Skinhead von türkischen Jugendlichen verletzt wurde und von der Polizei, die das Treffen offensichtlich beobachtete, ein Zusammenhang zwischen diesem Treffen und der anschließenden Auseinandersetzung (immerhin gut 20 km entfernt) konstruiert wurde, lagte dieser Kreis unseres Wissens nicht mehr die Gründungsdeklaration sowie ein darauf aufgebaute taz-Artikel beschränken sich im wesentlichen darauf, den antifaschistischen Kampf zu propagieren. Ziel der Initiative ist, den „Terror der Faschisten“, die „Organisation der Faschisten“ zu bekämpfen, dabei die Öffentlichkeit über die „Aktionen und Ziele der türkischen (sic) und deutschen Faschisten“ aufzuklären. Im Rahmen dieses Kampfes müsse „eine Sprache (angewandt) werden, von der sie (die Faschisten, Anm. AK) ... verstehen“. Eine GAL-Vertreterin hatte offenbar gegen die zu sehr auf das Faschrecht abstellende politische Linie Stellung bezogen, was die „taz“ mit der Bemerkung quittierte, die GAL-Vertreterin habe keine Antwort auf die Frage geben könne, „wer die von Faschisten Bedrohten denn schützen soll, wenn nicht sie selbst?“

Türkische Jugendliche im Knecht

Unter dem Verdacht der Beteiligung an der Verletzung des Skin-Head wurden am 27.1. acht türkische Jugendliche festgenommen, zwei dem Haftrichter vorgeführt; der eine hatte offenbar gestanden, das Messer geführt zu haben, dem anderen wird „Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch“ zur

Last gelegt. Eine Teilbeteiligung wird ihm nicht vorgeworfen.

Nach den vorliegenden Informationen kann als sicher angenommen werden, daß die Polizei den Ablauf der Geschehnisse am Samstag unter Beobachtung hatte. Das Begehren der zwei Inhaftierten, einen Anwalt zu sprechen, wurde ihnen verweigert. Dem Anwalt wurde mitgeteilt, sein Mandat befände sich bereits im Untersuchungsgefängnis, obwohl dieser nachweislich noch zur ED-Behandlung im Präsidium war. Dem Jugendlichen wurde mit einem Karateschlag ins Gesicht deutlich gemacht, wer Herr in Deutschland ist. Die Inhaftierten Ayhan und Yurdan in Isolationshaft gesteckt. Über eine Woche wurde ihnen sogar telefonischer Kontakt zum Anwalt verweigert.

Leizter Höhepunkt des Polizei- und Justizterrors gegen türkische Jugendliche war eine Verhaftungsaktion am 11.2. Vier türkische Jugendliche wurden morgens um sieben aus den Betten heraus verhaftet, aufs Präsidium gebracht, verhört, ED-behandelt und offensichtlich gezwungen an einer Gegenüberstellung teilzunehmen, ohne daß sie darüber aufgeklärt worden wären. Sofern ihnen überhaupt Auskunft gegeben wurde, hieß es lapidar: „Wegen Neuwiedenthal“.

Wollte es „keine neuen Erkenntnisse“ gebe, wurde der Haftbefehl gegen Ayhan am 20.2. ausgesetzt. Yurdan ist nach Polizeiangaben schon am 3.2. in ein Krankenhaus entlassen worden.

Selbstverteidigungskomitee

Am 10.2. dokumentierte die taz einen Aufruf der „Antifa Altona“, der etwas ausführlicher das politische Programm dieses Kreises darlegt. Neben den bereits erwähnten Punkten legt dieser neue Aufruf Wert auf die Feststellung, daß „wir uns besser organisieren (müssen) als sie (die Skinheads, Anm. AK)“ und Skinheads sind aufgrund ihrer politischen Einschätzung Faschisten. Haupt gegen Ausländerfeindlichkeit sei jedoch mehr, dazu gehöre der Kampf für Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, für das Wahlrecht, für volle Bürgerrechte und Freizügigkeit sowie der Kampf gegen „nationalistisch-chauvinistische und rassistische Ideologie“. Bislang ist dieser Aufruf jedoch Papier geblieben.

Ein weiterer Versuch, die Organisation von Jugendlichen aus der Türkei voranzutreiben ist die Gründung der „Selbstverteidigungskomitees der antifaschistischen Jugend“. Auch dieser Kreis stellt den Neofaschismus der Skins in den Vordergrund, konstatiert aber darüberhinaus, daß „Ramazan Ayçi (...) nicht das erste Opfer der in dieser Gesellschaft verankerten Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus (ist)... Die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus sind Staatspolitik. Die neofaschistischen Angriffe sind Folgen einer sehr breiten Ausländerfeindlichkeit in dieser Gesellschaft, deren rassistische Atmosphäre bewußt und systematisch gebildet wird.“ Als ergänzende Forderungen werden „Türkisch als Fremdsprache in den Schulen“, „Ausländerfeindlichkeit als Unterrichtsinhalt und Wahlrecht gesetzt. Auch dieser Kreis ist bislang öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Die Vorbereitung einer Veranstaltung ist aber in Angriff genommen worden.

Alle hier aufgeführten Ansätze zu einer stärkeren Organisation der Jugendlichen haben unter reger Beteiligung von Jugendlichen stattgefunden. Dabei ist von dieser Seite häufig eine Aversion gegen „Politik“ zum Ausdruck gebracht worden, die mit Ökonomie gleichgesetzt wird, das nichts bringt. Diese Treffen haben aber auch unter Beteiligung von Linken aus der Türkei stattgefunden. Die politische Orientierung der verschiedenen Initiativen ist auch beeinflußt von den jeweiligen Einschätzungen der beteiligten Linken. Die starke Betonung des Kampfes gegen den Neofaschismus bei den beiden letztgenannten Anlässen zeigt unseres Erachtens an der realen Situation vorbei.

Antirassismus = Antifaschismus?

„Tatsächlich gibt es gute Gründe, den ursächlichen Einfluß organisierter Neonazis auf die rassistische Prägung und Gewalttätigkeit der Skinheads nicht überzubewerten. Der bei den Skinheads anzutreffende Ausländerhaß ist nicht hauptsächlich Ergebnis neonazistischer Propaganda. Seine tiefsten Ursachen sind nicht am Rande, sondern im Zentrum dieser Gesellschaft zu suchen.“ Dies schrieben wir im letzten

AK in Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Verhältnissenstrategie. Wir halten es für irreführend „die Skins“ kurzerhand mit „den Neonazis“ gleichzusetzen oder gar, wie die Antifa Altona den „hohen Organisationsgrad“ der Skins zum Maßstab der eigenen Bemühungen zu machen. Zum einen ist diese Gleichsetzung inhaltlich falsch, zum anderen verfügen die Skins über keine besondere Organisation, ganz zu schweigen von einem politischen Programm des Neonazismus. Im Gegenteil klagen gerade die organisierten Neonazis aus ANS/FAP über die Schwierigkeiten, die Skinheads in organisierte Zusammenhänge einzubinden. Diese Konzentration der eigenen Bemühungen auf den „antifaschistischen Kampf“ bringt in der aktuellen Tagespolitik die aberwitzigen Koalitionen zustande: Auseinandersetzungen im Hamburger Antifa-Bündnis (u.a. Veranstalter der Anti-HIAG-Demonstration, der Sare-Demonstration und der Demonstration gegen die konservative Aktion) um Möglichkeiten der antirassistischen Arbeit heißen eine Koalition, bestehend aus FIDF, DKP samt Umfeld und Devrimci İci (Mitorganisator der „Selbstverteidigungskomitees“) entsteht ein „Konkurs“ auf rassistischer Kampf = antifaschistischer Kampf. Die DKP und Verwandte halten es im übrigen nicht für nötig im DAAB (Deutsch-ausländischen Aktionsbündnis) mitzuwirken und dort ihre Vorstellungen vom antirassistischen Kampf darzulegen. Diese Aktivitäten der DKP & Co sind wohl auch eher dem Bemühen um günstige Startlöcher für die kommenden Auseinandersetzungen um ein Wahlbündnis geschuldet, als einem neu entstandenen Interesse am Kampf gegen Rassismus.

Spwohl die Selbstverteidigungskomitees als auch Antifa Altona lehnen das Bündnis von Vereinen und Organisationen aus der Türkei, wie es sich zur Ramazan-Ayçi-Demonstration gebildet hat, als „Türkenlobby“ ab.

Deren ist noch nicht abzuhar, wie es mit dem Protest der türkischen Jugendlichen weitergehen wird. Die relative Ruhe unter der türkischen Minderheit, die nach dem Mord an Ramazan Ayçi heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen um die Lage der Immigranten in Deutschland Platz gemacht hat, bricht wieder einzuknicken, ohne daß die abhären Folgen dieser Zeit für eine politische Konzentration der Minderheiten als Opposition gegen die herrschende Politik hätten genutzt werden können.

AG Ausländer/KB Gruppe Hamburg

„Fühlen Sie sich gestört, Herr Dohnany?“ türkische Bevölkerung nicht so würde

„schweren Landfriedensbruch“ zur

Fühlen Sie sich gestört Herr Dohnany?

Wir haben Ihre Botschaft, die Sie nach der Verletzung eines Skinheads in dem Zeitungs in dem Sprachraum veröffentlicht haben, gelesen. Wir haben uns gerundet. Sie rufen ja schon seit langem. Wir wurden beleidigt, ruft sich, unermesslich beleidigt, erinnert. Von einem Bürgermeister haben wir diesen Zeitungs Wort gehört. Anlaß der Verletzung eines Skinheads durch eine Gruppe türkischer und deutscher Jugendlichen haben Sie Ihre Botschaft sogar auf türkisch verfaßt. Dann sind wir nicht gewöhnt. Haben Sie deshalb Verständnis für unsere Verwunderung? Herr Dohnany, Sie fordern uns auf, den Frieden in Hamburg zu bewahren. Welchen Frieden? Welchen Frieden erwarten, den wir bewahren wollen? Haben Sie noch selber diesen Frieden, von dem Sie reden, vor vielen Jahren erreicht? Haben Sie uns nicht bei der Hydrant verwehrt, haben Sie zurück, oder werden Sie Deutschen, die hier und unser Leben hier auf sprechen? Wir denken nicht daran zurückzugehen, wenn hier und leben hier. Aber wir können keine Deutschen werden, Herr Dohnany! Unsere Hagen sind schwarz, unsere Sprache ist anders und unsere Kultur ist verschieden. Deutscher zu sein, kann nicht die Voraussetzung sein, um hier leben zu können. Von welchen Frieden reden Sie Herr Dohnany? Haben Sie davon gehört, daß die Skinheads in den vergangenen Tagen zwei unserer Mütter angegriffen haben? Langen unserer Mütter wurden die Leiber geschnitten. Haben Sie das gehört? Euer Frau, die wir täglich frag, werden die Haare abgeschnitten. Haben Sie das auch gehört? Diese Fälle werden nicht im Polizeibericht eingetragen, Herr Dohnany. Das ist ein wichtiger Hinweis! Das wird in den Berichten von Hamburg steht. 1988, im Bundesrat verlesen wurde, und die Journalisten und haben sich gestört, Herr Dohnany. Das ist unsere alltägliche Situation. Wir haben uns seit Jahren gerundet und sind beleidigt. Wir haben immer wieder zu werden, Herr Dohnany. Mit der Angst steigen wir in B- und U-Bahnen ein. Wir trauen uns nicht, nachts alleine durch die Straßen zu gehen. Mit der Angst, wieder Hausgepäckstücken zu werden, tragen wir uns nicht in die Kneipen. Von welchem Frieden reden Sie, Herr Dohnany? Wissen Sie nicht, daß dieser Haß und dieser Frieden nach dem wir bekämpft haben, liegen in den Straßen Hamburgs durch Ihre Staatspolitik begründet wurde? Glauben Sie, Herr Dohnany, daß die Skinheads aus ein paar Leute sind? Unsere Gedanken sind, daß die Skinheads gegen uns praktizieren, hat keinen Grund. Wir haben eine Idee. Wissen Sie, daß wir unsere Geschichte Deutsche haben, die keine Skinheads sind und sagen: „Wir werden Euch wie die alten verdammt.“ Die Wände sind die B-Bahnen und mit „Türken“ raus. Polizei beschneit. Wir sind diejenigen, die diese Polizei wieder weggeschickt. Herr Dohnany, Aus der türkische Frau in der S-Bahn verurteilt, welche „Türken“ raus. Polizei weggeschickt und es hat nicht gelung. Heute Sie und sprechen deutsche. Türkische in „Schädel Sie auch nicht? Sobi! Die nicht was hier steht? Botschaft: Die diese Polizei nicht weggeschickt, unterstützt die dieses Gedankenprozess. Einmal der Angepöbelten reagiert auf die Frau. Wissen Sie, das Herr Dohnany? In den S-Bahnen sind Blumen. Haben die Deutsch leben, die daß es auch leben und sagen. Wissen Sie das? Haben Sie jemals gehört, daß es nicht als Mensch in Land nicht zu sein? Von welchem Frieden reden Sie, Herr Dohnany? Fordern Sie nicht von uns den Frieden. Wir werden uns weiter durch. Wir tragen uns nicht zu Mensch. Sie glauben, wenn die das hat, haben sich ein Überleben ist? Sie haben sich an die türkische Adresse gewandt. Herr Dohnany, Sie haben die Hand weg und die Deutschen an sich. Wissen Sie, die Ausländer nicht die Menschen angesehen. Wir haben aus S-Bahn begangen. Wir haben es abgelehnt, das richtig, sozial und kulturell gleich zu sein. Wir haben keine Angst, wenn Sie sich auf begangen. Schenke uns unsere offizielle Staatspolitik nicht ändern, denn die ausländische Minderheit in Hamburg nicht in Ruhe lassen. Und haben Sie keine eigene Hauspolitik gegen die Türkei. Diese Polizei nicht werden weggeschickt, die Ausländer in unserem täglichen Leben nicht als Menschen behandeln und die Befreiung gegenwärtiger Ausländer nicht als Schande in unserem Leben empfinden. Wir sind in Hamburg nicht anders. So einfach ist das Problem, Herr Dohnany. Indem Sie nur einen eigenen Teil abgeben. Sie stehen vor einem Problem, das wieder durch Politik gemacht wird. Ich habe einen anderen Vorschlag. Sie können getötet werden. Sie stehen vor einem Problem, dessen Ursache in der Unmöglichkeit besteht, einander zu verstehen. Sie können nicht verstehen, daß alle Menschen gleich sind, auch aus der Fremde, weil Sie sprechen und mit einer Kultur und Religion sind. Wissen Sie, das Problem nicht gelöst werden. Wir müssen keine Rechte einfordern und eine Zeit verpassen. Wir müssen uns mit mehr und verständigen, Herr Dohnany. Wir wollen ein M.H.H. in AKTIVITÄT werden. Und wir wollen nicht nur K.M. AM 27 HABEN. Wir wollen LEBEN und wir wollen sehen, daß sich in diesem Sinne in dieser Stadt etwas verändert.

Die Jugendlichen aus der Türkei in Hamburg

Türkisches Bündnis gegen Rassismus Türkisches Bündnis gegen Rassismus

vor der Spaltung

Zu einem Eklat kam es Anfang Februar im Bündnis von Organisationen und Vereinen aus der Türkei. Nach dem Vorfall in Neuwiedenthal wandte sich Hakkı Keskin im Namen des Bündnisses „gegen derartige Formen von Selbstjustiz bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“. Zuvor hatte jedoch weder das Bündnis getagt, noch einen entsprechenden Entschluß gefaßt. Auf dem folgenden Treffen waren dann einige Jugendliche anwesend und forderten die Unterstützung ihres offenen Briefes an Dohnany, sowie eine Solidaritätserklärung für die beiden Inhaftierten. Die anschließenden Szenen waren etwas tumultuös — es gelang letztlich der Fraktion um Hakkı Keskin und anderen Vertretern des türkischen Nationalismus, im folgenden Sozialdemokraten genannt, die Beschlussfassung zu verhindern und die Sitzung zu verlagern.

Im weiteren wurde von den Sozialdemokraten unter der Hand zu einem Folgetreffen für Ende März eingeladen. Entgegen der bisherigen, von Hakkı Keskin auf Pressekongressen besonders betonten Einladungspraxis (alle, außer den Faschisten) wurden diesmal nur „geeignete Kreise“ eingeladen. Dies sind die türkische Gemeinde (vom Konsulat gesponsert), HDF (Abteiler der CHP Ectüris), FIDF (DKP-Schwinger), DİD (ursprünglich eher westlich orientiert, heute eher „pragmatisch“), die islamischen Gruppen sowie ein persönlicher Bekanntheitskreis Hakkı Keskins. Ausdrücklich nicht eingeladen wurde Hamburg Devrimci İci, die zu den Initiatoren des

„Offenen Briefes“ gehört und eine Vielzahl von Einzelpersonen, die mehrheitlich der undogmatischen Linken zuzu rechnen sind. Neben der versagten Unterstützung der Jugendlichen gegen die Kriminalisierungsversuche und ihre Form des antirassistischen Kampfes resultiert dieser Spaltungsversuch aus verschiedenen Auseinandersetzungen um die Frage „türkisches“ Bündnis oder Bündnis von Menschen aus der Türkei. Obwohl von den diversen kurdischen Organisationen bislang keine als solche an den Treffen des Bündnisses teilgenommen hat, gab es um diese Fragen bereits heftigen Streit. Lediglich KOMKAR ließ sich einmal durch einen Vertreter der FIDF mitvertreten.

Im Anschluß an diese Sitzung kam es im Ausländerausschuß der GEW zu äußerst unsondlichen Szenen. FIDF-Vertreter warfen einem seit Jahren aktiven Mitstreiter vor, daß er im Bündnis die Selbstjustiz propagiert habe und zu Gewalttätigkeit aufgerufen habe. Da diese Äußerungen gewerkschaftsöffentlich getätigt wurden, kommt dies einer Denunziation gleich. Tatsächlich hatte jedoch dieser Kollege lediglich bei der letzten Sitzung des Bündnisses konsequent für eine Solidarisierung mit den Anliegen der Jugendlichen Stellung bezogen und sich geweigert, den von Hakkı Keskin eingeschlagenen Kurs einer Veranierung der Jugendlichen mitzutragen.

Die weitere Entwicklung dieses „einmaligen Bündnisses“ hängt einerseits davon ab, wie sich die Vertreter der Moscheen verhalten werden, andererseits, inwieweit es Hakkı Keskin gelingt, seine Position als „Sprecher“ in der Öffentlichkeit auszubauen. Ob es die Linke schaffen wird, den „Fort-

schrift, der darin liegt, daß sich eine nationale Minderheit erstmals artikuliert“ auszubauen, oder ob tatsächlich nur eine von der türkischen Sozialdemokratie dominierte Türkenlobby übrigbleibt, hängt vor allem wohl davon ab, ob diese „nationale Minderheit“ zur Zeit so empört ist, daß sie sich mit schönen Worten nicht mehr zufriedengeht.

Hakkı Keskin verfolgt offensichtlich eine Linie, die in starker Anlehnung an die westdeutsche Sozialdemokratie jedoch öffentlich vorgetragenem Protest vermeiden will. Zwar sind seine Forderungen sehr viel weitergehend als die der SPD (z.B. Niederlassungsgrecht, Gesetzgebung der GRÜNEN), aber in der Frage der Durchsetzung dieser Forderungen setzt er eben nicht auf die Mobilisierung und Organisation der Immigranten als politische Kraft, sondern tatsächlich auf einen Lobbyismus, der mit der praktischen Orientierung der SPD, z.B. auf Ausländerbeiräte statt kommunalem Wahlrecht, hervorragend korrespondiert. Es ist anzunehmen, daß in Vorbereitung der nächsten Landtagswahl von Seiten der SPD ein Ausländerbeiräte-Ei gelegt werden wird.

Für die Linke bedeuten diese Auseinandersetzungen, stärker als bisher die Fragen zu thematisieren, die mit dem Leben der Minderheit hier zu tun haben. Hier geht es darum, den Widerstand der Jugendlichen gegen die, vor allem staatliche, Diskriminierung zu stärken sowie um den drohenden Ausverkauf der Interessen der türkischen Minderheit durch Ministerpräsident (zum im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die anstehende Freizügigkeit für Türken im Rahmen des E.O. Auswertungsschritt).

Am 25. Februar begann der XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Bereits im Vorfeld wurde dieser Parteitag von seiner Bedeutung her mit dem XX. Parteitag von 1956 verglichen, der die Stalin-Kritik Chruschtschows abgegrenzte. Der jetzige Parteitag der KPD SU hat weitreichende Bedeutung für die Entwicklung der UdSSR und die der sozialistischen Staaten insgesamt. Die KPD SU verabschiedete sich von dem Parteiprogramm von 1961 und von ihrem alten Statut. Gorbatschow sprach auf dem Parteitag von einer „radikalen Reform“; die die sowjetische Gesellschaft benötigte, und ging mit der Ära Brezhnev und der Entwicklung der KPD SU hart in die Kritik. Obwohl der Entwurf des neuen Parteiprogramms als auch das fünfstündige Referat Michail Gorbatschows sprechen nicht allein von den dringend nötigen Wirtschaftsreformen, sondern darüber hinaus von einer grundlegenden Demokratisierung, von der „Herausbildung einer echten Volksmacht“ (Gorbatschow im Okt. 1985, zit. n. Arg. 155, S. 106).

Wir wollen die strategischen Vorstellungen der neuen Führung der KPD SU vorstellen. In dem folgenden ersten Teil sollen die innenpolitischen Vorstellungen, im nächsten AK dann die außenpolitische Strategie der KPD SU erläutert werden.

Anfänge einer neuen Kritik

Im November 1982 verstarb Leonid Brezhnev und es begann weltweit das große Spekulieren, was ihm wohl folgen würde. Sein Nachfolger Andropow überraschte mit für sowjetische Verhältnisse schonungslos Kritik an dem Zustand des Landes (siehe Kasten „Worte Andropows“). Bereits in den Reden Andropows 1983 deutete sich an, daß die KPD SU-Spitze erhebliche Kritik an der Amtsführung Brezhnevs hatte und das Juni-Plenum des ZK beschloß 1983 eine Neufassung des parteiprogramms. Gleichzeitig wurde, und dies scheint nun bestätigt, von verschiedener Seite spekuliert, daß die Wahl des uralten Andropow zum Generalsekretär der KPD SU erfolgte, um auf biologischem Wege sicherzustellen, daß es sich um einen Interimssekretär handelt, bis man den eigentlichen Übergang vollziehen kann. Andropow starb im Februar 1984, bevor überhaupt ernsthafte Veränderungen eingeleitet werden konnten. Ihm folgte nachher Michail Gorbatschow. Ihm folgte Tschernenko, der im März 1985 ebenfalls starb. Am 11. März 1985 wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPD SU. Und seitdem zeichnet sich deutlicher ab, was die sowjetische Führung zu ändern beabsichtigt.

Wie 1956 so gilt auch für den jetzigen Parteitag, daß die entscheidenden Machtkämpfe bereits stattgefunden haben und vom Parteitag nur noch sanktioniert werden müssen. Das Ausmaß, in dem seit dem Tode Brezhnevs in der UdSSR Funktionen und Kader auf allen Ebenen ausgetauscht wurden, übertrifft bereits das der personellen „Entstalinisierung“ (1953).

6) Parallel zu der Umsetzungskampagne begannen weitgehende Reformvorstellungen zu kursieren, die zunächst mehr inoffiziellen Charakter hatten. So sorgte im August 1983 ein sog. „Geheimpapier“ für Aufregung in der westlichen Presse. Es handelte sich um eine Studie eines wissenschaftlichen Instituts aus Nowosibirsk, die mit der sowjetischen Gesellschaft nicht eben zimperlich in die Kritik ging und der offiziell herrschenden Arbeiterklasse folgendes beschönigte: „Die gemeinsamen Eigenschaften der Arbeiter, deren Persönlichkeit unter dem letzten Fünfjahresplan geprägt wurde, sind niedrige Arbeitsdisziplin, Indifferenz, mangelnde Qualität, gesellschaftliche Totalität, ausgesprochene Konsummentalität und geringe Ethik“ (zitiert nach FAZ vom 10.8.83, S. 2).

Diese Studie erblickte parallel zu Andropows „Wirtschaftsexperimenten großen Maßstabs“ das Licht der Welt — vier Wochen nachdem Andropow kaum weniger radikal mit der sowjetischen Realität ins Gericht gegangen war.

Das Wirtschaftsexperiment bestand in dem beträchtlichen Teil der sowjetischen Wirtschaft größere Autonomie zu und bereits im Juli hatte Andropow eine „Änderung bei der Planung, in der Verwaltung und im Wirtschaftsmechanismus“ gefordert (nach FAZ vom 17.7.83). Die Weichen für eine Reformkampagne wurden also bereits



XXVII. Parteitag der KPD SU: Teil 1: Innenpolitik Abschied vom Stalinismus?

1983 gestellt. Als dann Andropow starb, kam der Prozess zunächst zum Erliegen. Sein Nachfolger Tschernenko fiel in erster Linie durch Profillosigkeit auf und es erscheint aus heutiger Sicht plausibel, die Totalität Tschernenkos darauf zurückzuführen, daß hinter den Kulissen der Kampf der Fraktionen tobte. Die Wahl Gorbatschows brachte dann die Entscheidung, daß hinter, nur ein Jahr später, proklamiert die KPD SU einen neuen Kurs.

Eine „echte Revolution“
(Andropow vor dem ZK im
Juni 1983)

Eine „echte Revolution“
(Andropow vor dem ZK im
Juni 1983)

Gorbatschow knüpfte an die Ansätze an, die unter Andropow entstanden waren, und unter seiner Führung begann die KPD SU zurecht auf durchgreifende Reformen zu orientieren. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht dabei eine ökonomische Strukturreform, die mit der Stagnation Schluß machen soll. Diese Wirtschaftsreform ist jedoch kein Selbstzweck, sondern steht im engen Zusammenhang mit sozial- und verfassungspolitischen Konzeptionen, die mit dem bisherigen Wirtschaftssystem nicht realisiert werden können.

Dieser Wirtschaftsapparat ist ein Erbe des Stalinismus und entstand Ende der 30er Jahre als Produkt des „Großen Umsturzes“, d.h. der forcierten Industrialisierung und der repressiv durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft. Der „Große Umsturz“ zerschlug alle Ansätze realer Massendemokratie und bedeutet nicht weniger als ein endgültiges Aufgeben der bolschewistischen Strategie, die bis dahin auf ein Bündnis zwischen Arbeiterklasse und der auf Kleinbesitz orientierten Bauernschaft gesetzt hatte. Der „Große Umsturz“ löste die Neue Ökonomische Politik (NEP) ab.

Es entstand ein Statismus besonderer Prägung, der mit einer Verschmelzung von Staat und Partei einherging, bis niemand mehr wußte, wer von beiden eigentlich wen führte. Die staatlich-parteiliche Bürokratie wurde zur einzigen Entscheidungsinstanz der Gesellschaft und schaffte sich in den Säuberungen der 30er Jahre tatsächlich und potentiell Gegner vom Hals. Entsprechend der industriellen Rückständigkeit der UdSSR wurde das Schwerkraft auf die Entwicklung der Schwerindustrie gelegt und diese zu Lasten der Bauernschaft und der Konsuminteressen der Arbeiterklasse aufgebaut. Politische Repression und drakonische Arbeitsgesetze sicherten diesen Prozeß ab. Da auf diese Weise jede Eigeninitiative entfiel, reproduzierte sich der Stalinismus auf wach-

sender Stufenleiter, d.h. die gesamtwirtschaftliche Hierarchie stellte ein System dar, in dem jede Kleingruppe auf zentralisierter Ebene entschieden wurde und entschieden werden mußte. Dies führte einerseits zu politischer Friedlosigkeit und andererseits zu einer als „Tonnendeckelung“ bezeichneten Planungsstagnation. Den Betrieben wurden mengenbezogene Plandaten vorgelegt, an denen sich Planerfüllung und Prämien orientierten. So entstand eine Haltung in den Betrieben, komme da, was wolle, den Mengenausstoß zu steigern und zwar ohne jede Rücksicht auf rentablen Umgang mit Arbeitskraft, Maschinen, Rohstoffe und Energie. Da die Prämien vom Mengenausstoß abhingen, kostete das, was wollte, den Mengenausstoß zu steigern und zwar ohne jede Rücksicht auf rentablen Umgang mit Arbeitskraft, Maschinen, Rohstoffe und Energie. Da die Prämien vom Mengenausstoß abhingen, gab jeder Betrieb bei den Planfestsetzungsverfahren so geringe Kapazitäten wie möglich an, um hinterher

Hoffnungen der sozialistischen Opposition in der UdSSR

Der Kurs, den die KPD SU seit dem Tode Brezhnevs eingeschlagen hat, weckt Hoffnungen bis in die sozialistische Opposition in der UdSSR hinein. In einem Artikel in der „Zeit“ hat Roy Medwedjew eine knappe Analyse des KPD SU-Kurses dargestellt. Roy Medwedjew wurde 1969 aus der KPD SU ausgeschlossen, nachdem sein Buch „Die Wahrheit ist unsere Stärke — Geschichte und Folgen des Stalinismus“ fertiggestellt war (auf deutsch 1973 im Fischer-Verlag erschienen). Der Historiker Roy Medwedjew lebt seitdem in der UdSSR unter praktischem Berufsverbot. Er war der einzige namhafte „Disident“, der sich öffentlich von der reaktionären Opposition distanzierte und mit einer scharfen Kritik an Stalinschizyn eine klare Trennungslinie zog (dt. Sotschewytsyn und die sowjetische Linke, Olle & Wolter 1976).

Medwedjew vergleicht in einem sehr lesenswerten Aufsatz die heutige Situation in der UdSSR mit der Zeit nach dem Tode Stalins:

„Der 20. Parteitag (1956) wurde abgeschlossen nach Chruschtschows Referat „Über Stalins Personenkult und seine Folgen“, den er am 25. Februar 1956 hielt. Der 27. Parteitag wird am 25. Februar 1986 eröffnet. An diesem Tage wird Michail Gorbatschow mit einem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees vor den Kongreß treten. Aber nicht bloß das Zusammenfallen von Kalenderdaten veranlaßt uns heute, diese beiden Kongresse zu vergleichen. Beide sind als Parteitage in einer Zeit des Umsturzes anzusehen. Wenn der 20. Kongreß der finsternen Epoche Stalins ein Ende setzte und die Anfänge ei-

möglichst einfach die Plandaten erfüllen zu können. Dieses notorische Understatement entsprach den Interessen der Betriebsdirektoren (Prämien), der Belegschaften (Prämienlöhne) und den mittleren Planungsfunktionären, deren Karriere ebenfalls von der Planerfüllung abhängig war. Die Planifizierung wurde also umso ungenauer je höher sie stieg. Die Folge war, daß die zentralen Planungsinstanzen ihrerseits den Betrieben immer höhere Daten vorgeben. Kurzum: Dieses System zwang geradezu alle Beteiligten von den erhobenen Plandaten abzuweichen und führte zu kuriosen Disproportionalitäten. Um dies wiederum zu verhindern, führte man stets weitere, genauere Plandaten ein, die ihrerseits auf anderer Ebene dasselbe Problem schufen. Der ganze Apparat wurde immer größer, unübersichtlicher und innovationsfeindlicher. Bis in die 70er Jahre hinein konnten mit diesem Moloch dennoch imposante Wachstumsraten erzielt werden. Doch dann kam das Stocken, denn der Übergang zur intensiven Produktion war mit diesem System nicht zu erreichen.

Das Problem jeder Reform

Das Hauptproblem aller Reformversuche im RgW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) liegt darin, daß man aus politischen Gründen Arbeitslosigkeit und Lohnabwertungen vermeiden will. Aus politischen Gründen will man keine ökonomische Reform, wie sie im Kapitalismus alle paar Jahre stattfindet, und darum geht man nicht zu einem System über, das durch eine marktkonkurrenzähnliche Situation eine Rentabilität allein nach einem monetären Kalkül erzwingt. Die Gebrauchsorientierung der Planung soll erhalten werden und trotzdem sollen Anreize zu einem ökonomischeren Umgang mit Material und Arbeitskraft erzwungen werden. Da es in der SU mangels Konkurrenz für die einzelnen Betriebe keinen „objektiven“ Rentabilitätszwang gibt wie im Kapitalismus, hat das Drängen nach Rentabilität vor allem politische Gründe.

1. Der Schlenker und die Verschiebung gesellschaftlicher Ressourcen behindern die gesellschaftliche Entwicklung, sie erzeugen Unzufriedenheit in der Bevölkerung und vergrößern den Konsumrückstand gegenüber dem Kapitalismus. Daraus entsteht die Gefahr sozialer und politischer Spannungen.

2. Das von den herrschenden kapitalistischen Staaten der SU seit 1917 aufgezwungene „Wettlaufen“ entzieht der sowjetischen Gesellschaft immense Ressourcen und erzwingt eine Orientierung am sog. Weltmarktniveau, d.h. an dem Niveau der führenden kapitalistischen Staaten.

Es liegt auf der Hand, daß dieser zweite Aspekt den ersten in erheblicher Weise verschärft. Daraus erklärt sich das reale Abrüstungsinteresse der SU und des RgW insgesamt. Hinzu

kommt, daß der relative Preisverfall bei Rohstoffen in Bezug zu den Preisen für industrielle Güter auf dem Weltmarkt der SU massive Probleme beschert, da sie ihre industriellen Importe durch Rohstoffexporte ausgleicht. Aktuell verschärft der sinkende Ölpreis die Situation, denn die SU bezieht fast 60% ihrer Deviseneinnahmen aus dem Westen durch Erdöl- und Erdgasexport (zur sowjetischen Handelsstruktur und Energiepolitik vgl. AK 199: Hintergründe der sowj. Energiepolitik, S. 44/45).

Es greift vor diesem Hintergrund entschieden zu kurz, in den sowjetischen Reformversuchen einfach „kapitalistische Maßnahmen“ zu sehen oder von vornherein zu unterstellen, Rationalisierungsmaßnahmen würden auch gegen die sozialen Interessen der Werktätigen richten. Tatsache ist, daß jede emanzipatorische Initiative im RgW sich dem Problem stellen muß, wie das bürokratisierte System aufgehoben werden kann, ohne damit kapitalistische Momente einzuführen, die sich letztlich gegen die Werktätigen richten. (Wie schwer dies im konkreten ist, zeigen die programmatischen Forderungen der Solidarnosc in Polen. Vgl. dazu AK 207: Zur Kritik der Programmthesen der Solidarnosc, S. 46/47, und AK 222: Strategiedebatte in der polnischen Opposition).

Indirekter Zentralismus

Die heutigen Reformvorstellungen der KPD SU erscheinen auf den ersten Blick recht widersprüchlich. Denn einerseits will die Partei die „Elemente des Zentralismus in der Leitung und Planung, bei der Lösung strategischer Aufgaben weiter ausprägen“ (PE), andererseits soll den Betrieben erheblich größere Autonomie zugestanden werden. Tatsächlich handelt es sich darum, den Planungsapparat auf der mittleren Ebene entschieden abzusprechen, in dem u.a. die Unions-Industrievereinigungen abgesprochen werden (Coneri, 1986) bzw. die Branchenministerien, „die es nach wie vor nicht lassen können, die Rechte der Betriebe einzuschränken“ (PB). Mit den Worten Gorbatschows: „Es ist an der Zeit, mit den Praktiken einer kleinteiligen Bevormundung der Betriebe durch Ministerien und andere zentrale staatliche Einrichtungen endlich Schluß zu machen“ (PB).

Einer ganzen Schicht mittlerer Funktionäre und Apparatschiks wird die Existenzgrundlage entzogen, mithin jener Schicht, die gemeinhin als Hauptbremse aller Reformprozesse in der UdSSR gilt. Gorbatschow sprach die Widerstände gegen die Reform in dem Politischen Bericht offen an: „Bedauerlicherweise hat eine Haltung Verbreitung gefunden, bei der in jeder Veränderung des Wirtschaftsmechanismus geradezu eine Abweichung von den Grundsätzen des Sozialismus gesehen werden will.“

Im Zusammenhang mit den notwendigen gewordenen Reformen verabschiedete sich die KPD SU zugleich von einigen theoretischen Dogmen, die bislang jede theoretische Diskussion und Analyse behindert haben. Dabei kommt einer scheinbar geringen terminologischen Veränderung erhebliche Bedeutung zu. Die KPD SU gibt die These auf, man sei bereits im kommunistischen Stadium der Revolution und definiert die sowjetischen Verhältnisse als „entwickelten Sozialismus“, den man nicht als „relativständige Formation“ begriffen dürfe, sondern als dynamische Epoche des Hinüberwachsens vom Sozialismus in den Kommunismus. Diese Auffassung eröffnet erst den theoretischen Raum, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche der UdSSR diskutiert werden können. Seit der Stalinschen Verfassung von 1936 herrschte offiziell in der UdSSR eine Harmonie, die per definitionem innere Kriege ausschloß. Von diesem Dogma nimmt die KPD SU nun endgültig Abschied.

„Die Praxis hat die Haltlosigkeit der Vorstellungen bewiesen, wonach eine Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse und des Charakters der Produktivkräfte in den sozialistischen Bedingungen gleichsam zwangsläufig zustande kommt“ (Gorbatschow, PB).

Im Programmwort heißt es nun, die Voraussetzung eines Aufschwungs liegt „in der ständigen Vervollkommen der Produktionsverhältnisse, in der Aufrechterhaltung ihrer ständigen Übereinstimmung mit den sich dynamisch entwickelnden Produktivkräften, im rechtzeitigen Aufdecken und der Lösung der zwischen ihnen entstehenden nichtantagonistischen Widersprüche“. Eine Mißachtung solcher Widersprüche sei „zum Scheitern verurteilt und (kann) Verluste sowohl ökonomischen als auch politischen Charakters zur Folge haben“.

(Alle Zitate aus: Roy Medwedjew: Der lange Weg aus Stalins Schatten, in: „Die Zeit“ Nr. 886, S. 9-10).

Fortsetzung von vorheriger Seite

Diese Passagen sind ebenso Kritik an der Amtsführung Breschnevs wie Niederlegung der polnischen Erfahrungen. Und wenig auch die ökonomische Strukturreform den Mittelpunkt der Konzeption darstellt, so sind doch auch in den Bereichen Sozialpolitik und Alltagsdemokratische Reformabsichten erkennbar.

Wirtschaftspolitik

Die kleinliche Bevormundung der Betriebe soll ersetzt werden durch eine Erweiterung der ökonomischen Stimuli, d.h. vor allem durch geänderte Ware-Geld Beziehungen. - Einerseits sollen die Betriebe zu rentabler Produktion gezwungen werden und die qualitätsbezogenen Kennziffern Priorität im Planungsweisen erhalten; andererseits sollen die Belegschaften „gezwungen“ werden, sich ernsthaft um die Intensivierung der Produktion zu kümmern. Da Appelle erfahrungsgemäß nichts nützen, fordert Gorbatschow, „daß die Höhe der Lohnfonds der Betriebe unmittelbar mit den Einnahmen von der Realisierung ihrer Erzeugnisse verknüpft wird“ (PB). Das heißt: Nicht mehr der Staat zahlt Prämienlöhne, weil einzelne Planziffern überboten werden, sondern die Betriebe müssen dies tun. Und das können sie nur, wenn sie allesamt rentabel und vor allem brauchbare Güter produzieren. Die Betriebe erhalten deshalb das Recht, „die überplanmäßigen Erzeugnisse, die ungenutzten Roh- und Werkstoffe, Ausrüstungen usw. selbstständig abzusetzen“ (PB). Damit soll einerseits eine Motivation geschaffen werden, mit geringstmöglichem Aufwand zu produzieren, und andererseits der versteckten Haldenbildung vorgebeugt werden, mit der sowjetische Betriebe erfahrungsgemäß Plandaten manipulieren.

Der Grundgedanke dieser Wirtschaftsreform ist nicht neu, sondern setzt an den Erfahrungen in anderen RgW-Staaten an. Die Planung soll sich auf „strategische“ Vorgaben beschränken, also die gesellschaftlichen Prioritäten festsetzen, die Rahmenbedingungen der Produktion festlegen und über diff. renzierte Preismechanismen die Kontrolle behalten. Dagegen wird „das Gros der Funktionen... zur laufenden Verwaltung“ unmittelbar „an Betrieben und Vereinigungen übertragen“ (PB). Gorbatschow nennt dieses System ein „zweigliedriges Leitungssystem“, das begleitet sein müsse von einer „allseitigen Demokratisierung der Leitungstätigkeit“, worunter vor allem eine stärkere Gewerkschaftstätigkeit verstanden wird. Wie bereits Andropow geißelt auch Gorbatschow die subalterne Passivität der sowjetischen Gewerkschaften: „Es wäre naiv, wollten wir uns vorstellen, das Gefühl, Herr im eigenen Land zu sein, könne einem durch Worte aneignet werden.“

Man kann nicht Herr im Lande sein, ohne sich in seinem Werk oder seiner Kollektivwirtschaft, in seiner Abteilung oder in seiner Viehhofe als wahrer Herr zu fühlen.“

Die Stärkung der Gewerkschaften in dem neuen Wirtschaftssystem ergibt sich einerseits aus der Erfahrung, daß unter dem alten System auch die Belegschaften nicht gerade innovationsfreundlich waren und die Gewerkschaften wenig talent, initiativlose Direktoren abzuwählen, und andererseits aus der Gefahr, daß das neue System sozialpolitisch ungewollte Konsequenzen entwickeln könnte, wenn nicht die



Aus „Spiegel“ 12/85

Belegschaften dafür sorgen, daß steigende Rentabilität und Qualität nicht zulasten der Arbeiterklasse gehen. Die Belegschaften und somit die Gewerkschaften werden in dem neuen System zwangsläufig sich stärker als bislang in den betrieblichen Leitungsaufgaben einmischen müssen. Denn, wie Gorbatschow erklärte, „wird die für das zwölfte Planjahr (1986 - 90) vorgesehene Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in den produktiven Bereichen zum ersten Mal hauptsächlich in den Grenzen und aus den Mitteln erfolgen, die von den Betrieben selbst erwirtschaftet werden.“ (PB) Die Konsequenz dieser Veränderung wird es sein, daß die einheitliche Interessensallianz in den Betrieben aufgebrochen wird, die Direktoren und Belegschaften total unrentabler Betriebe zusammenhielt und eine kolossale Verschwendung gesellschaftlicher Reichtümer konservierte. Diese Orientierung begründet die KPdSU nicht allein mit ökonomischen und sozialpolitischen Gründen, sondern zum ersten Mal auch mit ökologischen Erwägungen. Gorbatschow gab offen zu, daß „der Zustand der Umwelt in einer Reihe von Regionen besorgniserregend“ sei und daß bislang in diesem Bereich „wissenschaftlich-technische Erkenntnisse unzulässig langsam“ genutzt wurden (PB). Betrachtet man die Ziele der KPdSU in der Sozialpolitik, dann wird klar, daß sich die Wirtschaftsreform nicht gegen die sozialen Interessen der Werktätigen richtet, sondern im Gegenteil die Voraussetzungen schaffen soll für einen entscheidenden Schritt gesellschaftlicher Entwicklung. In diesem Zusammenhang ist es schon eine Sensation, daß heute die KPdSU offen zugibt, die Konsumgüterproduktion und die materiellen Alltagsinteressen der Bevölkerung zu stark vernachlässigt zu haben.

Sozial- und Kulturpolitik

Von grundlegender Bedeutung ist die Kritik Gorbatschows an der Ära Breschnevs in der Sozialpolitik: „Das Zentralkomitee vertritt die Ansicht, daß seitens der zentralen und örtlichen Organe die herangerufenen Probleme der materiellen Basis im sozialen und kulturellen Bereich des Landes unterschätzt wurden. Das führte zur Herabsetzung des Prinzipals, nach dem für die Entwicklung dieses Bereiches nur Restmittel bereitgestellt wurden“ (PB).

Gleichzeitig wurde von Gorbatschow und von dem neuen Moskauer Parteichef Jelzin die Kritik an den sozialen Privilegien der Funktionschicht (Nomenklatura) aufgegriffen. Erstmals soll in der UdSSR der Konsumgütermarkt schneller wachsen als der Investitionsgütermarkt und der Konsumgütermarkt entscheidend aufgestockt werden (um 30% bis 1990). Dies nicht etwa allein aus Gründen der sozialistischen Moral, sondern vor allem aufgrund der Erfahrung, daß alle ökonomischen Stimuli nichts nützen, wenn sich die Menschen mit dem vermehrten Einkommen nicht auch qualitativ hochwertige Konsumgüter verschaffen können. In der UdSSR und anderen RgW Staaten hat das Auseinanderklaffen von Lohneinnahmen und Konsumgüterversorgung dazu geführt, daß Einnahmen der Bevölkerung in Milliardenhöhe nicht in den ökonomischen Prozeß eingingen, sondern gehortet werden in der Hoffnung, damit irgendwann hochwertige Güter entstehen zu können.

Schon aufgrund dieses Zusammenhangs steht zu erwarten, daß die SU-Führung es diesmal erneut meint mit ihrer Absicht, den Konsumgütermarkt auszubauen.

Eisiges Lächeln aus Moskau

Ein gewandter Redner auf dem Podium, im Saal Damen und Herren, die lächeln und flüstern und Applaus verteilen wie ein freundliches Theaterpublikum - so kamherz zeigte das Moskauer Fernsehen den Porträttag der Sowjetkommunisten.

Buch hinter Gorbatschows geschmeidiger Rede steckt eine scharfsinnige Analyse. Und ebenso vielkollte Betrachtung. Der militärische Weltkampf der Sowjetunion war runde Welt soll die Schöpfung auf anderem Wege erreicht werden. Über geballte Wirtschaftskraft.

Die Sowjetunion als Leistungsgesellschaft? Wenn sie das schafft, wird sie wirklich gefährlich. Weil sie den Anspruch auf die „Weltmacht Nr. 1“ nie preisgegeben wird.

Aus: „Bild“, 26.2.86

Ein weiterer Kritikpunkt an der bisherigen Sozialpolitik ist die Entwicklung der Kulturarbeit in der UdSSR. Gorbatschow sprach sicher vielen aus der Seele, als er unmißverständlich feststellte: „Zu Recht brandstet wird das niedrige Niveau von Literaturwerken, Fernsehprogrammen und Filmen, die nicht nur der ideologisch und ästhetisch klaren Stellungnahme, sondern auch des elementaren Genusses beraubt durch Zielungsmaße, sondern auch des elementaren Geschmacks entbehren.“

Die UdSSR brauche keine „schwülstige Vielschreibererei oder sozialthematische Kleinräumer“, sondern erwarle von der Kulturarbeit „Lebenswahrheit, die schon immer einer echten Kunst zugrunde lag.“

In der „ideologischen Arbeit“ sei allzu oft „gezielte Erziehung“ durch „künstlich aufgeblasene Kampagnen“ ersetzt worden und „nicht selten wurde die Scharfe der Lebenswidersprüche ignoriert“ (PB). Diese Passagen sind geradezu ein Aufruf an die Kulturschaffenden, die existierenden Freiräume zu nutzen und (in bestimmten Grenzen) die gesellschaftlichen Zustände offen zu kritisieren.

Dies gilt auch für den wissenschaftlichen Bereich, in dem Gorbatschow „von lästigen Schulmeister abkommen“ will: „Man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß sich unsere philosophische und ökonomische Front wie die Gesellschaftswissenschaften überhaupt, ich würde sagen, in einer gewissen Distanz zu den Erfordernissen des Lebens befinden.“

Scholastik, Buchstabengelehrtheit und Dogmatismus waren enge Fesseln für eine wirkliche Erweiterung des Wissens. „Wir hoffen, daß unsere Ökonomen und Philosophen, Juristen und Soziologen, Historiker und Literaten diese Atmosphäre aktiv dazu nutzen werden, kühn und initiativreich neue Probleme anzugehen und sie in schöpferischer Weise theoretisch herauszuarbeiten“ (PB).

Auch diese Ausführungen sind ein klarer Aufruf zur Kritik und zur Erneuerung. Wer einmal gesellschaftswissenschaftliche Texte aus der UdSSR gelesen hat, weiß auch, wovon Gorbatschow spricht. Begriffe wie Scholastik oder Dogmatismus und die noch fast Schmeichelei, Praktische Auswirkungen dieses Kritikkurses sind in der UdSSR bereits sichtbar. Kritische Theateraufführungen, die lange Zeit unterdrückt waren, finden auf namhaften Bühnen statt. Schriftsteller wie Jewgenij Jewtuschenko geteilt öffentlich die „pseudo-politische“ Selbstverherrlichung, Selbstverherrlichung und fordern die „Ausschaltung der Schlingenspieler“ (in DZf, die tat, Nr. 8. 86, 21.2.86). Die Sowjetlerin Tatjana Saslawskaja vertritt öffentlich die These, die sie in der Breschnew-Zeit ver-

mutlich den Job gekostet hätten. In der UdSSR entsteht seit dem sog. „Tauwetter“ der Entlassenerstellung erstmals wieder ein Klima, das Kritik ermöglicht und fordert, und das von der neuen Führung gegen die konservativen Kritiker verteidigt wird: „Manchmal bekommt man, sobald von Publizität die Rede ist, Aufforderungen zu hören, größere Vorsicht walten zu lassen, wenn wir von unseren Mängeln und Versäumnissen, von den Schwierigkeiten sprechen, die in jeder lebendigen Arbeit unvermeidlich sind. Darauf kann es nur eine Antwort geben, nämlich die von Lenin. Die Kommunisten brauchen immer und unter allen Umständen die Wahrheit“ (PB).

Man wird abwarten müssen, wieweit die Bereitschaft zu offener Kontroverse trägt. Verglichen mit den Jahren unter Breschnew kann jedoch jetzt schon eine beträchtliche Erweiterung der Freiräume festgestellt werden. Wichtig ist dabei, daß die KPdSU offen und öffentlich die Theorie der Partei seien ungenügend entwickelt. Diese Elemente der Kritik an der Breschnew-Zeit gehen über Chruschtschows Stillschaltung hinaus, die die „Entgegnungen“ einem von Stalin um Stalin für Stalin erzeugten „Personenkult“ ansetzte und mit diesem umgestülpten „Personenkult“ die Ursachen der Mißstände personalisierte. Damals wurden eben nicht die gesellschaftlichen Zustände diskutiert, die Stalin an die Macht brachten. Chruschtschows Rede über die Verbrechen Stalins wurden damals in der UdSSR nicht veröffentlicht und wird bis heute als „Geheimrede“ behandelt. Heute wird von einer „Radikalen Reform“ gesprochen und zum Angriff geblasen auf die Hochburgen des Dogmatismus und gegen jene „Gruppen von Menschen mit deutlich ausgeprägtem Eigentumsdenken“ (PB), d.h. gegen Leute, die ihre Führungspositionen für persönliche Bereicherung mißbrauchen. Dies geht soweit, daß sogar hohe Funktionäre wegen Korruption hingerichtet wurden.

Die massive Kampagne gegen Korruption, die bereits unter Andropow begann, richtet sich vornehmlich nicht gegen die Bevölkerung, sondern vor allem gegen die schwarzen Schafe in der Nomenklatura. Diese Kampagne dürfte in der sowjetischen Bevölkerung mit Genugtuung verfolgt werden, weil der Unmut über die sozialen Privilegien der Führungsschicht verbreitet ist, wie auch die Leserbriefdebatte in der „Prawda“ bewies.

Daß es sich bei diesen Diskussionen nicht nur um populistisches Abstrakadabra handelt, beweisen die Umgestaltungen auf allen Ebenen und alle drakonischen Urteile gegen hohe Funktionäre. Man könnte diesen Prozeß entschieden begrüßen, wenn die KPdSU sich endlich von dem barbauschlichen Mittel der Todesstrafe lösen würde. Daß in dem neuen Parteiprogramm an keiner Stelle die Frage des Strafvollzuges und vor allem der Todesstrafe auch nur erwähnt wird, ist in meinen Augen der dunkelste Fleck der Reformen. Denn in diesen Dingen hat die UdSSR noch immer einen erheblichen Rückstand gegenüber humanistischen Vorstellungen der Neuzeit.

Partei und Staat

Das neue Parteiprogramm verkündet eine umfassende Demokratisierung. In aller Klarheit wird gleichzeitig festgehalten, daß an der Rolle der Partei nicht gerüttelt werden darf: „Die führende Kraft dieses Prozesses ist die Partei... Unter ihrer Führung funktionieren alle anderen Glieder dieses Systems... (Es) koordiniert die KPdSU die Arbeit der Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen... Die Partei sorgt dafür, daß... die Prinzipien der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes konsequent verwirklicht werden...“ usw. u.s.f. Die Rolle der Partei nehme „gesetzmäßig“ zu, wobei nicht ganz klar ist, ob damit soziologische oder juristische Gesetzmäßigkeiten gemeint sind.

In dem Politischen Bericht Gorbatschows wird erklärt, es sei „die Aufsichtsfunktion der Staatsanwaltschaft entschieden zu verstärken“ und es nehme „die Verantwortung, die den Organen der Staatssicherheit obliegt, erheblich zu“.

Diese Erklärungen bedeuten zunächst nicht mehr als eine Feststellung, daß sich an dem grundsätzlichen Charakter des Verhältnisses von Partei und Staat nichts ändern wird. Schwer auszumachen ist jedoch, inwieweit derartige Erklärungen der Beruhigung der konservativen Dogmatiker in der Partei und inwieweit sie realen Abuchten entsprechen. Gerade in diesen Fragen ist das Programm der KPdSU nicht widerspruchsfrei. Denn im Kontrast zu den repräsentativ-statistischen Akzenten

Fortsetzung nächste Seite

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 22.11.1982:

„Mit allem Nachdruck möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß eine Reihe wichtiger Planziffern in den ersten beiden Jahren des Planjahres (1983) nicht erfüllt worden ist. (...) Warum? Die Antwort ist uns ebenfalls längst bekannt. Um ein neues Verfahren, neue Technik einzuführen, muß die Produktion so oder anders umorganisiert werden, und das wirkt sich auf die Planerfüllung aus. Umso mehr, als wegen Nichterfüllung des Produktionsplanes Rechenschaft gefordert wird, während man für eine ungenügende Einführung neuer Technik allenfalls getadelt wird. (...) In der Tat, es kann nicht als ein normaler Zustand gelten, daß über die Produktion einer Reihe simpler Waren keine genaue Kontrolle auf der Ebene des Staatlichen Plankomitees der UdSSR entfallen wird. (...) Die aggressiven Umtriebe des Imperialismus zwingen uns und die sozialistischen Bruderstaaten, uns gemeinsam um die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit auf einem gebührenden Niveau zu kümmern... Die Probleme werden nicht von selbst verschwinden, wenn man Verhandlungen um die Verhandlungen willens führt, wie dies leider nicht selten geschieht.“

Quelle: Sowjetunion heute, Nr. 12/1982, Beilage, S. 204-205

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 15.8.1983:

„Diese Periode steht im Zeichen eines nach seiner Intensität und Schärfe in der ganzen Nachkriegszeit bisher beispiellosen Widerstands zweier polar entgegengesetzter Weltanschauungen — des Sozialismus und des Imperialismus. (...) Und die Zukunft der Menschheit hängt in nicht geringem Maße vom Ausgang dieses ideologischen Kampfes ab. (...) In diesem Sinne soll eine Neuorientierung des Programms der KPdSU eine außerordentlich wichtige Rolle für die gesamte Arbeit der Partei spielen. (...) Vieles davon,

was im (alten) Programm steht, ist bereits erfüllt worden. Zugleich haben einige seiner Bestimmungen... die Prüfungen durch die Zeit nicht in vollem Umfang bestanden. (...) (Eine notwendige Vervollkommen der Produktionsverhältnisse) wird eine echte Revolution in unserer Volkswirtschaft bedeuten. (...) Es erscheint jedoch empfehlenswert, sich heute vor allem auf solche Wettbewerbsziele zu konzentrieren wie die Erhöhung der Qualität der Produktion und die bessere Nutzung von Produktionskapazitäten, Rohstoffen, Energie und Arbeitszeit.“

Quelle: Sowjetunion heute, Nr. 7/1983, Beilage, S. 11-14

Aus der Rede Andropows vor dem Plenum des ZK am 15.8.1983:

„Die Lösung all dieser großen Aufgaben auf dem Gebiet der Innenpolitik der Partei wird einen beträchtlichen Fortschritt zur sozialen Homogenität der Gesellschaft bedeuten. (...) Der Praxis unsere demokratischen Normen und Richtlinien nicht durch Taten zu untermauern und sich lediglich mit der äußeren Form, mit scheinbarem Handeln zu begnügen, müssen wir einen gerechten Krieg erklären. (...) Und was ist schon die Arbeit einer Gewerkschaftsorganisation wert, die es nicht wagt, ihre Stimme zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen und gegen diese oder jene Unzulänglichkeit in der Produktion zu erheben? (...) Was die fernere Perspektive betrifft, so sehen wir Kommunisten sie in dem schrittweisen Hinüberwachen des sowjetischen Staatswesens in die gesellschaftliche Selbstverwaltung. (...) Doch wenn wir aufrichtig sind, müssen wir sagen, daß wir die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten, noch nicht im erforderlichen Maße erforscht und die ihr innewohnenden Gesetzmäßigkeiten, insbesondere die ökonomischen, noch nicht vollständig aufgedeckt haben.“

Quelle: Sowjetunion heute, Nr. 7/1983, Beilage, S. V-VI

Aus der Rede Gorbatschows auf der ZK-Tagung am 11.8.1985:

„Zahlreiche Leiter von Ministerien sind bestrebt, möglichst viele Investitionen und Ressourcen... herauszuschlagen und möglichst niedrige Pläne zu erhalten... Ich denke, von Leitern, die darauf aus sind, müssen wir uns trennen. (...) Wichtig ist, ohne Umschweife von dem in der Vergangenheit entstandenen Stereotyp der Wirtschaftstätigkeit abzugehen, bei dem als hauptmaßgebend zur Erweiterung der Produktion der Neubau galt, während zahlreiche bestehende Betriebe viele Jahre technisch nicht modernisiert wurden. (...) Sogar Erzeugnisse, die der höchsten Güteklasse zugeordnet werden, halten zuweilen einem Vergleich mit dem Weltniveau nicht stand. (...) Die Partei wird den Kampf um die Ehre des sowjetischen Warenzeichens aktiv unterstützen.“

Quelle: Frankfurter Rundschau, Nr. 145/86, 30.8.1985

Fortsetzung von vorheriger Seite

steht die offene Aufforderung zur Kritik und Gorbatschows Feststellung, es bestehe „kein Anlaß dazu, den Einfluß der bürgerlichen Propaganda zu überschätzen“ (PB).

Die KPdSU hat einen für sowjetische Verhältnisse fast revolutionären Schritt beschlossen, nämlich „den Kreis der Fragen zu erweitern, die die staatlichen Organe nur unter Mitwirkung bzw. mit vorher einzuholender Zustimmung der entsprechenden Gewerkschafts-, Komsomol- und Frauenorganisationen entscheiden dürfen, und diesen Organisationen das Recht einzuräumen, in einigen Fällen die Verwirklichung der auf dem Verwaltungswege getroffenen Entscheidungen auszuüben“.

Es sollen „Frauenräte“ geschaffen werden, die im Arbeitskollektiv, im Wohngebiet usw. die Interessen der Frauen vertreten. Die Gewerkschaften erhalten erweiterte Befugnisse und bekommen vom Ministerialsekretär Gorbatschow (Spotinanz) aufgrund der Anti-Alkohol-Kampagne becheinigt, bislang „bringen die Gewerkschaftskomitees bei weitem nicht in jedem Fall ausreichende kämpferische Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit auf“. Derartige Kritiken ziehen sich durch alle Texte der neuen Führung, und es spricht daraus die Erfahrung, daß die diversen Hausorganisationen die ihnen zustehenden Rechte und Kompetenzen nicht einmal in dem Rahmen wahrnehmen, den ihnen die sowjetische Verfassung zuspricht. Insgesamt, so Gorbatschow, „den ihnen die sowjetische Verfassung zuspricht. Insgesamt, so Gorbatschow, bestehe in der UdSSR „eine übermäßige Zentralisierung in solchen Angelegenheiten (vor allem im Sozial- und Kulturbereich - Anm. d. Verf.), die vom Zentrum aus bei weitem nicht immer den nötigen Überblick gewähren und an der Basis viel besser entschieden werden können“.

Dem Bürokratismus in den Sowjets und in der Partei sagt Gorbatschow einen „entschiedenen und erbarmungslosen Kampf“ an (PB). Es gebe keine „Avantgarde der Kommunisten schlechthin: Sie manifestiert sich in Taten“ (PB), und entsprechend werde die Partei durchgeformt. „Pur“, „Säuberung“ aber lehnt die KPdSU ab. Vielmehr sollen einerseits diejenigen ausgeschlossen werden, „die den Namen Kommunist kompromittieren“, und andererseits soll die Praxis beendet werden, „das Wachstum der Parteireihen auf Kosten der Qualität“ zu forcieren (PB).

Auch innerhalb der Partei sollen die Prinzipien der Kritik und der kollektiven Führung wiederhergestellt werden, nichts und niemand dürfe sich der Kontrolle und Rechenschaft entziehen. Der bereits erwähnte Aufstieg Jelzin nutzte diese Aufforderungen auf dem Parteitag, um dem ZK Dampf zu machen. Das ZK sei zum Teil eine „bloße Nachbildung von Ministerien“, die auf dem Parteitag massiv kritisiert worden waren. Jelzin warf einem Teil der ZK Mitglieder vor, sie hätten „schlichtweg vergessen, was wirkliche Parteiarbeit ist“ (nach „FAZ“ vom 1.3.86). Derartiges hat sich noch kein Parteitag in der UdSSR anhören müssen. Die Zeit, in der man gewohnheitsgemäß alle Mißstände den „unpenalitären Subversiven“ oder längst verstorbenen Parteiführern anlastete, ist offenkundig vorbei. Und daß selbst die Zustände in der Partei öffentlich beklagt und angegriffen werden, läßt darauf hoffen, daß die verkümmerte Bürokratschicht tatsächlich durchgerüttelt wird. Es ist in diesem Zusammenhang nicht unwichtig, daß die Umbesetzungspläne der neuen Führung in einigen Republiken nicht auf Gegenwehr bei der Basis



Tschernjenko und Breschnew in der Endphase ihres politischen Lebens.

stießen, sondern demonstrativ die alten Führer bestätigt wurden. Der ukrainische Parteichef Schtscherbitskij etwa kritisierte auf dem Parteitag die neue Führung (lt. „FR“ vom 28.2.86). Dies

zeigt nicht nur, daß der Umbesetzungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist, sondern deutet auch darauf hin, daß man sich den Konflikten stellt, statt sie im Vorfeld durch Repression zu lösen

Ein erstes Fazit

Die umfassenden Reformvorhaben der KPdSU eröffnen bedeutende Möglichkeiten, verkrustete Strukturen in der UdSSR aufzubrechen. Der betont kritische Kurs eröffnet denjenigen Freiräume, die mit der gesellschaftlichen Stagnation unzufrieden sind. Inwieweit diese Freiräume nun auch tatsächlich genutzt werden, hängt weniger von der Sowjetführung als vielmehr davon ab, inwieweit an der Basis die Lethargie durchbrochen werden kann. Die offene Kritik Gorbatschows an der Scholastik der Gesellschaftswissenschaften und der Seichtigkeit des offiziellen Kulturangebots schaffen eine Atmosphäre, in der kritische Ansätze entwickelt und verbreitet werden können. In dieser Hinsicht ist die entscheidende Frage, wie stark die kritischen Kräfte in der UdSSR überhaupt sind, wie groß das Bedürfnis und die Bereitschaft zu sozialem und politischem Engagement an der Basis sind. Denn die Macht des Faktischen ist in Gestalt von Routine, Lethargie und Formalismus auf Seiten der Konservativen.

Angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse in der UdSSR kann eine KPdSU-Führung kaum mehr tun, als sie es jetzt unter Gorbatschow einzuleiten beginnt. Daß dies eine Reform, wenn auch eine radikale, und keine Revolution ist, kann man der KPdSU kaum vorwerfen. Was die KPdSU nun beginnt, ist zunächst auch ein Experiment, das erst zeigen muß, welche politische und soziale Basis für eine „radikale Reform“ in der UdSSR überhaupt vorhanden ist.

Die erfolgreiche Mobilisierung für das Reformvorhaben ist eine, und letztlich die wichtigste, Voraussetzung für ein Gelingen der Reformen. Die zweite grundlegende Voraussetzung ist ein Abbau oder aber zumindest ein Konstanthalten der Konfrontation mit den USA. Dies erwies aus ökonomischen Gründen und zweitens, weil sich nach aller Erfahrung in der Sowjetunion bei zunehmenden internationalen Spannungen die Sicherheitsapparate aus der Armee und dem Repressionsapparat durchsetzen. Die Frage, welche außenpolitische Strategie die KPdSU verfolgt und welche Realisierungschancen diese hat, soll im nächsten AK ausführlich diskutiert werden. Wie sagte Gromyko doch vor dem Obersten Sowjet so treffend: „Das Tempo des internationalen Lebens hat sich rapide erhöht“ (Sowjetunion heute, Nr. 7/1983, Beilage, S. XII).

jb

Empfehlenswerte Literatur:

PE = Programmtext der KPdSU. In: Unsere Zeit 6.11.85.
PB = Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag, 28. bis 30. Juni 1986, des ZK der KPdSU. M. Moskau, sowjet. in: Unsere Zeit 27.2.86.
Conart: Mariageorg Gorbatschows Wirtschaftspolitik des indirekten Zentralismus, in: Argument N. 184, S. 547-558.
Gorbatschow: Arbeiterkonflikte und Selbstverwaltung, in: Argument Nr. 185, S. 108-107.
Abarzumow: Krisen des Sozialismus in der sowjetischen Diskussion, in: Argument N. 182, S. 547-551.

Vorschlag der UdSSR und KPdSU zur Beendigung des Wettrüstens: „Die vollständige Beseitigung der Kernwaffen in der ganzen Welt“

Innerhalb von 15 Jahren, bis zur Jahrhundertwende, soll die vollständige Verschrottung aller Atomwaffen erreicht sein, wenn es nach dem Vorschlag von M. Gorbatschow geht, der am 15.1.86 öffentlich vorgestellt wurde. Der Plan des Generalsekretärs der KPdSU fand diesmal ein erstaunliches Echo: In der UZ, der Zeitung der DKP, wurde der Plan nicht unerwartet als eine faszinierende Perspektive gekennzeichnet und in zahlreichen Artikeln darauf hingewiesen, daß es sich dabei selbstverständlich um eine „realistische Perspektive“ handeln solle. Allerdings kam die Zustimmung und der Applaus auch noch aus ganz anderen Reihen, wozu sich diesmal auch in höchsten Tönen des Lobes Rudolf Bahro (in der taz) zugesellte. Über den Grund der Faszination des letzten Gorbatschow-Vorschlags könnten wir hier nur spekulieren. Vermutlich sind es die Worte, die Gorbatschow in diesem Zusammenhang gefunden hat. Man könne die Logik des Wettrüstens nicht wie eine Naturgewalt hinnehmen, vielmehr müsse das Denken in den Kategorien der Steinzeit ein Ende haben, habe Gorbatschow erklärt. Der Autor dieses Artikels kann nicht umhin festzustellen, daß es schon zahlreiche Vorschläge seitens der Sowjetunion gegeben hat, und daß wohl der Chruschow-Vorschlag von 1959, der innerhalb von 4 Jahren das gesamte Militär auf einige Polizeikräfte herunterbringen wollte, immer noch die größte Ausstrahlungskraft hatte, mit dem Nachteil dabei, daß damals nachweislich nichts aus der Sache geworden ist. Aber es ist ja gut und nicht schlecht, wenn zahlreiche Kräfte in der BRD und sei es auch einmal einen solchen Abrüstungsvorschlag ernsthaft zur Kenntnis nehmen. Hier soll der Inhalt der Vorschläge Gorbatschows vorgestellt und kommentiert werden.

In einer ersten Phase, die 1986 beginnen und fünf bis maximal acht Jahre dauern soll, sollen die USA und UdSSR ihre strategischen Atomwaffen um die Hälfte reduzieren. Es soll dann eine Höchstgrenze von maximal 6.000 strategischen Gefechtsköpfen geben. Die beiden bisherigen SALT-Abkommen von 1972 und 1979 beschränkten lediglich die Zahl der Trägersysteme, nicht aber die Zahl der Gefechtsköpfe. Gemäß als das erste SALT-Abkommen auf dem Tisch lag, stand die Einführung der Mehrfachsprengköpfe (bis zu 14 pro Rakete) seitens der USA unmittelbar bevor, die heute stationierten Pershing-Raketen und Marschflugkörper waren auf den Reißbrettern bereits entworfen und somit die Technologie, die es heute erlaubt, die Sowjetunion genau so gut im sogenannten Ozeanbereich, d.h. von Europa aus, zu bedrohen. Allein durch die Mehrfachsprengköpfe hat sich die Zahl der strategischen Atomspengköpfe trotz des Fortschritts der Zahl der Trägersysteme seither rund

vervielfacht. Allerdings liegt die von Gorbatschow als neue Höchstgrenze vorgeschlagene Zahl von 6.000 Sprengköpfen oberhalb von 50% der derzeitigen Sprengköpfe. Auch Reagan hatte u.a. die Halbierung der Sprengkopfszahlen (in den START-Verhandlungen) bereits angeboten, dies aber an die Bedingung knüpfen wollen, daß die Sowjetunion einen größeren Teil davon auf See hätte stationieren müssen (wo sie seitens der USA eher unschaltbar wären). Gorbatschow knüpft die vorgeschlagene Halbierung an eine andere Bedingung: „Es versteht sich von selbst, daß eine solche Reduzierung nur bei einem beiderseitigen Verzicht (...) auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen möglich ist.“ Statt die Zeit mit einer neuen Runde des Wettüstens zu vergeuden, die diese Waffen angeblich überflüssig machen solle, solle man doch schon jetzt mit der Abschaffung dieser Waffen beginnen, sagt Gorbatschow. Dieser Bedingung werden die USA selbstverständlich unter keinen Umständen zustimmen.

In der ersten Phase sollen auch alle Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper (mit einer Reichweite über 1.000 km) seitens UdSSR und USA „in der europäischen Zone (...) beseitigt“ werden. Vielfach wurde dies so interpretiert, als wolle Gorbatschow nun auf Reagans Nulllösung einschwenken, der alle SS-20 der Sowjetunion verschrotten haben wollte, wenn keine neuen US-Mittelstreckenraketen nach Europa kommen sollten. Inzwischen hat Reagan in seiner Antwort noch draufgesetzt, und die CDU und insbesondere der Herr Dreyer verkünden mit Stolz, sie hätten dieses schlechte Gangstergeschäft ins Spiel gebracht. Inzwischen soll die Sowjetunion nicht nur alle SS-20 in Europa verschrotten, sondern gleich noch den Großteil ihrer in Asien stationierten Systeme, wenn die neuen „Nachrüstungs“-Raketen der NATO wieder weg sollen. Man kann den Begriff der „europäischen Zone“, den Gorbatschow benutzt, keineswegs einfach so interpretieren, als wolle Gorbatschow lediglich die land- und bodengestützten Mittelstreckensysteme zum Gegenstand der Verhandlungen machen. In einer sowjetischen Rechnung über die europäischen Mittelstreckenwaffen, die die UZ vom 9.1.86 wiedergibt, rechnet die SU für die NATO 396 Mittelstreckenraketen und für die UdSSR 373, darunter 243 SS-20-Raketen, die allerdings mit 3-fach-Sprengköpfen bestückt sind. Unter Einbeziehung der Luftwaffen kommt die Rechnung auf 1015 Trägersysteme bei der NATO gegenüber 850 seitens der SU, bei den Sprengköpfen wird ein Verhältnis von 3.000 zu 2.000 zugunsten der NATO gerechnet. Spätestens hier würde die NATO eine vollkommen andere Rechnung aufmachen, da die NATO ebenso

wie bei den Panzern sämtliche einmal produzierten Flugzeuge der SU nach wie vor in den Listen führt. Der beliebteste NATO-Trick ist allerdings der, sämtliche zur See gestützten Systeme zu „vergessen“, weil hier die NATO überlegenheit offensichtlich ist. Dazu zählen insbesondere 400 bis 600 Sprengköpfe auf Poseidon-U-Booten und Raketen, „die“, dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa unterstellt sind und zukünftig sämtliche abgestellten Cruise Missiles, wovon die USA gleich 4.000 Stück bestellt haben, wovon natürlich ein beträchtlicher Teil in Europa stationiert wird, während die Sowjetunion erst dabei ist, Marschflugkörper mit Reichweiten über 1.000 km, d.h. im Mittelstreckenbereich, zu erproben.

Grob vereinfacht läßt sich sagen, daß seitens der NATO in Europa in den 80er Jahren ein Mittelstreckenarsenal aufgebaut wird, daß in der Größenordnung in etwa dem strategischen Atompotential entspricht, aber den unschätzbaren Vorteil hat, nicht nur die gleichen Ziele der SU ins Visier nehmen zu können, sondern auch entsprechende kurze oder (bei den „Bummler-Raketen“, wie die Cruise Missiles auch genannt werden) verdeckte Flugzeiten zu besitzen, die eine Vorwarnzeit ausschließen. In ihrem Plan, sämtliche Mittelstreckenwaffen seitens der USA und der Sowjetunion in Europa zu verschrotten, verlangt die Sowjetunion vom England und Frankreich dabei nicht mehr oder weniger als das Einfrieren ihres Kernwaffenarsenals. Allein auf See stationiert besitzen Großbritannien und Frankreich derzeit 374 Atomspengköpfe mittlerer Reichweite, in 10 Jahren soll diese Zahl auf über 1.200 Sprengköpfe anwachsen. Immerhin ist dies eine Zahl, die sämtliche derzeit stationierten SS-20-Sprengköpfe in Europa weit übersteigt. Gorbatschow schlägt vor, die USA sollten keine solche Waffensysteme weitergeben. Womit dann die Briten ganz dumm da länden, da sie auf eigene Entwicklungen im Unterschied zu Frankreich verzichtet haben und die neuen Tridentraketen bei den USA bestellt haben und dafür ihr Arsenal auch der NATO unterstellen. Dieser neue Abrüstungsplan geht in Bezug auf die europäischen Systeme weiter als alles, was bisher dazu verhandelt worden ist, denn bisher haben sich die USA und die NATO strikt geweigert, die französischen und britischen Systeme überhaupt zu zählen, geschweige denn zur Debatte zu stellen. Frankreich und Großbritannien gehörten auch zu den ersten, die in Reaktion auf den Gorbatschow-Vorschlag bezüglich ihrer Systeme abwinkten. In der ersten Phase des Gorbatschow-Plans soll außerdem von Anfang an ein Teststopp kommen für alle Nuklearexplosionen gelten, denen sich dann möglichst viele Staaten anschließen sollen, die SU hat ihren derzeitigen Teststopp um drei Monate (bis Ende März 86) verlängert.

In der zweiten Phase ab 1990, die fünf bis sieben Jahre dauern soll, sollen beide Mächte ihr taktisches Nuklearpotential (Reichweiten unter 1000 km) einfrieren, nach Abschluß der Reduzierung der strategischen Waffen um 50% werden die taktischen Waffen um 50% werden die taktischen Waffen dann ganz beseitigt. Alle übrigen Kernwaffenarsenale sollen in dieser Phase ihre nuklearen Rüstungen einfrieren, Atomrüstungen sollen nicht mehr auf den Territorien anderer Länder unterhalten werden (z.B. die rund 6.000 Atomspengköpfe in der BRD müßten verschwinden). Das Verbot für Weltraumangriffswaffen soll multilateral erweitert werden, ebenso der Teststopp für Nuklearkraft und für andere Waffen mit ähnlicher Wirkung.

In der 3. Phase ab 1995 sollen dann die noch verbleibenden Atomrüstungen abgeschafft werden und mit einem universellen Abkommen die Ächtung der Atomwaffen beschlossen werden. Die Modalitäten für die Vernichtung der Kernwaffen, für die Verschrottung oder Umwandlung (mit konventionellen Sprengköpfen z.B.) der Trägerwaffen sollen in Vereinbarungen festgelegt werden, wobei die Kontrollen sowohl durch technische Maßnahmen als auch vor Ort zugelassen werden sollen. „Die UdSSR ist bereit, jegliche zusätzliche Kontrollmaßnahmen zu vereinbaren“, heißt es, um der vielfach erhobenen Beschuldigung, die Sowjetunion laue keine Kontrollen zu, den Boden zu entziehen.

Ansonsten wiederholt Gorbatschow den Vorschlag, schnellstmöglich das Verbot aller C-Waffen zu beschließen. Bei der Vernichtung der Verträge vor Ort soll eine internationale Kontrolle zulässig sein.

Auch bei den konventionellen Waffen soll es zu Abkommen über Begrenzungen kommen, wobei auf die Wiener Truppenverhandlungen hingewiesen wird, wo beide Seiten sich seit über 13 Jahren erfolgreich über die tatsächliche Stärke der sowjetischen Truppen streiten, bzw. die Forderung der NATO-Staaten, daß hier die Sowjetunion einen erheblich größeren Teil zu reduzieren hätte.

Ein schöner Plan, der zumindest eine Zeit lang den „Geist von Genuß“ am öffentlichen Leben erhält und es vielleicht der NATO etwas schwieriger macht, das Feindbild Sowjetunion so ungebrochen aufrechtzuerhalten. Aber weder hier noch in der Sowjetunion selbst wird es dann auf besondere Gegenliebe stoßen, wenn sich die Sowjetunion dann in der Praxis unter Inkaufnahme besonderer Lasten an den kommenden Runden des Wettüstens weiter beteiligen wird.

HH



Andropow

Im Rahmen eines Agenten-Austausches kam im Februar der sowjetische Jude Anatoli Schtscharanski frei, der seit 1977 inhaftiert war. Er wurde auf schnellstem Weg nach Israel geflogen, wo die gesamte parteipolitische Prominenz und Tausende von Menschen, darunter besonders viele Anhänger der extremen Rechten, ihm einen jubelnden Empfang bereiteten. Schtscharanski sei „Symbol und Flaggenträger“ des Kampfes der sowjetischen Juden für die „Heimkehr“ nach Israel, wurde von israelischen Politikern erklärt. Der Neubürger, der sich jetzt Nathan Scharon nennen läßt, steht als Stellvertreter für die angeblich 400.000 sowjetischen Juden, die keinen größeren Wunsch haben, als gleichfalls die Erlaubnis zur Ausreise nach Israel zu erhalten. Sie und das Grundkapital des 1985 von Regierungschef Pjotrow verkündeten „Fünf-Jahr-Plan zur Heimbringung von mindestens einer halben Million Juden“ nach Israel. Die Realisierungschancen dieses Vorhabens bleiben jedoch zweifelhaft.

Anatoli Schtscharanski hatte 1973 ebenso wie seine spätere Frau Avital die Ausreise nach Israel beantragt. Avital bekam die Genehmigung 1974, während sie ihm verweigert wurde. In der Folgezeit wurde Schtscharanski einer der bekanntesten Sprecher der sogenannten Helsinki-Gruppen. Sie waren nach der KSZE-Konferenz von Helsinki (1975) gebildet worden, um mit dem Menschenrechtsteil der dort verabschiedeten Willenserklärung die UdSSR unter Druck zu bringen. Schtscharanski war wegen seiner guten englischen Sprachkenntnisse ein bevorzugter Kontaktperson der Dissidenten-Szene zu den westlichen Presse-Vertretern in Moskau, insbesondere den korrespondierenden US-amerikanischen Zeitungen.

Die Regierung Breschnew reagierte auf die kühnere Entfaltung der Opposition nach Helsinki mit gezielter Repression. Die Dissidenten-Gruppen wurden Stück um Stück zerschlagen. Als Anfang 1977 der neue US-Präsident Carter mit der Verhängung antrat, die Menschenrechtsfrage als Brechhölzer der amerikanischen Außenpolitik gegen die UdSSR einzusetzen, verschärfte sich die Lage noch weiter. Anfang März 1977 erschien in der sowjetischen Presse ein Artikel des jüdischen Chirurgen Lipawski. Der Autor bekannte sich schuldig, 1972 von der CIA angeworben zu sein, um als deren Agent in jüdischen Dissidentenkreisen der UdSSR zu wirken. US-Diplomaten hätten, so Lipawski weiter, jüdischen Dissidenten „nachhaltige materielle Hilfe“ gewährt und als Gegenleistung Informationen für die CIA verlangt. Was Lipawski angeht, soll die CIA inzwischen bestätigt haben, daß er zumindest 1973 für sie gearbeitet hat. (1) Lipawski nannte aber auch die Namen weiterer in der Dissidentenszene bekannter Juden, die angeblich von der CIA bezahlt wurden. Darunter auch Anatoli Schtscharanski. Am 15. März 1977 wurde dieser verhaftet. Im Juli 1978 wurde ihm der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf insgesamt 13 Jahre Haft und Arbeitslager wegen Spionage. Nach sowjetischen Vorstellungen von diesem Urteil sollte einmal unbegründet, denn dort ist im Prinzip die Weitergabe jeder Information kriminalisierbar, deren Publikation der Staat als unerwünscht betrachtet. Und Schtscharanski hat zweifellos der westlichen Presse viele solche Informationen vermittelt. So hat er, gelernter Computer-Experte, für einen US-Journalisten eine Liste sowjetischer Juden zusammengestellt, denen die begehrte Ausreisegenehmigung versagt worden war, weil sie angeblich in sicherheitsintensiven Bereichen gearbeitet hätten. „Aus den Arbeitsplätzen der zurückgekehrten Juden ließ sich ohne weiteres eine Reihe von Sicherheitsberichten ableiten.“ (2) Ebenfalls eine Rolle spielte im Prozeß ein von Schtscharanski ausgearbeiteter Fragebogen, mit dem 1300 Sowjetbürger „Interviewt“ werden sollten. Angeblich sollte analysiert werden, wie viele und welche Straftaten in Lagern es in der gesamten UdSSR gibt. (3)

Mit der Qualifizierung dieses Prozesses als typischer Ausdruck sowjetischer Paranoia oder gar als antijüdische Hexenjagd sollte man sich allerdings vorzüglich sein: Unter den beim kürzlichen Agenten-Austausch freigelassenen war beispielsweise der Diplomwirtschaftler Detlef Scharfenthorn. Ein bundesdeutsches Gericht hatte ihn 1983 zu vier Jahren Haft wegen

Anatoli Schtscharanski wird Nathan Scharon

Aber Israels Probleme bleiben



nachrichtendienstlicher Tätigkeit für die DDR verurteilt. Sein Verbrechen bestand darin, daß er Studenten für die „Auswertung“ frei zugänglicher Wirtschaftszeitungen honoriert hatte.

Die Entscheidung jüdischer Verbände, Anatoli Schtscharanski zum Mittelpunkt einer Langzeitkampagne zu machen, fiel sehr schnell. Einer der Gründe liegt auf der Hand: „Fünfzehntausend politische Gefangene in Kerkern, Lagern und psychiatrischen Heilanstalten sind ein Begriff. Eine Vorstellung sind sie kaum. Avital Schtscharanski hat aber nahezu jeder Fernsehzeitschauer auf der ganzen Welt bereits gesehen. Man kennt sie sozusagen und nimmt persönlichen Anteil an ihrem Schicksal und dem ihres Mannes. Es hat sich inzwischen eindeutig erwiesen, daß ein Einzelschicksal überzeugender wirkt als das gemeinsame Unglück vieler, ein Kollektivschicksal, so grausam es auch sein mag.“ (4)

Am 10. Juni 1977, drei Monate nach der Verhaftung Schtscharanski's, fand vor dem Aeroflot-Büro in New York die erste große „Free Anatoli“-Demonstration statt. Avital, die sofort aus Weissensee in Sachalin, „tapfere kleine Frau“ engagiert wurde, war zugegen. Auf dem Hinflug machte sie in Bonn Station, auf dem Rückflug in Hamburg. Beide Male ergab sich Gelegenheit zu Gesprächen mit der Springerpresse, die sich um die „Pogrom-Atmosphäre“ und die „antijüdische Hetzkampagne“ in der UdSSR dreht. (5) Finanziert wurde die umfangreiche Reisediplomatie von Frau Schtscharanski „zum Teil von der israelischen Regierung und zum Teil von Vereinigungen, die für eine verstärkte Emigration von Juden aus der Sowjetunion eintreten“ (6), von „Sympathisanten aus den USA“ (7) und von der extremen Rechten Israels, die die Kampagne auch personell absicherte. Zweifelloso eine legitime und kluge Investition. Zuviel des Guten ist da lediglich der Eifer des israelischen Spezialisten Peter M. Ranke, der in der „Bild“ (13.2.86) unbedingt noch schreiben mußte: „Sie lebte in Jerusalem vor 325 Mark Sozialhilfe im Monat.“

Unter den zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten, die sich 1977 zugunsten Schtscharanski's stalteten, ist an erster Stelle ein zweitägiges Schtscharanski-Tribunal zu erwähnen, das im Mai 1980 in Amsterdam durchgeführt wurde. Angeblich wollte man dort die Umstände prüfen, die zu Verhaftung und Verurteilung Schtscha-

ranski geführt hatten. Aufklärerischen diesbezüglich wurde allerdings nicht bekannt. Für das Tribunal hatte man sich ein betont linkes Image gesucht, und das durchaus mit Absicht: „Der Protest kommt hier in Amsterdam von links-sozialistische Politiker, die von der Notwendigkeit der Entspannung zwischen Ost und West überzeugt sind, setzen sich hier für die Freilassung von Schtscharanski und für alle Dissidenten ein. Das muß Moskau doch zu denken geben.“ (8)

Für diesen Anspruch des Tribunals standen Namen wie Mario Soares, Corita King (Witwe von Martin Luther King), Joop den Uyl (ehem. sozialdemokratischer Regierungschef der Niederlande) und der frühere amerikanische UN-Botschafter Andrew Young.

Letzterer eine ganz besondere Pikanterie, denn Young hatte seinen UN-Job gerade verloren, weil ihm zu große Freundschaft für die PLO und Arafat vorgeworfen worden war.

„Let my people go“

Die sowjetischen Juden bilden seit langem neben der Unterstützung Israels den zweiten Schwerpunkt in der politischen Tätigkeit der jüdischen und anderen jüdischen Verbände, vor allem in den USA. Das hat zugleich eine weit zurückreichende Tradition, denn schon 1911 brachten die jüdischen Verbände in den USA ein amerikanisch-russisches Handelsabkommen zu Fall, um Druck gegen die Diskriminierungs- und Pogrom-Politik des zaristischen Regimes auszuüben. Für viele amerikanisch-jüdische Sprecher scheinen denn auch die Grenzen zwischen dem Zionsismus, Nazi-Deutschland und der heutigen UdSSR nicht definiert.

Die erste große, internationale Konferenz zur Lage der Juden in der Sowjetunion fand 1960 in Paris statt. Die bis heute herausragende Veranstaltung dieser Art war die Brüsseler „Weltkonferenz jüdischer Gemeinden über die sowjetische Judenheit“ im Februar 1971. Zugesagt waren u.a. die israelischen Politiker Ben Gurion und Menachem Begin, und so überhaupt das ganze relevante politische Spektrum Israels und des Zionismus. Man verabredete die „Brussels Declaration“ als die heute gültige zentrale Willenserklärung. Es heißt da: „Wir, die wir auf dieser Konferenz versammelt sind, verpflichten uns, mit unablässigem Bemühen sicherzustellen, daß das Verlangen der sowjetischen Judenheit vor dem Gewissen der Welt wachgehalten wird,

bis ihre gerechte Sache gesiegt hat. Wir werden fortfahren, die Energien aller jüdischen Gemeinden zu mobilisieren. Wir werden wirken durch die Vereinigten Nationen und andere internationale Körperschaften, sowie durch jedes Medium der öffentlichen Meinung. Wir werden nicht ruhen, bis die Juden der Sowjetunion frei sind, ihr eigenes Geschick zu wählen. LET MY PEOPLE GO.“ Die Schlußparole weist auf treffend darauf hin, daß nicht das Begehren nach religiösen und kulturellen Rechten für die sowjetischen Juden im Vordergrund steht, sondern das Verlangen nach ungehinderter Ausreise.

Seit 1971 werden diese Aktivitäten in den USA koordiniert von einer National Conference on Soviet Jewry, einem Dachverband, zu dem sich 28 größere jüdische Organisationen der USA zusammenschließen haben. In anderen Ländern gibt es ähnliche Einrichtungen, wie das Canadian Committee for Soviet Jewry, das International Coordination Office for Regional Organizations in Defense of Soviet Jewry in Europe und das Israel Public Council for Soviet Jewry. Weltweit schaltet das Exekutivkomitee der World Conference on Soviet Jewry alle Aktivitäten zusammen. In den USA gibt es die gleiche Art von Aktionseinheitskomitees außerdem auch noch einmal auf Stadtebene. Die wichtigste zentrale Aktivität stellt dort seit Anfang der 70er Jahre der alljährliche „National Solidarity Sunday“ dar, an dem sich die meisten jüdischen Gemeinden der USA beteiligen. In New York finden an diesem Tag Demonstrationen mit bis zu 200.000 Teilnehmern statt. Übrigens keineswegs nur Juden, denn die jüdischen Verbände sind mit Erfolg bemüht, katholische und protestantische Kreise, ebenso wie beispielsweise auch schwarze Kräfte in die Kampagne einzubeziehen. Neben dem nationalen Solidaritystag gibt es noch Solidaritäts- und Solidaritätswochen auf Stadtebene, Demonstrationen aus konkreten Anlässen (z.B. bei Aufrufen sowjetischer Politiker oder Künstler) und sogar Pessach-Oster-Märsche. Die Grundanklage gegen die Sowjetunion lautet: Sie mache es unmöglich, in der Sowjetunion als Jude zu leben. Sie verweigere den Juden ihre religiöse, kulturelle und nationale Identität. Sie unterdrücke das Erbe jüdischer und hebräischer Literatur, sie verfolge sogar den Unterricht der hebräischen Sprache mit Repressionen. Im Berufsleben würden Juden diskriminiert und von ganzen Bereichen total ferngehalten, so vom Militär und dem außenpolitischen Dienst. Mit staatlicher Duldung und Förderung seien die Juden der Sowjetunion sogar wieder antisemitischer Hetze ausgesetzt, die sich teilweise der linken Tarnung des Antizionismus bediene. Ihnen bleibe daher gar nichts anderes als die „Heimkehr“ nach Israel. 400.000 Juden haben angeblich die Ausreise schon beantragt. Die Zahl wäre sogar noch weit höher, sagen die jüdischen Verbände, wenn den Ausreisewilligen

das haben angeblich die Ausreise schon beantragt. Die Zahl wäre sogar noch weit höher, sagen die jüdischen Verbände, wenn den Ausreisewilligen nicht schlimme Schikanen und Strafen drohen würden.

Diese Anklagen, die vom Autor nicht insgesamt bewertet werden können, müssen dennoch an einigen Punkten relativiert werden. Die bekanntgewordenen Fakten lassen darauf schließen, daß in der UdSSR jüdische Kultur stark — und gewiß nicht unabsichtlich — vernachlässigt wird, nicht aber, daß sie gewaltsam unterdrückt wird. Es gibt eine Handvoll Rabbiner und Synagogen, es gibt eine religiöse Ausbildung, es gibt eine Zeitschrift in jiddischer Sprache, es gibt drei jüdische Theater, es gibt offiziellen Angaben zufolge auch hebräisches Studium. Wo über die Unterdrückung jüdischer Kultur, Sprache und Religiosität in der UdSSR geklagt wurde, mußte der Vollständigkeit halber hinzugefügt werden, daß die von Dissidenten veranstalteten Kurse, Symposien etc. niemals pur und unpol der Kultur, der Sprache und der Religion galten, sondern daß sie zugleich Transportmittel sein sollten für eine Politik und Ideologie, die in der Solidarität mit dem Staat Israel ihren festen Bezugspunkt hat. Nun könnte man einwenden, daß jüdische Kultur und Identität eben ohne Israel gar nicht denkbar sei. Genau hier scheint das Problem zu liegen, das der Sowjetstaat mit der jüdischen Kultur und Identität tatsächlich hat.

Zum Vorwurf der beruflichen Diskriminierung: Juden stellen ungefähr 0,7% der Bevölkerung der UdSSR dar. Unter den Studenten stellten sie 1970 2,3%, unter den „Spezialisten mit höherer Ausbildung in der Sowjetwirtschaft“ 5,2%, unter den „wissenschaftlichen Arbeitern“ 6,65%. Einer neueren sowjetischen Angabe zufolge sollen derzeit 5% der Wissenschaftler, 6% der Beschäftigten in Kultur und Presse, 3% der Mediziner und 6% der Juristen jüdischer Nationalität sein. (9) Offensichtlich ist auch aus der sowjeti-

schen Statistik, daß der jüdische Prozentanteil in den genannten Bereichen in den letzten 20-30 Jahren stark abgenommen hat. Hintergrund: Die Sowjetunion betreibt eine Nationalitätenpolitik, die den Anteil bisher unterproportional vertretenen Sowjetvölker unter den Wissenschaftlern, Kulturschaffenden u.s. systematisch erhöhen soll. Das senkt zwangsläufig den Anteil anderer Nationalitäten, die in diesen Bereichen traditionell relativ stark präsent sind. Nehmen wir ein Beispiel: Laut Sowjet-Statistik gab es 1950 162.000 „wissenschaftliche Arbeiter“, von denen 23.250 Juden waren, gleich 14,3%. 1970 waren unter nunmehr einer Million „wissenschaftlichen Arbeitern“ 66.700 Juden, gleich 6,63%. Die Zahl jüdischer „wissenschaftlicher Arbeiter“ hatte sich also tatsächlich nahezu verdreifacht, bei sinkender Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR.

Die Entwicklung der Emigration aus der UdSSR

Laut Statistik gab es 1939 2,27 Millionen Juden in der UdSSR. 1970 wurden nur noch 2,15 Millionen Juden gezählt. In der letzten Volkszählung, 1979, war ihre Zahl auf 1,81 Millionen gefallen. Mehr als 250.000 Menschen sind seit 1968 ausgewandert, was den Rückgang zum Teil erklärt. Israelische Stellen und jüdische Verbände gehen jedoch davon aus, daß die wirkliche Zahl der sowjetischen Juden bei drei Millionen liegt; sie berufen sich dabei auf Angaben sowjetischer Politiker. Angeblich wollen noch 400.000 von ihnen auswandern. Für diese Behauptung fehlt aber eine stichhaltige Grundlage.

Die UdSSR begann Ende der 60er Jahre, die Tore für ausreisewillige Juden zu öffnen. 1971 erreichte ihre Zahl mit 13.000 erstmals eine beachtliche Höhe. Sie stieg 1972 auf 31.700, fiel 1974 auf 20.600, lag dann mehrere Jahre lang um 15.000 und verzeichnete 1979 noch einmal einen rasanten Anstieg mit der absoluten Rekordzahl von 51.300. 1980 waren es noch 21.471, 1981 weniger als 10.000, 1984 gab es mit 896 den Tiefpunkt und 1985 mit 1140 keinen nennenswerten Anstieg.

Schon 1973 hatte sich außerdem als neues Phänomen das „drop-out-Phänomen“ herausgebildet, nämlich 12-14% der Ausreisewilligen wollten nicht nach Israel, sondern bevorzugt in andere Länder, hauptsächlich die USA. 1975 waren schon ein Drittel der Ausreisenden „drop-outs“, und 1976 gar Zweidrittel. Die wirkliche Zahl liegt noch höher, weil die offizielle Zahl nur Auswanderer berücksichtigt, die gar nicht erst in Israel angekommen. Die Statistik zeigt, daß das Verhalten der Auswanderer je nach Herkunft unterschiedlich ist. Am höchsten ist die „drop-out-Rate“ unter Emigranten, die aus Großstädten kommen. An der Spitze liegen die aus Odessa kommenden Emigranten mit 94,7% und Kiew mit 87,4%. Zweifelloso hat die Sowjet-

die aus Großstädten kommen. An der Spitze liegen die aus Odessa kommenden Emigranten mit 94,7% und Kiew mit 87,4%. Zweifelloso hat die Sowjetbörse also Gelegenheiten, die „drop-out-Rate“ zu manipulieren, beispielsweise indem sie bevorzugt großstädtischen Ausreisewilligen Genehmigungen erteilt. Dennoch wird jüdischerseits nicht in Frage gestellt, daß das „drop-out-Phänomen“ wesentlich als Reaktion auf die wachsenden inneren und äußeren Schwierigkeiten Israels gesehen werden muß. Ein Versuch, das Phänomen einzudämmen, bestand darin, daß die amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation HIAS unter massivem Druck gesetzt wurde, ihre Unterstützungsleistungen für jüdische Einwanderer aus der Sowjetunion einzustellen. Die Wirkung blieb sichtbar aus.

Sowjetisch-israelisches Tauwetter?

Mit dem schlichten biblischen Appell „Laß mein Volk ziehen“ ist es also nicht getan. Es kommt vor allem darauf an, ob mehrheitlich nach Israel zu lenken, um die weitgesteckten bevölkerungspolitischen Pläne der Regierung zu realisieren. Mindestens 500.000 Einwanderer innerhalb von fünf Jahren, wie Pjotrow 1985 angekündigt. Tatsächlich ist Israels Einwanderungsbilanz heute negativ, d.h. es gehen mehr Menschen als kommen. Das wäre eigentlich nicht schlimm, wenn man nicht erstens die politische Absicht hätte, weite Bereiche arabische Gebiete fest zu integrieren, und wenn man nicht zweitens den ideologischen Anspruch hätte, sämtliche Juden der Welt in Israel zu versammeln. Folgt also, daß sich, neben dem Krisengebiet Südafrika mit seiner stillstehenden jüdischen Gemeinde, das Hauptinteresse auf die Sowjetunion richtet. Zweimal



**Geld,
Waffen,
Blut**

**wg
FJS**

**Fall
Vera Brühne**

Der amtierende bayerische Ministerpräsident hält mit 950.000 DM die absolute Rekordmarke in den Listen des posthumen ehemaligen Flick-Buchhalters Diehl. Trotzdem hat der Name Strauß in der mit Bargeld gepflegten Herrenlandschaft einen vergleichsweise niedrigen Erregungs-Wert. Zwischen den Ekf, v.B., Frdr., Lms., K. usw. nimmt das höchstdotierte Kurzel FJS politisch eine scheinbar bescheidene Nebenrolle ein — un- verdient, denn dieser war es schließlich, der dem alten Konzernherrscher auf dem Totenbett versprochen mußte, sich um Baby-schließel, der dem alten Konzernherrscher auf dem Totenbett versprochen mußte, sich um Baby-Flick zu kümmern, damit die Geschäfte weiterhin einen gedeihlichen Verlauf nähmen. Der erstaunliche und ungerechte Umstand mangelnder Publizität mag mehrere Erklärungen finden. Zum einen kann es niemanden überraschen, daß auch diese schwarze Kasse — wie so viele andere — für das Münchner Politumfeld sprudelte. Eine Sensation wäre es umgekehrt, wenn es nicht so gewesen wäre. Zum anderen will Strauß zu seinem größten Bedauern nun einmal nicht in Bonn. Drittens wird er vom „Spiegel“ augenfällig geschont, weil das Nachrichtenmagazin eine gewisse und nicht ganz unverständliche Lust bei antipflichtischen Ausfällen aus Bayern verspürt. Es kommt aber noch eine weitere Möglichkeit in Betracht: Mit Strauß könnte vielleicht eine garstige Seite der Affäre ins Licht, ein Aspekt, für dessen Bewältigung es nicht genügt, daß ein Augenzeuge sich an die Brust und dem Schilly auf die Schulter klopfte. Für diese garstige Seite sucht der Vorsitzende der Deutschen Journalisten Union nach dem treffenden Begriff, um bei „wissenschaftlich als Imperialismus definiert“ zu lauten.

Eckart Spoo's Formulierung ist einem Text über Waffenhandel in einem neuen Buch „Über den Fall Vera Brühne/Johann Ferbach entnommen („Die Vergangenheit, die nicht endet“, Hg. Ulrich Sonnemann, Focus Verlag Gießen). Gegenstand der Veröffentlichung ist vordergründig ein 25 Jahre alter Justizirrtum, die Nachkriegsgesellschaft, die ihn ermöglichte

und die sozialliberale Ära, die ihn ver- auß. Also — wie es manche Rezensionen sehen — Bewältigung von Geschichte, wenn auch der jüngeren. Aber jenes (worauf sich insbesondere Sonnemann in seinen Beiträgen abarbeitet) ist nicht das, was sich der Freund, der uns das Buch ans Herz legt, von einer AK-Besprechung verspricht. Hier geht es im Grunde um ähnliches, meinte er, wie in Ulrich Chaussey's „Oktoberfest — ein Attentat“ (Luchterhand, siehe AK 262). Wie wahr sprachen wir damals von einem „Blick hinter die Kulissen des Rechtsstaats“, so tun sich nun wahre Abgründe auf. Von wegen fünfziger Jahre, von wegen Vergangenheit. Es geht um die Machtverhältnisse des Hier und Jetzt. BND, Waffenhandel, Rüstungs- geschäfte, CSU-Seilschaften in der CSU und Umschläge mit Barem, die in ob- skuren Büros über die Schreibtische wandern, nachdem sie zuvor westeuro- päische Grenzen passierten. Das Buch ist kein leichter Brocken: Allzu massiv prasselt auf den Leser ungläubische, nein gläubische Infos ein. Wer seine Nerven schonen und sich einer solchen Tortur nicht unterziehen mag — bitte sehr: Er/sie verzichtet dann eben dar- auf, zu verstehen, was im Flick- Skandal vorfälschlich verschwunden wird

Parallelen

„Warum hat er sich denn das Leben genommen, der Depp.“ So sprach Franz Josef Strauß am Grab seines ehemaligen persönlichen Referenten, Brigadegeneral Repenning, nach Angaben eines Augenzeugen, welcher selbst politisch der CSU zuzuordnen ist. Die kleine Anekdote ist auch zu schön, um erfunden zu sein. Sie ist ein- fach super. Offiziell wurde bei Repen- nings Tod am 22.1.67 nämlich eine Herz- muskelerkrankung als Ursache fest- gestellt.

So viele Leichen. Und immer die gleiche Auswahl an Todesursachen. Soge- nannter Selbstmord, sogenannter Herzversagen, sogenannter Unfall. Meutens zeichnet sich das Ende recht- zeitig vorher ab: Der eine ist schwach- kräftig, der andere todunglücklich, alle befinden sich in finanziell ausweglosen Situationen, nicht zu vergessen der obligatorische „Harnschaden“. Wie halt auch Chaussey das Schicksal eini- ger möglicher Mitwisser oder Zeugen des Oktoberfest Attentats (1980) re- cherchiert hat. Da kann es einem viel- beschäftigten Politiker, der nun einmal das Joch trägt, mit einer beachtlichen Anzahl unnatürlicher Todesfälle ir- gendwie konfrontiert zu werden, pas- sieren, daß er die (offiziellen) Ursachen durcheinanderbringt. Daß er halt von

Selbstmord redet, wenn ein Herzversagen dran war oder von einem Unfall, wenn — natürlich „zweifelsfrei“ — Selbstmord „nachgewiesen“ werden konnte.

Ostern 1960 wurden in Pöcking bei München der Arzt Otto Praun und seine Haushälterin Elfriede Kloo ermordet aufgefunden. Zwei Jahre später be- fand die Justiz Vera Brühne, Geliebte des Praun und von ihm als Alibi ein- gesetzt, sowie deren Bekannten Jo- hann Ferbach als schuldig, beide wur- den zu lebenslanger Haft verurteilt. Ei- ne ganze Reihe von Anträgen, das Ver- fahren wieder aufzunehmen, wurden von der bayerischen Justiz abgeschmet- tert. Ferbach starb 1970 im Gefängnis. Vera Brühne wurde 1979 von Strauß begnadigt. Wer aber — und das gilt in- zwischen für den Zeitraum eines Vier- teljahrhunderts — seine Nase unberu- fenerweise in diese Sache steckte, weil die Unschuld der Verurteilten umso klarer wurde, je mehr Fakten allmäh- lich in die Öffentlichkeit gerieten, dem (oder der) wurde akbald bedeutet, wo- mit er (oder sie) zu rechnen habe. Zu- letzt stoberte Gaby Weber für das Focus-Buch einen achtzigjährigen Rüs- tungslobbyisten auf, Friedrich Groß- kopf, der sich als „Steigbügelhalter der CSU“ bezeichnete, gab der Journalis- tin den dringenden Rat, die Finger da- von zu lassen, denn „das Eisen sei viel zu heiß, Hände weg von Pöcking“, das wiederholte er mindestens 15 mal. Ich sei gefährdet, schon andere Leute, mit großem Format, hätten Schiffsbruch erlitten. Er wünsche keinen weiteren Kontakt mit mir und bereue, nur die ganzen Dinge erzählt zu haben. Alle Leute würden irgendwann umfallen, so auch er — ich solle nicht enttäuscht sein. Die Sache sei zu heiß.“ (Gaby Weber: „Neue Recherchen und Mut- maßungen“)

Einer, der umfiel, auch wenn er es ak- tuell anders darzustellen versucht (sie- he „taz“ vom 1.3.86), war der heutige SPD-MdB Ehmke, der 1971 als dama- liger Kanzleramts-Chef (und in dieser Eigenschaft auch Koordinator des Ge- heimdienstes) in eigener Sache nach Pullach fuhr. Die SPD hatte von einem BND-Gewahrmann im Parteivorstand erfahren und wollte die Akte haben. Wieder so eine schöne Geschichte: Wie es der Zufall wollte, traf Ehmke, der unverrichteter Dinge nach Bonn zu- rückfahren mußte, am selben Abend auf Strauß. Der hatte von den Nach- forschungen des SPD-Mannes Wind bekommen, aber nicht exakt, von wel- chen. Franz-Josef vor Zeugen zu dem Pullach-Touristen: „Wenn du an die Praun-Geschichte gehst, dann mußt du schon eine hohe Lebensversicherung haben. Wenn dir dein Leben lieb ist, dann laß die Finger von der Praun- Geschichte.“

Selbstmorde

Selbstmorde

Einer, der sich auffraß, um nicht zu- zufallen, war ein paar Wochen später tot. Hans Brandes, selber Waffen- händler und (mindestens zeitweise) im Auftrag des BND tätig, wurde am 15.4.71 in der Nähe von Pullach vergif- tet aufgefunden — Diagnose Selbst- mord. In einer Reihe von Briefen und Dokumenten, die er aus Sicherheits- gründen an die Kriminologin Birgitta Wolf schickte, trug er, weil er als knapp Fünfzigjähriger einen neuen Anfang machen wollte, zusammen, was er über das brennante Milieu und die Aktivitäten der ermordeten Praun und Kloo wußte, Brandes, der alsbald Drohanrufe und Besuche zweifelhafter Gestalten erhielt, wußte, womit er zu rechnen hatte: „Ich habe ... mit dem Verteidigungsministerium in Bonn ge- sprochen und die Auskünfte waren äußerst interessant aber auch bedenk- lich. Da es in unserer bundesdeutschen Demokratie in letzter Zeit so häufig merkwürdige Begebenheiten, wie Selbstmord mit Einschuss im Rücken, gegeben hat, glaube ich doch, daß meine Bedenken nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Naja, solltest du jemals etwas von einem Selbstmord Hans Brandes hören, bitte werte ihn als Fortsetzung einer Reihe von neu- modischen Erscheinungen in unserer auto-demo-nazi-kritischen Staats- form.“ (zitieren in Birgitta Wolf: „Wa- rum mußte Hans Brandes sterben?“) Der Brief ist vom Januar 1969, fast neun Jahre vor einigen anderen myste- riosen Selbstmorden, aber daß das Buch mehrfach das Thema Stamm- heim anschnitten, spricht nicht nur für besondere Phantasie. Das läßt sich ein- fach nicht vermeiden.

Eigenartige Tode starben im Verlauf dieser Affäre neben dem schon er- wähnten Praun, Kloo, Repenning („Selbstmord“), Ferbach („Herzver- sagen“), Brandes („Selbstmord“) mindestens sieben weitere BND-Leute, zwei Freundinnen des Praun, von de- nen eine als Kronzeugin der Anklage

gegen Vera Brühne auftrat, um ihre Aussage 1969 einem Journalisten ge- genüber zu widerrufen — drei Tage später war sie tot (plötzlich aufgetre- tene schwere Krankheit); zwei Mitwisser der HS 30-Schützenpanzer Affäre („verunglückt“) und noch einer, der „verunglückte“ und noch einer, der „sich vergiftete“ — und gewiß ist dies nur die Spitze des Eisbergs, denn auch die Frankfurterin Nitribitt hatte Zugang zu diesen Kreisen, Beweise- weise.

Da die Serie auch beim besten Willen für diesen unseren freiheitlichsten Staat der deutschen Geschichte nicht zu übersehen ist, faßt Eckart Spoo zu- sammen: „Oft geben Selbstmorde in diesem Milieu Anlaß zum Argwohn, ob es nicht in Wahrheit Mord sind, in der Absicht begangen, die Opfer zum Schweigen zu bringen. Beispiel (das Folgende ist nicht identisch mit den o.g. Fällen, sondern eine recht beliebi- ge und willkürliche Ergänzung, Ann. AK): Ein BND-Offizier, der nach offi- ziellen Angaben Selbstmord beging, soll zuvor in einem Münchner Bordell versucht haben, illegal Waffen zu ver- kaufen. BND-Vizepräsident General- major Horst Wendtland erschloß sich nach offiziellen Angaben am Schreib- tisch in Pullach. Einen mysteriösen Tod starb zuvor General Lüdke. Selbstmorde in Haftanstalten sind im- mer schwer aufzuklären. Karl Kofler, der im Zusammenhang mit der Auf- deckung eines internationalen Waffen- und Drogenhandlerrings verhaftet worden war und dann in einem italieni- schen Gefängnis angeblich Selbstmord beging, hatte sich guter Beziehungen zu „Münchner Kreisen“ gerühmt. Heinz Lembke, der nach den großen Munitions- und Waffenfunden in der Lüneburger Heide in Haft gekommen war, konnte die Verstecke nicht allein angelegt haben. Nachdem er angekün- digt hatte, er werde die Namen seiner Komplizen nennen, wurde er tot in seiner Lüneburger Zelle gefunden. Als Todesursache wurde amtlich Selbst- mord angegeben.“

Das mag man irgendwo auch als aus- gezeichnete Gerechtigkeit verbuchen. In höchstem Maße unbefriedigend bleibt aber trotzdem, daß diejenigen, die über Tod oder Leben verfügen, immer noch in Amt und Würden zu sein scheinen — übrigens auch höchstes Ansehen in der Christenheit genießen.

Dealer

Das Brühne/Ferbach-Urteil von 1962 wäre schon deshalb nicht zu halten ge- wesen, weil es sich recht bald als Ju- stizskandal entpuppte: Gekaufte Kron- zeugen, gekaufte Verteidiger (die An- wälte der Angeklagten bekamen über die Firma Brinkmann, Hamburg, nicht nur in der Tabak-, sondern eben auch in der Waffenhandelsbranche aktiv, diskret Gelder zugeschoben, um im Prozeß des politischen Hintergrund auszubilden), eine gekaufte Bericht- erstattung (neben „Quick“ erfreut sich auch die „Neue Illustrierte“ illustrier- Verbindungen zum BND) usw. Auf- grund medizinischer Untersuchungen stellte sich insbesondere heraus, daß der dem Urteil zugrundeliegende Todeszeit- punkt von Praun/Kloo auf jeden Fall falsch war. Die Bayern-Justiz war von all dem nicht zu beeindruckt; ihren Akteuren dankte es die CSU mit at- traktiven beruflichen Karrieren.

Aber erst nach dem Tod des ehemali- gen Strauß-Referenten Repenning soll- te bekannt werden, was es mit dem Dr. Praun eigentlich auf sich hatte. Im September 67 machte ein Roger Hen- tiges bei der Bonner Staatsanwaltschaft die folgenden Aussagen: Er habe Ende der fünfziger Jahre eine nachrichte- dienstliche Tätigkeit für den BND in Frankfurt ausgeübt. Zu seinen Aufga- ben habe gehört, hohe Geldsummen aus Frankreich in die BRD zu schlei- sen. Diese Beträge seien für einfluß- reiche Personen im Bonner Verwei- dungsmuseum und im Pullach be- stimmt gewesen. Sie hätten dem Zweck gedient, einigen Rüstungsfirmen Auf- träge der Hardthöhe zu verschaffen. Zum Beispiel sei es um die Bordausrüs- tung der Noratlas-Flugzeuge und um den HS 30 Schützenpanzer gegangen.

Nach Hentiges Angaben erhielten hohe Beamte aus dem Beschaffungs- Abteilungen des damals von Strauß geleiteten Verteidigungsministeriums je- weils mehrere zehntausend DM. An Repenning seien 2,3 Millionen geflos- sen — wohl kaum zur eigenen Verwen- dung. Der Münchner Arzt Praun habe 300.000 DM erhalten. Letzterer sei er- mordet worden. „nachdem einige Leu- te auf eigene Faust und zu eigenem Profit Geschäft gemacht hatten.“ Er, Hentiges, sei persönlich mit Repenning und einem BND-Mann namens Schrö- der in den frühen Morgenstunden des Kaufreises 1960 zu Praun gefahren, um den Arzt wegen dessen Geldforderun- gen zur Raison zu bringen (nach dem

Urteilspruch gegen Brühne/Ferbach hätte Praun da schon tot sein müssen). Dabei sei es zu heftigen Auseinander- setzungen gekommen, deren Ausgang er jedoch nicht mitbekommen habe. Als er nach den Felerlagen vom dem Doppelmord erfuhr, habe er an Strauß geschrieben und sich von solchen Me- thoden distanziert.

Den ihn vernehmenden Beamten er- läuterte Hentiges auch die Wege des Geldtransfers an die Hardthöhe. Er habe damals in Frankfurt eine Büroge- meinschaft mit den Rüstungslobbyis- ten Friedrich Großkopf und Hans Brandes (s.o.) unterhalten. Anfangs seien die Gelder über Großkopf weiter- geflossen, später jedoch direkt an den Strauß-Spez Repenning gegangen. Ein Karl Heilmul Schnell (natürlich auch CSU und aus dem Hause Gehlens) habe die Zahlungen „überwacht“, indem er gelegentlich unangemeldet in Frank- furt auftauchte und nach dem „Mech- ten“ sah. Schnell war originellerweise der Leiter des Anti-Korruptions- Referates im BMV. Diese nicht unkom- mune bayerische Direktwahl offenbart ein tiefgründiges Verständnis vom Monopolkarakter des staatlichen Ge- waltmonopols ...

Schnell wurde von Hentiges beschul- digt, bei der Ermordung Prauns die Fäden gezogen zu haben. Doch die nordrhein-westfälischen Ermittler mußten den Fall an die Münchner Ju- stiz abgeben. Dort endete die Angele- genheit vorerst mit einer Verurteilung des BND-Mannes wegen Falschaussage (seine Angaben über die nächtliche Fahrt nach Pöcking zur Praun-Villa waren im Detail widersprüchlich). Bei einer späteren Untersuchung des Ver- teidigungsministeriums (1976) gegen Schnell blieb Hentiges zunächst bei sei- nen Angaben, um sie schließlich 1978 vor Gericht zu widerrufen. Wie ein Wunder fügte es sich, daß in der Folge- zeit eine Viertelmillion ungeklärten Ur- sprungs auf das Konto seiner Frau ein- ging, womit sein Lebensabend finan- ziert werden konnte.

Der famose Anti-Korruptions-Beamte wurde vom neuen Dienstherrn Schmidt Ende 1969 degradiert, blieb aber auf der Hardthöhe. Seit der Bonner Wen- de ist Schnell als Abteilungsleiter Rüs- tung wieder goldrichtig eingesetzt und gilt als die Hausmacht von Strauß bei Wörner. Anfang des Jahres soll er so- gar als Nachfolger für Staatssekretär Ermlich im Gespräch gewesen sein (da- mit hätte er als ausgesprochene Fach- kraft auch den MAD unter sich ge- habt). Dies dürfte sich nach dem Er- scheinen des Focus-Buches erledigt ha- ben; neben den Grünen hat auch die SPD-Fraktion im Bundestag Wite- rung genommen (ohne allerdings dar- über ins Grübeln zu geraten, wie es möglich war, daß dieser ganze Sumpf die sozialliberale Ära ungeschoren überdauerte).

Damit ist die Geschichte eben nicht zuende. Weniger beachtet von der sich überdauernd.

Damit ist die Geschichte eben nicht zuende. Weniger beachtet von der sich allmählich interessierenden Öffentli- cheit erlaubt das Buch auch einen Blick unter die Oberfläche des bisher geschil- derten crime and politics-Geschehens. Als der „Spiegel“ 1968 die Hentiges- story bringt, erinnert sich der Mann, der seinerzeit mit ihm in Frankfurt das Büro in der Maliner Landstraße geteilt hatte, Hans Brandes, bestirkt durch die Bekanntschaft mit der Kriminolo- gin Wolf, bestätigt die Aussagen von Hentiges, aber er ist auch in der Lage, sich einen Reim auf das mysteriöse Verschwinden einiger kleinerer Flache und das Kahlstellen einiger größerer zu machen, während die wirklich großen munter weiter agierten. Er erwähnt Pressionen und beginnt zu kämpfen: Jetzt erst recht. Man rät ihm, sich der Auffassung des BMV anzuschließen. Hentiges sei ein notorischer Lügner. Daraufhin sagt Brandes jedem, der es (nicht) hören will, was er weiß, Ge- heimdienstleuten (darunter BND-Präsident Wessel, der ihn dreimal per- sönlich aufsucht), Staatsanwälten, Po- litikern, Journalisten.

Folge Nummer 1: Er muß seine Firma verlassen. Nummer 2: Er überwirft sich mit seiner Familie. Nummer 3: Man hebt ihm die Stempelhandlung auf den Hals, die prompt fundig wird. Brandes reagiert, man müsse es ma- chen „wie der älteste Vertreter der APO“, „genau und unverblümt meine Ansicht zu vertreten und von meiner Meinung bringt mich auch nichts mehr ab.“ Geradezu dramatisch dokumentiert das Buch — und das ist eigentlich sein stärkster Teil, obwohl die Texte von Brandes leider zum Teil auseinandergerissen wurden — das Aufkommen des Dissidenten gegen eine Mauer des Schweigens, seine Todesahnungen, seine präzisen Kombinationen.

Am Ende landet er ausgerechnet wie- der beim BND in Pullach, wo er auf ei- gene Faust versucht, die Akte Praun aufzudeckeln. Das konnte nicht gutge- hen.

Fortssetzung nächste Seite

Das letzte Tabu

Interview über die Welle antisemitischer Ausbrüche in der BRD

Anlaß für dies Interview mit Gunter Bernd Glözel (siehe Kasten) ist die seit Mai 1985 so gut wie nicht unterbrochene Kette antilebendiger Ereignisse und deren erregte Erörterung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Es begann am 8. Mai mit einem regierungsamtlichen Zeremoniell auf dem Bübinger Soldaten- und SS-Friedhof. Es folgte die Verhinderung der Aufführung eines Theaterstücks mit antijüdischen Stereotypen von Fußbinder durch die jüdische Gemeinde in Frankfurt. Im Zusammenhang mit der geforderten vorgenannten Wiedergutmachung für ehemalige Sklavenarbeiter des Flick-Konzerns äußerte CDU-MdB Fellner, solche Forderungen seien „weder rechtlich noch moralisch berechtigt“; es entstand der Eindruck, „daß Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klumpert (...) Die Juden sollten uns nicht mit solchen Forderungen in Verlegenheit bringen.“ Und erst vor kurzem äußerte der Bürgermeister von Korsebroich Wilderich Freiherr von Mierbach Graf von Spee: „Um den Ausgleich des Haushalts 1986 zu schaffen, mußte man schon einige reiche Juden erschlagen.“

In der bundesrepublikanischen Geschichte ist eine solche Umwälzung unmittelbarer Äußerungen besonders von offiziellen Repräsentanten neu. Wir empfinden und bewerten die diese Folge von jüdenfeindlichen Begehrten? Sieht Du hier eine neue Qualität, einen Neo-Antisemitismus, vielleicht in dem Sinne von Rohles „Ende der Schöpfung“-Äußerung, daß die Jagd nach wieder begonnene hat? Oder handelt es sich um einen aufkommen-

den neuen Nationalstolz, wie er aus Prier Idens Äußerung spricht, daß die Deutschen sich nicht von den Juden erniedrigen lassen sollten?

G.G.: Es wäre sicher eine Fehlentscheidung, von einem Neo-Antisemitismus zu sprechen. Denn dies würde unterstellen, der Antisemitismus sei verschwunden und nun plötzlich wieder aufgetaucht. Nach einer Kette von Bonner Signalen fühlen sich viele ermutigt, das zu äußern, was jetzt nicht mehr als ein Tabu gilt. Für mich be-
ginnt der Skandal in der Weigerung der Regierung, am 8. Mai 1985 das ehemalsige KZ Dachau zu besuchen. Wen haben die Amerikaner in Dachau befreit? Vertreter des antisemitischen Deutschlands Gewerkschafter, Kommunisten Christen natürlich auch Juden. Von den vielen anderen jetzt einmal zu schweigen. Warum mußte der Dachau-Plan scheitern? Weil man wohl die kritischen Fragen fürchtete. Was wurde aus diesem antisemitischen Erbe? Warum zerbrach dieses Bündnis der Nazi-Gegner? Warum wurden aus den Befreiern Siegbügelhalter der alten Nazis in Wirtschaft und Industrie? Was wurde aus jenen Richtern, aus den KZ-Wärtern, aus den Euthanasie-Ärzten? Das hätte nicht in die „Wendementalität“ gepaßt. Stattdessen sollte die Wehrmacht rehabilitiert werden. Und wer störte diese Idylle deutsch-amerikanischer Verdränger? Juden! Sie wurden als Unruhefester erkannt und waren auch noch stolz. Da wurde ihnen als „Trostpflaster“, als „Ausgleich“ ein Besuch in Bergen-Belsen hingeworfen. Doch dieses Vorhaben wurde als das zurückgewiesen, was es war: eine Zumutung, eine Verhöhnung der Opfer. Daß vor allem Juden diesen angestrebten Schlußstrich nach erfolgter Nachrüstung unter der deutschen Geschichte verhinderten, ließ die Volkseele kochen. Die Rechtsextremisten trümphten. Allorten wurden antisemitische Leserbriefe geschrieben. Die „FAZ“ profilierte sich zur „Nationalzeitung“ der akademischen Rechtsau-

Ben. Deutscher Patriotismus kontra deutsche Juden; Antisemitismus und Antikommunismus verbrüderten sich einmal mehr. Zwischen Helmut Kohls Worten von jenen Juden, die nicht verzeihen könnten, und Idens Aufruf in der „FR“, sich nicht von Juden unterdrücken zu lassen, existiert ein geringes Band: die Wut über Juden, die sich weigern, die ihnen von Nichtjuden zugeschriebene Rolle zu spielen. Der Ärger über eine neue jüdische Jugend in Deutschland, die die Ängste der älteren Generation abzulegen sucht und den Mut aufbringt, unbehutsam zu sein. Wenn wir eins aus der Geschichte gelernt haben, dann, beizustehen zu schreiben.

Welche gesellschaftspolitische Bedeutung hat ein antijüdisches Feindbild ohne eine entsprechend große Gruppe Juden in unserem Land, die dieses Feindbild auch physisch repräsentieren? Handelt es sich dabei um bundesdeutscher Hinsicht überwiegend um ein Phantom, das aus der sogenannten nationalitären Vergangenheit wuchert?

G.G.2 Gerade unsere verschwindend geringe Zahl ist für Antisemiten attraktiv. Es ist kein Zufall, wenn sich der zuständige Abteilungsleiter der „Welt“ nicht entblödet, in einer Kritik meines Bandes „Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-1945“ anzunehmen, daß die Kinder ausfallen wie deutsche Kinder. So können sie ein Feindbild zeichnen, ohne befürchten zu müssen, daß ihre Ansprechpartner in der Begegnung mit Juden die Realität kennenlernen. Nur, das möchte ich deutlich sagen. Die Antisemiten, die als solche Erkenntnis, die Neonazi-Gruppen, die machen mir wenig Angst. Gegen die kann man sich wehren, man kennt sie. Gefährlicher ist der ungebrochene Antisemitismus in breiten Bevölkerungsschichten, der umso gefährlicher ist, als er jederzeit mit anderen Aggressions und Vorurteilen gepaart werden kann. Feministinnen werden als „Judenduhnen“ beschimpft, Homosexuelle gehen als „schwule Judenschweine“



Eingang zum Warschauer Ghetto

von der alten Verknüpfung zwischen Antikommunismus und Antisemitismus brauche ich hier nichts zu sagen. Fins müssen wir deutlich erkennen: Das Aufbrechen antijüdischer Polemik in der großen konservativen Partei der BRD offenbart ein gespaltenes Verhältnis zur Demokratie, zum liberalen und sozialen Rechtsstaat. Für mich ist das Zusammentreffen antijewischer Äußerungen kein Zufall. Hier zeigt sich ein Geist, der weit über uns paar Juden hinaus gefährlich ist. Vergewagt man sich dann die Verharmlosung des Rechtsextremismus, die Rehabilitierung der HIAO, den dramatischen Aufbau einer exportorientierten Rüstungsindustrie, um jetzt nur diese Punkte zu nennen, dann erkennt man überdeutlich, daß eine Stimmung geschaffen wird, die die Lehren von Auschwitz nicht ziehen will!

Bei der Diskussion um das Fäbinder-Stück gingen die unterschiedlichsten Meinungen, ob das Stück antiehmisch oder nicht, durch alle politischen Lager. Wie erklärt Du Dir, daß Teile der Linken antiehmische Inhalte oder Vorfälle nicht erkennen oder heruntersagen. Wie erklärt Du Dir, daß Teile der Linken antiehmische Inhalte oder Vorfälle nicht erkennen oder heruntersagen, wenn sie nicht sogar eigene Vorurteile formulieren?

G.G.: Die Blindheit vieler fortschrittlicher Leute in der Auseinandersetzung um Fußbinder hat mich nicht nur tief getroffen, sie ist für mich ein Rätsel. Jenseits aller Inhalte, offenbar sind eine Härteherzigkeit und ein Mangel an Solidarität, die einfach schlimm ist. Es reicht sich eine tiefe Unsicherheit. Es ist (jeder) ein reines Vorurteil zu glauben, wer links ist, kennt die historische Bedeutung des Judenhasses, begreift, wo und wie sich Judenfeindschaft äußert. Man ist zwar sensibel, hat aber häufig viel zu einfache Erklärungsschemata. Judenhaß kann nicht nur auf eine Kapitalismuskritik 'beschränkt' werden! Aber das ist ein anderes Thema. Wenn Fußbinder über die Bau-Spekulation ausklären würde, wenn er den Film bloßlegte, die Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen am konkreten Beispiel demonstrieren würde, könnte man über dieses Stück noch diskutieren, aber all dies geschieht ja nicht! Ganz ehrlich gesagt, habe ich den Eindruck, hier will man sich auf Kosten der Juden auch bei einigen Linken an der Geschichte stehlen, um man froh, den miesen Juden zu zeigen, weil es das letzte Tabu ist, das noch nicht gebrochen wurde. Und da gibt es mittlerweile eine sich links gebende Schuckeria, die immer dann zufrieden ist, wenn Juden getroffen ausgeschrieben. Doch ist hier Vorsicht geboten. Das Fehlverhalten einiger, wie ich es sehe, wird jetzt dazu benutzt, die Linke undifferenziiert und pauschal als antisemitisch zu diffamieren.

Was angst Du zu dem nach der Frankfurter Bahndemolition durch die jüdische Gemeinde oft zu hörenden Vorwurf, die Juden würden sich nur für ihre eigenen Belange engagieren? Gegen die allgemeine Rechtsentwicklung der bundesdeutschen Politik würden sie aber nichts unternehmen. Ist das zutreffend oder spricht hier vielleicht das Vorurteil vom jüdischen Egoismus?

GG: Das ist eine merke Politik von Leuten, die es besser wissen müßten! Gerade in Frankfurt existierte eine breite Solidarität und Zusammenarbeit zur APO-Zeit, arbeiten viele jüdische

Linke, und Juden, wie auch ich, in der Bekämpfung der Antisemitischen Tendenz aktiv. So wenig wir hier kein für die Linke spricht und als Repräsentant der alternativen Bewegung verstanden werden kann, so wenig ist es zulässig, einige Gemeindeführer und ihre politisch-konservative Haltung als repräsentativ für alle Juden zu betrachten. Ich bin es mir, das sogar Linke zu diesem Pauschalisierungstrieb greifen und ich werde mich nicht nur von Leuten eines anderen politischen Bekenntnisses distanzieren, nur weil diese per Zufall Juden sind. Wer unseren interjuddischen Pluralismus nicht begreift und weiter fortfährt, sich hinter Juden zu verstecken, und versucht, Juden gegen Juden auszuspielen, der ist auf dem besten Weg in eine diffuse Konfunktionalhaltung, weil er sich über jene bösen Juden ärgert, die sich diesem Spiel weigern. Und er ist, ohne es zu merken, den reaktionären Kräften auf den Laun gegangen. Er perspektiviert komplexe gesellschaftliche Vorgänge, er entscheidet sich seine Untätigkeit und versucht sein schlechtes Gewissen zu befriedigen, indem er exakt das tut, was die Antisemiten stets zu tun pflegen: Er entscheidet sich mit einem pauschalen (Vor-)urteil über exakt das zu tun, was die Antisemiten stets zu tun pflegen: Er entscheidet sich mit einem pauschalen (Vor-)urteil über

Günter Bernd Ginzel

studierte Judentum, Geschichte und Soziologie in Köln und Jerusalem und ist seit 1970 Rundfunkjournalist. Er ist u. a. Mitglied des Vorstandes des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und Mitglied des „Arbeitskreises Christen und Juden beim Christlichen Evangelischen Kirchentag“ Veröffentlichungen u. a.: Ausschüttung als Herausforderung für Juden und Christen (1980); Begegnung mit Türen – Begegnung mit dem Islam (1981); Antisemitismus heute (1983); Mit Hängemaß und Nannenzinken. Erziehung zur Unmenschlichkeit (1984); Jüdischer Alltag in Deutschland 1913-45 (1984); Die Bergpredigt; Jüdisch-christliches Glaubensdokument (1984); Antisemitismus – Erscheinungsformen und Motive des Judenthums gestern und heute (1985).

„Die Juden“. Doch will ich auch anmerken, daß ein breiter Nachdenkprozeß eingesetzt hat. Wenn auch verspätet, so wurde dennoch ein Solidarisierungseffekt ein. Nicht zuletzt aus dem Erkenntnis, das Antisemitismus immer von den tatsächlichen Problemen und dem eigentlichen Verantwortlichen ablenken soll. So hat man eben über die Rolle einiger weniger Spekulanten, die teilweise Juden sind, diskutiert, aber von den Banken, den Nutznießern, den Auftraggebern, dem Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Geschäftsmachern, den Haus- und Grundbesitzern, deren Vekträge alle Spekulation und Zerstörung von Wohlfahrt im Westend überhaupt erst ermöglichte, von letzteren war überhaupt nicht und von den anderen nur am Rande die Rede. So verschleierte wird und funktioniert Antisemitismus in diesem Sinne bei allblinder Stroh vor allem als politische Dummheit zu sehen.

Das Interview führten K.P.E. und
E.H. Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Widersprüche

bleibe als einer der Letzten, der über die Vorgänge in dem Frankfurter BND-Büro hatte Auskunft geben können, der von Strauß ausgebootete Großkopf, selber ein Spenden-Dealer, an dem die Geldströme ab 1958 jedoch vorbeiflossen. Von Gaby Weber läßt er sich lange bitten, um schließlich doch mit ihr zu plaudern. Der eine oder andere Zipfel des Schismas wird gelüftet, stets jedoch schnell wieder zugedeckt. Das eine Detail bestätigt er, um beim anderen ins Allgemeine abzuweichen — immer ein bißchen den verkauften Opa mimmend, aber vorsams darauf bedacht, mitzulesen, daß er durchaus alles wisse, es jedoch keinen Zweck habe, darüber zu reden.

Großkopf ergänzt, was bereits Heniges und Brandes erwähnten. Sie würden alle drei aus dem Geheimdienst Canaris der deutschen „Abwehr“ kommen, ebenso Praun, jener Schröder (1), der wahrscheinlich sein Mörder war, der CSU-Gründer „Ochsennepp“ bzw. Josef Müller, polnischer Ziehvater von Strauß und Schnell, sowie eine ganze Reihe weiterer Figuren, die eine Rolle im Midway Geheimdienst/Waffenhandel spielen und 2 T weiter spielen. Praun sei als Abtreibungsarzt für die Canaris-Leute tätig gewesen, beispielsweise als die Sekretärin des erzkatholischen (und verheirateten) Müller schwanger gewesen sei. Weil Canaris kurz vor Kriegsende im KZ Flusenburg gefangen wurde, hätten sich Müller und andere nach „45 gut als „Widerstandskämpfer“ ausgeben können. Tatsächlich habe der spätere CSU-Gründer beim Tod von Canaris eine äußerst dubiose Rolle gespielt, Canaris habe eben zuviel gewußt (2); Praun suchte nach Kriegsende hätte die ganze Sippschaft wieder zusammengefunden, für den BND eingesammelt von Gehlen, für die CSU von Müller.

Großkopf, der dem „Ochsennepp“ ziemlich unverblümt Verrat an Canaris vorwirft, deutet an, Vatikanfreund Müller sei speziell wegen der Abtreibung aus „alten Zeiten“ von Praun erpressbar gewesen. Zwei Umstände scheinen dafür zu sprechen. Zum einen

wurde Frau ermordet, zwei Wochen nach dem Mord eine katastrophale Wahlniederlage in München gegen j. Vogel, den heutigen SPD-Fraktionsvorsitzenden, erlitten hatte und damit praktisch aus dem politischen Geschäft ausschied. Auch das Ende der Haft Vera Bruhns fällt mit einem Müller Datum zusammen: Strauß begnadigte sie überraschend, kurz nachdem sein Polizeilerbe gestorben war. Doch die ganze Wahrheit ist das sicher nicht.

Mit der spelt Großkopf nur und das tut er so gekönt, daß Gaby Webers Erklärung für seine Plaudereien ziemlich dünn wirken muß (er habe ihr Engagement sympathisch gefunden). Wohldosert verteilt er seine Spitzen gegen Strauß, den er mit dem geraden klassischen Wort zitiert: „Es gibt keine Rüstung ohne Korruption“. Und dann die scheinbar jammernde, vielleicht aber auch genüßliche Klage, was er alles in den Händen habe, was in seinem Schrank so lagere, was er draus machen könnte, wenn er nur wollte, aber er wolle ja gar nicht, und das Zeug wandere jetzt in den Müll, vielleicht aber auch nicht usw. uf. Ein anderer CSU-Mann freilich erfährt aus seinem Mund reichliche Lobpreisung. Mit dem arbeite er schon immer zusammen, und das sei ein bedeutender Politiker, auch wenn er wie alle anderen manchmal danebenschwöre: Zimmermann.

Da schaut Dös Fritzler wider dös Franzler. Ja, könn's Eana so an Wettkampf net etwas mannhafter austragen? So mit a weng Herzversorgen contra Dachschnadn. Aber nix! Em Alkoholiker haut dem anderen nicht auf die Leber. Trotzdem scheinen Zweifel an der vollmundigen Aussage Straußens angebracht, er hätte nach der Wende „jederzeit“ ein Munsterami in Bonn übernehmen können.

Größtkopf gibt sich alle Mühe, dem jungen Fräulein eine Ahnung zu vermitteln, was wie läuft. Die Bezeichnungsfrauen der Strauß-Zell - HS 30, PIBAG, Starfighter, Lockheed - mein Gott, kennen wir doch alles aus Weimars, als der alte Flick noch selber die Reichweite bediente. Hier die Firma, die den Rüftungsauftrag bekommt, dort der Politiker, der die Spende einstreicht. Das sind Kontinuitäten; Auch Canaris kam schließlich

aus dieser Branche. Schwarze Kassen, Geheimdienstfonds bei den Banken — klar gibt es die, und Großkopf nenn! die Namen Pferdmenes und Abs. Da Adenauer den Globke (an der Ausarbeitung der Nürnberger Rassengesetze beteiligt) ins Kanzleramt holte, zeige nur, wie verschlagen der Bursche war, daß er sich einfach all der alten Wege bediente. Wenn man sich heute um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bemühe, sei das eine nützliche Angelegenheit (*„Machen Sie das mal!“*), aber unabhängig davon halte er es doch für ratsam, in den betreffenden Zusammenhängen lieber keine Namen zu nennen.

Für Drohungen ist das genug, für Anklagen zu wenig. Aber Eckart Spoo hat recht, und er berührt sogar eine höchst eigenartige Zeiterscheinung. Imperialis mus — ne (na): selten war er so normal, so bilderbuchhaft. Aber nie war er so wenig im Gespräch. Ware dieser ganze Stoff aus einer FDJ-Grundschulung, man würde gequält darüber lächeln. Aber nicht mal die DDR traut sich heute, die Dinge so roh und primitiv zu schildern, wie sie tatsächlich sind.

Komitee zur Wiederaufarbeitung zwischen gelagerter Informationen

2000年12月29日

(3) Das einschlägige Nachschlagswerk „Nicht Linger gehen“ (Julius Mader, Mitleitung der DGR, Berlin 1978) nennt einen Hans Schröder, ehemaliger Lenkungsgruppenleiter der NSDAP und Absolvent der NSDAP-Führerschule als Intimus und Personchen wohligen Praesentis wäre das es dieser war, der bei Heniges in Frankfurt die Gelder für den BND in Empfang nahm. Ob er allerdings mit jenem „Schröder“ identisch ist, der mit Frau bündig und terminglänzt überdies ein Freund von Herrn - ist ungewiß.

(2) Über die Minderhaltung von Canaris schreibt das selbe Quelle: Canaris wurde als unbegabter Hauptkader und Leiter der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und seiner Stillschaltung als potentieller politischer Richter an der von der künftigen Nationalsozialistischen Partei in der Nationalsozialistischen Partei eines Landes, im Sinne des Reichsgerichts, als Reichsgerichtspräsident, Anm. AR, Ernst Kahlenbrunner, kurz vor Kriegsende von seinen eigenen Geheimdienstkollegen aus dem 30. Liquidiert.

Die Mitterrand-Jahre

Was haben Elisabeth Taylor, Andrej Wajda, Gabriel Garcia Marquez, Umberto Eco, Yves Saint-Laurent, Claude Simon, Marcello Mastroianni, Gerard Depardieu, Catherine Deneuve, Samuel Beckett, Ingmar Bergman, Jane Birkin und Simone de Beauvoir gemeinsam? — Sie alle lieben Frankreichs Kulturminister Jack Lang und rufen deswegen in diesem März zur Stimmabgabe für die PS auf.

Fünf Jahre zurück, 10. Mai 1981: In Grenoble veranstaltet die Stadtverwaltung ein Straßenfest mit kostenlosem Buffet für die Massen, in Nantes wird gefeiert; in Straßburg herrscht eine Zeit dem Sieg des Straßburger Fußballclubs im Frankreich-Pokal (78) nicht mehr dagewesene Stimmung, in Paris, auf der Place de la Bastille, singt man abwechselnd die Marseillaise und die Internationale; am Arc de Triomphe wird eine rote Fahne angebracht. Tags darauf feiert Mitterrand mit Melina Mercouri, Willy Brandt, Papandreu, Shimon Peres, Kreisky, und „Le Monde“-Kolumnist Escarpi schwärmt über den Tag, auf den er fünfundvierzig Jahre lang, seit dem Sieg der Volksfront 1936, gewartet habe.

Die PS kündigte an: „Totales Waffens embargo gegen das Apartheid-Regime“, „Beendigung jeder öffentlichen Investition und jeder Unterstützung von Privatinvestitionen in Südafrika“. Der „Spiegel“ warnte: „Frankreichs Sozialisten sind keine deutschen Sozialdemokraten und noch weniger ist ihr Chef ein französischer Helmut Schmidt. Sie hängen programmatisch-idealistischen Zielen viel stärker an als ihre deutschen Genossen von heute und träumen noch davon, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wahrhaft umzukrempeln. Marxistische Terminologie geht ihnen dabei flink von den Lippen.“ (18.5.81) Der „stern“ setzte andere Akzente: „Anders als der rote (P) Hamburger Schmidt ist Sozialistenführer Mitterrand, wie er sagt, nicht links geboren.“ (13.5.81)

Die französische Rechte bekundete tiefe Trauer undrief zum Widerstand gegen den drohenden Marxismus auf, während die KPF sofort bereit stand, „sämtliche ihrer Verantwortungen, auf welcher Ebene auch immer, zu übernehmen, insbesondere sofort in die Regierung zu gehen.“ („LM“, auf welcher Ebene auch immer, zu übernehmen, insbesondere sofort in die Regierung zu gehen.“ („LM“, 17.5.81) Großzügig verspricht Marchais: „Das bedeutet nicht, daß wir bei diesen Verhandlungen von den Sozialisten verlangen, sie sollten auf ihre Ideen, auf ihr Programm, kurz auf ihre sozialistische Identität verzichten.“ (ebda.) Und Mitterrand selber: „Die sozialistische Demokratie muß sich, um ihren Führungsanspruch innerhalb der neuen Mehrheit zu erfüllen, links

verbreitern (durch die Rigorosität ihres ökonomischen Programms) und rechts verbreitern (durch ihren politischen Liberalismus). Daher die Bedeutung der in der Formulierung einer politischen Bewegung gebe die Fähigkeit, zunächst ein Gleichgewicht mit der KPF herzustellen, sie dann zu beherrschen, um schließlich selber eine Mehrheitsstimmung zu erhalten.“ (Mitterrand, „Ma part de vérité“)

Fünf Jahre danach stellt die PS-nahe Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur“ fest: „Bis den vorherigen Wahlen hatte man das Gefühl, mit zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen Projekten zu tun zu haben. Heute kann man kaum von einem radikalen Unterschied zwischen dem Projekt der Linken und dem der Rechten reden.“ PS-Generalsekretär Jospin stimmt zu, zufrieden sogar („Nouvel Obs.“, 28.2.86). Warum aber dann das ganze Land mit Hilferufen durchplakatierte: „Au secours! La droite revient!“ (Hilf! Die Rechte kommt zurück!)?

Fünf Jahre danach lobt auch die

Rechten ahnelt immer stärker den US-amerikanischen Republikanern und Demokraten — also einerseits eine Partei links des Zentrums und eine Partei rechts des Zentrums die beide die Regierungsmacht erreichen können, ohne die Wahlerschaft zu verschrecken“ (23.86)

Kommentar der ebenfalls PS-nahen „Le Monde“: „Eine besonders schmeichelnde Bilanz.“ (5.3.86) Da zeigt sich doch, welche Zeitung den Mut hat, sich nötigenfalls auch mal gegen den Trend zu steuern. Zuguterletzt noch etwas aus der Ideenwelt von Serge July, Herausgeber von „Libération“: Pünktlich zur Wahl erscheint sein erstes Buch „Les années Mitterrand“, eine Lobeshymne nicht nur auf Mitterrand — „der barocke Staatschef“, „der linke de Gaulle“ — sondern auf Frankreich insgesamt: „die gerissenste Wahlerschaft auf der ganzen Welt“, „die sophisticatedesten Politiker auf der ganzen Welt“. Mitterrands Verdienste: Den nationalen Konsens voranzutreiben zu haben, weg

in Frankreich, ist arithmetisch so gut wie gewiß. Während der sogenannte rechte Einzelgänger Barre auf vorgezogene Präsidentschaftswahlen setzt, streiten sich Giscard (UDF) und Chirac (RPR) um die Posten in der Cohabitations-Regierung — ein dritter im Bunde, Chaban-Delmas, Bürgermeister von Bordeaux und wie Chirac RPR-Mitglied, hat allerdings ebenfalls Neigungen für den Sessel des Premierministers kundgetan.

Mitterrand setzt auf die sprichwörtliche Uneinigkeit der Rechten. Sein Kalkül: Die einen gegen die anderen auszureizen, nach der Devise „teile und herrsche“, sie damit einzeln zu schwächen, um ihr gemeinsames Aufstreben zu verhindern. Fast halsbrecherisch baut Mitterrand auch auf die „Anständigkeit“ der Rechten: Nämlich nicht mit der FN von Le Pen zu koalieren, mit der zusammen sie die absolute Mehrheit innehalten. Freilich könnte Le Pen gerade aus dieser (Über-)Taktik Nutzen ziehen: Forcierter Uneinigkeit zwischen den verschie-

den konservativen Formationen könnte die Wahlschancen der FN erhöhen.

bal positiv“ (Marchais). Ganz abgesehen vom Schweigen über Mitterrands unermüdlichen Einsatz, von Brüssel bis Bonn, zugunsten der Stationierung der US-Raketen, oder über seine Böden Marke „Raus aus Yalta“.

Heute ruft die KPF zu „einer neuen Gewichtung innerhalb der Linken“ auf, zur „nützlichen Stimmabgabe“, gegen die PS-Regierungspolitik und für die KPF. Sie begibt sich in die Rolle eines außenstehenden Kommentators, als ob sie mit dem Zustandekommen der Linkregierung wie auch mit deren Politik samt ihrer Folgen nichts und nie etwas zu tun gehabt hätte. Die Debatte, welchen Nutzen und welche Nachteile für die KPF und für diejenigen, die sie wählen, diese Art von Einheit mit der PS gehabt hat, bleibt aus. Die Untersuchung, weshalb das Erstarken der PS seit 1973 mit ihrer eigenen Schwächung einhergeht, ebenfalls. Eine Analyse der PS und ihrer Politik — die KPF war es, die immer wieder versprach, nur über die Einheit mit der PS, nur über ein Wahlbündnis mit ihr, könne die Veränderung der Gesellschaft eingeleitet werden — fehlt.

An diesen Erwartungen gemessen, klingen die Kommentare der KPF wie satissam bekannte und hilflose statements. Allerdings, und im Gegensatz zur immer wieder publizistisch ausgeschlachteten Legende, ist die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT weit vom ihr nachgesagten „Absterben“ entfernt. Bei den jüngst stattgefundenen innerbetrieblichen Wahlen konnte sie quasi allorts Zuwächse verzeichnen, ganz im Gegensatz zur PS-nahen CFDT-Gewerkschaft.

Die trotzkistische LCR (IV. Internationale) war, wie viele andere auch, 1981 ganz enthusiastisch: „Erster Sieg“, „Alles ist möglich“, „Wir haben gewonnen“. So lauteten Überschriften aus „Rouge“ in der Woche vom 15. auf dem 21. Mai '81. Oder auch: „Wir sind überzeugt, daß die Niederlage der Rechten den Werkstätten wieder Vertrauen geben wird, eine neue Situation schaffen wird, die zur Entwicklung der Mobilisierung und zur Verwirklichung der Einheit im Kampf weitläufiger ist.“ Jetzt bei „die Bourgeoisie in ihren Privilegien bedroht.“

Heute freilich spricht die LCR von „Desorientierung“, vom notwendigen Aufbau einer „antikapitalistischen Alternative“ auf „Wahlebene“. Erwartungsgemäß bemühte sie sich anlässlich der Wahlen wieder um ein Bündnis, von den „Verts“ (franz. Grünen) bis zur LO (trotzkistische Organisation). Erwartungsgemäß lehnte LO mal wieder ab, befürwortete zwar eine rein trotzkistische Liste allein mit der LCR, wandte sich aber gegen den Wunsch nach einem Zusammengehen mit diesen Grünen, die als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung fordern oder sich für die allgemeine Abrüstung engagieren. Was, so LO, nichts anderes bedeute als die „Entwaffnung des Proletariats durch die Bourgeoisie“. Kurzum: Keine Bündnisse mit denjenigen Protestbewegungen, die „aus den Illusionen des Mai '68 hervorgegangen“ seien. Eine weitere trotzkistische Gruppe, die PCI, hat eine neue Organisation ins Leben gerufen, die derzeit 6000 Mitglieder aufweisen soll, die MPTT, als ein Auffangbecken auch für enttäuschte PS-Anhänger gedacht.

Derweil treibt Cohn-Bendit Wahlkampfhilfe für die französischen Grünen, wobei er gleichzeitig seine allerhöchste Achtung vor Michel Rocard und seinen „inbrünstigen Antikommunismus“ bekennt (aber wieso sollte er auch lügen?).

Immerhin wird aber seit 1982 Homosexualität in Frankreich nicht mehr strafrechtlich verfolgt und unter Jack Lang über 10.000 neue Arbeitsplätze im Bereich Kultur geschaffen worden — wenn auch andererseits, wie oh und je, französische Exporte nach Südafrika gestoppt wurden, sich die Polizei erhöhter Zuwendungen erfreuen konnte und die Kanaken auf Neukaledonien weiter auf Autonomie warten müssen.

Chirac (RPR) hat die „Idole“ lanciert, den kinderreichen Ausländerfamilien das Kindergeld zu sperren sowie dort, wo es ihm „nötig“ erscheint, den Zugang auf französische Schulen für Ausländerkinder zu erschweren. Weil sie eine Wahlniederlage der PS befürchten, haben verschiedene Ausländerorganisationen die Regierung dazu aufgerufen, die dringenden Fälle von beamteter Willkür jetzt noch zu erledigen.

Am Wirtschafts- und Sozialprogramm wollten sie nichts Wesentlichen verändern, haben die Führer der rechten Parteien versprochen.

Wieso auch?

Frankreich-Kommission



„New York Times“: „Eine der wichtigsten außenpolitischen Ent-

scheidungen Mitterrands war seine Befürwortung der Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa.“ (1) Wichtiger als alles andere ist aber, daß unter den Sozialisten ein in diesem Jahrhundert nie dagewesener sozialer Frieden herrscht! (2) Neue Formen des französischen politischen Lebens bahnen sich an, die Sozialisten nähern sich dem Zentrum und die Parteien der

von den alten humanistischen Klamm-

ten aus dem 19. Jahrhundert und hin zu einer neuen, weil gemeinsamen Kultur, insbesondere was die wirtschaftliche Weltanschauung betreffe, und schließlich den „historischen Abstieg“ der KPF ermöglicht zu haben.

Aus der Not wird eine Tugend. Die Cohabitation, große Koalition zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einer rechten Regierung als voraussichtliche nächste Konstellation

denen konservativen Formationen

denen konservativen Formationen könnte die Wahlschancen der FN erhöhen, die selber 18% anvisiert

So infam es ist, eine starke FN gehört objektiv mal zu Mitterrands Machterhaltungskalkül, denn das würde ja auf Kosten der Chirac/Giscard gehen und tiefer Druck setzen, mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten. Als Pendant hierzu gehört selbstverständlich die Hoffnung auf eine weitere Schwächung der KPF zugunsten der PS. Eines wird aber übersehen: Von 1982 an ist auch die PS in der Wahlerschaft ständig gesunken, auch wenn die letzten Umfragen von einem neuen Aufschwung zu berichten wußten.

Ein Spiel mit open end — sicher aber ist Mitterrand will Präsident bleiben. Parteifreund Michel Rocard neigt es anders, der Nachwuchstechnokrat (wie Umweltschützerin Huguette Bouchardau der PSL entsetzend, wobei letztere erst später austrat. Sie wollte nicht mehr ständigen Angriffen wegen der Regierungspolitik ausgesetzt werden, jedem seine Logik) nutzte wie weiland Georges Pompidou eine Reise nach Galiläa, um seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen (regulär 1988) anzukündigen. Der Krieg der Chefs findet links und rechts statt. Woben Mitterrand meint, seine große Stärke bestünde darin, daß er nie an die nächsten Wahlen denke, sondern alles nur aus Liebe zu Frankreich tue.

Denkt Mitterrand angeblich nie an morgen, scheint's bei der KPF umgekehrt zu sein. Sie erinnert sich gar nicht mehr an gestern. Obwohl es erst zwei Jahre her ist, daß sie an der Seite der PS in der Regierung vertreten war. Sie habe die Regierung verlassen, als diese zu arbeitslosig geworden sei 1981 war's noch gut — aber wann hat es eigentlich angefangen, böse zu werden? Immerhin wurde doch im Juni '82 ein Lohn- und Preisstopp mit Unterstützung der KP Abgeordneten dekretiert. Der zweite Austeritätsplan, 1983, ebenfalls. Und als Frankreich 1983 Falschschmäger in den Tschad schickte, hörte man auch keinen großen Protest aus der KPF Ecke. Im Gegenteil: heißt es beim alljährlichen „Humanité“ Fest, die Bilanz sei „glo-

15.2.86

Redaktion „atom“: Anti-AKW-Bundeskonferenz?

Ja bitte!

Fortsetzung von Seite 3

vor Augen zu haben bei der täglichen Kleckerlei, wird ja wohl noch erlaubt sein ...)

Von diesen Globalüberlegungen abgesehen könnte eine Bundeskonferenz der Anti-AKW Bewegung in Bayern — die Anlässe für eine Reorganisation der Anti-AKW-Bewegung in den Südstädten ermutigen

— das immer noch riesengroße Nord-Süd Gefälle — basistisch — der Wackersdorfer Solidarität mildern helfen (im Kern ist der Wackersdorfer Widerstand eine regionale Angelegenheit geblieben, mensch vergleiche beispielsweise die bundesweiten Reaktionen auf die 1000 Klammung mit den Reaktionen der Wackerland-Räumung)

— zum bundesweiten Austausch und zur bundesweiten Koordinierung der verschiedenen Sektoren des Anti-AKW Widerstands beitragen. Gorbien, Hainau, Kranausierung, Atomkraft und Umweltschutz, Endlagerung, AKW und Waldsterben, Atomarbeiter, RWE und Rekonstruktion der Energieversorgung, Medien etc.

— die inhaltlichen Kontroversen weiterentwickeln, z.B. über Stand und Motive des Atomprogramms, über die Frage des militärischen Atomenergieeinsatzes, über neue Sicherheitsgesetze, Akzeptanzforschung und parlamentarische Aufzählungen etc. pp.

— dem Überpöbel Widerstand gegen die Kriminalisierungsstrategien Mut machen und Aktionsorientierungen für 1986/87 diskutieren

— die regionale Anti-WAA Be-

wegung mit der bundesweiten Anti-AKW Bewegung zusammenzubringen usw. usf.

Daß eine Konferenz mit derartiger Zielsetzung nicht vom Zaum gebrochen werden kann liegt auf der Hand. Sowohl inhaltlich (Materialreichtum etc.) als auch von der Möglichkeit einer größeren angelegten Mobilisierung her ist es erforderlich, daß die Anti-AKW Bewegung ein derartiges Projekt trägt.

Für eine Bundeskonferenz im Herbst 1986

Über die BuKo wurde erstmals am 18.1. auf der Atommu-konferenz in Trebel diskutiert, wobei ein diesbezüglicher, von der WAA AG eingebrachter Vorschlag, im Plenum jedoch auf Kritik stieß.

Solch eine Konferenz würde nur Abtellen vom praktischen Widerstand und die dafür nötige Zeit rauben. Im übrigen sei eine BuKo mit ihrem bürokratischen Drumherum — im Unterschied zur inszenierten und überschaubaren Atommu-konferenz — kein geeigneter Forum und schließlich wird befürchtet, „daß eine BuKo überorganisiert ist und deshalb wenig effektiv und abgehoben zu werden droht.“ Es blieb deshalb in Trebel bei dem Kompromißvorschlag, am 26. 27. 4. 1986 eine Atommu-konferenz in Regensburg durchzuführen, zu der jedoch breiter als sonst üblich eingeladen werden soll. Eine Woche später beschloß wieder um die bayrische Landeskonferenz,

„den Vorschlag zu machen, eine große Bundeskonferenz in der Oberpfalz in Regensburg abzuhalten. Bisher ist das Pfingstwochenende in der Diskussion, um so den Auswärtigen die Möglichkeit zu geben, dies mit einer anschließenden Beteiligung am Pfingstcamp zu verbinden.“ (radioaktiv Nr. 61) Die AG BuKo der BWAA aus Regensburg hat in einem Rundschreiben vom 5.2.86 wiederum erklärt, sie hält zwar „eine Bundeskonferenz in Regensburg für notwendig und gut“, pädert jedoch für eine BuKo nicht erst Pfingsten, sondern schon am 25.-27.4. in Regensburg sowie für eine weitere Atommu-konferenz am 15.-16.3. zur Vorbereitung dieser BuKo. Bis Ende Februar werden Stellungnahmen hierzu erbeten, so daß der Startschuß für diese BuKo frühestens im März, also etwa 6 Wochen vorher abgegeben werden könnte.

Wir haben diesen Zeitplan für reichlich unrealistisch, wenn tatsächlich mehr vorgeschen ist als die Durchführung einer weiteren Wackersdorfer Widerstandskonferenz. Wir schlagen deshalb vor, die erweiterte Atommu-konferenz, wie beschlossen, Ende April in Regensburg durchzuführen und in allen Blättern bis dahin über das Pro und Kontra einer Anti-AKW-Bundeskonferenz im Herbst zu diskutieren, um auf diesem Grunde einen von möglichst vielen Blättern getragenen Beschluß für die BuKo im Herbst herbeizuführen.

Fortsetzung von Seite 1

Die Wahlen am 7. Februar

Zunehmender Druck aus den USA nach Reformen, eine wachsende bürgerliche Oppositionsbewegung, eine Cuenila, die sich anwickelte, ein militärisches Patt mit den Streitkräften zu erreichen und ein zunehmender Verfall der philippinischen Wirtschaft, was die führenden Industriellenkreise auf Distanz zu Marcos gehen ließ, kennzeichnet die Situation um die Jahreswende 1985 auf den Philippinen. Auf sein angeschlagenes Image wieder aufzupolieren, entschloß sich Marcos zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Er dachte, daß die Wahlen mit Hilfe seines Machtapparates ein leichtes Spiel für ihn würden. Über 100 Todesopfer und bis ins letzte Detail durchgeführte Manipulationen kennzeichneten die Wahl. Als US-Präsident Reagan auf die immer lauter werdenden Proteste gegen die massiven Wahlfälschungen erklärte, daß es "...klare Hinweise für ein starkes Zweiparteiensystem gebe" und schließlich bei jeder Wahl manipuliert werde — auch der Opposition warf er Wahlbetrug vor — schien alles darauf hinaus zu laufen, daß Marcos weitere sechs Jahre weiterregieren würde.

Weiter Marcos noch die USA haben aber offensichtlich mit der Hartnäckigkeit der philippinischen Opposition gerechnet. Zwei herausragende Ereignisse spiegeln die Entschlossenheit der bürgerlichen Opposition wider. Marcos von der Macht zu vertreiben. Am 14. Februar bezeichneten die katholischen Bischöfe der Philippinen die Wahlen als Betrug und riefen zu einem gewaltlosen Kampf für Gerechtigkeit auf. Obwohl es in der letzten Zeit immer wieder kritische Stimmen von führenden Kirchenleuten gegeben hatte, — die sogenannten Basisgemeinden stehen schon seit Langem auf der Seite der Linken — machte diese Erklärung deutlich, daß nun auch die Führer der katholischen Kirche eine Ablösung von Marcos wünschten. Am 16. Februar versammelten sich schließlich über 2 Millionen Menschen in Manila, um gegen den Wahlbetrug von Präsident Marcos zu demonstrieren. Auf der anschließenden Kundgebung verkündete 'Cory' Aquino einen Generalstreik und einen Boykott der Banken, Radiostationen, regierungsfreundlichen Zeitungen und einer Kaufhauskette, die Eduardo Cojuangco — dem Vetter von 'Cory' — gehört, der zu den engsten Marcos-Günstlingen zählt. Bereits wenige Tage später wurden die ersten Spuren des Boykotts sichtbar. Der Peso- und die Aktienkurse erreichten neue Tiefstände.

Der 'Putsch' gegen Marcos

Der 'Putsch' gegen Marcos

Nachdem deutlich wurde, daß das Marcos-Regime immer mehr unter Druck geriet, revidierte auch US-Präsident Reagan seine Meinung und sprach jetzt davon, daß das Wahlergebnis durch Gewalt und Manipulation zustande gekommen sei. Außenminister Schultz ging noch einen Schritt weiter und deutete einen Rückzug der USA von den Stützpunkten Clark und Subic an, falls Marcos durch Betrug an die Macht gekommen sei. Demgegenüber forderte Verteidigungsminister Weinberger die Fortsetzung der Militärlieferungen für die Philippinen, da sonst die Cuenila die Lage zu weiteren Terraingewinnen nutzen würde. Alles sollte jedoch von dem Bericht des auf die Philippinen beorderten Sonderbeauftragten Philip Habib abhängen. Dieser war nach Manila beordert worden, um die Lage zu sondieren und einen Einstieg des Vize-Präsidentschaftskandidaten Salvador Laurel in die Marcos-Regierung zu bewerkstelligen. Nachdem sich Marcos aber zum Sieg erklärte und die Opposition eine Zusammenarbeit mit Marcos ablehnte, war auch diese Option der USA gescheitert.

Habib sprach während seines Aufenthaltes auf den Philippinen mit einer Reihe von Marcos-Anhängern sowie mit verschiedenen Oppositionspolitikern. Mit ziemlicher Sicherheit wurde in diesen Gesprächen das Szenario entwickelt, das in den folgenden Tagen abfol. Für den Preis einer weiteren Regierungsbeteiligung dürften sich der stellvertretende Generalstabschef Fidel Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile bereit erklärt haben, Marcos die Gefolgschaft aufzukündigen. Für 'Corys' Vize-Salvador Laurel sprachen die diesen Verhandlungen das Amt des Premierministers und das Außenministerium heraus, was wohl als Zugeständnis von 'Cory' Aquino an Laurel zu sehen ist, damit dieser sich nicht mit Marcos verbündet. Am 22. Februar besetzten Ramos und Enrile mit Gefolgskleuten das Verteidigungsministerium und forderten



Das „National Security Council“ entscheidet in den USA über Marcos' Zukunft: Ronald Reagan in Hemdesärmeln, Außenminister Schultz und rechts außen US-Sonderemissär Habib. Ergebnis: „Marcos is finished“!

Marcos gestürzt, die Oligarchie bleibt an der Macht

Marcos zum Rücktritt auf. Von nun an wurden alle weiteren Schritte mit dem Militärschlach der USA auf den Philippinen abgesprochen. Am Morgen des 24. Februar forderte die US-Regierung offiziell Marcos zum Rücktritt auf. Für Marcos blieb nur die Wahl zwischen einem nicht zu gewinnenden Bürgerkrieg und dem Abgang ins Exil. Marcos entschied sich für einen geruhamen Lebensabend.

Die neue Präsidentin Corazon „Cory“ Aquino, die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionspolitikers Benigno Aquino, war angetreten, dem philippinischen Volk die Freiheit zurückzugeben. Durch ihr Charisma wurde sie zur Symbolfigur für die Hoffnungen des Volkes. Ihr bisher größter Erfolg liegt zweifelsohne darin, daß es ihr gelang, eine breite Anti-Marcos-Koalition zu schaffen, die von der US-Regierung bis zur kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) reicht. Hier liegt aber auch das Dilemma der gegenwärtigen Situation, denn das einzige einende Element der Anti-Marcos-Koalition ist ihre Ablehnung von Marcos.

Die stärkste Gruppe in der neuen Regierung von Cory Aquino ist die Oligarchie und dies wohl nicht nur, weil Cory Aquino selbst aus einer der reichsten Familien des Landes stammt. Durch die Geschäfte mit dem ausländischen Kapital sind die Großgrundbesitzer, die Industriellen und Bankiers zu enormen Reichtum gelangt, den sie in Zukunft nicht aufgeben werden wollen. Die sie politisch tragende Oberschicht kann ihren Lebensstandard ebenfalls nur aufrecht erhalten, wenn an den bestehenden Ausbeutungsverhältnissen der Mehrheit der philippinischen Bevölkerung nicht gerüttelt wird. Salvador „Doy“ Laurel, als Hauptpräsentant dieser Gruppe, Großgrundbesitzer und neuer Vize-Präsident, Ministerpräsident und Außenminister unter „Cory“ Aquino, hat in der Vergangenheit keinen Hehl daraus gemacht, daß er die Wirtschaft des Landes auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten manieren will. Zu dieser Gruppe zählt auch der alte und neue Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, der unter Marcos zu einem der reichsten Männer der Philippinen geworden ist. Enrile, der unter Marcos auch Finanzminister und Zentralbankchef war, war zusammen mit Corys Cousin Eduardo Cojuangco Chef des Kokomonopols und bereicherte sich daneben besonders durch Holzkonzessionen. Für US-Agrarmultis leistete er wertvolle Dienste beim Ausbau ihrer Plantagen, indem er über Strohmänner den Ankauf des Bodens tätigte und die Vertreibung der Bevölkerung organisierte. Darüber hinaus war der ehemalige Harvard Absolvent während des Kriegsrechts Marcos oberster Kriegsverwalter.

Eine Frage der Zeit scheint es, wann der Marcos-Premier- und Finanzminister Cesar Virata wieder ins Geschäft einsteigt. Der in internationalen Bank und Geschäftskreisen wegen seiner Unbestechlichkeit geschätzte Virata ist der Einzige, dem in den USA eine Lösung des philippinischen Schuldenproblems zugetraut wird. Sein Ansehen und das des alten und neuen Zentralbankchefs Jose Fernandez hat allerdings in letzter Zeit etwas gelitten, als bekannt wurde, daß die Zentralbank Geldnoten mit gleichlautenden Nummern druckte, um ein Ausblühen der Geldmenge zu kaschieren.

Mit Fidel Ramos gesellt sich schließlich ein Mann zu dieser Gruppe, der die Lösung der militärischen Probleme des Landes garantiert. Ramos, unter Marcos stellvertretender Generalstabschef und von Cory zum Vize-Sterne-General und Generalstabschef befördert, ist Absolvent der Westpoint-Militärakademie. Im Vietnam-Krieg war er Kommandant eines philippinischen Kontingentes, das auf Seiten der USA kämpfte. Ramos ist der Mann der USA im Militär, der die Aufgabe hat, die Armee zu effektivieren. In seine Verantwortung fällt das Massaker von Escalante, wo über 25 Menschen bei einer Demonstration von Soldaten ermordet worden sind. Darüber hinaus ist er als Chef der berühmten Konstablereinheiten für eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen in den letzten Jahren verantwortlich. Während er unmittelbar nach der Wahl diese als die friedlichsten in der Geschichte der Philippinen bezeichnete, will er nun nicht länger etwas mit dem Marcos-Regime zu tun haben.

Die bürgerliche, liberale Opposition hat zwar einen sehr starken, unmittelbaren Einfluß auf Cory Aquino — fast ihr gesamter persönlicher Beraterstab rekrutiert sich aus dieser Schicht, in der Regierung ist dieser Teil der ehemaligen Opposition allerdings kaum vertreten. Zu nennen wären hier nur der neue Handelsminister Jose Conde. Der Regierung ist dieser Teil der ehemaligen Opposition allerdings kaum vertreten. Zu nennen wären hier nur der neue Handelsminister Jose Conde, der die unabhängige Wahlbeobachter-Kommission Namfrel aufgebaut hat und der Parlamentarisch-geordnete und neue Minister für Lokalverwaltung Aquilino Pimentel, der unter Marcos längere Zeit im Gefängnis saß. Mittlerweile deuten sich bei der Besetzung von Bürgermeisterämtern die ersten Konflikte zwischen Laurel und Pimentel an. Während Pimentel die Po-

sten mit vom Volk anerkannten Leuten besetzen will, versucht Laurel die alten Marcos-Kader in seine Organisation, die UNIDO, rüberzuziehen.

Die Forderungen der NDF

Die entscheidende Säule im Kampf gegen das Marcos-Regime ist der Untergrund um die Nationale Demokratische Front (NDF). Nachdem sie die Präsidentschaftswahlen boykottiert hatte, weil sie die Einschätzung hatte, daß Marcos sich wieder durchsetzt, hat

Wir haben einen Freund verloren

Während alle westlichen Regierungen die „sanfte Revolution“ auf den Philippinen bejubelten, war von der Sowjetunion und ihren Verbündeten nur Schweigen — am wenigsten. Schädlich gehörten die Sowjetunion und Rumänien zu den wenigen Ländern, die Marcos noch zur Wiederwahl gratuliert hatten. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hatte die USA gar angegriffen, sie wolle wegen der bisher unbewiesenen Wahlmanipulationen Marcos aus dem Amt vertreiben. Der Sowjetunion dankte Marcos dann auch für 'ihre gegen jeden Interventionismus' gerichtete Haltung aus dem Amt vertreiben. Der Sowjetunion dankte Marcos dann auch für 'ihre gegen jeden Interventionismus' gerichtete Haltung.

Falls die USA ihr Angebot, Marcos Exil zu gewähren, zurückziehen sollten, könnte Marcos möglicherweise bei einem anderen Freund unterkommen. 1983 hatte Erich Honecker bei einem Staatsbesuch von Marcos in der DDR noch erklärt, daß „wir einen neuen Freund gewonnen haben“.

Wie nun Cory Aquino für ihre Rolle bei der Ablösung von Ferdinand Marcos beglückwünscht. In einer Stellungnahme vom 27. Februar macht die NDF aber deutlich, daß ihr Hauptziel weiterhin eine demokratische und freie Gesellschaft ist. In diesem Zusammenhang erinnert die NDF an die Forderungen aus ihrem 12-Punkte-Programm. So fordert die NDF eine echte Landreform, eine Erhöhung des Lebensstandards und eine Ausdehnung der sozialen Dienste, eine Beendigung der ungleichen Verträge mit den USA und eine Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der ethnischen Minderheiten. Darüber hinaus forderte die NDF Cory Aquino auf, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Opfer der brutalen Menschenrechtsverletzungen des Marcos-Regimes zu entschädigen und alle zu bestrafen, die im Militär und in der Bürokratie dafür verantwortlich waren. Darüber hinaus soll der von Marcos und seinen Günstlingen widerrechtlich erworbene Besitz konfisziert werden.

Labiles Gleichgewicht

Noch hält auf den Philippinen die Freude über die Vertreibung des Diktators und die damit zustande gebrachte große „Einheit des Volkes“ an. Die Frage stellt sich aber, wie lange der große Konsens aller Schichten anhält. Cory Aquino versucht das labile Gleichgewicht der unterschiedlichen Kräfte auszubalancieren. Zuerst wurde die Oligarchie mit den wichtigsten Regierungsämtern beauftragt. Leute, wie Ramos und Enrile, die mindestens ebensoviel Dreck am Stecken haben wie Marcos, bekamen Schlüsselpositionen, als hätte es eine Marcos-Diktatur nie gegeben. Dann setzte sie sich gegen den Widerstand der Militärs durch und entließ alle politischen Gefangenen, um dem Untergrund einen Waffenstillstand schmackhaft zu machen. Auch die Ernennung von Wigberto Tanada vom Linkshündnis Bayan zum Chef der Zollbehörde ist als Versuch zu verstehen, die Linke in den Konsens einzubeziehen.

Über kurz oder lang wird Cory Aquino scheitern, allen Erwartungen gerecht zu werden. Die entscheidende Frage der nächsten Zeit ist die Landfrage. Der Untergrund wird seinen Kampf erst aufgeben, wenn es zu einer echten Landreform kommt, die die Masse der philippinischen Bevölkerung in die Lage versetzt, sich zu ernähren und ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Dies ist aber weder mit der USA noch der Oligarchie des Landes zu machen, ohne die auf den Philippinen bisher keiner lange regieren konnte. Die Mehrheit der neuen Regierung unterscheidet sich von Marcos, daß sie einen anderen Umgang mit demokratischen Spielregeln bevorzugt, so daß es zu einigen Reformen kommen wird. In der Substanz ihrer Politik unterscheidet sie sich aber nicht von Marcos. Wie groß der Spielraum für Reformen sein wird, hängt wesentlich davon ab, inwieweit die USA und ihre Verbündeten bereit sind, entsprechenden Zahlungen zu leisten. Ankündigungen der USA- und BRD-Regierung lassen zumindest einiges erwarten.

Ks., Internationalismus-Kom.

BRD-Interessen auf den Philippinen

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit 'Wanke' machte auf seiner Rückreise von einer IWF-Tagung im Oktober 1985 Zwischenstation auf den Philippinen. Marcos stand auf der Liste seiner Gesprächspartner. Die Philippinen unter Marcos bekamen neue Mittel zugesagt. Oft werden die Interessen der BRD in den Philippinen unterschätzt. Immerhin hat die BRD von 1965 bis 1985 circa 700 Millionen DM an „Entwicklungshilfe“ an dieses Land vergeben, 20% der fast 30 Milliarden Dollar Auslandsschulden der Philippinen sind bei BRD-Banken fällig.

Der folgende Text soll darstellen, wie Staat, Konzerne und Banken der BRD sowie andere Bereiche der Gesellschaft in den Beziehungen zu den Philippinen verflochten sind.

„Typisch scheint folgende Äußerung eines deutschen Unternehmers in der BPEZ (Bataan Export Processing Zone) zu sein. Wir haben mehrere andere

Länder im Auge gehabt. Die Philippinen waren für uns am interessantesten. Wir haben mittlerweile schlechte Erfahrungen in Taiwan: die Löhne steigen, die Gewerkschaften mischen sich dort ein. Hier auf den Philippinen, besonders in der BPEZ, kann man so viele Arbeitskräfte bekommen, wie man will, ohne Schwierigkeiten.“

Die Investitionen von BRD-Unternehmen in den Philippinen sind fast ausschließlich nach 1972 (Ausrufung des Kriegsrechts und damit verstärkte Möglichkeiten auch für Nicht-US-Kapital) getätigt worden. Die Philippinen sind traditionell stärker von US- und japanischem Kapital durchdrungen. In der Rangfolge der Investitionen belegte das BRD-Kapital:

| | |
|------|----------|
| 1975 | Rang: 13 |
| 1979 | Rang: 10 |
| 1983 | Rang: 6 |

Die ältesten BRD-Investitionen sind im Chemie-Bereich getätigt worden.

| | |
|-------|-----------------------|
| 1958: | Höchst, |
| 1962: | Bayer, |
| 1966: | Boehringer Ingelheim. |

Mitte der 70er Jahre folgten dann weitere größere Investitionen. Die

Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG — staatlich) beteiligte sich finanziell an folgenden Direktinvestitionen:

Telefunken Semiconductor Devices Inc. (Chupa, LE Da); Triumph International Inc. (Miederwaren); GoldZack Inc. (Bekleidungszubehör).

Andere Investitionen sind: Bataan International Garments Inc.; Höchst Far East Marketing Corp.; Henkel Inc.; Siemens Industries Inc.; Monasteria Knitting (Quelle Versand); Olympia Business Machines Inc.; BASF Inc.; Merck Inc. Gerade die Investitionen im Bereich der chemischen Industrie haben oft nur Verkaufs- und Werbeaufgaben. Die Bayer-Tochter hat sich zum Beispiel an Marcos-Landreformprogramm beteiligt, indem sie sich an der Ausbildung von 2.000 Agrotechnikern beteiligte. (Die müssen ja schließlich lernen, was sie auf ihre Felder zu spritzen haben.)

In den Philippinen ist auch das International Rice Research Institute (IRRI) angesiedelt, wo neue, ertragsreichere aber von Pflanzenschutzmitteln abhängige Reissorten entwickelt werden. Einer der Sponsoren für diese Institution ist Höchst.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Investition der Telekom hatte folgenden Effekt: 1981 waren 16,9% der philippinischen Exporte in die BRD Halbleitermaterialien während gleichzeitig 7,5% der philippinischen Importe aus der BRD der gleichen Sparte entstammten. Auf den Philippinen wird nur weiterverarbeitet.

Eine andere Investition ist die Eurabank, die Deutsche Bank hält hier 60%. Hieran läßt sich verdeutlichen, das nicht immer Direktinvestitionen für ein gutes Geschäft nötig sind. Die Eurabank beteiligt sich z.B. an einem Kredit für die PLDT (Telefongesellschaft). Die PLDT kauft für das Geld digitale Schalteinheiten — allein Siemens könnte sich Aufträge von der PLDT für mehr als 100 Millionen DM sichern. Folgt Neben dem (bisherigen) amerikanischen Standard gibt es jetzt auch europäischen im Telefonnetz und ständig Probleme beim Umhalten von einem Netz in ein anderes. 1981 machten Schalteinheiten für Telefonnetze 22% der Importe der Philippinen aus der BRD aus.

Lurgi Chemie- und Hüttenwerk hat mit der Sta. Ines Mining and Steel Corporation einen Vertrag über 12,3 Millionen Dollar über die Lieferung von Produktionsanlagen abgeschlossen. Den Kredit dafür vergab die Dresdner (SEA) Ltd. in Singapur. Den Vertrieb der Produkte übernimmt die Nihon Metallgesellschaft, eine Lurgi-Tochter.

Die Maschinen und Technik Inc., an der die Münchmeyer, Petersen GmbH und Co. beteiligt ist und die Siemens-Produkte in den Philippinen vertreibt, bekam den Auftrag zur Elektrifizierung von sieben Inseln. Das notwendige Geld stellte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Ein anderes Beispiel für deutsche Interessen in den Philippinen ist die Modernisierung des internationalen Hafens von Manila. Für die Vergabe von HMZ-Mitteln galt die Vorbedingung, daß Hafenkräne bei bundesdeutschen Firmen zu kaufen seien. Auf dem Erweiterungslande des Hafens wohnen ca. 10.000 Menschen. Das BMZ beteiligte sich an den Kosten der Umsiedlung: in Dasmariñas, 34 km von Manila entfernt, wurden Toiletten aufgestellt und die Menschen dorthin gebracht. Um die Toiletten herum sollten sie sich Häuser bauen. Wovon wurde nicht gesagt. Arbeitsmöglichkeiten gibt es hier nicht.

Einige staatliche deutsche Institutionen sind in den Philippinen aktiv. Die GIZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) beteiligt sich zum Beispiel an Projekten der Minerslagerstättenforschung.

Waren die Investitionen von Bayer und Höchst die Ältesten des BRD-Kapitals, so ist das älteste Projekt im Rahmen der „Entwicklungshilfe“ des BRD-Staates eines, daß auf den Pflanzenzucht zielt. Bei den neuen Ressourcen (s.o.) ist der ja dringend geboten.

BMZ-Minister Warnke unterzeichnete im Oktober ein neues Hilfsabkommen über fast 40 Mio. DM. Das Geld wird unter anderem verwendet, Rahmen der „Entwicklungshilfe“ des BRD-Staates eines, daß auf den Pflanzenzucht zielt. Bei den neuen Ressourcen (s.o.) ist der ja dringend geboten.

BMZ-Minister Warnke unterzeichnete im Oktober ein neues Hilfsabkommen über fast 40 Mio. DM. Das Geld wird unter anderem verwendet, das Telefonnetz im Geschäftsbereich Manila zu erneuern. Der Auftrag ist längst vergeben — an Siemens.

Die katholische Nachrichtenagentur GmbH (KNA) bringt Meldungen von weiteren bundesdeutschen Institutionen, die ein Interesse an den Philippinen haben. Bei der Machtübernahme durch Cory Aquino spielte der kirchliche Sender „Radio Veritas“ eine wichtige Rolle. Mit seinen 14 Überseeprogrammen erreicht der Sender auch die verbotenen Kirchen in China, Nordkorea und Vietnam. Missio in Aachen schenkt dem Sender jährlich 1 Million DM zu. Und Kardinal Hoffner bat persönlich „anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums um Spenden“ für einen neuen 250 Kilowatt-Kurzwellen-Sender. Missio gibt an, 1985 332 Projekte auf den Philippinen mit 10,5 Millionen DM unterstützt zu haben. Darüber waren auch Programme für „aktive Gewaltlosigkeit“. Counter-Insurgency läßt grüßen.

Die Hans Seidel Stiftung der CSU unterstützt finanziell das „Center for Research and Communication“ (CRC) des Opus Dei.

Der Dachverband gelber Gewerkschaften (TUCP) wurde bis vor wenigen Jahren von der Friedrich Ebert Stiftung der SPD unterstützt.

Bei näherem Hinsehen sind die BRD-Interessen in den Philippinen von gar nicht so geringer Bedeutung für das BRD-Kapital. Dies war wohl der Grund für das Kohl-Regime sich nicht zu schnell von einem Partner zu trennen, mit dem sich so gute Geschäfts machen ließen. Die SPD rief die Bundesregierung immerhin am 18. Februar dazu auf, das Marcos-Regime nicht weiter anzuerkennen. Wenn sie es nicht selbst machen muß, fällt ihr es etwas bekanntlich leichter.

Philippinen: Der US-Flugzeugträger im Pazifik

von Rainer Werning

„Wir sind der Meinung, daß, sofern überhaupt, nur wenige Amerikaner die Einschränkung persönlicher Rechte und demokratischer Institutionen als negative Beeinflussung amerikanischer Interessen ansehen. Amerikanische Beamte sind zudem der Ansicht, daß die Stärkung präsidialer Autorität Präsident Marcos befähigte, eine gewünschte Stabilität herbeizuführen, und daß die Militärbasen und eine uns wohlgesonnene Regierung in den Philippinen wichtiger als die Wahrung demokratischer Institutionen sind.“ (1)

Diese Einschätzung, nur wenige Wochen nach der Verhängung des Kriegsrechts (21. September 1972) publik gemacht, widerspiegelt die Dringlichkeit Washingtons, angesichts des sich in Indonesien anbahnenden Debakels seine Aufmerksamkeit stärker denn je auf die Ansamerstaaten zu lenken.

Aus militärstrategischen und „sicherheitspolitischen“ Erwägungen genossen die Philippinen oberste Priorität. (2) Auf dem Archipel sind immerhin die größten außerhalb des nordamerikanischen Festlandes installierten Militärbasen lokalisiert. Die der Luftwaffenstützpunkt Clark Air Field als Hauptquartier der 13. US-Luftwaffe, so fungiert der Flottenstützpunkt Subic Bay Naval Base der 7. US-Flotte als taifungeschützter Heimathafen. Von hier aus geschieht über die „Sicherung“ des Pazifik einschließlich der Gewässer um Japan und Australien

hinaus die Kontrolle des über den Indischen Ozean und Persischen Golf bis hin zum Roten Meer reichenden „Verteidigungsgürtels“. Auf philippinischem Boden befinden sich außerdem die für eine „Erstschlagkapazität“ notwendigen C³-Anlagen (Kontroll-, Kommando-, Kommunikations- und nachrichtendienstliche Anlagen) sowie das (vermutlich umfangreichste) Atomwaffendepot in der Region.

Spätestens seit 1983 zeigen sich die Vereinigten Staaten alarmiert über das dramatische Anwachsen des revolutionären Bündnisses NDF (Nationale Demokratische Front). Deren Guerilla, die Neue Volksarmee (NPA), gilt in ihren Augen als die weltweit am schnellsten wachsende. (3) Hohe Beamte des Pentagon (amerikanisches Verteidigungsministerium) wie James A. Kelly, Richard L. Armitage und der Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Pazifik haben seit der Zeit mehrere Stippvisiten in etwa 20 der 73 Landesprovinzen durchgeführt. Wie aus Washington verlautet, — „um vor Ort das erschreckende Ausmaß der Subversion (Aufbruchs; R W) zu untersuchen.“

Kelly und Armitage merken an, daß solche Erscheinungen wie „Machtmißbrauch, Inkompetenz und Korruption“ im philippinischen Militär gang und gäbe seien. Nach ihren Angaben mußten 1984 ca. 400 Soldaten unehrenhaft den Dienst quittieren. Gegen weitere 500 Soldaten wurden Disziplinarurteile verhängt. Hier Kernausagen ihrer im Herbst 1984 veröffentlichten Memoranden.

Die Kelly- und Armitage-Memoranden

„Bis vor kurzem richteten die Vereinigten Staaten und die Philippinen ihre Verteidigungsanstrengungen auf die wachsende Bedrohung seitens der sowjetischen Streitkräfte in Südostasien. Das Ansteigen des kommunistischen Aufbruchs in den Philippinen hat aber zu einer Umkehr der Prioritätensetzung im Verteidigungsbereich geführt. Manila ist nunmehr bestrebt, dieser inneren Bedrohung zu begegnen. Das Verteidigungsministerium sieht in dieser Konzentrierung auf die innere Bedrohung eine angemessene Anerkennung der wachsenden Stärke der kommunistischen Partei der Philippinen (CCP) und ihres militärischen Arms, der Neuen Volksarmee (NPA).“

Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß die Stärke der Aufbrucher in der Konzentrierung auf die innere Bedrohung eine angemessene Anerkennung der wachsenden Stärke der kommunistischen Partei der Philippinen (CCP) und ihres militärischen Arms, der Neuen Volksarmee (NPA).

Es besteht weitgehende Übereinstimmung, daß die Stärke der Aufbrucher in den vergangenen Jahren bedeutend zugenommen hat und die Zahl der bewaffneten Guerilla heute annähernd 10.000 Mann beträgt, denen nochmals weitere 10.000 aktive Sympathisanten

zuzurechnen sind. Mit diesen Kräften kollaborieren schätzungsweise 60.000 Mitglieder der CPP und — in geringerem Maße — möglicherweise 100.000 Mitglieder der kommunistisch beherrschten NDF. (...) In Kompanie-, gelegentlich gar in Bataillonstärke operierend, haben die Aufbrucher ihre Aktivitäten seit dem Vorjahr möglicherweise verdoppelt, sodaß gegenwärtig in dieser oder jener Weise ungefähr 70% aller philippinischen Dörfer unter ihrem Einfluß stehen. Obgleich es keine Beweise gibt, daß die Mochtausdehnung der Aufbrucher nennenswerter Unterstützung von außen geschuldet ist, haben die kommunistischen Guerillas die maoistische Ideologie importiert. (...) Zwischen der gemäßigten Opposition und der Kommunisten besteht keine formale vereinte Front. Vielfach stehen die Gemäßigten der Regierung näher als den Kommunisten. (...) Wir erkennen die kritische Bedeutung politischer und ökonomischer Maßnahmen und Reformen im Umgang mit dem NPA-Aufbruch vorbehaltlos an. Aber es gibt in der Reaktion der philippinischen Regierung ein militärisches Element, das wesentlich ist und nicht ignoriert werden kann.“

Nachdem Kelly und Armitage sodann den gegenwärtig „miserablen Zustand der AFP“ — Korruption, Rechtsverletzungen, mangelnde Kampfmoral, eine Vielzahl logistischer, Kommunikations- und Kompetenzprobleme — beklagen, insistieren sie dennoch auf die Notwendigkeit, die AFP als „bedeutsame nationale Institution“ und „Stabilisierungsfaktor“ Schutzhilfe zu gewähren.

„Das Verteidigungsministerium geht davon aus“, so schließt ihr diesbezügliches Plädoyer, „daß innerhalb der AFP ein solider Kader kompetenter, patriotisch gesinnter Offiziere existiert, die entschlossen sind, die notwendigen Reformen durchzusetzen und dem Vormarsch der NPA Einhalt zu gebieten. Diese Offiziere können allerdings nicht alle kritischen Mängel im Bereich der Waffen und Ausrüstungsgegenstände überwinden. Zwecks materieller Unterstützung bei der Zerschlagung des Aufbruchs sind ihre Blicke auf die USA gerichtet.“ (4)

Nicht nur sind ihre Blicke auf die USA gerichtet — die USA selbst haben alles getan, daß diese Kräfte, in Generalstabschef und dem jetzigen Generalstabschef Fidel Ramos verkörpert, jetzt die Oberhand gewannen. Ramos ist Absolvent der renommierten amerikanischen Militärakademie West Point und gilt als Garant einer effizienten Counterinsurgency, deren Zielscheibe die „Vernichtung der kommunistischen Guerilla und ihrer Infrastruktur“ ist. Das ist das Pudels Kern im Konzept der aktuell gültigen Militärstrategie „Oplan Katagan“ (Operationsplan Stabilität). (4) Unterstützung wurde dies jüngst in einer Studie des Geheimdienstauschusses des US-Senats unter Federführung des republikanischen Senators David Durenberger. (5)

So sehr auch seit Sommer 1983 „falling back areas“, also Ausweichquartiere für Subic und Clark, im Kalkül gezogen wurden (zuvorderst im Gespräch waren Guam und die nördlichen Marianen-Inseln Tinian und Saipan), so eingeschränkt sind die aktuellen Alternativen: Über die immensen Kosten hinaus (zwischen 3 und 8 Mrd.

US-Dollar) existierten in den besagten Ausweichquartieren keine ausreichend qualifizierte (und billige!) Arbeitskraft und kaum vergleichbar günstige geographische Verhältnisse. (6)

Für die reproduktiven Bedingungen des amerikanischen Kapitals im Lande wie in Ostasien/Pazifik und für die Wahrung von „Sicherheit und Ordnung“ in dieser wirtschaftspolitisch dynamischen Region sind die US-Basen — zumindest auf absehbare Zeit — notwendige Stützpunkte einer imperialen wie global ausgerichtetes Militärstrategie. Seitens der neuen Regierung in Manila ist das erst einmal kein Widerspruch zu fürchten.

Anmerkungen:

1) U.S. Senate, Committee on Foreign Relations, 93rd Congress 1st Session, Korea and the Philippines, November 1972. A Staff Report, Washington, D.C. (15.02. 1973, S. 45).
2) Verankert u.a. durch den 1981 abgeschlossenen amerikanisch-philippinischen militärischen Beistandsvertrag — vgl. Rainer Werning, Zur Geschichte des philippinischen Beistandsvertrages 1930-1978, Bonn 1978.

3) R. Werning, Berater der Bundeswehr: Beistandsvertrag und Gesundheitswesen auf den Philippinen, Hg. von medico internationalis, Frankfurt/M. März 1986, 190 S.

4) Auszüge aus: Situation in the Philippines and Implications for U.S. Policy, Statement to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, by James A. Kelly, Deputy Assistant Secretary of Defense (East Asia and Pacific Affairs), Washington, D.C. Sept. 18, 1984, 7 S. (mimeo); und das unter gleichem Titel verfaßte „Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, by Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Washington, D.C., Oct. 4, 1984, 10 S. (mimeo).
5) Vgl. Aktionsgruppe Philippinen/medico internationalis (Hg.), Die gestützten Flügel der Freiheit — Menschenrechte und Militärregierung in den Philippinen, Münster 1985, 72 S.
6) The Philippines: A Situation Report Staff Report to the Senate Select Committee on Intelligence, United States Senate, Washington, D.C. (1.11. 1985, 18 S.).

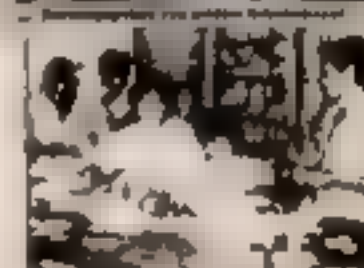
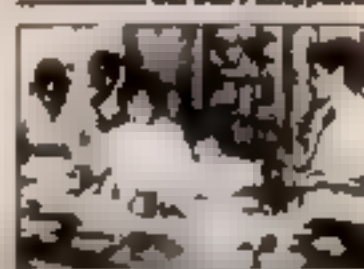
7) Vgl. die Memoranden von Kelly und Armitage, Eberhard Rhein, Die pazifische Herausforderung: Gefahren und Chancen für Europa, in: Europa Archiv — Zeitschrift für Internationale Politik 4 (1984): 101-110, Bonn 1984 und „Klappen vor Washingtons Ankerplatz“, in: Handelsblatt vom 28. Februar 1986.

Anzeige

Nach Marcos — Freiheit auf den Philippinen?

**Bersterder —
Bambus**

Beitrag zum
und demnachst
auf den Philippinen



117 Seiten, 18,00 DM ISBN 3-89048-077-X

Philippinen heute
nach den Millionen-
meetings auf den
Boulevards bleiben Stille
und Not, Großgrundbesitz
und Korruption

Dr. Rainer Werning, ein
ausgewiesener Philippinen-
Kenner, beleuchtet die
gesellschaftlichen und
ökonomischen Hintergründe
der aktuellen Situation
Gegenbewegungen
der Widerstand und der
Aufbau sowie die
Selbstorganisation in den
betroffenen Gebieten kommen
hier — am Beispiel des
Gesundheitswesens —
in den Blick

Ein ungewöhnlicher,
informativer Reisebericht.
Mit Analysen und Beiträgen
der Opposition sowie einer
Einschätzung der Lage
nach den Wahlen.

Sändler



Während Marcos seinen halben Hofstaat einschließlich General Ver plus mehrere Kisten Gold, Geld und Juwelen in einem US-Flugzeug von den Philippinen rettet, posiert sein Freund locker vor der Presse. Der kalkulierte Machtübergang wird sicher als der große außenpolitische Erfolg der Republikaner im kommenden Wahlkampf gefeiert werden. Das Dynamit für diese Entwicklung legte die New Peoples Army — und ohne eine ähnlich brutale Mischung wird beispielsweise Pinochet an Altersschwäche im Amt sterben.

Wieder einmal wurde dem Rassenregime der Republik Südafrika durch die westlichen Industrienationen das Vertrauen ausgesprochen: 30 Großbanken halfen, eine Finanzkrise des südafrikanischen Staates beizulegen.

Am 20. Februar traf man sich in London, um die Verschuldungsprobleme dieses Landes zu lösen. Es ging um die Frage, wie eine Schuld von 14 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt sei. Im August des vergangenen Jahres hatte Südafrika die Rückzahlungen seiner kurzfristig laufenden Kredite eingestellt und einseitig erklärt, daß in der nächsten Zeit auch keine weiteren Zahlungen zu erwarten seien.

Hintergrund dieser Entwicklung war natürlich die Revolte der schwarzen und farbigen Bevölkerung in Südafrika gegen das Minderheitsregime. Das brutale und blutige Vorgehen der Rassisten gegen die revoltierenden Menschen hatte weltweit zu Protesten geführt, und gerade in den USA forderten viele Menschen einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Republik Südafrika. Eine erfolgreiche Desinvestment-Kampagne, gerade durch die farbige Bevölkerung in den USA getragen, brachte die US-amerikanischen Banken in die Situation, zwischen einer Fortführung ihrer Geschäfte mit Südafrika oder einer Rücksichtnahme auf ihre einheimische Kundschaft wählen zu müssen.

In der internationalen Finanzwelt hatte gleichzeitig das Image der Rassisten gelitten. In der Vergangenheit hatte die Republik Südafrika ihre Auslandsschulden immer pünktlich bezahlt und war als Kunde an allen Bankschaltern willkommen. Die politische Krise in der Republik hatte jedoch auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, und so ganz sicher waren sich viele Investoren nicht mehr, ob die Rassisten ihre Vormachtstellung gegen den Ansturm der Unterdrückten wahren halten können. Die südafrikanischen Banken jedenfalls hatten wesentlich größere Schwierigkeiten, Kredite auf den internationalen Finanzmärkten zu erhalten. In der letzten Zeit bekamen sie nur noch Kredite auf einer kurzfristigen Basis, d. h. es mußte maximal in einem Vierteljahr zurückge-

Südafrika:

Umschuld ohne Unschuld

zahlt werden oder gegen einen neuen, ähnlichen Kredit eingetauscht werden. In Südafrika selber verliehen die südafrikanischen Banken das Geld natürlich langfristig an ihre privaten Kunden.

So war Mitte 1985 eine für die südafrikanischen Banken verzwickte Situation entstanden: Einerseits sahen sie sich einer Menge kurzfristig zurückzahlender Kredite gegenüber, andererseits konnten sie die weiterverliehenen Gelder nicht von ihren Kunden zurückfordern. Und nun kündigten eine Reihe US-amerikanischer Banken ihre bisherigen Kredite und forderten ihrerseits Rückzahlung südafrikanischer Schulden. Daraufhin machten die Rassisten ihren Laden dicht und riefen ein „Schuldenmoratorium“ für ihre kurzfristigen Kredite aus: Die Zinsen wollten sie weiterhin zahlen, aber an Rückzahlungen sei für die nächsten Jahre nicht zu denken.

Als Peru im vergangenen Jahr erklärte, seine Schulden in wesentlich kleineren Raten als früher zurückzahlen, war das allgemeine Geschrei in



Am 16. Mai dieses Jahres findet der nationale Protesttag gegen die Bankenpolitik der BRG mit Südafrika statt

der Finanzwelt groß. Als die Republik Südafrika einen wesentlich drastischeren Schritt vollzog, war man erstaunt, aber andererseits voll Verständnis aufgrund der politischen Krise in diesem Land. Als Vermittler zwischen Schuldigern und Gläubigern wurde der ehemalige Chef der schweizerischen Zentralbank Leutwiler berufen. Dieser Mann hatte nun die Aufgabe, eine politische und finanzielle Lösung herbeizuführen. Die US-amerikanischen Banken bestanden darauf, daß bei Verhandlungen um die Umschuldung der Kredite Südafrikas auch wesentlicher Punkt Reformen in Südafrika selber sein müßten. Die europäischen Banken hingegen wollten gerade keine „politische Umschuldung“ und waren bereit, die Umschuldungsbedingungen für die Rassisten einfacher zu halten als die US-Amerikaner. Diese Differenz ist unumkehrbar Ausdruck der Tatsache, daß in den USA eine weitestgehend konsistente und mächtigere Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf in Südafrika besteht als in Europa.

Vermittler Leutwiler reiste nach Südafrika und verhandelte mit dem Rassenpräsidenten Botha über mögliche Reformankündigungen. In seiner Rede vor dem Parlament Anfang Februar verkündete Botha denn auch

Vermittler Leutwiler reiste nach Südafrika und verhandelte mit dem Rassenpräsidenten Botha über mögliche Reformankündigungen. In seiner Rede vor dem Parlament Anfang Februar verkündete Botha denn auch wiederum „Reformversprechen“ wie z. B., die Palgesetzte zu verändern. Für die internationale Öffentlichkeit wurden diese Versprechen durch eine Anzeigenkampagne der südafrikanischen Regierung in der heimatischen Presse begleitet. Was von diesen Versprechen zu halten ist, verdeutlichte die weiße bürgerliche Opposition im Parlament. Die beiden Oppositionsführer der PLP legten gerade in diesem Zeitraum ihre Sitze nieder, weil sie zu dem Schluß gekommen waren, daß aus diesem Parlament in dieser Zusammensetzung nichts an Positivem für die Unterdrückten herauskommen würde.



Kein Geld für Gold aus SÜDAFRIKA!

Der Vermittler Leutwiler brachte nichtsdetrotz einen positiven Eindruck der Reformwilligkeit der Rassisten. In einem Interview mit der Wirtschaftswoche (21.2.86) stellte er seine Positionen dar, die wohl für die Bankenwelt repräsentativ sind. Bezüglich der Reformversprechen führte Leutwiler aus: „In den Gesprächen mit Präsident Botha habe ich den Eindruck er halten, daß er auf dem Reformkurs weiter gehen will. Was in der Rede vom 31. Januar steht, ist nicht nichts. Da ist einiges drin. ... Die Reformen, wenn sie so weit gehen, wie Botha angekündigt hat, werden recht substantiell sein für diejenigen, die 'one man one vote' fordern, ist es zu wenig. Aber diejenigen, die das wollen, sind nicht diejenigen, deren Meinung ich teile.“

beglichen haben. Verglichen mit den Verhandlungen verschiedener lateinamerikanischer Schuldner und die südafrikanischen Banken sehr gut gefahren. Denn insbesondere von den politischen Forderungen wurde Abstand genommen. Das südafrikanische Wirtschaftsblatt „Business Day“ kommentierte den Ausgang der Verhandlungen folgendermaßen: „Leutwiler klammerte die Politik geschickt aus in der Annahme, daß die politische Reform dem Umschuldungsprozeß Flügel verleihen. Im Kern der Sache gibt er Präsident Botha eine weitere Chance, die Kapitalmärkte zu überzeugen, daß er es mit seinen Bestrebungen um Abschaffung der Apartheid ernst meint.“ (Nach „Neue Zürcher Zeitung“, 1.3.86)

Am Vorabend der Verhandlungen haben Bischof Tutu, SACC-Generalsekretär Beyers Naude und der Führer der United Democratic Front, Allan Boesak, an Leutwiler einen Brief geschrieben, in dem sie ihn und die westlichen Banken aufforderten, die Umschuldungsverhandlungen abzubauen, und im Gegenteil die Kapitalien, die südafrikanischen Banken ins Ausland hatten, einzufrieren. Die Absender dieses Briefes haben sich damit der Gefahr ausgesetzt, von den Rassisten für die Forderungen nach Sanktionen bestraft zu werden. Weiterhin forderten die drei, daß Umschuldungen nur dann eingegangen werden sollten, wenn dies mit dem Rücktritt der weißen Regierung verbunden wäre.

Bemerkenswert an der Berichterstattung über diese Verhandlungen ist, daß in der internationalen Presse nirgendwo eine der beteiligten Banken genannt wird. Immerhin waren an diesen Verhandlungen die 30 genannten Banken beteiligt, und darüber hinaus sind weitere 230 Banken von den Abmachungen betroffen; die westdeutschen Banken sollen in diesen Verhandlungen 10 % der Kreditmasse repräsentiert haben. Lediglich eines ist bekannt, Die britische Clearingbank National Westminster soll den Vorsitz des Komitees führen, das bis zum nächsten Jahr mit der Abwicklung der Geschäfte betraut ist (nach „Börsen-Zeitung“, 22.2.86). Vielleicht ist diese Heimlichkeit auf die Tatsache zurückzuführen, daß der ANC erklärt hat, gerade die an diesen Umschuldungsverhandlungen beteiligten Banken müssten verstärkt in seine Vöner zu nehmen.

Zurück aus Südafrika, betraf Leutwiler für den 20. Februar eine Konferenz nach London ein. An dieser Konferenz nahmen dann 30 westliche Großbanken teil, die zusammen 70 % der zu verhandelnden 14 Mrd. US-Dollar repräsentierten. Für die südafrikanische Seite nahm der Generaldirektor der South African Reserve Bank teil. Ergebnis der Verhandlungen war, daß das Moratorium im Prinzip um ein Jahr bis Frühjahr 1987 verlängert wird. Die südafrikanischen Banken müssen jedoch ein Fünftel der 14 Mrd. US-Dollar bis dahin in Abschlagszahlungen

Wo., Imp.-Kommission

Die südafrikanischen Banken müssen jedoch ein Fünftel der 14 Mrd. US-Dollar bis dahin in Abschlagszahlungen

Wo., Imp.-Kommission

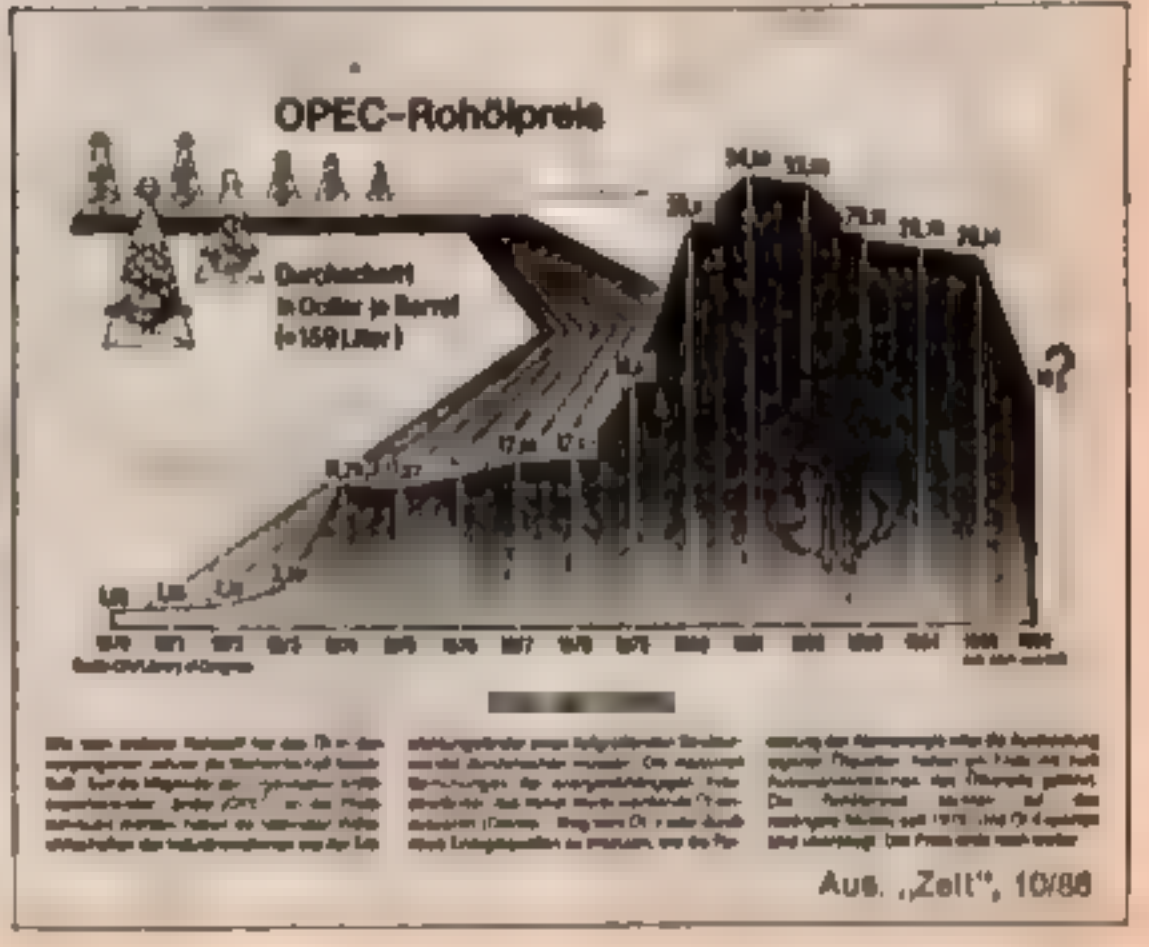
OPEC: Das vorzeitige Ende eines Kartells

In den letzten Monaten fiel der Preis für Rohöl auf den internationalen Märkten dramatisch auf 15 bis 18 Dollar pro Barrel (1 Barrel = 159 Liter). Seit 1981 hat sich der Ölpreis damit halbiert. Er liegt derzeit auf dem Level von 1979, also vor der zweiten damaligen drastischen Ölpreiserhöhung, und in realer Kaufkraft gemessen auf dem Niveau von 1974 — kurz nach der ersten Ölpreiserhöhung.

Der Verfall der Ölpreise ist Ergebnis der weltweiten Veränderungen hin-

sichtlich der Energiepolitik und war auch abzusehen — nach der zweiten Ölpreiserhöhung von 1979/80 betreiben alle kapitalistischen Industriestaaten eine Politik des „weg vom Öl“; insgesamt wurde durchschnittlich ein Fünftel der Öleinfuhren eingespart, teils durch Umstellung auf andere Energieträger (Erdgas, Atomenergie), teils durch die schwache konjunkturelle Entwicklung bedingt.

Fortsetzung nächste Seite



PROGRAMM März

PROGRAMM März



klecks theater

ALTER STEINWEG 43 2000 HAMBURG 11

ALTER STEINWEG 43 2000 HAMBURG 11
TELEFON: 040/36 36 36

Ein Stück — nicht nur für Kinder — über den Aufstand von Soweto 1976. Die Spieldauer läuft bis Juni 1986.

PARTEIVORVERKAUF
MO-FR 16.00-17.00 UHR
TEL. VORBEST. 16.00
MI-FR 17.00 UHR
SA IN ALLEN THEATERTISSEN

Fortsetzung von Seite 28

relate der Vorsitzende des World Jewish Congress, Edgar Bronfman, 1985 in die Sowjetunion. Beim zweitenmal besuchte er auch Polen. An diese Reisen knüpfen sich Gerüchte, daß ein internationaler Handel schon nahezu perfekt sei. Gorbatschow habe sein Einverständnis zur Ausreise von zunächst 15.000 Juden gegeben. Diese sollten aber nicht wie bisher über Wien und Rom jenseits, wo viele schon vom Weg nach Israel ausscherten. Vielmehr sollten die Emigranten nach Warschau gebracht und von dort mit französischen Maschinen direkt nach Israel geflogen werden. Der Grund ist plausibel: „Die Verlegung der Transitstelle von Wien nach Warschau würde alle jüdischen Emigranten zwingen, direkt nach Israel zu fliegen. Und da sie bei ihrer Ankunft auf dem Ben-Gurion-Flughafen nach dem Heimkehrgesetz automatisch israelische Staatsbürger wurden, verloren sie den Anspruch auf den Status „politischer Flüchtlinge“ und damit auf das Recht, sich in den USA niederzulassen und zu arbeiten, was Jerusalem seit langem anstrebt.“ (10)

In Verbindung mit dem angeblichen Auswanderungs-Deal gab es auch Gerüchte, daß eine Wiederaufnahme der 1967 von der UdSSR abgebrochenen diplomatischen Beziehungen bevorstehe. Ferner sei Israel bereit, einer internationalen Nahost-Konferenz unter Beteiligung der UdSSR zuzustimmen. Die Konjunktur dieser Gerüchte, die vor ein paar Monaten noch ziemlich heiß gehandelt wurden, hat sich mittlerweile deutlich abgekühlt. Sie hat sich auch durch die Freilassung Schischoranskis kaum neu belebt. Offizielle israelische und jüdische Stimmen waren jetzt sogar ausdrücklich vor Hoffnungen, was mensch aber wiederum auch so interpretieren könnte, daß vielleicht doch eine Einigung nahe ist, die nicht durch Gerede gefährdet werden soll.

Tatsachen sprechen allerdings gegen diese Deutung. Tatsache ist, daß der Auswandererstrom aus der UdSSR seit dem Amtsantritt Reagans auf ein Minimum reduziert ist. Das könnte erstens heißen, daß mit der relativ großen Auswanderungswelle von 1971-81 (immerhin über 250.000 Menschen, also mehr als 10% der offiziell gezählten Juden) das Reservoir der Auswanderungswilligen tatsächlich stark zusammengetrocknet ist. Dies ist die sowjetische Version. Es könnte natürlich auch

heißt, daß die Regierung der UdSSR absichtlich „den Hahn zugekehrt“ hat, um sich ein außenpolitisches Druckmittel zu verschaffen. Daß die Zahl der Emigranten im Jahre 1979 ihre Rekordhöhe erreichte, als mit SALT II das letzte amerikanisch-sowjetische Abkommen unterzeichnet wurde, und daß sie seit Reagans Amtsantritt stetig in den Keller ging, braucht ja nicht bloßer Zufall zu sein. Im Fall der ersten Version sind sowieso alle Hoffnungen auf neue Menschenmassen für Israel aus der UdSSR vergeblich. Im Fall der zweiten Version wäre zu fragen, was der UdSSR politisch anzubieten ist. Gewiß ist es in Moskau mit Wohlgefallen registriert worden, daß Israels Präsident Chajm Herzog vor dem Parteitag der KP Israels als Gastredner auftrat und dort sowohl den „entscheidenden Beitrag der Roten Armee“ zur Niederschlagung Nazi-Deutschlands wie auch die sowjetische Unterstützung und Waffenhilfe für den jungen jüdischen Staat 1947-48 würdigte. Auch haben sich manche zionistischen Repräsentanten in letzter Zeit betont moderat und differenziert zur Sowjetunion geäußert. Andere haben dafür die derbe Polemik — in der Sowjetunion herrsche „Antisemitismus und eine an die Hitlerzeit erinnernde Medienkampagne gegen Juden“ (11) — fortgesetzt, und auch das hat man in der UdSSR gewiß vermerkt. Vollends wird die Information „Israels Lobby fordert Reagan SDI-Projekt“ (12) die sowjetischen Machthaber nicht geneigter gegenüber israelischen und jüdischen Wünschen machen. Wahrscheinlich also, daß sich das Tauwetter in Grenzen halten wird.

Kl., Hamburg

Anmerkungen

- (1) Spiegel, Nr. 20/1978
- (2) wie (1)
- (3) Spiegel, Nr. 8, 1986
- (4) A. Gertner, Jüdische Wochenzeitung, 14.2.86
- (5) Welt, 11.6.77 und Bild, 22.6.77
- (6) Welt, 12.2.86
- (7) Stern, 20.2.86
- (8) Harry van den Bergh, Fraktionsvorsitzender der niederländischen Sozialdemokraten in Welt, 14.5.80
- (9) Angaben des sowj. Delegationsleiters auf der Konferenz über Menschenrechtsfragen „Opawa Mel“ 1985, zit. nach Welt, 20.5.85
- (10) ajw, 14.2.86
- (11) Stellungnahme des Exekutivrats des World Congress on Soviet Jewry, zit. nach FAZ, 18.11.85
- (12) ajw, 7.3.86

Hauptquelle für die hier verwendeten Zahlen war die Encyclopaedia Judaica, Jerusalem

Das garantierte 'Mindesteinkommen' — ein zutiefst konservatives Modell

Einige „postmoderne“ Theoretiker aus dem ökonomischen und ökologischen Lager der Grünen preisen das „Garantierte Mindesteinkommen“ (GME) als grundlegende Alternative zur Lösung der Krise des Sozialstaats an.

Mit dem GME soll ein „allgemeines Grundeinkommensystem“ geschaffen werden, „durch das die Gesellschaft der Garantie für die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Einwohner ungeachtet des durch Arbeit (oder Vermögen) erzielten Einkommens und ungeachtet der Familiensituation übernimmt“. Damit wäre das Diktat der Lohnarbeit ebenso beseitigt wie die „Neue Armut“, es solle nicht mehr gelten, daß nur die essen, die auch arbeiten. Arbeit und Einkommen seien zu „entkoppeln“ — und den „arbeitslosen Sozialstaat“ brauche man dann auch nicht mehr (vgl. Opelka, 1985).

Die Ökoliberalen preisen die Freiheit des Individuums an; mit dem GME stehe es jedem frei, die Ware Arbeitskraft zu verkaufen oder einer „ganzheitlichen, der Natur zugewandten Lebensweise“ zu fröhnen. Die Ökonomie werde durch die ökologische Lebensweise verdrängt, propagiert wird ein Leben in kollektiven Strukturen mit hohem Selbstversorgungsgrad, Alternativprojekte und -betriebe seien durch das GME besser abgesichert als durch andere staatliche Zuschüsse.

Und mit dem GME „würden längerfristige Entlohnungs-, Einkommenssicherungs- und Entökonomisierungsprozesse eingeleitet“ (vgl. Gerhardt/Weber, 1985).

Zur Finanzierung des GME werden eine eher „linke“ aufgemachte Variante, die sog. Sozialdividende oder das „garantierte Bürgergehalt“ (Opelka) und die „rechte“ Variante, die negative Einkommensteuer (Weber/Gerhardt, Schmidt) angepriesen (siehe Abbildungen).

Die Forderung nach einem GME ist unter den Grünen umstritten. Im noch gültigen Sinfelfinger Wirtschaftsprogramm ist jedenfalls noch kein Hinweis auf diese Forderung enthalten.

Kapitalismus heutiger Prägung ohnehin schon mehr oder weniger vorhanden. Seit den Bismarck'schen Sozialgesetzen (Einführung der Renten- und Krankenversicherungen) gibt es eine Reihe von staatlichen „Mindesteinkommen“, um all die Menschen, die aus der Lohnarbeit herausfallen, minimal materiell abzusichern.

Diese „Sozialeinkommen“ wurden größtenteils von der Arbeiterbewegung erkämpft und auch von ihnen in Form von „Lohnnebenkosten“ (Steuer- und Sozialabgaben) bezahlt.

Sozialhilfe und Krankenversicherung werden dabei relativ unabhängig von der individuellen Lohnhöhe gewährleistet, während etwa Arbeitslosengeld und -hilfe und Renten sich nach der vorherigen Einkommenshöhe richten.

Es ist bemerkenswert, daß die „Sozialeinkommen“ seit etwa Mitte der sechziger Jahre ganz gehörig „entkoppelt“ worden sind.

Das BaFöG für Studenten wurde als Mindesteinkommen völlig abgeschafft, denn es wird nur noch als Darlehen gewährt.

Die Fristen für und die Höhe von Arbeitslosengeld und -hilfe wurden in den letzten Jahren drastisch gesenkt.

Die Rententransfers wurden ebenfalls von den zuvor einbezahlten Einkommensbeiträgen „entkoppelt“, was eine erhebliche Senkung der Rentenbeiträge zur Folge hatte.

Kurz: der Sozialstaat wurde demontiert, massiver Sozialabbau betrieben. In diesem Bereich steht also nicht die Entkopplung, sondern die Ankopplung von Arbeit und Einkommen an, aber darum geht es den GME-Ideologen gerade nicht!

Die „Entkopplung“ ist also modisch. „Entkopplung“ ist auch prinzipiell ein Humbug, denn in den letzten zehn Jahren waren rund ein Drittel aller westdeutschen Lohnabhängigen — 12,5 Millionen — mindestens einmal arbeitslos — also von Arbeit und Einkommen „entkoppelt“. Und außerdem wird die Arbeit in jedem Gesellschaftssystem eine Naturnotwendigkeit bleiben und wir gar nicht zu trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen. Ein „Entkopplung“ ist verteilungspolitisch nur dann machbar, wenn man trennen von den Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung) und kulturellen Bedürfnissen der Menschen.

Wäre es da nicht konsequenter, ein Mindesteinkommen in Höhe eines Facharbeiterlohnes, also 2500,- DM, zu fordern, um das „Industriesystem“ aus den Angeln zu heben?...

Aber nein doch, ganz dogmatisch wird auf der Schiene der Konservativen gefahren — und das Folgen dieses „Mindesteinkommens“ wären verheerend:...

— Zum einen für die, die aus dem Lohnsystem „aussteigen“ wollen, denn erst jüngst kam das Studentenwerk in einer Untersuchung über die materielle Lage der Studenten zu dem Ergebnis, daß diese etwa 970,- DM benötigen würden — zur Sicherung des Existenzminimums — vertrieht sich.

— Zum anderen für die, die in der sogenannten Alternativwirtschaft arbeiten. Die dort zum überwiegenden Teil ohnehin niedrigen Löhne würden fortgeschrieben. Eine nicht gerade rosige Perspektive für diesen Sektor, der doch von den GME-Ideologen zur solchen Alternative der derzeit herrschenden „Wachstumsmodells“ hochstilisiert wird.

Gesamtgesellschaftlich würden sich die Lohnabhängigen brutal benachteiligen. Die dort zum überwiegenden Teil ohnehin niedrigen Löhne würden fortgeschrieben. Eine nicht gerade rosige Perspektive für diesen Sektor, der doch von den GME-Ideologen zur solchen Alternative der derzeit herrschenden „Wachstumsmodells“ hochstilisiert wird.

Das ist auch der Grund, warum die GME-Ideologen im grünen Lager nicht nur Kritik, sondern auch viel Beifall von konservativer Seite erhalten.

Hinter der Forderung nach einem GME verbirgt sich also eine stockreaktionäre Utopie, die dem Sinfelfinger Programm der Grünen direkt widerspricht. Denn dort heißt es noch: „Langfristig müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß alle, die dazu gesundheitlich in der Lage sind, auf Basis eigener Arbeit ein eigenes, zur menschenwürdigen Lebensgestaltung ausreichendes (!) Einkommen erhalten. Dazu sind entsprechende Mindestlöhne festzulegen. Auch eine Annäherung an dieses Ziel wird die Notwendigkeit von Sozialeinkommen jedoch nie aufheben.“

Alternativen

Gegen die „Befreier von falscher Arbeit“ hatten sich fortschrittliche Forderungen u.a. daran zu orientieren: — Mindestlöhne, also die Aufhebung der Leichtlohngruppen usw. zu fordern und kapitalistische Flexibilisierungsstrategien abzulehnen; — eine Reform der Renten-, Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe zu fordern mit dem Ziel, einen tatsächlich ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern, wobei zur Finanzierung die Einkommen der Kapitalisten stärker herangezogen werden müßten.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die GME-Ideologen mit ihren Forderungen innerhalb der Grünen bereits Einfluß gewonnen haben. Die anstehenden Wahlprogramm-Debatten bei den Grünen werden es zeigen.

D., Westberlin

Literatur:

- Die Grünen, „Sinfelfinger Programm“, Januar 1983
- Gerhardt/Weber in: Thomas Schmidt (Hrsg.), „Befreiung von falscher Arbeit — Thesen zum garantierten Mindesteinkommen“, Westberlin, 1984
- M. Opelka, „Jenseits von Armut und Kapitalismus“ (in: „Widersprüche“, Heft 14, Februar 1985)

Anmerkung:

1 Während die Ökoliberalen ganz offen die Beseitigung des Sozialstaats propagieren, drückt sich der linke Vertreter M. Opelka verhalten aus. Er behauptet, das Grundeinkommen wäre ein revolutionärer Schritt, der nicht nur für Sozialstaat bedeute, sondern auch für die Sicherung der Lebensbedin-



SOLIDARITY SUNDAY
MAY 21st CITY TO BATTERY
 HALL TO PARK
MARCH BEGINS 12 NOON, BDWY & MURRAY ST.

THE GREATER NEW YORK CONFERENCE ON SOVIET JEWRY (212) 350-1346

Offizielles Plakat der jüdischen Verbände New Yorks zum „Solidarity Sunday“ 1978

GME versus Sozialstaat

Die angebotene „Entkopplung von Arbeit und Einkommen“ — der Werdegang der GME-Ideologen — ist un-

SPD — Nicaragua

Contras der Solidarität

Einige Wochen nachdem die CDU ihr Tribunal gegen Nicaragua durchgeführt hat, tagt schon wieder ein hohes Gericht über das mittelamerikanische Land. Die Richter und Staatsanwälte dieses Mal: Sozialdemokraten, führende Mitglieder einer Partei, die zweifellos das politische und moralische Recht der Wirken im eigenen Lande erworben hat, zu Gericht über die Methoden politischer Herrschaft in einem Land der „3. Welt“ zu sitzen.

„Klose beklagt Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua“, „Linker Sozialdemokrat kritisiert ausnahmsweise“ und: „Wischnewski zweifelt jetzt an der sandinistischen Demokratie“ — so formulierten die Presse des sozialdemokratischen Freiheitskampfes und Kommentatoren über die zwar späte, aber deswegen auch umso wertvollere Einsicht jener, die in diesem Lande standen, Symptomanten der nicaraguanischen Revolution zu sein.

Unendlich in allen Fragen, die Freiheit und Demokratie betreffen, sind sie, die Herren Klose und Wischnowski und — mit Verlaub — der Genosse Kriele. Von Klose beispielweise ist doch bekannt, wie er Sturm gelaufen ist gegen den tödlichen Wasserwerferinsatz auf einer Anti-Nazi-Demonstration in Frankfurt. Hat er nicht damals spektakulär seinen Ausritt aus einer Partei erklärt, die im Parlament den Tod von Günter Sahle als Ergebnis eines „behutsamen und zielgerichteten“ Polizeieinsatzes bezeichnet hatte? Wie oft hat er nicht in Palästina über die Verbrechen der israelischen Besatzungsmächte als Ergebnis eines „behutsamen und zielgerichteten“ Polizeieinsatzes bezeichnet? In der er oft hat er nicht in der Stadt, in der er einst Bürgermeister war, den Terror von Zivil- und MEK-Bullen gegen Demonstranten geübt, schonungslos nach Aufklärung von Möglichkeiten der politischen Beeinflussung. „3. Sicherheitsgefangnisse“ „Aus den Sicherheitsgefangnissen wird — zum Teil detailliert — von Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folterberichten berichtet. Angesichts der aus von verschiedenen Seiten gegebenen Informationen, die nicht ungläubig sind, und der Unmöglichkeit, einen eigenen Eindruck zu gewinnen, sind diese Berichte als falsch abzuweisen.“ 4. Behandlung der Opposition „Aus der Kriegssituation mag die Meinung verständlich sein, Oppositionelle als Unterstützer der Contras zu betrachten. Sympathie wurde uns jedoch — dort allerdings in aller Offenheit — von Bischof Vega bekundet. Vor diesem Hintergrund macht es Mühe, die uns detailliert beschriebenen, offiziell nicht bestrittenen, sondern sogar bestätigten Aktionen gegen Gewerkschafter oder Parteifunktionäre zu verstehen, die regelmäßig auf so schwer fassbare Tatbestände wie „Subversion“ gegründet sind und Sie vollziehen sich in Formen, die mit rechtsstaatlichen Vorstellungen nicht konform sind und die ganz offensichtlich allein dem Ziel dienen, die Opposition einzuschüchtern.“ 5. Politische Gefangene „Nach unseren Schätzungen beläuft sich die Zahl der Gefangenen auf ca. 10.000, das ist gemessen an der Bevölkerungszahl von etwa 3,5 Millionen viel. Von den 10.000 sind ca. 3.000 'normale' Gefangene; etwa 2.300 sind ehemalige Somoza-Gardisten; der Rest sind politische Gefangene.“ (alle Zitate aus der „FR-Dokumentation“ vom 22.2.1986)

Hans Ulrich Pastora besichtigt eine Revolution

Ende November letzten Jahres reisten Klose und der persönliche Referent von Willy Brandt, Klaus Henning Rosen, nach Nicaragua. Ihr Auftrag: Untersuchung der Menschenrechte. Ihre Auftraggeberin: die „Arbeitsgruppe Menschenrechte“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Schon der Gegenstand ihrer anmaßenden „Untersuchung“ richtet die Richter: Denn die AG-Mitglieder zeigen nicht das geringste Interesse für den Überlebenskampf des nicaraguanischen Volkes; das Recht zu leben, das bislang 2 117 Nicaraguaner von der US-Regierung aberkannt worden ist, existiert nicht in ihrem Menschenrechtskatalog. Sie, die Kämpfer für die Rechte der Menschen, lassen die Fragen kalt, ob die Familien auf dem Land genug zu essen haben, ob sie menschenwürdigen Behausungen leben, welche Qualität ihr Trinkwasser hat, ob die Kinder eine Chance haben, den Krankheitsfall zu überleben, ob sie lesen und schreiben lernen

Wie belanglos, geradezu vulgar mag doch für unsere Menschenrechtstouristen das Schicksal eines Kooperativenbauern sein, der 10 Stunden am Tag mit der Knarre auf dem Rücken auf dem Feld arbeitet, während die Angst im Nacken, von Contra-Banden angegriffen zu werden, der nach „Feierabend“ sein privates Stück Land bestellt und nachts noch seine Familie vor Contra-Überfällen schützen muß. Da ist es doch viel spannender, sich von den politischen Vertretern der nicaraguanischen Bourgeoisie erzählen zu lassen, wie die Sicherheitskräfte ihre Arbeit gegen die Revolution behindern.

Je mehr Menschen in der „3. Welt“ kreieren, desto wichtiger ist die Pressefreiheit — diese Quintessenz des imperialistischen Menschenrechtsbegriffs war auch für Kloses Untersuchung der „Menschenrechtsverletzungen“ in Nicaragua erkenntnistiefend. Und das kam dabei heraus:

Was Hans Ulrich Klose kritisiert

1. Das CDS-System (CDS = Comités de Defensa Sandinista, Basisorganisationen, die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wahrnehmen, auch für den Gesundheitsschutz, für die Alphabetisierung, Häuserbau und für die Sicherheit zuständig sind)

„Die Gefahr ist allerdings nicht zu leugnen, daß ein solches System der menschlichen Schwäche zum Schnüffeln, vielleicht auch zur Denunziation um der Erlangung persönlicher Vorteile willen entgegenkommt.“

2. Volksgerichte (Tribunales populares antisomozistas) „Das Gerichtssystem erfährt in Gestalt der Tribunales populares antisomozistas eine Entwertung des rechtsstaatlichen Gedankens und weist über die von der CDS gestiftete Gestalt der Tribunales populares antisomozistas eine Entwertung des rechtsstaatlichen Gedankens und weist über die von der CDS vorgeschlagenen Laienrichter starke Möglichkeiten der politischen Beeinflussung.“

3. Sicherheitsgefangnisse „Aus den Sicherheitsgefangnissen wird — zum Teil detailliert — von Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Folterberichten berichtet. Angesichts der aus von verschiedenen Seiten gegebenen Informationen, die nicht ungläubig sind, und der Unmöglichkeit, einen eigenen Eindruck zu gewinnen, sind diese Berichte als falsch abzuweisen.“

4. Behandlung der Opposition „Aus der Kriegssituation mag die Meinung verständlich sein, Oppositionelle als Unterstützer der Contras zu betrachten. Sympathie wurde uns jedoch — dort allerdings in aller Offenheit — von Bischof Vega bekundet. Vor diesem Hintergrund macht es Mühe, die uns detailliert beschriebenen, offiziell nicht bestrittenen, sondern sogar bestätigten Aktionen gegen Gewerkschafter oder Parteifunktionäre zu verstehen, die regelmäßig auf so schwer fassbare Tatbestände wie „Subversion“ gegründet sind und Sie vollziehen sich in Formen, die mit rechtsstaatlichen Vorstellungen nicht konform sind und die ganz offensichtlich allein dem Ziel dienen, die Opposition einzuschüchtern.“

5. Politische Gefangene „Nach unseren Schätzungen beläuft sich die Zahl der Gefangenen auf ca. 10.000, das ist gemessen an der Bevölkerungszahl von etwa 3,5 Millionen viel. Von den 10.000 sind ca. 3.000 'normale' Gefangene; etwa 2.300 sind ehemalige Somoza-Gardisten; der Rest sind politische Gefangene.“ (alle Zitate aus der „FR-Dokumentation“ vom 22.2.1986)

Das ist alles, was die AQ Menschenrechte zusammengetragen hat. Man liest den eine volle Seite in der „FR-Dokumentation“ umfassenden Bericht zweimal, dreimal — es findet sich buchstäblich nichts weiter als die wiedergegebenen Vorwürfe gegen die sandinistische Regierung. Die restlichen zwei Drittel des Berichts bestehen aus „Bewertungen“ und „Folgerungen für die SPD“, die auf der Basis der unter

1-3 recherchierten „Fakten“ vorgenommen werden.

Methodisch arbeitet da selbst Contra-Kriele in seinem Buch „Nicaragua — das blutende Herz Amerikas“ anspruchsvoller, weil er sich wenigstens die Mühe macht, Fakten zu verdeutlichen und Zahlen zu fälschen, bevor er Schlußfolgerungen aus den zusammengelegenen Materialien zieht.

Klose ist da viel unangreifbarer. Er geht sich erst gar nicht auf das swampige Gebiet der Fakten; sie könnten allzu dringlich für eine Generalanklage ausfallen. Er beklagt „Aktionen“ gegen Gewerkschafter und Parteifunktionäre, ohne auszuführen, um welche Art von Aktionen es sich handelt. Verhaftungen? Gefängnisse? Nächtliche Razzien mit MEK-ähnlichen Einheiten? Verbannung? Verschwindenlassen? Klose läßt das absichtlich offen. Statt die Aktionen konkret zu beschreiben, handelt er mit suggestiven Begriffen: „schwer fassbar“, „regelmäßig“, „ganz offensichtlich“, „er zielt auf Zeugen für seine Anschuldigungen“, „verschiedene Seiten, die nicht ungläubig sind.“ Auch das ist ganz offensichtlich wieder schwer fassbar. Der Leser muß einfach glauben, daß Klose so glaubwürdig ist, nur das glaubwürdig zu nennen, was nicht unglaubwürdig ist.

Glaubwürdigkeit und Autonomie gewinnt Kloses Anklage gegen die sandinistische Regierung nicht durch das vorfällige recherchierte Material, das er der Öffentlichkeit unterbreiten würde — damit kann er überhaupt gar nicht dienen — sondern allein durch die Tatsache, daß er als Sympathisant der Revolution in Nicaragua gilt. Mit diesem Eden-Pastora-Effekt überspielt er souverän die Dürftigkeit seiner sachlichen Aussagen.

Einerseits, vor allem aber andererseits

Am 2. November 1984 sprach Taz vor

Einerseits, vor allem aber andererseits

Am 2. November 1984, einen Tag vor den Wahlen in Nicaragua, veröffentlichte das Präsidium der SPD eine Erklärung („Solidarität mit Nicaragua“). In der es hieß: „Die fortwährende militärische Aggression von außen, die durch die Lähmung der Wirtschaft durch Boykott und Sabotage im Innern und durch die zunehmende Verweigerung internationaler Hilfe sowie die sandinistische Regierung immer stärker unter Druck setzen. Offensichtlich soll das Land von außen durch Druck, Drohung und Aggression politisch, militärisch und ökonomisch niedergemacht werden.“ Und: „Die US-amerikanische Politik trägt die entscheidende Verantwortung für die derzeitige mittelamerikanische Krise.“

Wenn auch die SPD-Führung schon damals ihre „Solidarität“ mit Nicaragua an erpresserische Bedingungen knüpfte, so war doch zumindest diese Aussage eindeutig: Die US-Regierung will Nicaragua niedermachen. Ein Jahr später beurteilten Klose-Rosen die Sache völlig anders. „Die Sandinisten argumentieren“, so begannen sie eine unglaubliche Pro- und Contra-Diskussion, „die USA und die von ihnen finanzierten Contras wollten sie daran hindern, die Revolution im Interesse des Volkes zu verwirklichen. Die USA argumentieren, weil sie die Contras gebildet hätten, die Entwicklung zum Schlimmeren verhindern und sogar rückgängig machen.“

So sieht sie aus, die neue sozialdemokratische Objektivität. Opfer und Täter marschieren zum Zweck der Wahrheitsfindung — hier geht alles ganz rechtsstaatlich zu — in den aufgebauten Zeugenstand und — siehe da — beide verfügen über Argumente: Der Mörder, warum er seinem Opfer an die Gurgel will; das Opfer, warum es das nicht so einfach mit sich geschauen lassen möchte. Die Richter wegen bedächtig ihre unvoreingenommenen Haupt — und kapitulieren vor der Komplexität des Tatbestands.

„Die Schwierigkeit liegt darin, daß es kaum gelingen wird, die 'Wahrheit' herauszufinden.“

Die Wahrheit von Ende 1984 — Nicaragua soll niedergemacht werden — hat sich binnen eines Jahres in ein entschiedenenes Nichts-Genaues Weiß-Man-Nicht aufgelöst. Was hat sich verändert während dieser 12 Monate? Haben die USA den Contras den Geld-



Wischnewski atemlos in der Höhle der roten Sandinisten

hahn abgedreht? Ihre Wirtschafts- und Handelsblockade aufgehoben? Ihre Militärmanöver vor den Küsten Nicaraguas gestoppt? Ihre Infrastruktur in Honduras für eine Intervention demonstrieren?

Klose weiß natürlich, daß die Reagan-Administration all das nicht getan hat und niemals tun wird. Für ihn ist die Fragestellung: Will der US-Imperialismus die sandinistische Regierung stürzen? gar nicht mehr entscheidend. Viel wichtiger erscheint ihm die Frage, ob denn, „die Deutung der nicaraguanischen Realität“ durch den Aggressor plausibel ist oder nicht. Anders gefragt: Sind die Begründungen und denn. Viel wichtiger erscheint ihm die Frage, ob denn, „die Deutung der nicaraguanischen Realität“ durch den Aggressor plausibel ist oder nicht. Anders gefragt: Sind die Begründungen und Rechtfertigungen US-amerikanischer Interventionspolitik stichhaltig oder nicht? Ist das mittelamerikanische Land bereits ein marxistisches Satellit Moskauer (oder befindet es sich lediglich auf dem Weg dorthin)?

Und diese Frage, die voll und ganz den ideologischen Begründungszusammenhang imperialistischer Kriegspolitik akzeptiert, ausdrücklich bestätigt und ihn zum Leitfaden der eigenen Untersuchung macht, diskutiert der „linke Sozialdemokrat ganz unbefangen, objektiv und mit größter Fairness“.

„doziert Klose, „können für die Deutung der US-Administration folgende Argumente ins Feld geführt werden“ (ins Schlachtfeld, Herr Klose, ins Schlachtfeld!). Es folgen die bekannten Vorwürfe (s. Kasten).

Andererseits „lassen sich auch vielfältige Argumente gegen die amerikanische Deutung anführen“ — die Wahlen im November 1984 — „Parteien, Gewerkschaften, Kirchen ... können — ungeachtet der erwähnten Schikanen arbeiten“ — „Trotz der Kriegssituation wird mit einer ungewöhnlichen Intensität die Diskussion über die neue Verfassung geführt“.

Einerseits gibt es „totalitäre“ Tendenzen, andererseits eine Verfassungsdebatte. Einerseits lassen sich die Schwierigkeiten Nicaraguas zu einem Teil aus der Kriegssituation erklären, andererseits nur zu einem Teil. Einerseits gibt es „Versuche, ein Einheitsystem zu organisieren“, andererseits nicht so wie in „anderen totalitären Ländern des Ostens“. Einerseits beschreiben die Sandinisten keinen „orthodox-kommunistischen Weg“, andererseits noch nicht. Klose beirrt sich regelmäßig an seiner sanftmütigen Ausgewogenheit, hinterlassen von seiner leidenschaftlichen Objektivität schwankt er hin und her zwischen Pro und Contra(s), bis er zu bemerken scheint, wie weit er ideologisch schon ins Lager der letzteren getaumelt ist. Haß, ruft er, „es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß keines der Argumente die amerikanische Interventionspolitik rechtfertigt.“ Nein, mit Gewalt wollen wir Sozialdemokraten die Sandinisten nicht auf den rechten Weg zwingen! Dieses peinliche Dementi zeigt, wie veräufelt nahe er gekommen ist, die Nicaragua als je-

dermachen zu wollen. „Um nicht mißverständlich darauf hinweisen, daß er zwar — zum Teil — die Diagnose der Reagan-Administration teilt, nicht aber die Therapie, die Reagan dem nicaraguanischen Volk verordnet hat. So tief kann man denken, wenn man der fixen Idee verfallt, man könne sich in dem Krieg gegen Nicaragua irgendwo zwischen, oben oder über der Fronten herumtreiben.“

Ein objektiver Kronzeuge

Ein objektiver Kronzeuge

Klose stellt in seinem Bericht vorausschauend fest, daß er wohl „von beiden Seiten“ gescholten werde. Die einen (die Nicaragua verteidigen) werden, so denkt Klose, ihn schelten, weil er in seiner Kritik an den Sandinisten nicht weit genug gegangen sei, während die anderen (die die Revolution „idealisieren“) ihm ihr „Wer hat uns verraten ...“ entgegenzuwerfen werden. Dies ist die Situation, in der sich ein Sozialdemokrat richtig wohl zu fühlen beginnt. Linke und Rechte schlagen auf ihn, den Mann der Mitte, ein, und mit jedem Schlag, den er einstecken muß, erstarkt seine Objektivität und Wahrheitsliebe um so heller. Nur die Feinde der Wahrheit, „die Ideologen“ und „Verblendeten“ können überhaupt ihr Wort gegen seinen Bericht erheben. Der Menschenrechtsunternehmer, der mit dem kritischen Blick aller möglichen Blicke ein Land begutachtet, macht sich so auf eine ganz hinterhältige Weise immer gegen jede Kritik. Der Whiz dabei ist nur, daß die mit dem „Feindbild Nicaragua“ nicht im Traum daran gedacht haben, den Herrn Klose anzugreifen. Im Gegenteil Wohlwollen und Beifall waren ihm allenthalben gewiß. „Die Wahrheit bricht sich Bahn“, frohlockt die „FAZ“ (13.2.) — und zitiert Klose, „Sandinisten verlieren an Sympathie“, konstatiert die „Süddeutsche Zeitung“ — und verwirft auf die AQ Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion.

Selbstverständlich hat Klose gewußt, daß die bürgerliche Presse ganz unausgewogen — ihren „ausgewogenen“ Nicaragua-Report verbreiten und Klose als das Benutzen würde, was er ist: ein Kronzeuge für eine von der CDU im Herbst letzten Jahres inszenierte Diffamierungskampagne gegen Nicaragua. Klose ist kein Anfänger im politischen Geschäft und im Umgang mit der Presse schon gar nicht. Wenn er, der gerne betont, er sei ein linker Sozialdemokrat, plötzlich massiv Kritik an den Sandinisten anbringt und sich „tiefenentschlossen“ zeigt, dann wußte er, daß eben diese Rhetorik und nichts anderes die Schlagzeilen beherrschen würde. Warum also diese mit offenkundigen Paukenschlägen eingeleitete sozialdemokratische „Frontbegradigung in Sachen Nicaragua“ („Spiegel“)?

Fortsetzung nächste Seite

El Salvador:

'Demokratisierung?' — Nicht bemerkt!

Interview mit einer Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees

Im November und Dezember letzten Jahres bereiste eine Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees Mittelamerika. Der Schwerpunkt ihres Aufenthaltes war El Salvador. In Honduras besuchten sie salvadorianische Flüchtlingslager. In San Salvador konnten Gespräche mit einer Reihe oppositioneller Organisationen geführt werden. Wir fragten die Gruppe nach ihren Eindrücken zu der in den Städten neu entstandenen Massenbewegung sowie dem „Demokratisierungsprozeß“, den die UNO seit Jahren, die SPD neuerdings, für El Salvador behauptet. In dem Interview wird Stellung genommen zu der Politik und den Möglichkeiten der Befreiungsbewegung FMLN und den Schwierigkeiten der El Salvador-Solidarität. Das Fazit der Gruppe nach ihrer Reise: „Ein Stück weit können wir die Skepsis gegenüber der salvadorianischen Revolution nicht verstehen.“

AK: Welche Ziele verhandelt ihr mit eurer Reise?

LM: Der konkrete Anlaß war die Aufforderung der salvadorianischen Flüchtlinge, die Lager in Honduras zu besuchen (1). Zum anderen ist auf dem Romero-Kongreß vom letzten Frühjahr in Köln ein Aufruf verabschiedet worden, Delegationen nach El Salvador zu schicken. Und zwar, um den dortigen arbeitenden Organisationen internationalen Rückhalt zu verschaffen, um die Informationslage mit authentischen Erfahrungen zu verbessern und auch der Solidaritätsarbeit stärkere Motivation zu geben. Inzwischen ist eine Christendelelegation gefahren, die hauptsächlich Basisgemeinden besucht hat. Es gab eine LM-Delegation, an der Hochschulpromis teilgenommen haben. Dann gab es uns und demnächst wird es eine Gewerkschaftsdelegation geben.

Barbara: Das Ganze fällt ja auch zusammen mit der Diskussion um El Salvador, z.B. über die befreiten Gebiete, wo es Enttäuschungen bei einigen Leuten in der Solidaritätsbewegung gibt. Und natürlich die Artikel zu El Salvador aus dem Ila-Info „No Future in El Salvador“ von Paul Haru und der von Heidi und Roger aus dem IZJW über Krieg und Dialog. (2) Man könnte einfach die Situation nicht mehr richtig einschätzen, es stand die Frage, wie sieht es nun eigentlich aus?

Zu welchen Organisationen konstatiert ihr Kontakt aufzunehmen?

Barbara: Wir waren bei COMADRES, das ist das Mutterkomitee der Verschwundenen und politischen Gefangenen. Wir waren bei der unabhängigen Menschenrechtskommission und im Männergefängnis Mariona und dem Frauengefängnis Ilopango. Dann haben wir eine christliche Gemeinde in der Nähe der Hauptstadt besucht, wir waren in einem Lager interner Flüchtlinge in Usulután, und schließlich im Menschenrechtsbüro der Erzbischofs und an der Uni.

In den letzten Jahren hat es einen Wechsel in der Strategie der Aufstandsbekämpfung gegeben. Ein Bestandteil dieser Strategie ist eine gewisse politische Öffnung, die hier oft als „Demokratisierung“ bezeichnet wird. Wie schlägt sich diese Entwicklung in der Arbeit der Organisationen nieder, mit denen ihr gesprochen habt?

Barbara: Das Mutterkomitee z.B. sagt, sie haben zwar das Büro, aber sie sind ständiger Repression ausgesetzt. Zwei Wochen bevor wir kamen hat es eine Militär-Razzia gegeben. Die haben das ganze Büro verwüstet. In das Menschenrechtsbüro haben sie vor kurzem eine Leiche reingelegt. Bisher sind vier Mitarbeiter des Büros ermordet worden. Die Arbeit wird mit allen möglichen Mitteln behindert. Z.B. sagte eine Frau aus dem Mutterkomitee, ihr Sohn sei verhaftet und dann zwangsrekrutiert worden. Klar, um sie damit unter Druck zu setzen.

Ulf: Es ist schon ein kleiner Spielraum entstanden, in dem ein paar Organisationen wieder zugelassen sind, wie z.B. an der Uni. Auch das Menschenrechtskomitee konnte eine Zeitung runter im Exil, in Mexiko arbeiten und ist jetzt wieder im Land. Das Mutterkomitee war immer da. Einzelne Gewerkschaften haben wieder Büros. Aber wenn es diesen Spielraum gibt, dann nicht deshalb, weil er gegeben worden wäre, sondern weil er sich genommen wird. Weil die Leute sehr mutig sind. Das hat mich am stärksten beeindruckt, denn die hängen ständig mit einem Fuß im Grab. Sie haben nichts, womit sie sich verteidigen könnten, außer dem bloßen öffentlichen Protest in El Salvador und in der Welt.

Nach der großen Repression 80/81, durch die die politischen Massenorganisationen zerschlagen worden sind, ist es offenbar gelungen, sozialen und politischen Protest auch in den Städten zum Ausdruck zu bringen. Welche

Eindrücke konstatiert ihr von dem Wiederaufschwung der Massenbewegung?

Ulf: Du kannst es optisch feststellen und in Gesprächen. Jeden Tag ist eine Kundgebung und eine Veranstaltung und fast ummet auch im Zusammenhang mit der Forderung nach Dialog zwischen FMLN und Regierung. Wir sind an dem Tag angekommen, an dem gerade der letzte Streik abgebrochen worden ist, bei ANTEL, der staatlichen Telekommunikation und bei der Post. Es gab eine große Streikwelle im Oktober und November, zeitweise haben bis zu 140.000 Leute gestreikt. Permanent im Streik waren ungefähr 40.000. Es gab die Demo am 1. Mai mit 40.000, eine Bauerndemonstration und mehrere Kongresse. Die Streiks finden vor allem in den Sektoren statt, die vorher Duarte gewählt haben. Die meisten Streiks im letzten Jahr und auch '84 waren im öffentlichen Bereich, und da, wo hauptsächlich christdemokratische Gewerkschaften sind.

Das politische Weitestgehende bei den aktuellen Kämpfen in Salvador ist, daß sie mit der Forderung nach Dialog verbunden sind. Es sind keine so politisch ausgereiften Forderungen, wie 1980 noch bei den großen Massenbewegungen, die z.B. vom Bloque Popular angeführt worden sind.

Gibt es Verbindungen zwischen der Bewegung in den Städten und dem hauptsächlich militärischen Kampf auf dem Land und damit zur FMLN?

Barbara: Tja, die Leute passen halt auf. Sagen tun sie das nicht so. Mit Ausnahme der Gefangenen in Managua, die haben uns klar gesagt, die Fronte ist ihre Avantgarde und ihr Schutz. Aber in der Öffentlichkeit ist es etwas schwierig zu sagen. Die FMLN sagt selber, daß sie diese Kämpfe nicht immer hat, aber daß sie dort mitarbeitet. Das steht auch im Zusammenhang mit der Stadtguerilla, die stärker wird.

Ulf: Es ist sichtbar, daß die Bewegungen aufeinanderzulaufen. Die Streiks entstehen aus Unzufriedenheit wegen der sozialen Lage und wegen der nicht eingehaltenen Wahlversprechen Duartes. Die neue soziale Bewegung ist praktisch ein Ablösungsprozeß von Duarte. Das, was Heidi und Roger geschrieben haben, ist eine Fehleinschätzung. (3)

Heidi und Roger haben in dem Artikel die Situation so beschrieben, daß mit dem Entstehen und der Ausweitung dieser Bewegung Druck auf die rechtsradikalen Kräfte ausgeübt wird, in dem



Seit dem 10. Januar 1986 haben 5.000 Soldaten und Eliteeinheiten der Armee El Salvadors die Region des Vulkans Guazapa umstellt. Der Guazapa liegt ca. 20 km von der Hauptstadt San Salvador entfernt und ist eine der Rückzugsgebiete der FMLN. Dort ist ebenfalls einer der Radiosender der Befreiungsbewegung stationiert, und am ersten Jahr der Tochter des Christdemokraten Duarte entführt wurde war eine ihrer Außenhaltungen ebenfalls hier. Ursprünglich lebten in der Region Guazapa 12.000 Bauern mit ihren Familien. Da die Armee El Salvadors seit Jahren den Guazapa zum Aggressionsziel hat — zur Zeit werden fast die Hälfte aller Bomben, die irgendwo in El Salvador fallen, hier abgeworfen — flüchteten die meisten Anwohner. Heute leben dort noch ca. 2.000 Menschen, die von der gegenwärtigen Belagerung bedroht sind. Seit dem 10. Januar sind nach Schätzungen internationaler Hilfsorganisationen mehrere Hundert Menschen dort von der Armee erschossen worden. Dem Internationalen Roten Kreuz ist der Zutritt zu diesem Gebiet verboten, ebenso wie Mitgliedern der katholischen Kirche. Damit sind die Eingeschlossenen von jeglicher Hilfe abgeschnitten. Viele starben an ihren nicht versorgbaren Verwundungen. Die Regierung El Salvadors hat erklärt, daß sie bis Anfang April diese Region von der Guerilla „gesäubert“ haben will.

Sinn, daß beiden zusammen, also Christdemokratie, plus Bewegung, plus Duarte auf der einen Seite die Dilemma und irgendwie auch die USA Stück für Stück zurückdrängen können und so neue Spielräume für eine demokratische Entwicklung entstehen können.

Ulf: Das hört sich logisch an, nur gibt es keinen Hinweis dafür. Denn in dem Umfang, in dem Duarte seine Wahlversprechen nicht hält, lösen sich die Menschen zwangsläufig von ihm. Und weil es keine andere Alternative gibt, gehen sie dann lieber sich wieder auf die FMLN zu. Es wäre höchstens denkbar, daß sie sich verabschieden und neue politische Kräfte entstehen. Denn zunächst ist es eine soziale Kraft, keine politische. Aber eine solche Kraft ist nicht absehbar, die das anders als die FMLN auffangen könnte. Die Christdemokratie ist es jedenfalls nicht. Ihr linker Flügel ist es auch nicht, denn der ist in der FDR und die ist mit der FMLN verbunden. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sie sich selbstständig machen wollten. Genauso wenig, wie Ungos sozialdemokratische MNR oder die neu gegründete sozialdemokratische Partei.

In manchen Einschätzungen wird behauptet, daß sich die wirtschaftliche

In manchen Einschätzungen wird behauptet, daß sich die wirtschaftliche Lage stabilisiert habe. Gibt es soziale

Programme, die materiell etwas verändern?

Barbara: Es gibt diese Programme, aber sie schlagen nicht durch. Die soziale Situation der Masse der Bevölkerung wird schlechter. Durch die Inflation, die durch den Krieg noch angeheizt wird. Die Arbeitslosigkeit bleibt unverändert hoch. Durch die Flüchtlinge und die Vertriebenen, die in die Hauptstadt kommen und praktisch keine Existenzgrundlage haben. Seit Duarte ist materiell nichts besser geworden. Im Gegenteil. Deshalb sagt auch Wiener, mit denen wir gesprochen haben, die Guerilla soll weg, und wir versuchen jetzt Reformen mit Duarte.

Ulf: Ein Stück weit kann man die Skepsis bezüglich der salvadorianischen Revolution gar nicht verstehen, weil eigentlich alles einen sehr positiven Gang nimmt.

Man sagt den USA zwar nach, ihre Mittelamerikapolitik sei widersprüchlich und konfus. Aber für El Salvador stimmt das jedenfalls nicht. Ihr counter insurgency Konzept für El Salvador ist ausgereift und durchdacht. Es beinhaltet alle Aspekte: 1. militärische Wiederaufrüstung bei Verfeinerung der Methoden; 2. soziale Pazifizierung über soziale Geschenke und Reformen; 3. eine psychologische Kriegsführung, mittels sozialer und diplomatischer Abgleich. Der letzte Punkt ist vielleicht der, der am ehesten geklappt hat, weil nämlich hier in Westeuropa die Leute damit hausieren gehen, daß in Salvador Demokratie herrsche. Aber die ersten drei Punkte lassen sich nicht verwirklichen.

Die Guerilla hat militärisch nicht an Stärke verloren. Wenn man sowas z.B. quantifizieren will, dann hat die Guerilla bisher ein Verlustverhältnis von 1 zu 10 gehabt. Heute geht das auf 1 zu 20 zu. D.h., die Armee muß nicht nur für jeden Guerillero 40.000 Schuß M-19 Munition aufbringen, sondern sie muß auch noch 20 tote salvadorianische Soldaten einrechnen. Das bedeutet, daß die USA auf der Eskalationsstufe, die sie bisher angewandt haben, keinen Erfolg hatten. Zwar können die USA versuchen, das Problem allein und militärisch zu lösen, die Mittel dafür hätten sie. Zweiter Punkt: Die soziale Pazifizierung funktioniert absolut nicht. Es geht den Leuten unter Duarte schlechter als früher, nicht besser, obwohl die USA 1,5 bis 2 Mio. Dollar am Tag in das Land pumpen.

Wo bleibt das Geld?

Ulf: Das meiste wird natürlich verschossen. Außerdem ist der Staatsapparat aufgebläht und parasitär. Und ein Großteil bleibt in irgendwelchen Taschen hängen. Es gibt Leute, die sagen, da entsteht eine neue soziale Klasse von Bürokraten, die dann auch ein materielles Gewicht haben und die heute schon so wichtig sei, wie früher die traditionelle Oligarchie. Ein Beispiel: Einfache Hauptleute, tenientes, die unter sonstigen mittelamerikanischen Bedingungen wenig Geld haben,

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Sozialistische Internationale erpreßt Nicaragua — natürlich nicht mit Waffengewalt. Das machen ja schon die Yankees

Anfang Februar, Klose war gerade wieder aus den Schlagzeilen verschwunden, kehrte Hans Jürgen Wischniewski von einem Erkundungsstrip durch Nicaragua zurück. Als Mitglied einer Delegation der Sozialistischen Internationale hatte er die Demokratie in Nicaragua „untersucht“. Hier sein Ergebnis:

Was Wischniewski zu kritisieren hat

1. „Der innere Zustand Nicaraguas ist durch eine wesentliche Verschlechterung gekennzeichnet. Es gibt keine positive Entwicklung in Richtung Demokratie.“
2. „Sämtliche Oppositionsparteien erheben schwere Klage gegen die Sandinisten.“
3. „Die Sandinisten sind jetzt weniger um ihr internationales Ansehen besorgt.“
4. „Der Sprachfaden mit der Kirche ist abgerissen.“
5. „Die Zusicherungen der Sandinisten können nicht für eine innere Aussöhnung ausreichen. In Nicaragua muß die Voraussetzung für einen Dialog geschaffen werden, dessen Ziel die Aussöhnung ist.“
6. „Die größte Besorgnis verknüpft sich

mit dem Weg der sandinistischen Partei. Ihre Strukturen weisen in eine Richtung, die nicht demokratisch ist.“

7. „Die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen werden von den Contras begangen.“

(alle Zitate aus „FAZ“ 15.2.86)

Wir haben uns bemüht, aus Wischniewski Büro eine schriftliche Presseerklärung zu bekommen. Wir waren daran interessiert, welche Fakten Wischniewski auf der Pressekonferenz zur Untermauerung seiner Vorwürfe genannt hat. Wir wollten wissen, welche „Zusicherungen“ die Sozialistische Internationale bei ihren Gesprächen in Managua von den Sandinisten verlangt, und nicht bekommen hat. Wichtig erschien es uns auch, in Erfahrung zu bringen, was die SI unter einem „Dialog, dessen Ziel die Aussöhnung ist“ versteht, welche politischen Kräfte sich an ihm beteiligen und über welche Fragen er geführt werden sollte. Möchte die SI auch die Contras an einem Dialog beteiligen? Leider wurde aus Wischniewski Büro mitgeteilt, es gebe keine schriftlichen Ausführungen zu dem, was mündlich auf der Pressekonferenz ausgeführt worden sei.

Den einzigen Hinweis auf den Auftrag und auf die Intentionen der SI-Delegation in Managua haben wir in einer Äußerung Daniel Ortegas zu dem Besuch gefunden: „Wir sind nicht bereit, unser politisches System im Tausch gegen Wirtschaftshilfe aus Europa oder Lateinamerika zu ändern. Manche Leute wollen uns sagen, welche Art von Demokratie wir in unserem Land aufbauen müssen. Einige machen das über freundschaftliche

Botschaften. Aber wir haben diese Demokratie hier verteidigt und werden sie weiter verteidigen, auch wenn wir nicht auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit jener Regierungen zählen können, die nicht mehr mit uns einverstanden sind.“ („FAZ“, 13.2.86)

Das ist deutlich. Die SI war also — wieder einmal — nach Nicaragua gereist, um der nicaraguanischen Regierung ihre Bedingungen für eine weitere wirtschaftliche und politische „Unterstützung“ zu diktieren. Um welche Bedingungen es sich handelt, bleibt unklar. Fakt ist, daß die Sandinisten die sozialdemokratischen Erpressungen zurückgewiesen haben. Die SI-Vertreter haben sich daraufhin weltweit und öffentlich in koordinierten Pressekonferenzen von den Sandinisten distanzieren.

In Washington, wo gerade die Debatte über die Gewährung weiterer 100 Millionen Dollar für die Contras anläuft, hat der Chef der SI-Delegation, der ehemalige Staatspräsident Venezuelas, Perez, auf einer Pressekonferenz betont, daß „die Sandinisten viel von ihrer anfänglichen Sympathie in lateinamerikanischen und europäischen Ländern verloren haben“ („FAZ“, 13.2.). Zwei Wochen später berichtet US-Außenminister Shultz von einer Lateinamerika-Rundreise, es gebe kein Land, „in dem etwas Positives über Nicaragua gesagt wird.“

Die Sozialistische Internationale konstatiert ihre mickrige wirtschaftliche Hilfe für Nicaragua nicht mehr erfolgreich als Druckmittel einsetzen. Aus diesem Grund spielt sie ohne zu zögern den zweiten Trumpf aus, den sie in ihrem Erpressungspapier in der Hand zu

halten glaubt: Sie entzieht der nicaraguanischen Revolution die politische Unterstützung und übernimmt wesentliche Bestandteile der nordamerikanischen Hetzkampagne, zu deren wertvollen Kronzeugen sie wird. Sie droht nicht mehr nur damit, die Solidaritätsbewegung zu spalten und Nicaragua international zu isolieren; sie ist kräftig dabei, der Reagan-Administration diesen Gefallen zu tun.

Seit Jahrhunderten plündern die herrschenden Klassen unter konservativer oder sozialdemokratischer Staatsführung ihre Zucker-, Kaffee-, Bananen- und Baumwollplantagen aus, schicken Kanonenboote und Marines, setzen ihre mörderischen Staatshäuser ein und liquidieren ihnen nicht genehme Regierungen. Und wenn sich ein Volk aus diesem Würgegriff zu lösen beginnt, spielen sie, ausgerechnet sie, sich als Wächter über die Spielregeln auf, nach denen sich die Befreiung zu vollziehen habe.

Der US-Imperialismus will mit allen Mitteln diese Befreiung bekämpfen. Er greift zu Waffen. Das ist zumindest offener als die heuchlerische Unterstützung jener, die in der linken Hand die Pfeife und in der rechten den Dolch für den Fall bereit halten, daß die Völker nicht nach ihrer Melodie tanzen.

KL, G6

(Dieser Artikel ist im neuen „No Passaran - Nicaragua Info“ Nr. 8 erschienen. „No Passaran“ kann bestellt werden bei AGIL, Neues Rathaus, 3400 Göttingen. 100 Exemplare kosten 30,00 DM + Porto.)

Fortsetzung nächste Seite

Chile:

"1986 wird ein entscheidendes Jahr im Kampf gegen die Diktatur"

Interview mit einem Vertreter des MIR

Ein leitender Genosse des MIR, der im Kampf im Exil war, vor längerer Zeit aber wieder nach Chile zurückkehren konnte, war kürzlich auf Stippvisite in der BRD. Folgendes Gespräch haben wir mit ihm geführt.

Die MIR-Delegation, die kürzlich hier zu Besuch war, hat sehr optimistisch über die Fortschritte der linken Opposition in Chile berichtet und den Sturz Pinochets für dieses Jahr prognostiziert. Diese Einschätzung steht hier auf einige Skepsis. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Wir halten es für richtig, vom Jahr 1986 als einem entscheidenden Jahr zu sprechen. Es erscheint möglich, die Fortschritte in den Klassenkämpfen zu konsolidieren.

Seit 1981 hat es entscheidende Fortschritte in den Klassen- und Volkskämpfen gegeben, wie sie in dem Nationalstreik vom Oktober 1984 oder in den Protesttagen vom September 1985 als zwei wesentlichen Marksteinen deutlich werden. Die entscheidende Kampfbereitschaft gegen die Diktatur ist jetzt in der Mehrheit des chilenischen Volkes zu finden. Es sind nicht mehr nur die Armen in den Städten, sondern breite Bevölkerungsschichten, die sich offensiv gegen die Diktatur wehren. Zunehmende Teile der Arbeiterbewegung nehmen aktiv am Kampf gegen die Diktatur teil, die Studentenbewegung hat sich enorm radikalisiert, die Jugend insgesamt, die unter den Bedingungen der Diktatur aufgewachsen ist, wolle Teile der Mittelschichten, z.B. kürzliche Streiks von Ärzten, Transportunternehmern, Bankangestellten usw. Es hat verschiedene Phasen und auch Formen in Aufschwung der Massenbewegung gegeben, die auf jeden Fall deutliche Auswirkungen auf ideologischer, politischer, organisatorischer und militärischer Ebene haben, so daß die breite soziale Front, die einen offensiven und radikalen Bruch mit der Diktatur anstrebt, in diesem Jahr weiter gefestigt werden kann.

1986 ist auch ein entscheidendes Jahr, weil sich der demokratische Kampf weiter ausdehnen wird; wir würden aber nicht sagen, daß es entscheidend ist in dem Sinne, daß Pinochet tatsächlich stürzt. Es gibt noch Pfropfen auf der Flasche und viele Probleme zu lösen, aber es können in diesem Jahr Bedingungen geschaffen werden, die entscheidend für den Sturz Pinochets sind. Um es präziser zu sagen: Dieses Jahr ist ganz wesentlich für die linken, demokratischen Kräfte Pinochets sind. Um es präziser zu sagen: Dieses Jahr ist ganz wesentlich für die Linke und die revolutionären Kräfte, um Bedingungen zu schaffen, die

uns einem endgültigen Sieg näherbringen. Wir wollen uns nicht mit sterilen Diskussionen aufhalten, ob der Diktator nun in diesem Kalenderjahr stürzt, es mag sein oder auch nicht, das wesentliche und zentrale ist, die Rechte und ihre Gorillas so zu schlagen, daß wir den Weg zu wirklichen Siegen des Volkes öffnen. Jetzt im März (nach den chilenischen Sommerferien, Anm. AK) wird zu neuen Massenkämpfen gegen die Diktatur gehen, sie werden hart und gewaltsam werden, weil die Diktatur versuchen wird, die Kämpfe zu unterdrücken und die Initiative des Volkes zu brechen, und weil die Linke versuchen wird, die Kämpfe zu verbreitern und zu intensivieren.

Ihr habt eigentlich immer, besonders aber ab etwa 1981 vom Aufschwung der Massenkämpfe, der wachsenden Kampfbereitschaft, dem allen entscheidenden Augenblick usw. berichtet. Worin besteht das qualitativ Neue der aktuellen Situation?

Erstens ist es heute in aller Schärfe und für die gesamte chilenische Gesellschaft eindeutig, daß die Diktatur gescheitert ist. Die Diktatur hat keinen Plan außer der sogenannten "Wiederwahl" Pinochets, aber sie hat keine ideologische, politische und ökonomische Alternative, um die Krise zu bewältigen.

Zweitens hat die Krise eine Kontroverse innerhalb der herrschenden Klasse Chiles hervorgerufen. Das Weiße Haus, ein wesentlicher Teil der demokratischen Allianz (bürgerliche Opposition, Anm. AK) und ein Teil der chilenischen Rechten setzen sich für eine Neugruppierung, für einen neuen Konsens der chilenischen Bourgeoisie ein, über den Weg von Verhandlungen oder die "Nationale Übereinkunft" (Versuch des bürgerlichen Oppos.) gemeinsam mit der Kirche, Pinochet auf dem Verhandlungswege zum Rücktritt zu bringen, (Anm. AK). Pinochet, das Heer und andere Teile der Rechten bestehen auf ihrer Politik des bloßen Terrors, die auf der Macht der Waffen beruht, und sind zunächst nicht bereit, sich auf Dialoge einzulassen.

Drittens, und das ist das wichtigste Element, haben wir die Entwicklung, den Sprung im Bewußtsein der Massen des Volkes, daß nämlich der einzige Weg der des Kampfes ist, daß es keine andere Lösung als die Mobilisierung und den Kampf gegen die Diktatur gibt, das heißt insgesamt, eine Verbreiterung der konsequent demokratischen Positionen in Chile.

Guckt Euch den Sprung nach vorn an, den die chilenische Linke gemacht hat, oder guckt, wie sich die konse-

quenten demokratischen Kräfte auch im Lager des politischen Zentrums ausdehnen, wie sie sich z.B. entwickeln in der Radikalen Partei, in der Sozialistischen Partei von Briones (rechte Fraktion der PS, Anm. AK), wie sie die Demokratische Allianz miteinsetzen haben und wie sie sich selbst an der Basis der Christdemokratischen Partei ausdehnen.

Und viertens gibt es den Fortschritt in der Fähigkeit des chilenischen Volkes, sich militärisch zu verteidigen. Noch vor drei Jahren gab es nur die Milizen des Widerstandes (bewaffnete Verteidigungsgruppen des MIR, Anm. AK), heute gibt es außerdem die Frente Patriótico Manuel Rodríguez (KP-nah), die Brigaden Lautaro (eine PS-Fraktion), die Brigaden Camilo Torres sind in der Vorbereitungsphase etc. Wir haben die letzten vergangenen Jahre des Kampfes erlebt und wir wissen, wie lang und verwickelt der Weg der chilenischen Revolution sein wird, aber wir wissen auch, daß die Tage der Diktatur durch diese qualitativen Veränderungen gezählt sind.

Du hast eben vom "wirklichen Sieg des Volkes" gesprochen. Du hast andererseits dargestellt, wie wichtige Teile der chilenischen herrschenden Klasse gemeinsam mit den USA versuchen, Pinochet durch eine etwas pauschalierte bürgerliche Regierung zu ersetzen. Welche Möglichkeiten siehst Du in Chile, eine neue Phase bürgerlicher Demokratie zu vermeiden und mit dem Sturz der Diktatur den Weg zum "wirklichen Sieg des Volkes" zu eröffnen? Das heißt, hältst Du es für eine reale Möglichkeit, daß die Diktatur nicht durch eine bürgerliche Regierung, sondern durch eine revolutionäre oder wenigstens radikal-demokratische Alternative abgelöst wird?

Es gibt Bedingungen für einen revolutionär-demokratischen Weg, aber es gibt auch viele Hindernisse.

Zunächst mal die internationale Lage, die ist in Lateinamerika ungewiß und gekennzeichnet von einer langen Periode der Krise und der Instabilität. Im Süden Südamerikas wird die tiefe Krise zu weiteren großen Massenkämpfen führen, wobei sich aber die revolutionäre Linke in den anderen Ländern in einer Phase der Reorganisation befindet oder noch stark in der Entwicklung, wie z.B. in Peru; eine Linke, die jedenfalls unserer Meinung nach noch nicht in der Lage ist, die Herausforderungen, die neuen Tendenzen aufzugreifen. Sicherlich wird der Kampf in Chile hier einen wichtigen Beitrag leisten. ...Chile hier einen wichtigen Beitrag leisten. ...Chile hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Innenpolitisch haben wir positive Tendenzen, die ich z.T. schon genannt habe. Die Krise in der herrschenden Klasse, die Tatsache, daß es in den peripheren Ländern, speziell in Chile, kaum noch Akkumulationsbedingungen gibt, die Tatsache, daß die bürgerliche Opposition keine politische und ökonomische Alternative hat, als sich im wesentlichen dem Diktat der internationalen Finanzkapitals zu unterwerfen. Andererseits haben wir in den 13 langen und bitteren Jahren der Diktatur eine breite Palette von Kampferfahrungen gewonnen, deswegen glauben wir, daß wir kämpfen können, um Positionen zu erobern für die Befreiungskräfte, die konsequent demokratischen und die revolutionären Kräfte.

Trotzdem ist das unser entscheidendes Problem, die Entwicklung und Organisation der notwendigen Kräfte, um in eine revolutionäre Phase eintreten zu können. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß auch die Bourgeoisie über vielfältige Erfahrungen bei der Ablösung von Diktaturen verfügt, wie etwa in Portugal, Bolivien, Griechenland.

Unser einziger Garant ist, realistisch zu arbeiten, sich keine Illusionen zu machen, weder zur einen noch zur anderen Seite. Es kann sich nicht darum handeln, den Kampf einzustellen um die bürgerliche Demokratie zu retten oder sich zu integrieren, um vermeintliche Positionen in einer solchen Demokratie zu erringen. Wir müssen andererseits unsere Methoden, unsere Taktik immer überdenken und den aktuellen Bedingungen anpassen. Aber es ist unvermeidlich zu kämpfen, nicht nur, um die Gorilla-Diktatur wirklich zu schlagen, sondern auch um alle Pläne für einen "bürgerlichen Wechsel" in eine Krise zu versetzen. Für uns heißt "Realismus" nicht mehr und nicht weniger als Festhalten an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, die bewußte Vorbereitung der Kämpfe, um mit dem Sturz der Diktatur eine Phase der Volkslage zu eröffnen.

Kannst Du etwas darüber berichten, aber welche Fragen sich die chilenische Linke derzeit stellt?

Jeder Auf- oder Abschwung der Bewegung produziert logischerweise eine Diskussion in den Massen und in der Linke. In Chile wurden mit dem Aufschwung der Kämpfe eine Reihe von bisher ungelösten Diskussionen wiedereröffnet.

Zum einen über die Phase der Niederlagen, die Erfahrungen der Linken aus dieser Zeit, über die Formen des Kampfes, die begangenen Fehler, die Massenpolitik. Zum anderen bewirkte der Aufschwung neue Debatten über grundlegende Fragen, wie die Rolle der Frau in der Revolution, die Frage nach den Hauptkräften der Revolution, nach organisatorischen Modellen, die Bündnisfrage, die Probleme der indischen Minderheit, die Rolle der Chilenen im Exil etc. etc. In den letzten Monaten hat sich die Diskussion auf einige Fragen zugespitzt: Wie verbindet man die verschiedenen Formen des Kampfes — ökonomischen, politi-

sehen, theoretischen und militärischen Kampf. Die Frage nach den adäquaten Organisationsformen, die Bestimmung der nächsten Etappe des Kampfes und wie wir sie angehen, die Definition unserer Beziehungen zur bürgerlichen Opposition und die Notwendigkeit, die soziale Einheit des Volkes zu festigen.

Die Schaffung einer umfassenderen Einheit der revolutionären Linken, sowohl der Parteien als auch der Nicht-Organisationen, mehr dringend auf der Tagesordnung. Die Diskussion ist insgesamt sehr breit und grundlegend, und sie wird lange dauern.

Ich möchte dabei nochmal die Schwierigkeiten hervorheben, die die Linke noch lösen muß, um die Diktatur zu stürzen.

Wir müssen erstens zur Kenntnis nehmen, daß die Verbindungen der Linken zur Basis der Arbeiterklasse noch stark gefestigt werden müssen. Mit der überkommenen Arbeitsweise, die sich auf die Leitungs- und Führungsebenen beschränkt, muß gebrochen werden. Wir müssen zweitens den Rückstand der Kämpfe auf dem Lande zur Kenntnis nehmen, ein Faktum, das die Kämpfe gegen die Diktatur abschwächt. Es existiert drinnen nach wie vor die militärische Macht Pinochets, die im wesentlichen auf dem Heer basiert. Und drittens ist die militärische Kapazität der Volkskräfte noch nicht ausreichend entwickelt, diesen Problemen müssen wir uns stellen und Lösungen suchen.

Ich würde jetzt gerne von mir aus noch einen Punkt hinzufügen, ich möchte dem AK im Namen meiner Genossen in Chile und auch im Ausland danken für all die Jahre, die ihr mit dem Kampf unseres Volkes verbunden wart, für die aktive Unterstützung der Linken und des MIR. Nicht wenige von uns kennen den AK oder haben davon gehört. Jetzt, wo wir allmählich — ohne Subjektivität — feststellen können, daß auch das Ende der Diktatur naht und sich eine neue Periode in unserem Lande eröffnet, möchten wir Euch einen ganz herzlichen Gruß schicken. Auch von Chile aus, wenn auch noch diffus, läßt sich der Anfang neuer Klassenkämpfe in verschiedenen Regionen der Erde wahrnehmen, der Hoffnung für die Völker weckt, aber auch enorme Schwierigkeiten. Wir hoffen, daß wir in Zukunft weiterhineinsammeln und vereint schlagen können. Vielen Dank.

Anm. AK: Was soll man dem noch hinzufügen? Das Spendenkonto hört sich vielleicht an! Die Konten, die seit Jahren speziell für Chile-Rückkehrer unterhalten werden, laufen nach wie vor weiter. Sie werden zum einen genutzt, um Rückkehrer (die es nach wie vor bis heute gibt, den Sturz in Chile zu erleichtern. Sie werden zum anderen genutzt, um in Chile konkrete Arbeiten und Projekte zu finanzieren. Dies ist der Fall bei unserem Interviewpartner, der schon seit längerem wieder in Chile lebt. Tatsächlich sind die Zeiten hart und jeder kleine Beitrag ist sehr erwünscht.

Elisabeth Hafner
Postfachamt Hamburg BLZ 200 100 20
Konto Nummer 5709 80-228

Elisabeth Hafner
Postfachamt Hamburg BLZ 200 100 20
Konto Nummer 5709 80-209
Bistwort Chile

Fortsetzung von vorheriger Seite

die besitzen in Salvador jetzt ein zweistöckiges Haus und haben ein Busunternehmen, wo 3 oder 6 Busse für die fahren. Und irgendwo muß es ja herkommen.

Du meinst also, daß die US-Intervention eine neue soziale Schicht geschaffen hat, die von der militärischen Intervention wirtschaftlich lebt?

UM: Ja. Und das ist auch eine neue Klientel der Christdemokratie. Aber die breite Masse der Bevölkerung merkt keine Besserung. Wie auch, bei 50% Arbeitslosigkeit und 60% Inflation?

Allerdings bedeutet das, wie ihr sagt, bestehen der counter insurgency im wichtigen Punkten noch nicht den Sieg der Revolution.

Barbara: Nein. Und trotzdem hängt es zusammen. Denn der Grund dafür, daß sie es nicht zu durchziehen können, wie sie das gerne hätten, ist ja, daß es die Guerrilla als Kraft gibt. Denn es ist die Stärke der FMLN, die den Erfolg der counter insurgency verhindert.

UM: Weißt du, hier gab und gibt es die Stimmung, die auch in dem Artikel „No Future in El Salvador“ von Paul Haru zum Ausdruck kommt, die unterstellt, daß die USA erfolgreich sind, auf der ganzen Linie, daß die Sache im Griff haben, und die FMLN nur noch Rückzugsgefechte führt. Aber das stimmt offensichtlich nicht. Wir haben die Punkte genannt. Und das

andere Unwohlsein kommt von der Meinung, daß die Guerrilla am Ende sei. Und zwar auch, weil sie polit sehr Fehler gemacht hat, oder auch subjektiv auf dem falschen Dampfer hockt. Sie hat behauptet, sie habe kontrollierte Zonen und jetzt hat sie gar keine. Was auch nicht stimmt. Sie ist sehr lebhaft, die Guerrilla. Die hält sich militärisch. Die hat sehr flexibel die Antworten auf die veränderte Kriegslage gefunden. Meiner Meinung nach ist das positiv, denn es ist offenbar ein Haufen, der was denkt und an der Realität dranklebt, denn sonst wäre es ihnen nicht gelungen, sich auf die neue Situation einzustellen.

Militärisch ist die FMLN dann übergegangen, ihre großen Verbände aufzulösen und vorwiegend wieder in kleineren Einheiten zu operieren. Außerdem versucht die FMLN mehr in die weiträumigen Landesteile zu kommen, dort wo der Kaffee produziert wird und wo die strategischen Gebiete El Salvador sind.

UM: Ja, genau. Z.B. die Auflösung der Brigade Rafael Arce. Zahlbar. Man hat erwartet, das würde mindestens ein Jahr dauern. Aber dann waren es 6 Monate, bis sie im Westen waren. Es hat auch geheißt, die FMLN sei nicht mehr in der Lage spektakuläre und große Aktionen zu machen. Dann haben wir vor gerade drei Monaten den Überfall auf die Kaserne in La Unión, nahe der Hauptstadt gemacht. Das war militärisch und logistisch einwandfrei. Und es war nicht irgendeine Kaserne, sondern das Ausbildungszentrum der

US-Berater. Der einzige Haken war daran, daß sie die nicht angetroffen hatten.

Zu der veränderten Politik der FMLN gehört auch der Dialog. Seit dem zweiten Treffen zwischen FMLN/FDR und Regierung vor einem Jahr hat es aber seitdem nichts Offizielleres mehr gegeben. Allerdings fanden unterhalb dieser Ebene Gespräche statt. Wochenski z.B. war an den Verhandlungen über die Freilassung der Duarte-Tochter beteiligt. Man kann annehmen, daß es in anderen Bereichen ebenfalls Kontakte gibt. Wie schätzt ihr das ein, wird es eine offizielle dritte Verhandlungsrunde geben?

Barbara: Ich denke, es wird keine Verhandlungen geben, weil Duarte kein Interesse daran hat. Und die Militärs an einer Verhandlungslösung schon gar nicht.

UM: So groß ist der Gegensatz zwischen Militär und Duarte nicht. Mit Ausnahme von einigen Hardlinern, wie Ochón z.B. Das erste Gespräch im Oktober 84 hatte schon mit Zustimmung des Generalstabs stattgefunden und auch der USA. Es war ja als Bluff angelegt, weil man annahm, die Guerrilla würde das Gesprächsangebot wegen innerer Differenzen nicht annehmen. Und dann haben sie es doch gemacht. Immerhin war das Ganze ein Vorgeplankt für das zweite Treffen. Regierung und Militär hatten den 2. Dialog von vornherein so angelegt, daß er kein Ergebnis haben konnte, nicht mal einen Waffenstillstand über Weihnach-

ten, den die FMLN vorgeschlagen hatte.

In dieser Situation ist die Guerrilla dann in die Offensive gegangen und hat ihren Drei-Stufen-Plan für eine politische Lösung vorgelegt. Am selben Abend ist Duarte um Fernsehen aufgetreten und hat gesagt, das sei inakzeptabel, weil es gegen die Verfassung verstößt. Jeder in El Salvador weiß, wie lächerlich es ist, in dieser Situation mit der Verfassung zu argumentieren. Damit war klar, daß es von der Regierung keine ernsthaften Verhandlungen geben würde. Und im Moment sieht es auch nicht danach aus. Aber irgendwann muß Duarte wieder auf die Forderung reagieren, wenn er verhindern will, daß ihm die soziale Basis wegbricht. Ob die Reaktion dann besteht, daß er verhandlungsbereiter ist, oder ob es eine neue Repressionswelle gibt, ist schlecht vorherzusagen.

Der Vorschlag eines Teils der Salvador-Solidarität läuft darauf hinaus, in erster Linie Basisgemeinden, Gewerkschaften und Projekte zu unterstützen. Und zwar, dieser Eindruck drängt sich auf, unter Vermeldung der Zuspitzung der Solidarität auf die FMLN.

UM: Ich sehe das nicht alternativ. Wenn z.B. wir zur Unterstützung der Flüchtlinge aufrufen, dann keineswegs um unsere Unterstützung von der FMLN abzugeben. Denn eine Front des salvadoranischen Befreiungskampfes läuft eben durch Colomonagua und Mesa Grande. Genau so ist es wichtig, die Mutterorganisation zu un-

tersätzen. Das hat auch den Vorteil, daß man Vieles anschaulicher machen kann.

Wenn du eine Basisgemeinde unterstützt, unterstützt du in vielen Fällen die FMLN. Aber wenn du gerade das nicht willst, dann müßt du auch die politische Alternative nennen. Du müßt sagen, mit welcher Kraft du solidarisch bist. Du bist ja erstmal mit der Bevölkerung solidarisch und darüber mit der politischen Kraft, die die Interessen der Bevölkerung am ehesten durchsetzt. Und da gibt es eben keine andere als die FMLN. Und da müßt du auch freisen, daß die nicht alles in El Salvador so macht, wie du es dir in Westeuropa vorstellst.

Vielen Dank für das Gespräch!

Anmerkungen:
Das Interview führte J. Die Gruppe steht für Veranlassungen zur Verfügung.
Tel. Barbara 2711/690 76 15

1) Infolge der Bürgerkriege und der Vertreibung durch Armeesoldaten und Todeschwelenden befindet sich eine Million Menschen des fünf Millionen Einwanderer auf der Flucht und lebt in der Flucht in Flüchtlingslagern in El Salvador und außerhalb des Landes im Grenzgebiet zwischen Honduras und El Salvador und mehrere dieser Lager angeordnet und im vergangenen Jahr erging ein Aufruf der beteiligten Länder an die Öffentlichkeit mitzuteilen, so eine Repression durch die Armeen in Honduras und El Salvador zu klären.

2) In der 30. Ausgabe der 2. Wochenschrift mit Artikel von Roger P. und Heide J. mit dem Titel „Nicht nur Hungerkämpfer — Neue politische Töne dröhnen in El Salvador“. Darin und andere Artikel zu den halbseitigen und in El Salvador, ist eine neue Einschätzung der Lage in El Salvador. In der 3. Ausgabe der 2. Wochenschrift.

„Nicht immer weglauten, Jonny. Du bist jetzt frei. Komm zu uns. — Wohin denn zurück? Meine Freunde sind hier gestorben. Und etwas von mir ist hier auch gestorben. — Der Krieg, alles, was hier passiert ist, war falsch. Aber Du darfst dein Vaterland nicht hassen. „Inszenieren“ ich wurde dafür sterben. Was ist es dann, was Du willst?“ Ich will, was die da wollen, was auch jeder andere wollte, der hier sein Blut vergießen wollte, was er hatte. Ich will, daß in der Vaterland uns genauso liebt wie wir es lieben. Das ist alles, was ich will.

So der Schlußalob in Rambo II. Bei einer Mikrophonprobe soll Ronald Reagan über diesen Film gesagt haben, er wisse jetzt, was er machen müsse. So, in er nicht bemerkt haben, daß es eine patriotischen Sprüche offensichtlich ich Drehbuchvorlage waren?

„Ich habe von einem neuen Geist gesprochen, der in unserem Land lebendig geworden ist. Die Ära der Skrupel ist vorbei!“ (Reagan bei Amtsantritt 1981). Grenade, Nicaragua lassen grüßen. Die Botschaft, die diese Filme unter das Volk bringen soll, hat historische Vorbilder. „Das Recht und der Wille des Führers sind eins. — Nachdem nun dieses Handeln, das an sich schon rechtens war, auch seine gesetzliche Normierung gefunden hat, kann keine Stelle mehr das Recht zu irgendeiner Nachprüfung dieser Aktion für sich in Anspruch nehmen.“ (1. Syvester Stalones (Rambo I, II, Rocky I — V), Chuck Norris (Missing in Action I, II), Arnold Schwarzenegger (Phantom Kommando, Conan, der Barbar) und alle ihre verkaufsfördernden Plagiate brauchen ihre Verbrechen vor niemandem zu verantworten, brauchen keine Skrupel zu haben. Warum auch. Solcher Leuten gibt man nicht das Recht dazu, sie sind das Recht) sie sind die USA, alles andere als „Träume“ der Herrschenden. „Wenn Sie handeln, handelt die Nation, werp Sie richten, richtet das Volk.“ (2. Syvester Stalones, der treuer Rudolf Heß auf dem Fluchpferd teilt in Nürnberg, worin er Hitler Politik bestätigt. Das ist auch die Maxime dieser Filme, die in den meisten bürgerlichen Medien (Ausnahme „Report und Weltkulturspiegel“) als Geschmacksache, nicht weiter ernstzunehmende Abenteuerfilme (Actionfilme) vornehmend abgelesen werden nach dem Motto: „Ein nicht mehr so politisch, gehen die Filme, propagandistisch, dominant, Goebbels hätte demotoude an diesen Filmen. Auch die Unterhaltung ist heute staatspolitisch wichtig, wenn nicht sogar kriegsentcheidend.“ „Unser Volk bei guter Laune zu halten, das ist auch kriegswichtig.“ (Ta. gebuch Goebbels 8.2.1942) und „Nicht das ist die beste Propaganda, bei der die eigentlichen Elemente der Propaganda immer sichtbar zutage treten“, sondern die die „sozusagen unsichtbar wirkt, das ganze öffentliche Leben durchdringt, ohne das das öffentliche Leben überhaupt von der Initiative der Propaganda irgendeine Kenntnis hat.“ (3). Und wer meint, diese Filme seien nicht sehr erfolgreich, lirt: „Rambo II“ schlägt alle bisherigen Rekorde im Geschäft mit bespielten Video-Cassetten. Am Erscheinungstag lagen bereits 400 000 Bestellungen vor (Einnahmen der Herstellerfirma EMI Thorn 80 000 000 Mark) (4). Die Bravo-Jugend wählte Stalones zum „beliebtesten Filmschauspieler 1985.“ „Burnin' Heat“ Lied aus dem Film „Rocky IV“ liegt auf Platz 7 der Billboard (englische Charts, Platz 8. US-Charts, Platz 9). Das Lied „Rocky IV“ auf Platz 10. 5). Wie als Goebbels für die nationalsozialistischen Propagandafilme forderte sind die Rambo „Menschen wie du und ich“, nicht ganz makellose Underdogs, einfache, ehrliche Typen, mit denen man sich identifizieren kann, die aber vor allem eine nicht dürfen durch kritisches Bewußtsein abschrecken.

So sind die Filme, in denen die Geschichte und das Völkerrrecht beliebig zurechtgebogen wird, ernstgemeinte Handlungsanweisungen und vor diesem Hintergrund sollte man die „Überlebens-“ und „Selbstbewegungsbewegungen“, den Boom der Kampfsport- und Selbstverteidigungsclubs oder der trendsetzenden „Body Building-Bewegung“ betrachten. Gefragt sind nämlich durchtrainierte Muskel-Männer, „Kampfmaschinen“, wie sie heftig genannt werden, die dem „neuen Geist“ bedingungslos folgen — was meint „Macht auch bereit auf den nächsten Weltkrieg“ — Schlußworte aus „Rocky IV“. Es bleibt abzuwarten, ob auch diese patriotischen, wehrkraftfördernden Filme hierzulande auf den Index wg. Jugendgefährdung kommen. Aber hier geht es ja nicht um Gewalt, sondern den Kampf gegen den Kommunismus — und der war noch nie jugendgefährdend.

Der folgende Artikel, den wir mit freundlicher Genehmigung von Dr. Wolf Donner nachdrucken, wurde vom Autor selbst gekürzt. Der Artikel erschien zuerst in der Januar-Ausgabe der Szene-Zeitung „lip“ Berlin GL.

Hollywood macht mobil

Über Rambomania und us-amerikanische Unkultur

Wolf Donner

Ein herrschender Trend im aktuellen Hollywoodkino heißt „Rambomania“. In der GI-Mär von Syvester Stalones und den Reaktionen darauf kulminiert eine beklemmende Entwicklung. Denn es gibt viele Rambo im gegenwärtigen US-Kino. Militante Propagandafeldzüge gegen alte und neue Feinde des Gelobten Landes. Heldengesänge über martialische Supermänner, die zum Wohle Amerikas ausziehen und mit dem Unrat der Welt aufräumen. Hohlgedröh auf lakonische Kilmaschinen, auf musket- und waffenstrotzende Saubermänner. Unverhohlene Werbung für Militarismus, Nationalismus, Rassismus. Beschwörungen einer unmittelbar bevorstehenden Eroberung Amerikas durch die vereinigten Kommunisten und des Dritten Weltkriegs.

Im Hollywoodkino herrscht Krieg, und der ideologische wird nicht weniger intensiv betrieben als die lustvoll ausgeschlachteten Kampfhandlungen. Sellen in der Geschichte des amerikanischen Films hat sich ein gefährliches politisches Klima in einer solchen Fülle von Produktionen niedergeschlagen und haben diese eine akute Stimmung so brutal und stupide angeheizt. Die neuesten Filmkunstwerke dieser Art annonciieren ihre simple Botschaft schon im Titel: „Invasion USA“, Regie Joseph Zito, und „Commando“, Regie Mark Lester. Einmal rettet Chuck Norris die Nation und die im Krisenstab versammelten führenden Politiker vor den eingefallenen kommunistischen Horden, im andern Fall vernichtet Arnold Schwarzenegger das heimliche Heerlager eines lateinamerikanischen Diktators unmittelbar vor der US-Küste. Beide haben auch persönliche Motive, beiden steht eine eiserne Kampf-Gespinn zur Seite, die feindlichen Heere besitzigen sie aber erfolgreich im Alleingang. „Invasion USA“ ist purer Schrott, lächerlich, unglaubwürdig, aber ein Kassenhit. Schwarzenegger versucht seine banale Story durch Sarkasmus und groteske Pointen aufzumöbeln. Beide Filme sind typisch für die augenblickliche primitive Agitation und für ideologische Tendenzen, die Hollywood geschickt kaschiert oder ungeniert offen unter Volk bringt.

Später Sieg in Vietnam

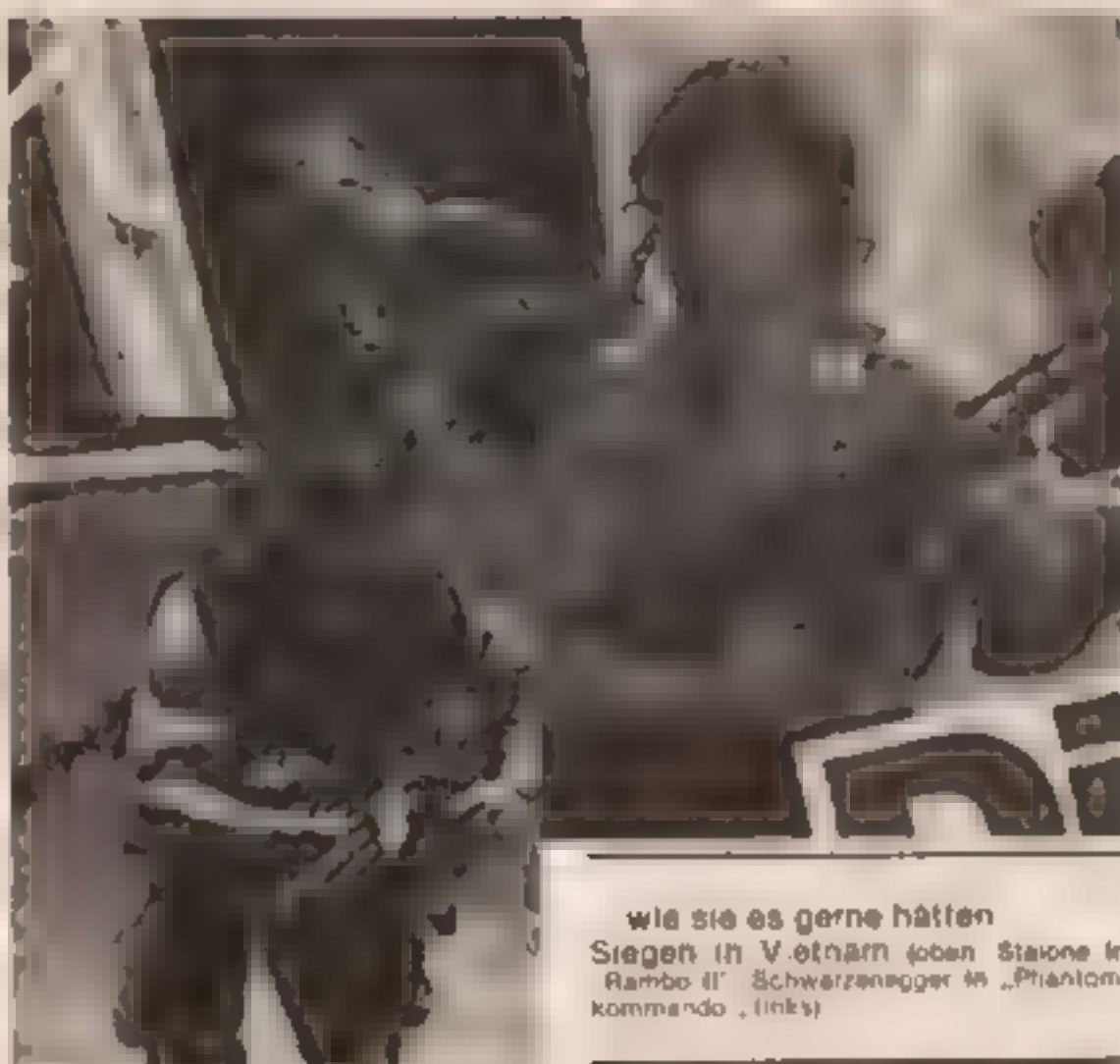
Die Amerikaner sind geniale Geschichtsklitterer. 40 Jahre lang haben sie die Welt glauben gemacht, sie al-

Später Sieg in Vietnam

Die Amerikaner sind geniale Geschichtsklitterer. 40 Jahre lang haben sie die Welt glauben gemacht, sie allein, nicht etwa die Sowjets, hätten unter großen Opfern den Zweiten Weltkrieg gewonnen und den Faschismus besiegt. Nun wird genauso das Vietnam-Debakel zur „ehrenvollen Aufgabe“ (Reagan) erklärt, werden die jahrelang vernachlässigten Veteranen rehabilitiert, wird die Niederlage zum politisch verhängten Sieg umgemünzt. Filmhelden werden ehrfürchtig als verdiente, bewährte Vietnam-Kämpfer eingeführt: Mickey Rourke in „Cimarron“, „Jahr des Drachen“, Schwarzenegger in „Commando“, die alten Helden in Ted Kotcheffs „Die verwegenen Sieben“, Norris in beiden Teilen „Missing in Action“ und in „Invasion USA“, Stalones in beiden Teilen „Rambo“.

Vor wenigen Jahren waren die angeblich in den Lagern von Vietnam, Kambodscha und Laos schmachtenden verurteilten GIs oder psychisch kranke Spätkriegsgefangene Anlaß zur Bitterkeit und Depressionen. Kotcheffs Befreiungsroman mit Gene Hackmann hieß „Uncommon Valor“, etwa: Unübliche Tapferkeit. Rambo der Erste landete noch im Straflager („First Blood“). Inzwischen feiern die US-Networks in vielen TV-Spielen die verkannten Heroen mit ihren Resozialisierungsproblemen, ihren schrecklichen Erinnerungen, ihren Minderwertigkeitsgefühlen als nationale Märtyrer. „Werden wir diesmal gewinnen?“ fragt Rambo II zu Beginn seiner Mission. Nicht die Befreiung aus dem Steinbruch, die Schmach der Verurteilung interessieren ihn, nur die verlorene Ehre Amerikas in Vietnam.

Schluß mit Trübsal, Schuldgefühlen, der moralischen und militärischen Niederlage, Schluß mit dem Gerede über die nie gezahlten Reparationen, die Kriegsschuld, die Massaker in „Die verwegenen Sieben“, „Missing in



Wie sie es gerne hätten: Siegen in Vietnam (oben Stalones in „Rambo II“, Schwarzenegger in „Phantom Kommando“, links)

Action“ und „Rambo“ ziehen die alten Kameraden noch einmal an die Front in Vietnam, um die letzten Verwundeten heimzuholen. Es geht um die Ehrenrettung der Nation. Und diesmal ist es ein klarer Sieg. Wenigstens im Kino, symbolisch. Denn, so hieß der Werbeslogan für „Missing in Action“, „der Krieg ist nicht vorbei, solange nicht der letzte Mann zu Hause ist“. Rambo's Frage ist damit beantwortet. Und der Wunsch von Millionen Amerikanern nach Absolution und Rache auch.

Militarismus

Direkte Kriegshetze und Kriegsverherrlichung wie in John Milus' „Die rote Flut“ und selten. Die sukzessive Einstimmung der Zuschauer auf Krieg, uniformierte Kampfverbände und die Notwendigkeit militärischer Aktionen geschieht meist subtiler. Indirekt. Immer häufiger verlagert sich die Action von Gangstern, Spionen, Cowboys, Cops, Robotern, Fantasywesen oder realistischen Alltagsmenschen auf Militär. Kriegsfilme im friedlichen Hinterland, Vietnam-Revivals, Uniformen. GIs als tragische Figuren, heroische Monumente, vaterländische Ide-

„Die verwegenen Sieben“ sind eine Elite-Einheit, von erfahrenen Söldnern oder Vietnam-Veteranen geschult. Gewaltige Verbände der US-Army liefern sich Straßenschlachten mit den heimlich gelandeten kommunistischen Truppen in „Invasion USA“. „Star Wars“ verlegt den Krieg an die „High Frontiers“ im Weltraum, aber die Einübung auf Kampfgeschichten ist nicht weniger konkret. In „Commando“ hebt der Muskelbärde Schwarzenegger eine ganze Kaserne aus. Das martialische Opus habe „great scenes“, lobt das rechtsradikale Soldatenmagazin „Soldier of Fortune“ (SoF), denn „es gibt uns, was wir wollen: taubere, schnelle, real aussehende Kämpfe“.

„SoF“ versorgt 3 Millionen Leser mit aggressivem Militarismus und betreibt einen lukrativen Versandhandel mit Waffen und Militaria aller Art, organisiert paramilitärische Trainingslager à la Wehrsportgruppe Hoffmann und schickt Waffen, Freiwillige sowie viele Millionen Dollars an die Contras in Nicaragua. Den höheren Segen verpassen den agilen Privatmilitäzen die Prediger der „Moral Majority“ und der neuen religiösen Erweckungsbewegung. Sie preisen Reagans wahnwitzigen Overkill als Gotteswerk und heißen das militärische Eingreifen in Zentralamerika gut. In Wort, Schrift und per life-TV rufen sie auf zum bewaffneten Feldzug gegen den Kommunismus. Kriminische Kriegsspektakel und dazu die moralische, politische oder konkret militärische Aufrüstung als permanente, alltägliche Begleitmusik Vorkriegsstimmung.

Waffenwahn

Wenn Rambo oder Matrix (Schwarzenegger in „Commando“) sich rüsten, wird das zur unnützen Kulthand-

Amerikas neueste Waffe“. Als habe man eine Entscheidungsschlacht geschlagen, jubelten die US-Medien nach dem Achille Lauro-Geschehen: Amerika habe der Welt gezeigt, wie stark und mächtig es sei, wie unbeugsam und entschlossen, in Presse und Fernsehen, im Kino und im Weißen Haus wird das neue nationale Hochgefühl des Reagan-Amerika mit bedingender Selbstverständlichkeit auf angebliche Kriegsgefahren und die notwendige Kriegs- und Kampferbereitschaft umgelegt. Kirchen und Sekten halten mit, benebeln die naiven Hirne ihrer Schäfchen mit Thesen vom prophezeiten Weltende. Der letzte Kampf, der letzte Krieg, unvermeidbar. Doch die Amerikaner soll er gut vorbereitet treffen.

Das patriotische Gerede vor der Los Angeles-Olympiade erinnerte selbst US-Kommentatoren an das der Qatgeber in Berlin 1916. Das Stadion als Schlachtfeld. Was die Sowjets durch ihren Boykott vereitelten, holt „Rocky IV“ nach. Der symbolische Krieg im Boxerring. Ein sowjetisches Schwergewicht, ein südlicher Bulle, tötet im Ring einen Amerikaner. Die „große weiße Hoffnung“, Rocky Balboa, besiegt den ektigen Hunen unter Mark- und Lenin-Postern. Ein halbes Jahr lang lief die Voranzeige dieser neuen Schlager-Orque (Star und Regie Stalones) im US-Kino; Schlußsatz: „Macht euch bereit auf den nächsten Weltkrieg“. Drunter tut es nicht mehr. Auch „Rambo“ sei keineswegs reaktionär, sagte Stalones in einem Interview, sondern demonstrierte nur, was alle Amerikaner denken. Könnten wir noch einmal kämpfen, dann würden wir gewinnen. Kampf, Krieg, Sieg, die letzte Schlacht. Unbekannte töten die alten Kampfgenossen von Matrix („Commando“), und ein FBI-Beamter fragt dessen Ex-Vorgesetzten, was nun passieren werde. Antwort: „Der Dritte Weltkrieg“.

„Invasion USA“ und „Die rote Flut“ handeln bereits vom Dritten Weltkrieg — Schauplatz USA. So wird die Pentagon-These vom möglichen begrenzten Atomkrieg in Europa als furchterregendes, negatives Gegenbild popularisiert. Im Frühjahr 1986 wird das Network ABC für 40 Millionen Dollar die Serie „America“ produzieren, die das Modell dieser zwei Kinofilme nur variiert. Auf kaltem Weg legt der KLB das Verteidigungs- und Versorgungssystem der USA lahm, das blühende Land wird zum trostlosen kommunistischen Satelliten. Begründung des Senders: Die Produktion „The Day After“ über die Folgen eines sowjetischen Atom-Erstschlages sei zu einseitig gewesen, zu US-kritisch. Serienautor und -regisseur Donald Wyre sekundiert. Es gelte, dem Volk seine eigenen Werte bewußt zu machen, „unsere Verantwortung, Amerikaner zu sein“. Ihre Verantwortung, die Kriegswerbung einem Millionenpublikum nachhaltig einzutrichtern.

Heimatfront

Wie diese geplante Serie, wie „Die rote Flut“ malt auch „Invasion USA“ das zu sein: „Infe veranwortung“ der Kriegswerbung einem Millionenpublikum nachhaltig einzutrichtern.

Heimatfront

Wie diese geplante Serie, wie „Die rote Flut“ malt auch „Invasion USA“ das Schreckbild der gebenedeiten Nation als Kriegshauptplatz aus — ein besonderer, wackelhafter Schock fürs naive US-Publikum. Der Feind schleicht sich ein, unterwandert uns, lauert überall.

Fortsetzung nächste Seite



und was sie nicht wahrhaben wollen — US-Niederlage in Vietnam

(Vorn: Arnold Schwarzenegger in „Phantom Kommando“, links)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Invasion ein unbemerkter nächtlicher Spuk. Badegäste in Florida, ein Liebespaar am Strand, Kinder im Schulbus, Menschenmassen am Kaufhaus, in der Kirche, im Amusementpark und eine ganze Siedlung kinderreicher Familien am Weihnachtsabend sind das Ziel bestialischer kommunistischer Vernichtungsakte. Frauen weinen, Männer bewaffnen sich, Kinder werden evakuiert. „Es ist nicht mehr sicher in Amerika!“ Der fiese Befehlshaber des heimlichen Überfalls bestätigt das mit diabolischem Grinsen: „In 18 Stunden wird Amerika anders aussehen. Und ein Polizist registriert einsezt. „Die bringen die Leute gegeneinander und, schlimmer, gegen die Autorität auf!“

Das Pearl-Harbour-Syndrom. Wir sind bedroht. Die Feinde bereiten sich vor, uns zu überfallen. Die Front mitten im Home sweet Home. Oder unmittelbar vor den Landesgrenzen, wie es „Commando“ nahelegt. Amerika, sei wachsam.

Der Feind im eigenen Land hat viele Gesichter. Der höchstdekorierte New Yorker Cop im „Jahr des Drachen“ verlegt in Wort und Tat die Prom von Vietnam nach Chinatown, um der „gelben Mafia“ den Garaus zu machen. „Ich will, daß hier auferstehet wird, ich will Chaos...“ Norris, immer die Primitivausgabe erfolgreichster action-Muster, räumt genauso barbarisch auf mit einer Latino-Drogenbande im Polizeifilm „Cuasack, der Schweigstame“ von Andrew Davis. Selbst Filme über Teenager und jugendliche Bandenkriege schüren Kriegs- und Mordgefühle, indem sie das blutige Treiben anonymen Bösewichters so breit und emotionalisierend ausbreiten, daß der Rachefeldzug der positiven Helden wie eine Befreiung erscheint (z.B. Sean Cunningham's „Die Kids von Orlando“).

Durchhalliektino. Filme über die Mobilmachung im Kleinen, über nachbarschaftliche Notgemeinschaften. Alle Siedler-Tugenden werden wieder bemüht. Was Joe Dante's „Gremlins“ noch als anarthischen Spaß vorführte, wird in der Heimat-Trilogie (R. Ben ton's „Ein Platz im Herzen“, M. Rydells „Menschen am Fluß“, R. Pearce's „Country“) zum dramatischen Appell im Stil der Weltkriegs-Serie „For what we fight“. Die Apokalypse in der Provinz. Naturkatastrophen, Boykotte, Zwangsversteigerungen. In Graham Baker's „Impulse“ bricht das Unheil als Umweltverschmutzung über ein verschlafenes Kaff herein. In der „Roten Flut“ regnen genauso unvermittelt die feindlichen Truppen vom Himmel herab. Der Dritte Weltkrieg beginnt irgendwo im Binnenland, auf einer dörflichen Dorfstraße. Amerika, sei wachsam.

Allzeit bereit

Wo Invasionen, Krieg, Feinde innen und außen drohen, werden die Vorbereitungen zu Kampf und Selbstverteidi-

Allzeit bereit

Wo Invasionen, Krieg, Feinde innen und außen drohen, werden die Vorbereitungen zu Kampf und Selbstverteidi- gung zur nationalen Pflicht. Survival, Überleben, ist eine Manie geworden, eine Glaubensfrage, eine Industrie. Von der „SoF“-Organisation bis zum YMCA, vom Campus bis zu Privatlehrern, meist ehemaligen Soldaten werden Lehrgänge angeboten, Trainingskurse, besondere Techniken, Spezialausrüstungen, Seminare im Schießen, im Nahkampf, im Umgang mit Messer oder Schlagring. Das Zauberwort „martial arts“ und ein millionenstündiger Karate-Kult setzen Millionen um.

Auch die Fitness-Krankheit ist keine Modetorheit, Aerobic und Bodybuilding kein bloßes Hobby. Dahinter steht eine politische Idee, und Reagan weiß, warum er mit Hanteln als Vorturner der Nation posiert. Aktiv, muskelt, potent, gestählt, gesund, erfolgreich, selbstbewußt, kampfbereitschlossen, erbarungslos, siegreich, das sind fast Synonyme für die Amerikaner. Der Kraftmeier als Identifikationsofferte. Eine virile Muskelbrigade in Film und TV, Mode, Werbung und Presse, athletische Hüften, kultisch überhöht, monumentalisiert, entpersönlicht wie die idealtypischen Blödmänner von Arno Breker. Harte Männer für harte Zeiten. Körpererziehung als präventive Wehrertüchtigung. Es ist kein Zufall, daß Mr. Universum Schwarzenegger zum Filmstar wurde. Daß Stallone, Norris und andere göttliche Muskelpakete als Vorbilder gefeiert werden.

Auch sozialkritische Intentionen wie in der Heimat-Trilogie münden in den Gestus der Beschwörung, für alte Werte und ererbten Besitz zu kämpfen. Die Bürger- und Volksgemeinschaft, privat initiiert, fungiert als Bollwerk gegen die Gefährdung des ländlichen Idylls. Dem entspricht die Bürgerwacht in den Städten, das „informelle Spitzel-

system“ („Spiegel“) gegen die zunehmende Kriminalität im Land der großen Freiheit. Alle 3 Sekunden wird in den USA ein Mensch beraubt, alle 49 einer überfallen, alle 6 Minuten eine Frau vergewaltigt, alle 23 Minuten jemand ermordet. Kein Wunder, daß die Redewendung „My Home, My Castle“ da eine ganz konkrete Bedeutung bekommt, daß private Sicherheitsvorkehrungen militärische Ausmaße annehmen. Wohnblocks und Firmen haben ihre Privatpolizei. Jeder ist irgendwie bewaffnet. Die befestigten Behausungen von Schwarzenegger in „Commando“ und Norris in „Invasion USA“ reflektieren nur die tradierte Überzeugung vieler Amerikaner, man dürfe jeden abknallen, der ungebeten ihr Grundstück betrete. Die survival-Industrie redet ihren Kunden erfolgreich ein, daß so „Newsweek“, „der Durchschnittsbürger, wenn trainiert und schwer bewaffnet, sich irgendwo am Tage Null wird verteidigen können“.

Kampfmaschinen

Wehe dem Land, das Helden so nötig hat. Die führende Weltmacht scheint in ihrem Selbstverständnis so angeknackst zu sein, daß sie sich ständig neue Poliklone auf der Leinwand sucht. Je großkörniger und robuster, desto besser. Sie werden immer härter, schneller, erbarmungsloser, ins Irreale übersteigert, omnipotent, omnipräsent, unverwundbar. Pathologische Einzelgänger, verlassen, vergessen, aber in der Erinnerung mythisch verklärt, heimlich bewundert; im Augenblick der Not zurückgeholt in den Dienst am Volk, jeder ein patriotischer Mesias, jeder eine perfekt funktionierende, furchterregende Ein-Mann-Armee, ganze Heere auslöschend. Im Töten die Größen.

Ein Novum ist die Motivation dieser meist nicht sehr intelligenten Talmenschen. Es geht weniger um private Belange, eigene Vorteile, Rachegeschichten, berufsbedingte Einsätze als ums heilige Amerika. Rourke im „Jahr des Drachen“: „Wenn ich aufgebe, dann gibt das System auf“. So legitimiert, wütet er los wie ein Berserker, und Leichen pflastern seinen Weg: Freunde, Kollegen, die eigene Frau, Polizisten, viele Chinesen — aber auf die kommt es ja nicht an. Auch Stallone ist sich der national-symbolischen Bedeutung seines vietnamesischen Schlachters gewiß. „Rambo ist eine Maschine, die von unserer Gesellschaft geschaffen wurde, um andere Gesellschaften zu zerstören. Man versucht, sie abzustellen, sie neu zu programmieren, aber sie kann sich nicht ändern“. Und sie soll es ja auch nicht.

Nach seinem Asuten-Gemetzel proklamiert Rambo mit weinerlichem Pathos wie in einem schlechten Nazi-Schinken den süßen Tod fürs Vaterland: „Ich würde dafür sterben. Ich will wie jeder, der in Vietnam kämpfte, daß unser Vaterland uns genauso liebt, wie wir es lieben“. Im US-Kino wird das Bekenntnis meist mit frenetischem

Schinken den süßen Tod fürs Vaterland: „Ich würde dafür sterben. Ich will wie jeder, der in Vietnam kämpfte, daß unser Vaterland uns genauso liebt, wie wir es lieben“. Im US-Kino wird das Bekenntnis meist mit frenetischem



Die Rambos. „Als Baby kämpfte er schon mit dem Mund“

1988, Hamburger Morgenpost, 27.9.88

Jubel quittiert. Es gibt dem morderschen Treiben des neuen amerikanischen Emblems nachträglich die hohen patriotischen Weihen. Er verbrannt, sprengt, köpft, erschießt, ertränkt, ersticht, erwürgt unzählige namenlose, gesichtslose Gegner, die rechtlich gar keine Gegner sind und die, obgleich doch Vietnamesen der 80er Jahre, japanische Uniformen aus dem Zweiten Weltkrieg tragen. So schließt sich der Kreis. Rache an Vietnam und Rache an Japan, an Gegnern früherer Kriege, in einer widerwärtigen Alimach- und Kuter-Phantasie. Amerika braucht das offensichtlich zur Zeit.

Der häßliche Amerikaner

Stallone's Rambo oder Rocky sind grölende, brumrende Unholde, die, wenn sie schießen, zuschlagen, töten, gern in ein wildes Orang-Utan-Gebrüll oder in dumpfes Ächzen ausbrechen (der Schauspieler ist clever genug, alle Rollen seiner Sprachhemmung anzupassen). Und so was nennt die US-Press „das Symbol des amerikanischen Geistes“. Chuck Norris: ein Muffel, immer nur dumpf und dumpf und geradezu mittelebendend unbedarft dreinblickend. Schwarzenegger ein mürrisches Stoneface, das meist leer und immer etwas fischig bleibt und sich nur in den langen Tötungsorgien zur Grimasse eines Besessenen verzerrt. Privat mögen sie reizende Herren sein, in ihren Filmen sind sie wandelnde Belege eines neuen Kultes der Häßlichkeit. Kotzbrocken mit eindeutig animalischen Zügen und neurotischen Verhaltensweisen. Amerika identifiziert sich derzeit vorzugsweise mit einer Riege von Deblen, Psychopathen und vielhaken Schlagetots.

Die monströse Verrohung, die sich hier selber feiert, korrespondiert mit der Hausrück-Diplomatie der Reagan-Administration. Und die primitiven Killer-Instinkte, das Haß-, Wut- und Aggressions-Potential, das hier befriedigt wird, die Bereitschaft, solchen Widerlingen zuzubeheln, läßt beunruhigende Rückschlüsse zu auf ein zutiefst veräusertes, verunsichertes und darum gefährliches Land. Es sind faschistoide Ausgeburt, die da verherren und illuminiert werden, in der Giganten-Siatur wie in ihren ausdruckslosen Schlager- und Killer-Vaagen. Sie agieren wie Amokläufer, sehen plötzlich rot, rasen los, und die Filmhandlung folgt nur noch ihrer Blutspur. Maniake, die keiner auffalten kann (und will). Psycho- und Geisteskrüppel und offenbar gerade dadurch besonders effektiv-effektiv. Ihre Blutbader, ihre obsessiven Stampeden, ihre verquaste Homosexualität, ihr Sado-Masochismus wird von amerikanischen Kritikern als harmlose Unterhaltung abgetan.

Schwarze, Schwule, Juden, Kommunisten

Wer anders aussieht und anders denkt als die arbeitsfähigen weißen Ameri-

Schwarze, Schwule, Juden, Kommunisten

Wer anders aussieht und anders denkt als die gottesfürchtigen weißen Amerikaner, der ist ihr Feind, ist iudgeweiht, wenigstens im amerikanischen Kino. Farbige oder kommunistische Alibi-Figuren, die nicht ins Klischee passen, sind Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Wo der Feind steht, betet Reagan der Nation seit Jahren vor. Die UdSSR, die er vor wie nach dem Genser Gipfel mit „pauschalen Verteufelungen“ abtut (US-Quersperre Stephen Cohn), ist „das Reich des Bösen“, und Länder wie Iran, Libyen, Nordkorea, Kuba, Nicaragua sind „gesetzlose Staaten, die von der merkwürdigsten Ansammlung von Schädlingen, Geisteskranken und dreckigen Kriminellen seit dem Dritten Reich regiert werden“.

Hollywood setzt diese Doktrin in ihrem reduzierten Schwarz-Weiß-Weltbild wie in ihrem ebenen Jargon in suggestive Filmplots um. Sowjets, Asiaten und Latinos sind die Bösen, die Bedrohung der freiheitsliebenden Welt. In Filmen wie „Gulag“ von Roger Young, „White Nights — Nacht der Entscheidung“ von Taylor Hackford, „Rote Flut“ oder „Invasion USA“ sind die Sowjets lumbe Barbaren. In den Vietnamfilmen foltern sie die GIs wie schmerzte Teufel. Die USA überfallen sie zusammen mit Kubanern und Nicaraguasern (in „Invasion USA“ hört man auch deutsche Kommandos, eine Grußadresse an die DDR).

Die Miesen und Fiesen im US-Kino sind immer jene, die auch Reagan nicht mag. Syrer, Libanesen, Libyer oder Russen, erzählt man Matrix in „Commando“, würden seine Leute töten. Hinter dem Coup steht ein lateinamerikanischer Diktator. Um Kuba geht es in dem revanchistischen Rührstück „Gier nach Ruhm“ von Thomas Car-



Vorbild für alte und neue Rambos? Das Bild stammt aus dem Nazi-Propagandafilm „Fest der Schönheit“, Olympia Film 2 Teil 1938. Regie: Hitler-Protegierte Leni Riefenstahl

ter, um eine kriminelle Latino-Gang in der One-Man-Show „Cuasack, der Schweigstame“. Wie „Indiana Jones“ mit farbigem Gesandl in allen Kontinenten auftrumpft, wie in „Star Wars“ unschwer auszumachen ist, woher die blonden Lichtgestalten kommen und wen Darth Vader und seine Horden symbolisieren sollen, so illustrieren die Vietnamfilme Treibjagden auf Massen beweglicher gelber Zielscheiben. Jeder Schuß ein Treffer, ein Tusch, Triumph.

„Im Jahr des Drachen“, gegen den Diplomaten in vielen Ländern protestierten, geht noch weiter. „Der ist richtig geil auf die Schlitzaugen“, wundert sich ein Kollege über den blutrünstigen Kommissar, der sich nicht zufällig den Namen White gab und Haßreden auf Chinatown intonierte. „It stinks“.

Es ist evident, welche nationalen Neurosen und Vorurteile in diesen Filmen bedient werden. Antikommunismus ist gute amerikanische Tradition, latent immer wirksam, manifest in Zeiten des Kalten Krieges wie jetzt. Asiaten: der nie vergessene Angriff der Japaner und der neue Handelskrieg mit dem Gegner von einst, die verdrängte Demütigung Vietnam, die Scharen neuer Einwanderer aus Vietnam, Taiwan, Indien, Korea, Japan, den Philippinen. Lateinamerikaner: das Dauerjergnis Kuba, Nicaragua, die illegalen Immigranten aus Mexiko, Zentralamerika und der Karibik. Die amerikanische Neue Rechte argumentiert genauso pauschal und verbissen wie die Agitation auf der Leinwand und ergänzt die nationalen Feindbilder gleich noch um die akuten moralisch-religiösen Düsterniswaden.

Kaum ein Land beschwört so kontinuierlich wie die USA den Faschismus. Aber nur wenige marginale Blätter scheitern zur Zeit wahrzunehmen, in welchem ideologischen Schlamm die neuen Wortführer der Nation waten. Schundfilme, die ohne Bemerkung die niedrigsten Instinkte mobilisieren und damit Geld machen, werden auf der ganzen Welt produziert, und Konserverfaschismus ist „in“, auch beschworene Rechtmäßigkeit gibt es überall. Neu, anders in Amerika ist derzeit die breite Zustimmung zu diesem Wahn, vom Präsidenten bis zum Millionenpublikum an der Kasse und vorm Bildschirm. Und anders am amerikanischen Kino ist seine internationale Alimacht. Durch diesen kommerziellen Medienverbund wird die demokratische Freiheit zur Freiheit, inhumane und dumme Produkte weltweit zu verbreiten.

Dochstoß- und andere Legenden

Der Vietnamkrieg ist wegen liberaler Politiker und linker Journalisten verloren worden,ieß Reagan erklären, und 80 Prozent der Amerikaner glauben das. Kino- und Fernsehfilme sticken den Mythos weiter. Die korrupten Liberalen haben nicht nur die Helden um ihre verdienten Lorbeeren gebracht (erster Dolchstoß), sondern sie lassen die letzten Vermissten hilflos in den asiatischen Lagern schmachten (zweiter Dolchstoß) und salben den Veteranen, die den alten Kameraden zur Hilfe eilen wollen, erneut in den Rücken (dritter Dolchstoß).

Die Heroen der Vietnamfilme widerlegen das Untersuchungsergebnis meh-

rerer US-Delegationen, daß es in Vietnam keine Verhüllenen mehr gibt, und müssen sich zusätzlich gegen die Behauptungen durch US-Regierungsvertreter wehren. Erst im Finale gelingt der Gegenbeweis und der Sieg über die feigen Kompromißpolitiker. Thema einer „SoF“-Tagung: Warum Washington nicht für die Vermissten in Vietnam tut. Als Rambo das kriegsgefangenenlager entdeckt, soll er geopfert und den Feinden überlassen werden. Sein alter Vorgesetzter, empört: „Ihr Bürokraten macht dasselbe, was zu unserer Niederlage geführt hat!“ Der Gegenspieler, ein Politiker aus Washington, ist der klassische Schurke, eine perfide Karikatur.

Ein wirklich phantastischer Vorgang, eine landesweit akklamierte und akzeptierte Lüge, ein kollektiver Raub. Amerika hat den Krieg nicht verloren, den Truppen wurde nur verboten, ihn zu gewinnen. Ein schändlicher Krieg und eine nie bewältigte Niederlage werden zum nationalen Erfolgsverleibis verkehrt. Und Schuld an der Kränkung von damals hatte ein so lasches, pazifistisches, liberales System. Das bedroht auch heute die Nation. Die „zerstörte Führung“ ist die Chance der feindlichen Armeen in „Invasion USA“; während die Politiker noch konferieren, lobt draußen schon der Krieg.

Mit dem verhaßten Liberalismus wird auch gleich das komplexe Geflecht von Verträgen, internationalem Recht, Absprachen mit Verbündeten, diplomatischen Gepflogenheiten und die moderne Kommunikations-Technologie verteuelt. Im Vorspann zur „Roten Flut“ wird sarkastisch mitgeteilt, Zentralamerika sei kommunistisch, in Bonn regierten die Grünen, Europa habe sich raus, nur die Briten versuchen dem sowjetisch besetzten Amerika zu helfen. Kommunist White im „Jahr des Drachen“ über New Yorker Filzkritiker: „Ich habe diesen Mist 10 Jahre lang geschluckt, ich ersticke daran!“ Und über seine rüden Methoden gegenüber den Chinesen: „Fuck their civil rights!“ Das Network ABC über den sowjetischen Einfall in der geplanten Serie „America“: „Alles war so sophisticated, verletzlich, computerisiert, daß sie unser System leicht zerschlagen konnten“.

Rambo zieht die Konsequenz aus solchen Erkenntnissen. Er verballert mit widergeräuschem das Computernetzwerk der Amerikaner in Vietnam. Maschinenatmosphäre zu Ehren des neuen Primitivismus und Fundamentalismus. Ernst Jünger läßt grüßen. Das neue Amerika tritt auf mit der Knarre in der Hand, nicht mit Technik und Diplomatie. Oder gleich mit der blanken Faust. Der Held in „Rocky IV“ trainiert einsam, allein, nur auf sich gestellt, der sowjetische Koloss hat ein Riesenteam und eine komplizierte elektrochemische Hilfsapparatur. Keine Frage, wer, also wessen Prinzip letztlich gewinnt.

„Rambomania“ in Kirchen, in Kinos, in den Köpfen. Eine „John-Wane-Summung“ in Washington, eine „nationale Selbstbesinnung“ im Land. Reagan schürt die „populäre Paranoia“, schreibt die Londoner „Times“, und verkleinert so die viktorischen „Gefühle von Ohnmacht, verletztem Stolz, Isolation“. Gott, Fahne, Vaterland, Hymnen, Schulgebet und Hand aufs Herz. Alle posieren mit, selbst die Werbung verspricht Güter „mit Stolz hergestellt in Amerika“.

Die Bevölkerung ist den vollmundigen Salven aus allen Richtungen widersstandslos ausgeliefert. Sie hören, sehen, lesen überall die gleichen Klischees. Weil über 30 Millionen amerikanische Analphabeten sind nur auf Kino, TV und die herrschende Volksmeinung angewiesen: sie wissen fast nichts, deshalb glauben sie alles, nehmen selbst wüste Agitprop für bare Münze. Entsprechend verbreitet sind Rassismus, Kommunismus, Kriegslüge, Hurrahpatriotismus.

Auf die Panikmache und die grimmigen Polit-Botschaften der letzten Kassenschlager angesprochen, wehren die US-Kollegen ab: Die Europäer hatten den Tick, alles zu politisieren, das sei eine der Phobien der 70er. Die Filme würden den Neokonserveralismus vermarkten, okay, aber im übrigen seien sie „just for fun, just entertainment“. Nur harmlose Unterhaltung. Das hat Hitler Propagandaminister Joseph Goebbels auch von den meisten Nazifilmen behauptet. Aber der wußte, daß er lag.

Anmerkungen aus dem Vorspann:

- 1) Göring am 12.7.1934 zitiert in Gerd Albrecht „Nationalsozialistische Filmpolitik“
- 2) Ernst Lohmeyer „Deutschland erwache“, 1934, aktuell 580
- 3) Goebbels am 16.2.1961 vor der Reichsfilmmannschaft, zit. nach „F.A.Z.“ im Dürrenbach
- 4) 192 2.7.88
- 5) Bravo, 12.2.88 und Bravo, 27.2.88

Humangenetische Beratungsstellen auf alten Wegen

Diskussionsbeitrag zu den Leserbriefen auf „Für das Recht auf ein behindertes Kind“ und ergänzende Informationen zu den Humangenetischen Beratungsstellen.

Auf unseren Artikel „Für das Recht auf ein behindertes Kind“ hat es einige Reaktionen gegeben. Wir wollen im Folgenden darauf eingehen. Wichtig ist uns, klarzustellen, daß trotz der Überschrift unser Ziel nicht war, uns hauptsächlich mit der Behindertenproblematik zu befassen. Nochmal zur Erinnerung, unser Artikel hatte folgende Themen behandelt: „Vorsorgeuntersuchung“; „Gefahr der Behinderung durch Vorsorgeuntersuchungen“; „Wie hoch ist die Gefahr einer Behinderung bei „älteren“ Frauen“; „Das perfekte Baby“; „Warum Angst, ein behindertes Kind zu bekommen“; „Beseitigung der Umwelteinflüsse, die Behinderungen hervorrufen“; „Das Private ist nicht vom Politischen zu trennen“ — nämlich fast ausschließlich auf den Punkt „Warum Angst, ein behindertes Kind zu bekommen“. Dadurch fühlen wir uns leider in eine Ecke gedrängt, in die wir gar nicht wollten, da für uns zu dem Thema noch mehr Sachen gehören. Trotzdem werden wir natürlich darauf eingehen.

Mutterglück?

Als erstes möchten wir uns gegen die Behauptung mit unserem Foto wehren, die K. und S. in ihrem Leserbrief schreiben. Dieses Bild zeigt u. B. ganz eindeutig einen turnhallenartigen Raum. Von einer glücklichen Mutter mit Kind kann hier auch ohne Bildunterschrift keine Rede sein, denn auch bei behinderten Kindern liegen normalerweise keine Turnmatten und ähnli-

und voller Kinder, die adoptiert werden könnten.“ Zum einen haben wir nicht gesagt, wir möchten ein behindertes Kind, sondern wir wollen das Recht, wenn frau schon schwanger ist und sie erfährt, daß das Kind behindert ist, es austragen zu können bzw. die Möglichkeit, gar nicht erst etwas feststellen zu lassen, sondern das Kind ohne Wissen auf Behinderung oder nicht austragen zu können. Zum Anderen ist es u. B. unfair, diese Frage nur auf behinderte Kinder zuzuspitzen. Es muß schon schon grundsätzlich die Frage gestellt werden, „Warum muß es ein „eigenes“ Kind sein“, denn die Heime sind auch voll mit nicht behinderten Kindern. Bleibt die Frage aber so stehen, wie ihr sie gestellt habt, heißt das nicht behinderte Kinder bringt ruhig zur Welt, das ist o. k. Aber Behinderte, mit denen haben wir schon genug Arbeit, vor denen verschont uns bitte

Soziale Folgebehinderungen

K. und S. halten uns vor, weder den Begriff „Behinderung“ noch sogenannte „Folgebehinderungen“ erklärt zu haben. K. und S. schreiben, es sei selbstverständlich, daß z. B. ein Kind mit einer Lippen-Kiefer-Gaumenspalte (LKG) „Lernbehinderungen aufgrund des reduzierten Sprachvermögens“ als „Folgebehinderung“ bekäme

Die Frauen dem Schicksal

(Diskussion)

K. und S. halten uns entgegen, daß „bei werdenden Müttern ein großer Bedarf an möglichst frühzeitiger Diagnostik besteht“, ob eine Behinderung vorliegen könnte

Ohne dabei auf unsere ausführliche Darstellung der Vorsorgeuntersuchungen wie Amniozentese und Chorionbiopsie sowie deren Risiken, politische Tendenzen wie auch die Gefahr der Behinderung durch diese Untersuchungen einzugehen, werfen sie die Frage bzw. die Vermutung auf, wir würden die Frauen ihrem „Schicksal“ überlassen, durch Ablehnung der Vorsorgeuntersuchungen

Im Gegenteil!

Um die Frauen nicht dem „Schicksal“ zu überlassen, sondern eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen, ist eine umfassende Information und Auseinandersetzung mehr als notwendig. Dem „Schicksal“ werden viele Frauen eher übergeben, wenn sie sich ohne Informationen diesen Untersuchungen unterziehen bzw. in einer Humangenetischen Beratungsstelle (HB) landen, deren Spezialist/innen in fast jeder Familie „genetische Bedenken“ haben können, die bei sozial schlechter gestellten Leuten ein stärkeres Gewicht bekommen.

proletarische Frauen wer-



Das stellen wir in Frage: LKG hat nichts mit geistiger bzw. Lernbehinderung zu tun. Sollte aufgrund der Sprachschwierigkeiten — besser des Schwerer-Verstehen-Könnens der Mitmenschen — automatisch eine Lernbehinderung nach sich ziehen, heißt das, konsequent weitergedacht, Leute, die stumm sind, hätten massive Lernstörungen, sofern sie überhaupt noch lernfähig wären.

In unseren Augen ist diese Auffassung eine extreme Unterschätzung von Menschen mit Sprachstörungen sowie eine Diskriminierung.

Diese Auffassung mag in Alsterdorf bestehen, doch sollte S. hierbei eher die sozialen wie anfallsbedingten Unterbringungsmöglichkeiten hinterfragen, statt LKG in einen Kausalzusammenhang mit „Lernbehinderung“ zu stellen.

Die weitere angeführte „Folgebehinderung“, die „Verhaltensstörung“ aufgrund der Reaktionen anderer Leute, ist ebenso eine denkwürdige These. Hier wird wieder den Leuten, die aufgrund z. T. frecher und arbeitsamer Reaktionen der Mitmenschen auf Behinderungen nicht mehr normal reagieren, eine weitere Störung/Behinderung bescheinigt. Das „gestörte Verhalten“ bzw. Verhalten liegt bei den Nicht-Behinderten; die entsprechende Reaktion der Betroffenen darauf wird als „Störung“ analysiert bzw. therapiert

Diese Fragen von fortschrittlicher Pädagogik sollten hier jedoch nicht diskutiert werden.

Es geht auch um Akzeptanz von Menschen die „anders“ sind, d. h. nicht der herrschenden Norm entsprechenden. „Anerkennung“, „Behinderung“, „Emanzen“, „Kommunist/innen“, „Kanaken“, verschiedene Begriffe

die Personengruppen bezeichnen, werden ebenso als Schimpfwörter benutzt. Eigentlich zeichnet uns Linke aus, unsere Augen nicht verschließen zu

Fortsetzung nächste Seite

„Karrieren“

Professor Heinrich Schade

geb. 1907 i. Okt. 14 - i. Aug. 33 Teilnahme am Kurs für NS-Ärzte in Anthropologie und Genetik am KWI für Anthropologie in Berlin 1939 Oberarzt bei Professor Verschuier am Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene. Mit anderen Mitarbeitern hielt er Fortbildungsveranstaltungen für Mediziner ab, die von der Führung der SS, dem rassenpolitischen Amt, von der Reichsärztekammer und vom NS-Ärztetum organisiert wurden, in Anthropologie und Genetik

1934-1940 15 Veröffentlichungen „Erbbiologische Bestandsaufnahme“ in der nordhessischen Stadt Schwalm. Er beschrieb erbgerichtliche Entscheidungen zum angeborenen Schwachmann und zur Epilepsie und stellte dabei fest, daß das Auftreten eines einzigen epileptischen Anfalls zur Sterilisation führen müsse selbst wenn kein Arzt die ersten Anfall beobachtet hätte, sondern lediglich aufgrund der Umstände auf diese Erkrankung zu schließen sei. Von großer Hilfe wären dabei nach seiner Meinung sogenannte „Degenerationszeichen innerhalb der Familie“. Dazu rechnete er z. B. Bett nassen, Linkshändigkeit, Stottern und Migräne

1940 forderte er eine „bäuerliche Gesinnung“ als dauerhafte Volksgemeinschaftsideologie und die „Bekämpfung des Massegeistes“. Schade nahm an illegalen Sterilisationen farbiger Mischlinge teil, die während der Besetzung des Rheinlandes nach dem 1. Weltkrieg von farbigen französischen Soldaten gezeugt wurden. Obwohl keinerlei gesetzliche Grundlage für die Sterilisierung bestanden, erstellte Schade Gutachten, die zur Unfruchtbarmachung der Mischlingskinder führten

1942 bestanden, erstellte Schade Gutachten, die zur Unfruchtbarmachung der Mischlingskinder führten. 1952 wurde er von Verschuier nach Münster an das Institut für Genetik berufen.

1954 Verleihung des Professoren-Titels.

1966 Berufung auf den Lehrstuhl für Genetik in Düsseldorf

1974 Ruhestand

Publikationen:

1974 „Völkerstut und „Völker-schwund“

1975 „Sind Kulturbau und Volkstod schicksalhaft“

1982 „Völker- und Kulturtod und die Lage in Deutschland“

In diesen Büchern empfiehlt er u. a. sozial unterschiedliche genetische Beratung und eine vermehrte Schwangerschaftsverhütung der unteren sozialen Schichten. Erbkrankheiten der höheren sozialen Schichten seien wegen des besseren genetischen Materials in Kauf zu nehmen

Professor Otmar Freiherr von Verschuier

geb. 1896. Beteiligte sich im Rahmen des Kapp-Putsch an antirepublikanischen Aktionen, bei denen 15 Arbeiter erschossen wurden

1927 Nach Abschluß des Medizinstudiums und klinischer Tätigkeit wurde er Leiter der Abteilung für menschliche Erbkrankheiten am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Anthropologie und menschliche Erbkrankheiten in Berlin. Sein Hauptforschungsbereich war die „Zwillingforschung“

Verfasser des Lehrbuches „Erbpathologie“ im 1. Kapitel „Der Erbsitz im Volkstischen Staat“ legt er die „wissenschaftlichen“ Erkenntnisse der Erbbiologie „dem Führer“ in die Hand und stellt sich ohne Einschränkung zur Verfügung

1934 Herausgeber des „Erbsitz“, einer Beilage zum Deutschen Arzteblatt, die alle Ärzte zugeweiht bekommen. Der „Erbsitz“ wurde damit zur meistverbreiteten und einflussreichsten rassehygienischen Zeitschrift und Verschuier der führende Rassenhygieniker

1934 Leitung der Poliklinik für Erb- und Rassenpflege/Berlin

1935 Gründung des Instituts für

Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt Mitarbeiter: Josef Mengele, Hans Giese und Heinrich Schade. Außer der „wissenschaftlichen“ Tätigkeit des Instituts war Verschuier die Berechtigung zur „praktischen Arbeit“ durch, und das Institut erhielt die Funktion einer „staatlichen Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege“, Aufgabe

Erfassung und „Beratung“ der lukanischen Gebiete mit 90.000 Einwohnern. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden pro Jahr ca. 1.000 Untersuchungen vorgenommen und 1936-1938 100-100 Gutachten, vorwiegend zur Frage der Unfruchtbarkeit und der „Erbtauglichkeit“ erstellt. Gleichzeitig war das Institut „Rassenbiologische Fachgutachterstelle für die Reichsstelle für Sippenforschung“, Benno Mulder-Hill wies an einem Gutachten aus einem „Rassenschandeprozess“ nach, daß Verschuier und Mengele mit Gutachten beschäftigt waren, die in diesem Fall zur Einstufung des Untersuchten als „Halbjude“ führten

Verschuier und Schade hielten Vorlesungen an der Frankfurter Uni zu Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik

1937 Mitglied der Forschungsabteilung „Judenfrage“ des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands

1942 Leitung des KWI für Anthropologie Berlin. Dort wurde erneut Josef Mengele sein Assistent. Als Mengele 1943 „Lagerarzt“ von Auschwitz wurde, steuerte Verschuier zwei Projektanträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft über „spezifische Erbsitzkörper“ und „Augenfarbe“, die bewilligt wurden. Mengele schickte Berlin und „wissenschaftliche“ bearbeitete Ergebnisse

Organe von in Auschwitz getöteten Zwillingen, „Zwergen“ und „Verkrüppelten“ an das KWI in Berlin. Verschuier und Mengele setzten ihre „Forschungen“ bis in das Jahr 1945 fort

1945 war für Verschuier die politische Forderung der Gegenwart eine „Gesamtlösung des Judenproblems“ und die „Reinigung des Volkstums von rassiefremden Ein-schlägen“, ausgeht im „Europäischen Wissenschaftsdienst“. Verschuier floh aus Berlin vor der russischen Besetzung nach Hessen und ließ den kompletten Bestand des KWI aus Berlin dorthin überführen. Er reinigte es von allem belastenden Material

1945/46 ersuchte er sich die Leitung des KWI für Anthropologie in Frankfurt mit der Lüge, daß er vor der „Analyse eines chemischen Stoffes“ stünde, der Schutz und Abwehr gegen Tuberkuloseinfektionen“ verleihe sollte. Bei der Entnazifizierung wurde er als „Mitarbeiter“ eingestuft

1947 erhob das neu besetzte KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Einspruch gegen die Berufung Verschuiers und kennzeichnete ihn als „gefährlichsten Nazi-Aktivisten des Dritten Reiches“ und als „bedenklichen Opportunisten“

Die deutsche Staatsregierung entzog ihm daraufhin das Recht, lehrend oder forschend tätig zu sein

1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz

1951 Berufung auf den Lehrstuhl für Genetik nach Münster, den er zu einem der größten seiner Art ausbaute. Aufbau eines Genetik Registers für eine Bevölkerung von 2,2 Mio.

1952-1956 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie

1965 wurde er in den Ruhestand versetzt

Die Ausdrucksweise seiner Arbeiten, die Grundvoraussetzungen der rassehygienischen Anschauungen Verschuiers blieben bis 1965 im wesentlichen gleich. Auch eine Änderung findet sich durchgängig: den Begriff minderwertig setzt Verschuier fortan in „ausgefallen“

Dr. G. Dieter, Thun am Mainzerberg 10 und Antje und Udo Ehm, am Hauptmanns-Post, Völs, Tirol, 11317

Aktenklau

Aktenklau

Im Januar '84 sind Leute in die HB-Barmbek eingedrungen, haben verschiedene Akten mitgenommen, andere mit Säure und Ätöl unbrauchbar gemacht. Auszüge aus den Akten wurden veröffentlicht.

Aus der Erklärung zur Aktion: „Die Humangenetische Beratungsstelle Barmbek arbeitet eng mit den Alsterdorfer Anstalten zusammen und untersucht unter anderem das „Patientengut“ (O-Ton), das ihr von dort zugewiesen wird, auf mögliche Erbschäden. So geht es z. B. um Psychosen, Alkoholismus und Kriminalität als erblich, soziale Unangepasstheit/Auffälligkeit in der Familie ist für Frau Stoeckenius Hinweis auf erbbedingte Hirnschäden (näheres dazu in der taz vom 1.2.84).

Frau Stoeckenius hat in der Nazizeit studiert und ihre Lektion offenbar gut gelernt.“

che große Turnsaal rum. Wenn ihr, nur weil ihr eine Frau mit Kind seht, gleich Mutterglück assoziiert, dann ist das euer Ding, sollte aber bitte nicht auch uns unterstellt werden. Nun zu unserer angeblichen Unterschätzung der Arbeit mit Behinderten. Hier muß mal ganz klar gesagt werden, wir haben absichtlich nicht derartige „Gruselstories“ geschrieben, wie fürchtbar anstrengend u. a. ein behindertes Kind sein kann. Diese Dinge sind nämlich in der Regel bekannt. Wir leben in einer behindertenfeindlichen Gesellschaft, und hier wird genug dafür getan, daß wir Behinderungen fürchtbar finden. Zeitschriften wie die der Regenbogenpresse bringen genug Schicksalsgeschichten über Familien, die wegen ihrer behinderten Kinder leiden. Ebenso bemühen sich Fernseh- und Bücher darum, uns Behinderte als etwas Schreckliches zu zeigen. Da wir meinen, daß genug derartige Geschichten — auch wie die von euch mit der Frau, die nicht fragen kann — bekannt sind, wollten wir absichtlich ein Gegen-gewicht stellen

Desweiteren ist uns an dem Leserbrief von K. und S. eine interessante These aufgefallen. Sie behaupten, zu wegen: „Für das Recht auf ein behindertes Kind“ heißt „Ich möchte gern ein behindertes Kind haben“. Das wäre kaum ein Problem, die Anstalten



Fortsetzung von vorheriger Seite

wollen vor den sog. „Randgruppen“, ebenso wenig für deren Abschaffung einzutreten. Bei zunehmendem Rassismus treten wir auch nicht dafür ein, den Ausländeranteil zu vermindern, um den Rassismus dadurch zu verringern.

So sollten wir auch in diesen Punkten der bürgerlichen Demagogie nicht aufsitzen.

Humangenetische Beratungsstellen

Den humangenetischen Forschern geht es um Erbgut und genetische Fehler, und nicht um die Situation gestörter Mütter. Ginge es den Forschern ausnahmsweise mal um eine Verbesserung der Situation von Frauen, hieße die Tendenz: Förderung und Schaffung guter integrierter Kindergärten und Schulen, sowie sonstige soziale Verbesserungen. Doch die H.B. profitieren von den bestehenden Ängsten, behinderte Kinder zu bekommen, sowie der zunehmenden Angst aufgrund der erhöhten Zahl von Umweltkrankheiten und Mißbildungen. L.a. diese Tatsachen führten dazu, daß die H.B. von mehr Leuten aufgesucht wurden. Die H.B. in Barmbek z.B. gibt es seit 1967 (1). Während 1970 ca. acht Ratsuchende sie aufsuchten, waren es 1976 bereits 1.900 (1), 1983 ca. 3.700 (2) in ganz Hamburg (überwiegend Frauen). Die Tendenz ist weiter steigend.

Hier wird jedoch nicht nach umweltbedingten Ursachen für die Behinderung gesucht, sondern nach dem Erbgut der Eltern, Familie und Verwandtschaft, sowie nach psychischen und sozialen „Ausfälligkeiten“. (s. a. AK Nr. 265 „Für die Abschaffung der Humangenetischen Beratungsstellen“).

Basierend auf dem Bild der Bedrohung und Belastung der „gesunden Familie“, wird der Krankheitsbegriff von Frau Stöckert (Leiterin der H.B. in Barmbek) erweitert, sodaß beispielsweise auch „ein ständiges Reden über den Tod, über den Krieg“ oder „unkorrigierbare und minutiös ausgedachte, dabei undurchführbare Weltverbesserungspläne“ dazugehören.

Die Anfänge ...

Dieser „Anzeige- und Behinderten-Verhinderungs-Kodex“ regte über 100 Jahre zurück. Schon Mitte des 19. Jh. tauchten erste Forderungen an die Presse auf, vor der Gefährdung des Heiratsungesund zu warnen. Damals waren TB- und Geistesranke gemeint. Die erste „Eugenische Beratungsstelle“ wurde 1911 in Dresden unter Ernst Haeckel (Mediziner und Zoologe) eingerichtet, der Darwins Selektionstheorie aus der Tierwelt auf die Menschen übertrug. Damals ging es um Forderungen nach Gesundheitsstatistiken, die den Papieren zur Heirat beizulegen seien, die jedoch im Reichstag noch keine Mehrheit fanden. Nach dem 1. Weltkrieg, als die Sorge um das Fortbestehen des Volkes wuchs, fand sich eine größere Basis für die Lehre der Rassenhygiene, doch nicht im gesamten Volk.

Ab 1920 wurden vor Erbkrankheiten warnende Merkblätter des Reichsgesundheitsamtes von allen Standesämtern verteilt, es gab Sippenheftaufzeichnungen an Ehekandidat/innen/nach der Familiengeschichte wurden von den Ärzten ergänzt. Wirtschaftliche Krise und restriktive Sozialpolitik waren u.a. Ursachen für soziale Resonanz der Eheberatungsstellen (3). Ziel war nicht nur die Nachschleifung, sondern auch die (Zwangs)Sterilisation zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Im Nationalsozialismus wurden dann diese bevölkerungspolitischen Ziele konsequent umgesetzt mit dem Ziel der leistungsfähigen, gesunden Bevölkerung. Gründe waren neben „medizinischen Auffälligkeiten“ auch soziale Unangepasstheit (= „moralischer Schwachsinn“). Kriterien für die Zwangssterilisation waren u.a.: „Vater lungenkrank, trunksüchtig; Wohnung und Kinder verwaist, Arthur ... unehelich, Hiltaschule; Kommunistische Flugblätter, usw.“ (4) Entsprechend viele Menschen wurden während des Faschismus zwangssterilisiert, ermordet, kamen in KZs.

Nach '45 ...

... wurden die Ziele der Eugeniker nicht mehr so offen verfolgt, doch eine Kontinuität besteht. Leute wie Verscher (näheres siehe Kasten „Karriere“) arbeiten weiter mit ihren „wissenschaftlichen Ergebnissen“ aus KZs und Anstalten. Die Zwangssterilisierten bekamen keine Entschädigung, da sie als „Nichtverfolgte“ des NS-Regimes eingestuft wurden. Gutachten wurden im nachhinein als medizinisch gerechtfertigt eingestuft.

War die Zahl der Ratsuchenden bzw. überwiesenen Personen auch gering, so machten die humangenetischen Institute weiterhin ihre Untersuchungen auf Erbschäden. Die genetischen Forschungen wurden weiterentwickelt. Seit 1956 ist es möglich, menschliche Chromosomen zu untersuchen.

1969 trafen sich führende Humangenetiker in Marburg zu einem Symposium über „Genetik und Gesellschaft“. Dort einigten sie sich, die Öffentlichkeit über Chancen der genetischen Beratung zu informieren. Nachdem in verschiedenen Großstädten wie Hamburg (Barmbek) schon humangenetische Institute entstanden waren, wurde 1972 in Marburg die erste allgemein zugängliche Beratungsstelle eingerichtet. Als besonderer Anreiz wurde in den ersten drei Jahren kostenlos beraten (finanziert über das Bundesgesundheitsministerium sowie die VW-Stiftung). Während dieser Zeit ließen sich 2.173 Familien beraten, bis 1977 3.500 (5). Außerdem wurden auf Fortbildungsveranstaltungen für Ärzte die Erblichkeit von Krankheiten gelehrt, so daß diese z.T. selbst ihre Patient/innen beraten.

Seit 1.4.74 wurden die Kosten für genetische Beratung von den Krankenkassen übernommen. 1977 gab es in der BRD bereits 41 humangenetische Institute bzw. Beratungsstellen.

Soweit ein grober geschichtlicher Abriss.

Humangenetische Ziele

Neben den Zielen der „Volksgesundheit“ geht es den Befürwortern der Humangenetik ebenso um das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Dazu Prof. Tunte vom genetischen Institut in Münster: „In unserer Zeit sind solche Kosten-Nutzen-Analysen auch für die Bundesrepublik erstellt worden. Sämtliche Berechnungen haben gezeigt, daß je nach zugrundegelegten Voraussetzungen der Nutzen den Aufwand um ein Mehrfaches überwiegt. Wurden z.B. in der Bundesrepublik alle Schwangerschaften von Frauen ab 40 Jahren untersucht, so wären 11.000 pränatale Diagnosen erforderlich. Hierfür würden Kosten in Höhe von 28.000 DM pro Schwangerschaft mit chromosomengeschädigter Frucht entstehen. Demgegenüber würden die durchschnittlichen Kosten für die lebenslange Betreuung

eines ausgetragenen Kindes etwa 200.000 DM betragen, was einer Kosten-Nutzen-Relation von 1:7 entspricht.“ (6) Plädoyer für die (Zwangs)Regeluntersuchung?

Die makabre, menschenfeindliche Sichtweise (in alter Tradition) beinhaltet einen weiteren Schritt zur Kontrolle der „Spezialisten“ über unsere Körper. Es sei auch daran erinnert, daß eine Gefahr der Behinderung durch „pränatale Diagnosen“ wie Fruchtwasseruntersuchung besteht (siehe AK 263 „Für das Recht auf ...“).

Die Einsparnisse durch Beratungstätigkeit im medizinischen, schulischen und Rehabilitationsbereich werden von Stachelberg für den Zeitraum von 1972-77 in Marburg mit 7,3 Mio. DM angegeben. Die Kosten für genetische Beratung schätzt er auf 3,6 Mio. DM. Er kommt daher zu dem Ergebnis:

„Die Effektivität könnte durch eine Ausweitung der diagnostischen und beratenden Kapazität gesteigert werden. Wirtschaftliche Gründe sprechen (1) nicht gegen eine Ausweitung, da mit zusätzlich investierten Geldeinheiten spürbare Einsparungen in den Bereichen Therapie, Rehabilitation und Pflege Behinderter sowie Volkswirtschaftswachstum erzielt werden.“ (7)

So deutlich in diesem Zitat eine Zielsetzung geäußert wird, werden die Ziele ebenso pseudo-humanistisch verpackt propagiert. Behindert jeder Art stellen demnach nicht nur eine Belastung für den Geldbeutel des Staates (und Steuerzahlers) dar, sondern ebenso Last und Zerrüttung für die „gesunde Familie“. „Ein friedliches Familienleben sei mit diesem Kind einfach nicht möglich gewesen. Schließlich habe der Vater versucht, das Kind zu töten, womit er dann ja bestraft würde, sich selbst opfern und die ganze Familie vor dem unerträglichen Druck dieses Kindes befreien.“ (8)

Hier wird, wenn auch auf einer anderen Ebene, in die gleiche Richtung argumentiert: Abschaffung der Behinderten.

Wir plädieren ...

nach wie vor für das absolute Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Hinblick auf den § 218, sehen es entsprechend auch als eigene Entscheidung an, ob eine Fruchtwasseruntersuchung gemacht wird. Bedingung ist eine umfassende Aufklärung über Risiken, politische Tendenzen der Untersuchung sowie der Humangenetik insgesamt.

Aber wir sind für die Abschaffung der H.B.s, da die davon ausgehende Gefahr für die gesamte Gesellschaft zu groß ist, die Hoffnung auf umfassende Beratung durch die Ärzte und Forscher ist zu gering.

Al./B./C. Frauenzelle Elmsbüttel

Quellen:
(1) Materialien gegen Bevölkerungspolitik (ZfB) vgl. „Die WONTÄTER-Mafia“

Al./B./C. Frauenzelle Elmsbüttel

Quellen:
(1) Materialien gegen Bevölkerungspolitik (ZfB) vgl. „Die WONTÄTER-Mafia“

Literaturhinweise:
Gen-Technologie „Die neue soziale Waffe“ Friedrich Hansen, Regine Kollak „Die WONTÄTER-Mafia“ Jdo. Storch, Neill Rastka „Materialien gegen Bevölkerungspolitik“ Broschüre Frauen gegen Bevölkerungspolitik

Anmerkung der Redaktion:
Gegen den Abdruck dieses Artikels in der vorliegenden Form bestanden in der Redaktion mehrheitlich starke Bedenken. Unserem Eindruck nach gehen die Autorinnen auf die Positionen des Textes, den sie kritisieren, kaum ernsthaft ein. Stattdessen werden die Verfasser dieses Textes in die geistige und moralische Nähe des Nationalsozialismus und der organisierten Menschenvernichtung gerückt. Mit Sicherheit ist es in dieser Zeitung, anders als von den Autorinnen indirekt unterstellt, nie eine Streitfrage gewesen, ob man für die Abschaffung der Behinderten eintritt. Generell hatten wir für ärgerlich, daß die Autorinnen die wirklich praktischen Probleme, die sich für Frauen mit einem behinderten Kind ergeben, absolut nicht ernst zu nehmen vermögen, sondern die daraus resultierenden Sorgen nur als Projektionen reaktionärer Ideologie denunzieren. Und es ist sicher keine angemessene Antwort auf heute existierende Probleme, wenn den Frauen wieder einmal nur der Verweis auf eine (angstige) revolutionäre Perspektive Beherbergung der Behindertenfeindlichkeit, Erhaltung anderer Lebensverhältnisse (s. u.) angeboten wird.

'Ganzheitliche Medizin' im 'Sozialstaat BRD' — eine Buchbesprechung —

„Der Mensch muß in den Mittelpunkt einer antustrebenden Ganzheitsmedizin gerückt werden. Nach wichtiger (1) ist eine Gesundheitsvorsorge durch gezielte Aufklärung des einzelnen, der durch verbesserte Kenntnisse und durch konsequente Hilfe zur Selbsthilfe für seine Gesundheit verantwortlich werden kann.“

In diesen Zielvorstellungen des Grünen Bundesprogramms zur Gesundheitspolitik kommen bereits jene beiden Aspekte zum Ausdruck, die Renate Jäckle, Ärztin, Wissenschaftsjournalistin und Mitautorin von „Unter Umständen — Über den Umgang mit Medikamenten in der Schwangerschaft“, in ihrem Ende vergangenen Jahres erschienenen Buch „Gegen den Mythos — Ganzheitliche Medizin“ an-

lich der Grünen — sich in ihren konkreten Empfehlungen und Vorschlägen zur Gesund- und Lebenshaltung (mit der real existierenden Kranken und Invaliden wird meist nur am Rande eingegangen) paradoxerweise fast ausschließlich auf Hinweise zur individuellen „gesunden, natürlichen Ernährung“ und „genügenden körperlichen Betätigung“ beschränken und dann evak die nach den sogenannten „Risikofaktoren“ und Lebensmodellen „ausgewählten“ „Präventivmaßnahmen der etablierten „Apparatemedizin“ reproduzieren, erscheint nach den hervorgehenden Ausführungen nicht mehr allzu verwunderlich. Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit, ja sogar Umweltverschmutzung tauchen als Krankheitsur-



der nicht ganz so neuen Welle „alternativer“ Heilmethoden einer scharfen Kritik unterzieht. Den „Begriff“ „Ganzheitliche Medizin“ und die dazu geradewegs im Widerspruch stehende — und von den „Ganzheits“-Ideologen propagierte — Praxis der individuellen „Selbsthilfe“ für die Opfer des krankmachenden „Sozialstaats BRD“.

Sie zeigt auf, wie das ursprünglich die Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen einschließende Verständnis einer „ganzheitlichen Medizin“ im Werdegang der Gesundheitsbewegung einer zunehmenden Entpolitisierung erlag, die es heute den unterschiedlichsten Vertretern einer „ökologischen“, „natürlichen“, „gewaltfreien“ etc. Medizin erlaubt, unter diesem „Begriff“ ihr jeweiliges Steckpferd zu reiten. Dabei findet sich die Autorin „sehr schnell in einem verschwommenen, teils widersprüchlichen, teils mystisch-geheimnisvollen Durcheinander“ wieder, in dem sich — und spätestens hier sollte mensch aufhorchen — ungeniert und (fast) unwidersprochen Alt- und Neonazis samt ihren speziellen Vorstellungen von „Natur“ und „Natürlichkeit“ tummeln. z.B. „Naturarzt“ MO Bruker, Chefarzt des Krankenhauses Lahnhöhe und Unterstützer der „Bürgerinitiativen Ausländerstopp“, Beiratsmitglied der „Neue Anthropologie — Zeitschrift für Rassenforschung, Verhaltensforschung und Biosozialologie“, herausgegeben von der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ des Neonazi Jürgen Rieger, desgleichen „Naturheilkundler“ Karl Kölsch, der sich in den dreißig Jahren dieses Jahrhunderts u.a. für „natürliche (1) Ausmerze“ anstelle „einer bewußten Pflege und Aufzucht aller kranken und erbuntüchtigen“ einsetzte — heutzutage neudeutsch „trial and error“ (Gewaltfreie Medizin — die Medizin der Zukunft?).

Daß all die neuen „Ganzheits“-Ideologen — einschließ-

sachen bei „Alternativ“-Medizinem kaum mehr auf, stattdessen schwärmen ihre Verfechter von „Selbsthilfe“, „Selbstverantwortung“ und Subsidiarität, während der Staat in trauer Gemeinshaft mit konservativ-reaktionären Ärztenverbänden den Sozialabbau vorantreibt. Den z.T. offenen Zynismus, der in den Forderungen nach einem „harmonischen Verhältnis (des Menschen) zu seiner Umwelt“, nach „Flexibilität, ständiger Anpassung an Umwelt-Einflüsse und Umwelt-Herausforderungen“ sowie an die soziale Umgebung (1)“, nach Anerkennung der „Kreatürlichkeit“ des Menschen — auch in seinem Leiden, dem unaufhaltsamen Verfallsprozess des Körpers als Lebenssache“ steckt, verdeutlicht Renate Jäckle drastisch anhand einer Darstellung der Wirklichkeit des „Sozialstaats Bundesrepublik“, in dem nach Angaben des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes etwa zehn Millionen Menschen materiell „in schwierigen Verhältnissen“ leben.

Angesichts deutscher Geschichte, nicht zuletzt der der Medizin und der „naturheilkundlich-lebensreformistischen Volksbewegung“ (1), die integrale Bestandteile des NS-Verknüpfungssystems wurden, erscheint eine Feststellung wie „und vieles, was von uns vorgedacht wurde, wird jetzt eben offiziell von der LDU reflektiert. Es ist durchaus ein Erfolg.“ (1.11. Huber, Al-Gesundheitsrat in Westberlin), keineswegs der Anlaß zur Freude. „Wer eine andere, bessere Medizin für viele Menschen will, der muß versuchen — und das klingt in der BRD im Jahre 1985 verdammt altmodisch — die Gesellschaft zu verändern.“ Diesem Schlußwort können wir uns nur anschließen!

Ul. Göttingen
Renate Jäckle:
Gegen den Mythos — Ganzheitliche Medizin, Konkrete Literatur Verlag 1985, 18 DM

Fortsetzung von letzter Seite

„Blutiger Krieg unter Türken“

Für die bürgerlichen Medien war es ein gefundenes Fressen, Linke und dazu noch Türken als Mörderbanden zu denunzieren. Von einer „Blutspur“ war die Rede, die sich „quer durch Europa“ zieht. Eine gewalttätige Auseinandersetzung „rivalisierender türkischer Linksorganisationen“, die sich nach Kräften gegenseitig umbringen, wurde an die Wand gemalt, — nicht ohne scheinheilig die lieben „türkischen Mitbürger“ zu beruhigen, ihnen drohe keine Gefahr.

Munition erhielten die Sensationsberichte durch Innenminister Lange und Hintergrundmaterial vom „Verfassungsschutz“. Lange: „Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Organisationen werden von den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik nicht hingenommen. Das gilt für die Organisationen der Täter genauso wie für die Organisationen der Opfer.“ Der Hamburger Verfassungsschutz versorgte die Medien mit Erkenntnissen, u.a. auch über die politischen Differenzen in Devrimci İsci.

„Isoliert die PKK!“

Die Gruppe Hamburg Devrimci İsci, in der Kürsat aktiv war, hielt zwei Tage nach dem Attentat mit Unterstützung der GAL eine Pressekonferenz zu den Hintergründen des Attentats ab. In der vorgelegten Erklärung heißt es: „Für uns ist es ganz klar, daß dieses Attentat nur von einer politischen Organisation namens PKK (das bedeutet ‚Arbeiterpartei Kurdistans‘) initiiert worden sein kann. Vor ca. einem Monat erklärten PKK-Anhänger, daß sie die Liquidierung von ‚Verrätern‘ auch dann begründen würden, wenn sie von Seiten des türkischen Geheimdienstes erfolgen sollte. Die PKK ist für dieses Attentat in jedem Fall verantwortlich, selbst wenn — was unwahrscheinlich ist — jemand anders, z.B. der MIT, die von der PKK geschaffene Situation ausgenutzt hat, ihrer ‚Einladung‘ Folge geleistet haben sollte“.

Auf der Pressekonferenz wurde berichtet, daß seit 1983 über die Mordhandlung und Bedrohung von Dissidenten in der PKK Informationen vorliegen und die Weigerung der PKK, diese Praktiken einzustellen, der eigentliche Grund für das damalige Zerwürfnis mit der PKK gewesen sei. Weiter wurde berichtet, daß der im November in Stockholm ermordete Celik Güngör, das ehemalige PKK-ZK-Mitglied „Semir“ kurz vor seinem Tod führende Genossen von Devrimci İsci persönlich gewarnt hat.

Neben dem Versuch, die Hintergründe für die Verantwortung der PKK an dem Attentat auf Kürsat Timuroglu darzustellen, berichteten Freunde und Kollegen über seine Arbeit in Häusern der Jugend, im Türkisch-kurdischen Solidaritätsverein und im Deutsch-Ausländischen Kulturladen und zeichneten ein Bild vom Leben des Opfers.

In den folgenden Tagen riß die Diskussion um die Haftung zu dem Attentat nicht ab. In einer von über 50 Initiativen, türkischen, kurdischen Organisationen, u.a. von KB, SB, GAL und Grünen unterschriebene Erklärung heißt es: „Wir fordern die Mitglieder und Anhänger der PKK auf, sich eindeutig zu den Vorwürfen und Verdächtigungen zu verhalten und endlich Schritt zu machen mit einer Politik der Liquidierung fortschrittlicher Menschen. Dabei reicht es nicht aus, wenn kurdische Vereine und Komitees, die mit der PKK sympathisieren und eng zusammenarbeiten, erklären, sie hätten damit nichts zu tun. Alle Mitglieder, Sympathisanten und Anhänger der PKK müssen sich darüber im Klaren sein, daß ihre Haltung den Boden bildet für weitere Mordanschläge.“

Die PKK sieht 'dunkle Kräfte' am Werk

Auf eine Stellungnahme vonseiten der PKK und ihrer Hamburger Sympathisanten wartete Mensch vorerst vergebens. Allerlei Berichte über Reaktionen aus PKK-Kreisen auf den Mord an Kürsat machten die Runde. Offensichtliche Betroffenheit und Trauer wurden ebenso beobachtet wie Genugtuung, ja sogar Rechtfertigung des



2 500 Menschen folgten dem Aufruf zum Trauerzug für Kürsat Timuroglu in Hamburg. An der Spitze Angehörige und enge Freunde.

Mordes bei PKK-Anhängern. Sicherlich spielt bei den Reaktionen eine Rolle, daß Kürsat über Hamburg hinaus als jemand bekannt war, der sich auch in zahlreichen Bundesversuchen unter kurdischen und türkischen Gruppen in der BRD um Einheit bemüht hatte.

Nach knapp einer Woche gab der Arbeitskreis aus Kurdistan e.V. eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt: „Wie wir aus verschiedenen Presseveröffentlichungen erfahren haben, gab es einen Mordfall, von dem uns unbekannt ist, wer ihn aus was für Gründen begangen hat.“ Im weiteren wird ausgeführt, daß der Arbeitskreis aus Kurdistan zwar als Mitglied der FEY-KA - Kurdistan (Konföderation der Arbeitervereine Kurdistans) „die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) unterstützt und sich mit ihr solidarisiert“, sich aber nicht als „politische Parteiorganisation“ versteht.

Von „Sympathisanten der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)“ in Hamburg wird seit dem 7. März eine Erklärung verbreitet. In der es heißt: „Die mit der Ermordung Kürsat Timuroglus in Hamburg begangenen und gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans gerichteten Provokationen und Angriffe von seiten dunkler Kräfte haben das ebenso niederträchtige Ziel, Vorurteile gegen die PKK zu schaffen und sie damit in die Isolierung zu treiben.“ Devrimci İsci, der GAL und der taz wird vorgeworfen, seit Monaten falsche Beschuldigungen gegen die PKK zu erheben, so z.B. daß das Leben von Devrimci İsci-Anhängern gefährdet sei. „Mit dieser Behauptung haben sie von vornherein versucht, unsere Partei in diese Angelegenheit hineinzuziehen. Mit der Verbreitung des Gerüchts von ‚Todeslisten‘ haben sie aber selber die politische Basis geschaffen, auf der die Er-

mordung der oben genannten Person von Devrimci İsci erfolgt ist. Die Verantwortung für diesen Mord tragen diejenigen selber, die diese Situation geschaffen haben“, heißt es in der Erklärung. Das „Dreiergipfchen“ aus Devrimci İsci Hamburg, GAL und TAZ teilt, so der deutsche Text der Erklärung, die Verantwortung, daß unserer Partei ohne den geringsten Beweis die Schuld für die Ermordung Kürsat Timuroglus zugeschoben wird.“ Devrimci İsci Hamburg, GAL und TAZ wollen damit den „nationalen Befreiungskampf Kurdistans“ belohnen. An die Adresse des „Führungssterns von Devrimci İsci“ gerichtet. „Für einen Fall, in dem ihr die wahren Verantwortlichen seid, könnt ihr unserer Partei nicht die Verantwortung zuschieben und die Wahrheit verdrehen“ und „Mit eurem Verrat tragt ihr die Verantwortung für die Bedrohung der kurdischen Patrioten und müßt wissen, daß ihr euch gegenüber unserem Volk schuldig macht.“

Von „Verleumdungskampagne“ ist die Rede, mit der „ohne den geringsten Beweis“ Beschuldigungen gegen die PKK erhoben werden. Kein Wort von den vorhergegangenen Morden an PKK-Dissidenten, die von der PKK offensichtlich bejubelt worden sind, kein Wort zu der parallel laufenden Hez-kampagne in der Zeitung der Partei. Stattdessen stellt die Erklärung wieder einmal die PKK als von allen Seiten angegriffen hin: „Türke, Kolonialisten und ihre ‚links‘ maskierten Lakaien“, die „gemeinsam und systematisch eine demagogische Verleumdungs- und Lügenkampagne“ angesichts der von der PKK für 1986 angekündigten „Offensive in Kurdistan“ verschärften.

Solange der Mörder Kürsat Timuroglus frei herumläuft und seine möglichen Hintermänner nicht bekannt sind, ist der Verdacht gegenüber der PKK zwar wohl begründet, andere Täter sind jedoch letztlich nicht auszuschließen. Wer die Rechtfertigungen der PKK für die Morde an Abtrünnigen und ihre Drohungen gegen „Verräter“ außerhalb der Partei studiert, kann ein solches Papier, das „dunkle Kräfte“ und womöglich die Gruppe aus der der Ermordete stammt selbst verantwortlich macht, nur als infame Ablenkung betrachten.

Hamburg

Die Politik der PKK: Einer gegen alle — eine Sekte treibt ihr Unwesen

Die Kurdische Arbeiterpartei, PKK, versteht sich heute als die unbeschnittene Avantgarde des kurdischen Volkes in einem nationalen Befreiungskampf. Sie beruft sich auf klassische Vorbilder der Volkskriegsstrategie (wie sie von ihr begriffen wird): bewaffnete Propagandaaktionen, Aufbau einer Guerillabewegung, die in einen Volkskrieg münden sollen. Sich selbst sieht die PKK als die revolutionäre Führung des kurdischen Proletariats im Kampf um die Befreiung vom türkischen Kolonialfaschismus für ein freies und unabhängiges Kurdistan.

Ihren Führer, Abdullah Öcalan (Apo), stellt die PKK in die Tradition von Lenin, Castro und Ho Chi Minh, was andeuten soll, welche historischen Vorbilder und Maßstäbe sich diese Organisation gesetzt hat. Nach dem Motto: „Jeder hat einmal klein angefangen“ wieshi die PKK mit dem historischen Vorbild vom Tisch, daß sie als selbsternannte Führer des kur-

dischen Befreiungskampfes nach nur wenigen Jahren ihrer Existenz zum Volksaufstand ruft. Nach der Parteigründung 1978/79 verbrachte die Mehrheit ihrer Mitglieder die folgenden Jahre im Gefängnis oder im vorübergehenden Exil, bis 1984 mit einer Handvoll Kämpfern in Türkisch-Kurdistan der Guerillakrieg erklärt wurde.

Wenn im Folgenden versucht wird, aus Selbstdarstellungen die Entwicklung der Partei vorzustellen, geschieht das nicht, um unliebsame Erinnerungen an einen ja auch hierzulande einmal weltverbreiteten ML-Stil zu wecken. Es sind nicht nur Stilfragen, die es so mühsam machen, sich durch die (deutschsprachigen) Publikationen der PKK zu arbeiten. Die PKK hat sich aus der ML-Sektierer-Ecke zu einer nicht ungefährlichen Sekte entwickelt, die nach dem Scheitern ihrer Kämpfer in Kurdistan nun in Europa gegen „Verräter“ zu Felde zieht.

Ergebnis einer Massenbewegung in der Türkei, die seit Mitte der 70er Jahre aus einer breiten antimperialistischen Studentenbewegung zur Bildung einer Vielzahl linker Organisationen geführt hat, die z.T. beachtlichen Zulauf aus allen Teilen der Bevölkerung hatten und erstmals den traditionellen Arbeiterpartei Konkurrenz machten. In dieser Bewegung waren vor allem Vorstellungen verbreitet, die die Türkei in einem antimperialistischen Befreiungskampf sehen, der nach dem Vorbild nationaler Befreiungsbewegungen als langandauernder Volkskrieg geführt werden sollte. Der bewaffnete Kampf spielte eine zentrale Rolle in den politischen Programmen der linken Organisationen. Praktisch entwickelte sich der Kampf hauptsächlich als Widerstandsbewegung gegen Überfälle und Massaker der Graupen Wölfe.

Der Militärputsch vom 12. September 1980 machte dieser Entwicklung ein rasches Ende. Die Linke wurde zerschlagen, ihre Anhänger verfolgt, gefoltert und in Gefängnisse gesteckt, eine Flüchtlingswelle setzte ein, mit der Teile der linken politischen Aktiven hauptsächlich in Europa versuchten, sich in Sicherheit zu bringen.

Die PKK spricht in diesem Zusammenhang von „einer Phase des Rückzugs“. Für die Linke, die gegenüber dem Putsch unvorbereitet war, bedeutete diese Phase gleichzeitig die Aufrufung der Kräfte, die Vorbereitung und auf dieser Grundlage die erneute Rückkehr in die Heimat.“ (KR 33, August 85) Den Beschluß, sich auf eine Rückkehr und die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan vorzubereiten, datiert die PKK auf den 2. Kongreß der Partei, der im August 1982 stattfand. In einer „Botschaft des Zentralkomitees“ an die „revolutionär-demokratische Öffentlichkeit Kurdistans und der Welt“ heißt es: „Die vor uns liegende Etappe wird dadurch bestimmt sein, daß einerseits unsere Partei sich in allen Bereichen organisiert und den nationalen Befreiungskampf zum Volkskrieg höher ent-

wickelt, und andererseits der Feind Unterdrückung und Grausamkeit steigert. Unser Volk wird in der neuen Etappe, in die es jetzt eintritt, in einem großartigen Kampf unter Führung der Partei zum vernichtenden Schlag gegen den Feind ausziehen und rasch auf dem Weg zum Sieg voranschreiten.“ (KR 2, Febr. 83)

Bis zum ersten Losschlagen kleiner bewaffneter Einheiten konzentrierte sich der Widerstand der PKK auf die Mißtagelängnisse in Türkisch-Kurdistan, in denen Tausende unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft eingekerkert und in Massenprozessen abgeurteilt wurden. Verschiedene Hungerstreiks der politischen Gefangenen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen sollten dokumentieren, daß der Widerstandsgestir der PKK-Militanten ungebrochen sei. Gleichzeitig traf die PKK direkte Vorbereitungen auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Türkisch-Kurdistan, und im Spätsommer 1984 war es dann so weit: Mit Aktionen einer Handvoll bewaffneter Kommandos gegen Militärsationen in Türkisch-Kurdistan trat die Befreiungseinheit Kurdistans, HKK, am 15. August 1984 auf den Plan. Die militärischen Aktionen der folgenden Monate beschreibt die HKK in einer „Bilanz des einjährigen Krieges in Nord-West Kurdistan“ Angriff e auf Polizeieinrichtungen, Militär- und Gendarmenposten, Aufhängen von Transparenten, die mit Bomben gesichert waren, Zerstörung von Atatürk-Denkmalen, Verbrennen türkischer Fahnen und zahlreiche „Bestrafungsaktionen“ gegen „Spitzel, Agenten und Denunzianten“.

Im März 1985 sah die PKK die Zeit gekommen, die Gründung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, ERNK, in Europa auf Pressekonferenzen und Flugblättern vorzustellen. Abdullah Öcalan berechnete die Gründung der ERNK als „historischen Beschluß unseres Volkes zum Widerstand“ in dem „die PKK-Führung die

Garantie des Sieges“ darstellte. (KR-Extra 3, April 85)

Krieg in Kurdistan?

Die ersten Überraschungsangriffe der PKK-Truppe im August/September 1984 auf Armee- und Gendarmenposten, u.a. auch auf einen Begleitkonvoi Kenan Evrens, durchbrachen den Mythos von der Unangreifbarkeit der türkischen Armee, von der 2/3 in Türkisch-Kurdistan stationiert sind und die nach den Angriffen der HKK weitere Verstärkung erhielt. Ob dieser Propagandaaufschlag der ersten Angriffe tatsächlich als Auftakt zu einem Volkskrieg verstanden werden kann, ist mehr als zweifelhaft.

Im Unterschied zur kurdischen Bewegung im Iran und Irak konnte sich in Türkisch-Kurdistan seit Jahrzehnten keine bewaffnete Befreiungsbewegung etablieren. Nachdem Aufstände der Kurden in den 20er und 30er Jahren in Türkisch-Kurdistan gegen den Verrat Kemal Atatürks und den Versuch, die Existenz der Kurden zu leugnen, blutig niedergeschlagen waren, konnten erst in den 70er Jahren überhaupt wieder Ansätze einer kurdischen Massenbewegung in der Türkei beobachtet werden. Erst in den 70er Jahren wandten sich kurdische fortwährende Intellektuelle wieder der sogenannten kurdenfrage zu und bekräftigten den auch in der linken vorherrschenden türkischen Chauvinismus. Bis zur Verhängung des Kriegsrechts und dem Militärputsch gelang es keiner Kraft in Türkisch-Kurdistan, das Nationalgefühl der Kurden in einer nationalen Befreiungsbewegung zusammenzufassen. Diesen Tatsachen wird auch in den Analysen der PKK nicht widersprochen. „Die heutige Situation, in der sich das Volk von Kurdistan befindet, ist weit entfernt von dem Entwicklungsweg der nationalen gesellschaftlichen Interessen. Jegliche

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zerstörerische Unterdrückung und Ausbeutung des Feindes wurde noch bis vor kurzem, als ob es ein normales Leben wäre, mit einer Totenstille aufgenommen. (...) Zweifellos hat unser Volk diese Bedingungen nicht von sich aus akzeptiert. Im Gegenteil, es hat mit zahllosen Widerständen dagegen gemutet. Aber aus verschiedenen Gründen wurden die gesamten Aufstände erbarmungslos niedergeschlagen. Nach jedem erneuten Widerstandsschritt haben diese nichts anderes ergeben als die Vertiefung der Haltung der Verkommenheit und Rückständigkeit. Die letzten Aufstände im Beginn des 20. Jahrhunderts wurden auf eine Art und Weise niedergeschlagen, und es wurde in unserem Volk ein demütigendes Gefühl erweckt, daß man bis hin zu dem Urteil gelangte, es sei besser, es mit dem Feind nicht aufzunehmen. Man begann, die Niederlage, die Isolierung von der nationalen Identität, jegliche Art der gesellschaftlichen Rückständigkeit und die tollwütigste Art der Ausbeutung, wie ein Schicksal anzuerkennen. So lautete die Zustandsbeschreibung A. Ocaltans für die Zeit der ERNK-Gründung (KR Extra 3, April 85).

Die Verbindung dieser Lagebeschreibung mit der im selben Atemzug propagierten „historischen Wende“ hin zum Volkskrieg stellt die PKK über die eigene Existenz her. In maßloser Selbstüberschätzung wird allein die Existenz der PKK zum Garant für den Sieg. Die Proklamation der ERNK bezeichnet die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“, die PKK, als Ausdruck der Politik der nationalen Befreiung auf „höchster Ebene“ als „ein historisches Ereignis und ein historischer Wendepunkt“ (21. März 85). Gemäß dieser Logik gab und gibt es für die PKK nur ein ständiges Vorrücken auf dem Weg zum Sieg, auf dem tatsächlich vorhandene Schwierig-

keiten relativiert werden. Auch aus den Parteipublikationen geht hervor, daß die „Kader“ und „Partisanen“ nicht nur auf Zustimmung unter der Bevölkerung stoßen, militärisch schwach sind und in der Verfolgung der Parteilinie auf objektive Bedingungen stoßen, die einer Volkserhebung entgegenstehen. Wo es nicht ausreicht, dafür den „Terror der kolonial-faschistischen Junta“ verantwortlich zu machen, greift die PKK zu Schuldzuweisungen gegen „Verräter“ in und außerhalb der Partei und in der türkischen und kurdischen Linken. Die Berichte von den militärischen Aktionen von HRK und ERNK sind voll von „Bestrafungsaktionen“ gegen „Spitzel“, „Denunzianten“, „Agenten“ und „Verräter“ in Kurdistan. Es ist nicht übertrieben anzunehmen, daß in der Zeit seit dem 15. August 1984 mindestens ebenso viele Kurden durch derartige Strafverfahren getötet wurden wie Angehörige der türkischen Armee (den Interessierten sei ein entsprechendes Studium der in den diversen Kurdistan-Reports veröffentlichten Daten anempfohlen). Bei der Kritik dieser Haltung der PKK geht es nicht darum, zu leugnen, daß das türkische Regime in Kurdistan Spitzel einsetzt. Denunziantentum und Kollaboration mit der türkischen Macht sind ein Ergebnis der auch von der PKK verinnerlichten Selbstverleugnung der kurdischen Identität, die Ergebnis der tief verwurzelten Erfahrung der Niederlagen der Vergangenheit ist. Eine gewaltsame „Lösung“ dieses Problems kann die schon in der Geschichte der jüngsten türkischen Vergangenheit verhängnisvolle Orientierung an dem jeweils Mächtigsten produzieren. Ob jemand vor dem Gewerkschaftsleiter türkischen Soldaten steht oder vor einem PKK-Kämpfer, das macht dann letztlich nur einen unwesentlichen Unterschied.

Türkisch-Kurdistan ist ein für die NATO und die USA strategisch äußerst wichtiges Gebiet. Hier geht es der türkischen Armee nicht nur um eine Sicherung des anatolischen Staatsgebietes sondern vielmehr um die Erhaltung eines Aufmarschgebietes gegen den Nahen Osten und die UdSSR. Jeder Ansatz von bewaffnetem Widerstand in Türkisch-Kurdistan muß sich der Tatsache bewußt sein, daß er es mit einem Gegner zu tun hat, der bereit ist, für die Interessen der „westlichen Welt“ jeden Ansatz von Widerstand und Volksbewegung im Keim zu ersticken. In diesem Sinne ist tatsächlich Krieg in Kurdistan. Ein Krieg, der als Besetzung durch die türkische Armee, mit ständigen Schikanen, Verhaftungen und Folterungen gegenüber der Bevölkerung geführt wird, und ein psychologischer Krieg, der als Kampf um die Köpfe im Sinne einer Türkifizierung geführt wird.

Es ist äußerst gefährlich, wenn die PKK den Eindruck erweckt, die Aktionen des 15. August hätten eine

„Schockwirkung“ auf der Gegenseite ausgelöst und sogar von „Panik“ in der türkischen Armee spricht. (KR 12, Juni 85, KR 11, Febr. 85)

Die PKK als einzige kämpferische Kraft und die „liquidatorische Linke“

Immer wieder äußert sich die PKK überrascht über die einhellige Kritik aus den Reihen der anderen linken kurdischen und türkischen Organisationen an am 15. August 1984 eingeleitetem Kurs. Diese Kritik, die z.T. als scharfe Verurteilung des „terroristischen Methoden“ und „Provokationen“ der PKK geäußert wurde, hält der PKK vor, mit den Aktionen der HRK/ERNK Vorwände für ein militärisches Eingreifen der türkischen Armee, das schon länger von der Junta geplant war, geliefert zu haben. Die PKK stand seit ihrer Gründung in der türkischen und kurdischen Linken in dem Ruf, mehr oder weniger ein Haufen von Banditen zu sein. Nach einer selbstkritischen Betrachtung der Politik der Partei vor dem Putsch, die nach einer Parteikonferenz im Sommer 1981 veröffentlicht wurde, hatte es eine kurze Phase der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen türkischen und kurdischen Organisationen mit der PKK gegeben (vgl. auch nebenstehenden Artikel über das antifaschistische Bündnis). Die politische Entwicklung der PKK in den Jahren 1982/83 und schließlich der mit dem 15. August 1984 eingeleitete Kurs führte aufseiten anderer kurdischer und türkischer Linker zum Wiederaufleben der alten ablehnenden Haltung. Versärfend kam hinzu, daß, ausgelöst durch die vernichtende Niederlage der türkischen Linken nach dem Militärputsch die

Debatte um Widerstandsperspektiven in Gang gekommen war, und hierbei auch das Verständnis des bewaffneten Kampfes aus der Zeit vor dem Putsch kritisiert wurde.

Der Putsch vom 12. September 1980 hat in den Reihen der organisierten Linken und unter allen Beteiligten der Bewegung tiefe Auswirkungen gehabt. Die Erstückung des politischen Lebens, die Verfolgung, Folterung und Einkerkung von zehntausenden Gewerkschaftlern, Schülern, Studenten und Militanten führten auch zu Resignation, Orientierungslosigkeit und zum Abschwören von den vorherigen Positionen.

Der angesichts der vollständigen Zerschlagung der linken Organisationen in der Türkei begonnene Diskussionsprozeß um Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven hält bis heute an. Unter den Bedingungen der andauernden Unterdrückung jedes Neuanlasses linker Organisation im Land reicht das Spektrum der vorhandenen Positionen von der Befürchtung der Richtigkeit der alten Strategien bis zu einer Öffnung gegenüber Einflüssen der westeuropäischen neuen sozialen Bewegungen. In der Diskussion spielt eine Rolle, daß türkische Militante nach Europa flohen und sich hier zumindest teilweise den neuen politischen Bewegungen und Strömungen stellten.

Die PKK behauptet von sich, die einzige linke Organisation aus der Türkei zu sein, die ungebrochen aus einer Phase des Rückzuges nach dem Putsch nun wieder in die Offensive gegangen ist, und wirft sämtlichen anderen linken Organisationen vor, auf einen Kollaborationskurs mit der faschistischen Junta eingeschwenkt zu sein. Sie beschreibt den Entwicklungsprozeß aller anderen kurdischen und türkischen revolutionären Linken als Annäherungsprozeß an die Sozialdemokratie

und als Verrat: „Die Phase des Rückzugs ins Ausland, die bei der Erhebung oder dem Zusammenbruch einer Bewegung eine sehr wichtige Rolle spielt, konzentrierte sich auf die Zentren Europas. Europa, das durch eigene Direktive die Junta an die Macht brachte, machte diesen Kräften Tür und Tor auf. (...) Die durch die harten Schläge der Junta nicht erledigten bezweckte man in Europa zu erledigen. (...) Das Spiel wurde zweiseitig auf die Bühne gebracht. Während die Junta die eine Seite des Spiels mit Grundgesetzreferendum, mit Wahlgesetzen und danach Parteien und Wahlen inszenierte, versuchte man, die linken Kräfte sowohl in den Gefängnissen als auch im Ausland zur Kapitulation zu zwingen.“ Diese Einschätzung des Jahres 1984 münzte die PKK speziell auf Devrimci Isci, die in der Krise steckte und griff dabei im Einzelnen „Organisationslosigkeit, Chaos, Einschüchterung, Reformismus, Kapitulation und Feindseligkeit gegenüber dem Marxismus“ an (KR 9, August 84). Im Sommer 1985 stellte die PKK rückblickend die Behauptung auf, nur sie hätte den Volkswiderstand organisiert, während „ein wichtiger Teil der Linken sich im Ausland von der Revolution entfernte, sich in Degeneration und Verfall der Liquidation zuwandte“ (KR 12, Juni 85).

Von der „Kapitulation“ zum „Verrat“

Mit der Eröffnung der bewaffneten Aktionen in Türkisch-Kurdistan, der harten Gegenschläge der türkischen Armee und der Isolierung in der kurdischen und türkischen Linken spitzte sich die Haltung der PKK dahingehend zu, die eigene Organisation im Zentrum eines Komplotts von faschisti-

schen Angriffen, Verrat in den eigenen Reihen und Liquidationsabsichten anderer Linker zu sehen. Ein Komplott zwischen den „Verrätern“ in den eigenen Reihen und der „liquidatorischen Linke“ wurde aufgedeckt, dessen Verbindungen über die europäische Sozialdemokratie bis hin zu den türkischen Junta-Generälen gezogen wurden.

Der „Verrat“ in den eigenen Reihen wurde zuerst bei geständigen Parteimitgliedern in den Gefängnissen ausgemacht, dann sofort auf diejenigen im ZK der Partei ausgedehnt, die sich kritisch gegen den eingeschlagenen Kurs des bewaffneten Kampfes stellten und dabei auch die innerparteilichen Strukturen angriffen. Für die PKK ist klar, daß diese „Bande von Provokateuren und Verrätern“ zum Zeitpunkt des Rückkehrbeschlusses antrat „den historischen Schritt der Partei zu verhindern und sie zu vernichten“ (KR 13, August 85). Die Rechtfertigung ihrer Ermordung als „Bestrafung“ folgte auf dem Fuße.

Den anderen kurdischen und türkischen Linken, die Kritik an der PKK übten, wirft die Partei „Reformismus“, „Sozialdemokratismus“ und „Kapitulantentum“ vor. Aus der Logik eines allumfassenden Angriffs auf die PKK wird aus dem Vorwurf der Liquidationsabsichten anderer Linker ihre Gleichsetzung mit den Herrschenden: „Die Linie der Liquidation gegenüber dem revolutionären Widerstand des 15. August unterscheidet sich nicht von dem Vorgehen der faschistischen Administration“ (KR 12, Juni 85).

Die Verbindung der aus unterschiedlichen Richtungen erfolgenden Angriffe auf die PKK zu einem „zentral gesteuerten Komplott“ zieht die PKK sinngemäß aus Folgendem: Die PKK ist die revolutionäre Vorhut des kurdischen Proletariats. Als solche ist sie die Hauptgefahr für die faschistische Junta, die verzweifelt versucht, sich dem Ansturm der kurdischen Revolution zu widersetzen. Unterstützt wird die Junta durch Verräter in der Partei, die von innen heraus versuchen, die Partei zu zerstören und nach ihrem Scheitern im Bündnis mit der schon im Ausland durch die Pöppelung der europäischen Sozialdemokratie im Reformismus versunkenen Restlinken aus der Türkei die Partei von außen anzugreifen. Das für die Sozialdemokratie ebenfalls die PKK der Hauptfeind ist, ergibt sich aus ihrem Interesse an einer reformistischen Ablösung der türkischen Junta. So kehrt sich die reale Isolation der PKK in ein Wahnbild, daß sie mit dem Rücken an der Wand im Kampf gegen den Rest der Welt stehe. Unter den Bedingungen einer als „Volkskrieg“ bestimmten Etappe bildet dieses paranoide Vorstellungsgebäude ein gefährliches Potential.

Für Mißerfolge in der Politik der Organisation werden Verantwortliche gesucht und gefunden. Man könnte es als extrem sektiererische Position mit starkem Verfolgungswahn abtun, wenn nicht mit diesem Weltbild Morde verübt und gerechtfertigt würden, und aufgrund der objektiven Bedingungen, unter denen die PKK heute steht, weitere Morde drohen.

Die PKK im Nahen Osten

Seit den 20er Jahren ist Kurdistan zerstückelt. Heute leben Kurden in der UdSSR, in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien. Starke kurdische Befreiungsbewegungen gibt es in den verfeindeten Golfstaaten Iran und Irak, wo es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder zu Aufständen und zur Erkämpfung autonomer Gebiete gekommen ist. Hierbei haben sich die jeweiligen kurdischen Organisationen und Parteien nicht davor gescheut, verschiedene taktische Bündnisse mit dem jeweils anderen Regime einzugehen und die Widersprüche zwischen den Ländern zu nutzen, um Vorteile für die eigenen Gebiete zu erlangen. Ein gemeinsames Bündnis der bedeutenden kurdischen Kräfte über die existierenden Staatsgrenzen hinweg ist in der Vergangenheit immer wieder gescheitert.

Die PKK konnte sich zu Beginn ihrer bewaffneten Aktionen auf die irakische Kurdische Demokratische Partei, IKDP, Barzanis stützen, in deren nordirakischem Einflußbereich die PKK ein Rückzugsgebiet fand. Die IKDP entzog der PKK im Sommer 1985 die Unterstützung. Dem vorausgegangen waren mehrere (auch bewaffnete) Konflikte zwischen der PKK und der irakisch-kommunistischen Partei, IKP, die dazu führten, daß die IKDP der Aufforderung der in der CUD zusammengeschlossenen irakischen Kurdenorganisationen Folge leistete, die Unterstützung der PKK aufzugeben. Ver-

Zusammenarbeit und Auseinandersetzung der türkisch-kurdischen Linken nach dem Putsch

Die türkisch-kurdische Linke, genauer die neue Linke ist in ihrer Entstehungsphase vergleichbar mit der neuen Linken in den westeuropäischen Ländern. Aus den studentischen Kämpfen Anfang der 70er Jahre war eine Vielzahl von ML-Organisationen hervorgegangen. Auch die ideologische Aufteilung ist analog der in Westeuropa. Ein Unterschied liegt sicherlich darin, daß — bei allem ebenfalls betriebenen Sektierertum — es der türkisch-kurdischen Linken tatsächlich in begrenztem Umfang gelang, Masseneinfluß zu gewinnen. Ein weiterer Unterschied war, daß sich diese Linke schon in der Phase der 70er Jahre Angriffen von Seiten der Faschisten ausgesetzt sah, die Auseinandersetzungen liefen oft bewaffnet ab. Und ein weiterer Unterschied liegt noch darin, daß die Schärfe der ideologischen Differenzen teilweise dazu führte, daß sich linke Gruppierungen auch untereinander bewaffnet bekämpften.

Der Militärputsch von 1980 brachte eine barbarische Diktatur gegenüber der Linken. Zehntausende wanderten in die Känste, hunderte wurden bei der Fahung ermordet. Man muß davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Organisationen weitgehend zerschlagen worden sind — auch wenn in den ersten Wochen und Monaten nach dem Putsch allgemein optimistische Parolen verbreitet wurden.

Dies ist der Hintergrund für die Bemühungen von „Devrimci Yol“, Gespräche zwischen den Organisationen zur Zusammenarbeit herbeizuführen. „Devrimci Yol“ („Revolutionärer Weg“, eine linkssozialistische Gruppierung) war Ende 1981 zu einer sehr realistischen Analyse gelangt, die sich stark von den schönfärbenden Phrasen anderer Organisationen unterschied. Sie bzw. ihre Europa-Organisation „Devrimci Isci“ schrieb im Dezember 1981 in den „türkischen Informationen“ (Nr. 11), daß alle Organisationen bis auf kleine Reste ihre Führung verloren hätten, die Organisationsstrukturen weitgehend zerschlagen wären, in den verbleibenden Strukturen die Mitglieder um das nackte Überleben kämpfen müßten, woraus der Schluß gezogen wurde, daß eine Phase des systematischen Rückzugs eingetreten sei. Diese Phase werde Jahre anhalten, eine Analyse der

neuen Situation und daraus folgenden Schlüsse werde Jahre brauchen.

Die Anstrengungen von „Devrimci Yol“ konzentrierten sich nun darauf, sowohl innerhalb der Türkei als auch unter den Exilanten in Westeuropa eine gemeinsame Widerstandsfrente aufzubauen. Man mag die Schwierigkeiten dieses Unternehmens daran ermessen, welche Kraft es erfordert hätte, die verschiedenen Teile der ML-Bewegung in der BRD an einen Tisch zu bekommen. Ein gewisser Durchbruch gelang schließlich 1982, als die PKK („Kurdische Arbeiterpartei“) ihre Bereitschaft erklärte, eine gemeinsame Front zu bilden. Zwar war die PKK innerhalb der türkischen Linken bis zum Putsch als einer der schlimmsten Sektierhaufen vertrieben, aber nach dem Putsch hatte die Partei auf einem Kongreß 1981 bezüglich ihres sektiererischen Verhaltens gegenüber anderen linken Organisationen eine „umfassende Selbstkritik“ abgelegt. „Devrimci Yol“ und die PKK bildeten dann das Gerüst für die „Antifaschistische Widerstandsfrente“ in der Türkei, die hier in der BRD als Auslandsorganisation BIRKOM bekannt wurde. Die wesentliche Klammer dieser Front war der Einheitsgedanke als zentrales Element des Neubeginns des Widerstands in der Türkei. BIRKOM wurde im März 1982 gegründet, die „Vereinigte Antifaschistische Widerstandsfrente“ im Juni 1982.

Schon zum damaligen Zeitpunkt konnte man sehr weitgehende Unterschiede in der Diktion der Erklärungen zur Gründung der Auslands- und der Inlandswiderstandsfrente feststellen. Während die Auslandsorganisationen sich auf eine Erklärung verständigten, die weitgehend nur den Gedanken einer Zusammenarbeit und der gemeinsamen Solidarität zum Inhalt hatten, war die Erklärung der Inlandsorganisationen noch gefüllt von allgemein optimistischen und schwülstigen Formulierungen, daß nun die Massen dem neuen Bündnis folgen würden usw.

Die Brüchigkeit dieses Bündnisses zeigte sich schon bald. Auf dem 2. Kongreß der PKK im August 1982 rief diese zur „strategischen Offensive“ gegen die Militärdiktatur auf und es wurde der bewaffnete Befreiungskampf als nächstfolgende Phase definiert. Dies stand im direkten Widerspruch zu den Analysen, die von

Dev Yol vorgelegt worden waren, aber auch innerhalb der PKK gab es offensichtlich weitreichende Widersprüche. Sehr viel später, im August 1985, werden im „Kurdistan Report“ Stimmen aus der Partei zitiert, die vor diesem Schritt gewarnt hätten, weil dies die Gefahr heraufbeschwöre, daß die „Partei vernichtet würde“. In der damaligen Phase wurde dies von der PKK als Gerede von „Provokateuren“, „Verrätern“ und „Liquidatoren“ abgetan. Es kommt allerdings wohl nicht von ungefähr, daß diese Kritik von denjenigen ZK-Mitgliedern vertreten wurde, die in der Folgezeit im Auftrag der PKK ermordet wurden.

Das Ende der „Vereinigten Antifaschistischen Widerstandsfrente“ und von BIRKOM liegt im Jahre 1983, wobei ein offizielles Ende nicht bekannt ist und sich alle Seiten über die konkreten Umstände bisher ausschwiegen. Neben den hier benannten Widersprüchen spielt hierfür auch noch die Entwicklung im Nahen Osten, speziell die Entwicklung nach dem letzten Libanonkrieg eine Rolle (siehe hierzu Artikel zur PKK). Die PKK hat sich auf Drängen Syriens eindeutig auf die Seite der PLO-Abspaltungen geschlagen, während Dev Yol eher in klassischen Fahrwassern schwimmt.

Innerhalb von „Devrimci Isci“, also den Exilanten von „Devrimci Yol“ ist seit 1983 eine innerparteiliche Diskussion um die Zukunft revolutionärer Parteien traditioneller Herkunft entbrannt, was wiederum auch hier zur Spaltung geführt hat. Ein Teil, weitgehend die Führung der alten Organisation, hat sich zu einem eher grünen Weg entschlossen, was sie zur besonderen Zielscheibe für die PKK gemacht hat, weil sie mit dieser Kritik auch in die PKK selbst hineingereicht hat. Dies macht „verständlich“, weshalb gerade diese Teile zu „Todesfeinden“ der PKK erklärt wurden. Andere Teile von Dev Yol propagieren heute immer noch den eher traditionell marxistischen Weg.

Die angestrebte Vereinigung der türkisch-kurdischen Linken in einem Bündnis steht seit diesem Bruch nicht mehr zur Debatte, die einzige Einigung besteht heute darin, die Praktiken der PKK gemeinsam abzulehnen und dies im Einklang von türkischen und kurdischen Organisationen.

Fortsetzung nächste Seite

Verbreitung der Hungerstreikerklärung gerichtlich gedeckt

Hamburger Oberlandesgericht lehnt Verfahren gegen den ARBEITERKAMPF ab

Ein überraschende Entscheidung fällt der Staatschutzsenat des Hamburger Oberlandesgerichts in einer Sache gegen den ARBEITERKAMPF. Wegen der Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung anlässlich des Hungerstreiks politischer Gefangener 1984/85 hatte der Staatsanwalt beantragt, ein Verfahren nach § 129a (Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“) gegen den verantwortlichen Redakteur, Heinrich Eckhoff, einzuleiten. Das Gericht lehnte die Eröffnung des Verfahrens mit einer Begrün-

dung ab, die auch für andere, sich in ähnlicher Lage befindliche Redakteure und Zeitungen hilfreich sein kann. Bemerkenswert ist vor allem, daß ausdrücklich verneint wird, daß allein mit der Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung die RAF unterstützt wurde und daß eine solche Veröffentlichung durch das Grundrecht auf Meinungsfreiheit abgedeckt sei. Wir dokumentieren im folgenden die Argumentation der Staatsanwaltschaft (in Auszügen) sowie die ablehnende Begründung des Staatschutzsenats (vollständig).

Die Staatsanwaltschaft

Die „Rote Armee Fraktion“ — „RAF“ ist eine 1970 aufgebaute und noch fortbestehende bewaffnete Untergrundorganisation, deren Ziel der bewaffnete Kampf gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist und deren Mitglieder in Verfolgung dieses Ziels zahlreiche schwere Straftaten wie Mord, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffanschläge begingen.

Die „Hungerstreikerklärung“ gibt die Auffassungen der „RAF“ und die von ihr — auch mit dem Hungerstreik — verfolgten Ziele wieder, nämlich Aufrechterhaltung und Festigung des Zusammenhalts ihrer Mitglieder, Mobilisierung Gleichgesinnter und revolutionären Kampf gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung. Dies kommt zum Ausdruck in der Forde-

rung nach „Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in großen Gruppen“ als „praktischer Bedingung“ für ein „Kollektiv der Gefangenen“ für „Kollektivität“ als „Struktur und Ziel des Befreiungskampfes“, in dem geduldeten Willen, mit allen zusammenzukommen, „die den Bruch mit diesem System gemacht haben, die gegen Knast, Staat, Imperialismus und Staatsdenken von den revolutionären Kämpfen, Initiativen und Erfahrungen der letzten Jahre ausgehen, die Konsequenz daraus wollen im gemeinsamen Angriff jetzt“, sowie in dem Aufruf, „die neue Phase der Entwicklung des Revolutionären Kriegs hier freizukämpfen — den Sprung jetzt zu machen, der das für jeden von uns ist — hier in den Gefängnissen und an jedem Abschnitt der Konfrontation.“

Der Abdruck der „Hungerstreikerklärung“ in der Zeitung „Arbeiterkampf“ verhalf der „RAF“ zu einer

weiteren Verbreitung ihrer darin geduldeten Ziele und Vorstellungen und stellte somit — zumal in der Zeit des andauernden Hungerstreiks — eine Förderung ihrer Bestrebungen und Tätigkeit dar.

Rechtliche Würdigung:

Die Veröffentlichung der „Hungerstreikerklärung“ in der Zeitung „Arbeiterkampf“ stellt eine durch ein Druckwerk begangene Straftat nach § 129a StGB dar, für die der Beschuldigte nach § 19 Abs. 1 HambPresseG nach den allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen strafrechtlich verantwortlich ist.

Die mit der Verbreitung der „Hungerstreikerklärung“ verbundene Förderung der Bestrebungen und Tätigkeit der terroristischen Vereinigung „RAF“ erfüllt den Tatbestand des § 129a StGB in der Form des Unterstützens.

Dagegen spricht im vorliegenden Fall nicht, daß der Abdruck in der Überschrift als Dokumentation bezeichnet wird. Abgesehen davon, daß dies keine Distanzierung vom Inhalt des veröffentlichten Dokuments darstellt, läßt die begleitende Berichterstattung über den Hungerstreik auf der vorangehenden Seite 22 deutlich die Sympathie für Aktion und Ziele der Hungerstreikenden erkennen. Daß der Beitrag „Hungerstreik in den BRD-Knast“ auf Seite 22 nicht bloß zufällig gleichzeitig und in enger räumlicher Verbindung zu dem auf Seite 23 folgenden Abdruck der „Hungerstreikerklärung“ veröffentlicht wurde, ergibt auch die Kopfzeile auf der Titelseite, in der unter dem Stichwort „Hungerstreik in den BRD-Knast“ auf beide Seiten 22 und 23 hingewiesen wird.

Das Gericht

Die Eröffnung des Hauptverfahrens ist abzulehnen, da eine Verurteilung des Angeklagten auf Grund des der Anklage zugrundeliegenden Sachverhaltes nicht wahrscheinlich ist.

Schon der Inhalt der Hungerstreikerklärung läßt nicht mit hinreichender Sicherheit entnehmen, daß er auf Unterstützung der „RAF“ in deren organisierter terroristischer Zielsetzung gerichtet ist.

Zwar bietet die Überschrift der Erklärung einen unmittelbaren Bezug zur „RAF“ im weitesten Sinne, weil in Betracht gezogen werden muß, daß der vom „Arbeiterkampf“ angesprochene Leserkreis allein schon mit dem Hinweis auf die „Gefangenen aus der RAF“ die Terrororganisation als solche mit dem Hungerstreik in Verbindung bringt. Auch deklariert die Verlautbarung ausdrücklich, daß es um die „Perspektive im Knast“, demnach um eine Verbesserung der Haftbedingungen im Sinne individueller Lebensführung des einzelnen Häftlings gar nicht gehe. Vielmehr stehen politische Ziele und deren Verfolgung außerhalb der Haftanstalten im Vordergrund, was durch die Veränderungen der Haftbedingungen nur erleichtert werden soll. Dabei handelt es sich um verbotenen und kämpferische Bestrebungen, die unter internationalem Zusammenschluß gleichgerichteter Gruppen und Kräfte letztlich auf die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind.

Indessen wird hinsichtlich der Methode der Durchsetzung derartiger Ziele in der Hungerstreikerklärung lediglich der Wunsch geäußert, Erfahrungen anderer Beteiligten mit solchen von „Gefangenen aus dem bewaffneten Kampf“ zusammenzubringen. Ein organisierter Kampf mit dem in §§ 129, 129a StGB inkriminierten Mitteln wird jedoch nirgends postuliert, so daß die erforderliche Gesamtbetrachtung der Hungerstreikerklärung nur den Charakter einer kämpferischen Agitationschrift beilegen läßt. Dies gilt um so mehr, als am Hungerstreik auch außerhalb der „RAF“ stehende Häftlinge teilnahmen, denen eine § 129 a StGB entsprechende Tätigkeit fernlag, jedenfalls nicht ohne weiteres zuzutragen ist.

Diese Würdigung der Hungerstreikerklärung schließt es aus, in ihrer Verbreitung eine Werbung für die oder Unterstützung der kriminellen Vereinigung „RAF“ zu sehen. Die propagierte Durchsetzung besserer Kommunikationsmöglichkeiten für Häftlinge ist auch dann noch keine im Sinne von § 129 a StGB strafbare Begünstigung einer terroristischen Vereinigung, wenn die Hungerstreikerklärung mit politischer Agitation verbunden wird, sofern sich diese im Rahmen allgemeiner Meinungsfreiheit hält. Das aber läßt sich im vorliegenden Fall nicht verneinen.

Darüberhinaus aber ist auch bei gegenteiliger Beurteilung des Gesamtcharakters der Hungerstreikerklärung die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung des Angeklagten nicht gegeben.

Denn die Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung im Rahmen der Bekanntgabe historischer Ereignisse unterliegt der Pressefreiheit (Art. 5 GG), wenn nicht das Vorhaben, unter ihrem Schutz in Wahrheit strafbare Handlungen zu begehen oder zu fördern, evident ist. Die Feststellung des letzteren ist nicht zu erwarten.

Die Veröffentlichung im „Arbeiterkampf“ unter „Dokumentation“ und „Klassenjustiz“ läßt zwar mit der Zuordnung zur „Klassenjustiz“ einen politischen Standpunkt dieses Pressezeugnisses erkennen, damit aber nicht zugleich das Vorhaben, sich den Inhalt der Hungerstreikerklärung zu eigen zu machen und die in ihr enthaltenen Zielsetzungen dem Leser gegenüber wie eigene zu befürworten und zu fördern. Vielmehr wird mit „Dokumentation“ Distanzierung gegenüber konformer propagandistischer Einwirkung auf den Leser zum Ausdruck gebracht.

Damit aber reicht auch diese Veröffentlichung, wenn auch in aller Vollständigkeit der Hungerstreikerklärung, in eine Vielzahl von Berichten über sie und ihren Inhalt ein, deren Vorhandensein in Presse, Rundfunk und Fernsehen über den Hungerstreik 1984/85 allgemein bekannt ist, ohne doch in diesem Fall eine bekräftigende Stimmungsmaße zugunsten der organisierten „RAF“ zu bewirken. Eine Stellungnahme für oder gegen bestehende Haftbedingungen, die Beeinflussung der Leser in der einen oder anderen Richtung stellt jedoch eine strafbare Handlung nicht dar und ist niemandem verwehrt. Die Verleumdung des Inhalts der Hungerstreikerklärung nicht auf.

Schließlich machen die vorstehenden Ausführungen deutlich, daß dem Angeklagten nicht nachzuweisen sein wird, daß von ihm zu verantwortende Veröffentlichung der Hungerstreikerklärung mit dem Vorsatz ermöglicht zu haben, die „RAF“ als Organisation für terroristische Aktivitäten zu unterstützen.



Das war knapp —

Fortsetzung von vorheriger Seite

suche der PKK, daraufhin bei kurdischen Organisationen im Iran Unterstützung zu erhalten, scheiterten, so daß sie nun ihre Aktionen in Kurdistan „ganz allein gestützt auf die eigenen Kräfte“ (KR 13, August 85) fortsetzte.

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Betreibungen der PKK, der Hauptteil ihrer Kämpfer sei in der Türkei, und sie werde auch ohne Rückzugsmöglichkeiten weiter im nationalen Befreiungskampf fortfahren, das Scheitern ihres Ansatzes verschleiern soll. Die starke Militärpräsenz in Türkisch-Kurdistan und die mangelnde Verankerung der Guerilla machen ein Operieren ohne eine relativ sichere Rückzugsmöglichkeit unmöglich. Tatsächlich häufen sich die Opfer auf beiden Seiten der HRK/ERNK, und seit dem Jahreswechsel 1985/86 kann der bewaffnete Kampf als aufgegeben betrachtet werden.

In der Region kann sich die PKK nur noch auf das reaktionäre syrische Regime stützen, bei dem auch Abdullah Öcalan Herberge gefunden hat. Auf diesem Hintergrund mag es nicht weiter erstaunlich klingen, daß die PKK ausgerechnet den Polizeistaat Syrien als „Widerstands-Insel“ in der Region lobt, dessen politische Führung einen „Alugen und entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus“ führt, als „wichtiges Zentrum, das die Angriffe und Pläne des Imperialismus durchkreuzt“ bezeichnet und dabei insbesondere die positive Rolle Syriens „auf den Territorien Libanons und Palästinas“ hervorhebt (KR 12, Juni

85). Gleichzeitig betont die PKK ihre Schicksalsgemeinschaft mit dem palästinensischen Volk, nicht ohne die politische Linie Yassir Arafats als „Kapitulation“ zu verdammen und sich auf die Seite der PLO-Opinion zu stellen. Die enge Verbindung zu Syrien, das nicht nur mit militärischer Gewalt gegen die Palästinenser vorgeht, und darauf hin arbeitet, Palästina einem Großsyrischen Staatsgebiet einzuverleiben, sondern auch die in Syrien lebenden Kurden als nationale Minderheiten ignoriert, läßt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Angesichts der verfahrenen Situation in der Region, der schwierigen Lage des palästinensischen Widerstands und des andauernden Golfkrieges, versucht die PKK, Kurdistan als „Schlüsselposition“ zur „Lösung“ der Problematik des Mittleren Ostens darzustellen. Sicherlich spielt speziell Türkisch-Kurdistan als Aufmarschgebiet der NATO, Stationierungsort der Rapid Deployment Force und Horchposten gegen die UdSSR in den Plänen der Imperialisten eine bedeutende Rolle. Und bestimmt kann die Bewegung der Kurden in der Region wieder zu einem ernsthaften Störfaktor für die Herrschaft der reaktionären Regime werden. Da die PKK aber, wenn sie vom „kurdischen Knoten“ Kurdistan spricht, der durch den „Nationalen Befreiungskampf Kurdistan“ gelöst werden kann, die eigene Partei und Türkisch-Kurdistan meint (alle anderen kurdischen Bewegungen charakterisiert sie als kleinbürgerliche Strömungen, Agenten usw.), ist die Forderung nach „engster Solidarität“ der Völker

der Region mit diesem Befreiungskampf nur ein verzweifelter Aufruf zur Solidarität mit der PKK (KR 12, Juni 85).

Aufgrund der umfassenden Isolation, in die die PKK geraten ist, werden ihre Drohungen gegenüber einem „liquidatorischen Komplott“ keineswegs ungefährlicher. Im Gegenteil: Die Niederlage im Versuch, den Volkskrieg in Türkisch-Kurdistan zu entwickeln, fordert von der Parteiführung entweder eine offene Kritik und einen Umdenkungsprozeß oder führt zu dem Versuch, andere für die Niederlage verantwortlich zu machen. Mit der zum Jahreswechsel vollzogenen Hinwendung zum „Heißen Krieg in Europa“ (vgl. auch AK 266) hat die PKK-Führung den letztgenannten Weg betreten.

Über die auffallend sektiererische Selbstüberschätzung hinaus, die aus dem Gehabe der PKK ins Auge springt, hat sich die PKK zu einer politischen Sekte entwickelt, deren In-Sich-Abgeschlossenheit in einer aussichtslos erscheinenden politischen Situation zum Amoklauf führt.

S., Hamburg

Wer sich zum Thema Kurdistan informieren möchte, empfehle ich das Buch: Kurdistan und die Kurden, Band 1, herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1984.

Zur Entwicklung des Prozesses von Verstoß gegen 2x Dissidenten bis zur Bedrohung, wesentlicher Teile der kurdischen und türkischen Linken vgl. AK 264

* Kurdistan Report, Organ der Europäischen Kurdischen Nationalen Befreiungsfront Kurdistan, im Text abgekürzt als KR.

Oldenburg:

Oldenburg:

Geheimdossier über Arbeitslosenselbsthilfe

Am 23.1.86 sorgte die Veröffentlichung eines geheimen Dokuments des CDU-Sozialdezernenten Friedrich Wilhelm Wehrmeyer über den gemeinnützigen Verein „Arbeitslosenselbsthilfe“ Oldenburg (ALSO) für ordentlichen Wirbel und anhaltende Auseinandersetzungen. Mit „Unterstellungen“, „Diffamierungen“ und „Stimmungsmaße“ werde „bei lauben und geistig

einfach strukturierten Hilfesuchenden“ durch die Aktivitäten der ALSO Bewusstseinsveränderung betrieben und die Arbeit des Sozialamtes erschwert, lautet das Fazit der Wehrmeyerschen „Analyse“, die sich auf eine 64-seitige, in Polizei- bzw. Verfassungsschutzmanier emigrierte, zusammengetragene Materialsammlung stützt.

Die ALSO wurde vor vier Jahren gegründet und betreibt u.a. das „Arbeitslosenzentrum“; dort wurden im vergangenen Jahr etwa 6000 Beratungen nicht nur für Arbeitslose, sondern immer mehr auch für Antragsteller oder Empfänger von Sozialhilfe durchgeführt. Außerdem ist die ALSO jeden Monat mit einer neuen Veröffentlichung vor dem Sozialamt präsent; durch diese Flugblätter erhalten Rat- und Hilfesuchende das, was sie auf dem Amt nicht erhalten können: aktuelle Erfahrungen und Tipps über Antragsmöglichkeiten und den Umgang mit den Sachbearbeitern, Hinweise auf verwertbare Rechtsprechung usw.

Daß sich der Sozialdezernent in der möglichst reibungslosen Verwaltung staatlich-kapitalistisch erzeugter Armut hier gestört fühlt, wird niemanden überraschen. Die Angegriffenheit des Herrn Wehrmeyer resultiert aber auch aus dem Umstand, der aus seinem folgenden „Kompliment“ an die ALSO herauszulesen ist: Die ALSO habe sich von einer Selbsthilfeorganisation zur „Agitationsgruppe“ entwickelt, „die mit rigorosen Parolen eine alternative Gesellschafts- und Sozialpolitik“ vertrete (lt. Dossier). Das hört mensch doch gerne? Und in der Tat verbindet die ALSO ihre sehr konkrete Hilfestellung mit der Veröffentlichung und Analyse von Armutsentwicklung in der BRD und in Oldenburg und benennt die politischen Verantwortlichen. Dies ist auch gerade in Oldenburg mit seiner vergleichsweise überdurchschnittlich restriktiven und reaktionären Sozial- und Haushaltspolitik ein Stoff ohne Ende. So ist im städtischen Sozialrat der Beitrag für Sozialhilfe (Hilfe zum

Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz/BSHG) um 1,8 Mio. DM gekürzt worden, obwohl die Zahl der Sozialhilfeanträge enorm zunimmt. Und während alle möglichen Bürger- und Heimat- bzw. Vertriebenenvereine zu ihrem Geld kommen, werden die Zuschüsse für Kindertagesstätten etc. drastisch reduziert bzw. bekommen Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Kulturinitiativen keinen Pfennig.

Ans Tageslicht gebracht wurde schließlich auch, daß Wehrmeyers Dossier bereits vor einem Jahr, im Januar 1985, verfaßt und verwendet wurde: nämlich im Verwaltungsausschuß (ABM-Ausschuß) des Oldenburger Arbeitsamtes. Ziel des Manövers war es, die beantragte Bewilligung von ABM-Stellen für die ALSO zu verhindern; dies blieb allerdings erfolglos. Aber nun müssen Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Initiativen — eben all jene, die möglicherweise einmal einen Krümel des Sozialstaats für sich erbitten oder Herrn Wehrmeyer politisch in die Quere kommen könnten — von der Annahme ausgehen, daß entsprechende Materialsammlungen, vielleicht auch schon Dossiers, über sie selbst angefertigt wurden oder noch werden.

Die Stimmung bei der CDU und der Verwaltungspolitik besteht in Verärgerung und Haß gegen die ALSO und die „Geheimnisträger“, die in den Reihen der GRÜNEN oder DKP-Fraktion im Stadtrat vermutet werden, gleichzeitig aber auch in strammen Solidaritätsbekundungen für Wehrmeyer gegen diese „Hetz- und Verleumdungskampagne“. Die ALSO will gemeinsam mit anderen Initiativen und Selbsthilfegruppen dem in solchen Situationen stets gegebenen Distanzierungs- bzw. Relativierungsdruck entgegenwirken und die Oldenburger „Sozialpolitik“ = Armutspolitik auf der Welle der jetzt geschaffenen Öffentlichkeit umso kräftiger auf Korn nehmen.

Rainer/Oldenburg

en! Mehr Dampf im Arbeiter Kampf!

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Betrifft: Portugal (AK 267)

Dicke Schnitzer

Tja, das waren noch Zeiten, als es beim AK noch eine Portugal-Kommission gab. Wenn man die Beiträge im letzten AK zu Portugal best, wird einem schmerzlich bewußt, wie „out“ ein Thema im Bereich Internationalismus wird, wenn die Entwicklung dort nicht so weiterläuft, wie Genossin und Genosse sich das vorstellen. Wie wird wohl eine Berichterstattung zu Nicaragua in 10 Jahren aussehen?

Aber ernsthaft, liebe Freunde: Es ist nichts dagegen einzuwenden, Berichte anderer Zeitschriften nachzudrucken, wenn keine eigenen Informationen vorliegen. Aber doch nicht jeden Mist! Ich möchte vorschlagen, daß ihr Euch vorher so etwas durchlest oder, noch besser, den AK Jahrgang 75/76 vom Speicher holt, den Staub wegpustet und ein paar Fakten vergleicht.

Zur Sache: Zum Artikel selbst möchte ich nichts anmerken, da der AK nur 44 Seiten hat. Es sind aber noch 3 Kästen eingerückt, die den Anschein einigermaßen objektiver Information erwecken sollen, obwohl sie

Zur Sache: Zum Artikel selbst möchte ich nichts anmerken, da der AK nur 44 Seiten hat. Es sind aber noch 3 Kästen eingerückt, die den Anschein einigermaßen objektiver Information erwecken sollen, obwohl sie vor Fehlern (wohlwollend ausgedrückt) nur so strotzen. Hier nur die dicksten Klöße:

1. Fast alle Organisationsnamen sind z.T. völlig falsch übersetzt. FUP heißt nicht Vereinigte Volksfront (Unidad Popular, da war doch auch was), LUAR nun wirklich nicht Vereinigte Linke der Revolutionären Aktion, und PRP auch nicht einfach Revolutionäre Partei. Außerdem heißt „armada“ bewaffnet und nicht militärisch und, nebenbei gesagt, der April ist in Portugal ein abril und kein aprilé.

2. Jetzt die besseren Fälschungen: Bisher haben nur die Rechten behauptet, es gäbe einen linken Putschversuch der Fälschmijäger von Tancos am 25.11.75. Sie wollten ja damit gerade IHREN Rechtsputsch — im Kasten niedlicherweise Gegenoffensive genannt, denkt mal nach — rechtfertigen. Zudem war zwar R. Eanes damals einer der Rechten im MFA, aber die rechtsradikale Eliteeinheit „Comandos de Amadora“ war nicht seine Einheit, die befehligte der berühmte Jaime Neves.

Noch so eine fechte Legende wird nahtlos übernommen. Das COPCON hat nicht mit den Bauarbeitern den Regierungssitz belagert und Regierung und Parlament eingeschlossen. Es ist allerdings auch nicht gegen die Arbeiter vorgegangen. Wer ein Interesse daran hatte, diese Truppe als Meuterer und Putschisten hinzustellen, um sie auflösen zu können, kann sich jeder denken.

3. Ein Zitat: „LUAR und Revolutionäre Brigaden lösten sich später in den FP 25 auf“. Das ist nun wirklich blanke, übelste Denunziation. LUAR und PRP/BR waren keine klandestinen Organisationen, ihre Mitglieder waren und sind wohl auch noch heute bekannt. Mal ganz abgesehen davon, daß sich LUAR schon einige Jahre aufgelöst hatte, als die FP 25 gegründet wurde. Einige Genossen/innen der PRP/BR sind wegen solchen schmutzigen Lügen schon vor einigen Jahren in den Kasten gewandert. Ihr findet es wohl auch nicht witzig, wenn ihr in einer linken portugiesischen Zeitschrift lesen dürft, daß sich der KB in die RAF aufgelöst hat.

Ich könnte gerade so weitermachen, habe auch noch einen Haufen angestrichen, aber ich sehe schon, es wird zu lang; außerdem interessiert es wahr-

scheinlich sowieso keine Sau mehr. Aber seid so lieb und stellt die schlimmsten Hämmer klar. Schließlich habt ihr einen Ruf als seriöses Magazin!

Trotz allem solidarische Grüße Frank

(Recht hat er, da fiel uns keine Entschuldigung ein, wir haben geschluppt).

Lob und Tadel

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

1986 werde ich den „Arbeiterkampf“ im 4. Jahr bestellen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, euch zu sagen, was mir im vorangegangenen Jahr gefallen hat und was nicht. Vorausgesetzt, es interessiert euch.

Was mich selbst betrifft, so bin ich seit Anfang der 70er im politischen Geschäft: 10 Jahre KBW, 1 Jahr BWK und seit Anfang 82 aktiv in der Friedensbewegung. Zum Abo des AK hat mich damals veranlaßt, daß ihr im Gegensatz zu anderen linken Gruppen nicht wie altkluge Großväter von außerhalb kommentiert habt, sondern in dieser Bewegung aktiv seid und für eure Positionen streitet. Positionen, die sich nicht selten mit meinen decken.

Für diese Positionen kämpfe ich in der örtlichen Friedensinitiative recht allein, da die örtliche Linke — einmal abgesehen von der DKP — sich hier ignorant rauszieht. Über den AK erhalte ich einen Großteil wichtiger Informationen — seien es Auseinandersetzungen innerhalb der bundesweiten Friedensbewegung oder Enthüllungen über die militärische Bewaffnung des BRD-Imperialismus. Ferner Einblick über die Auseinandersetzung z.B. innerhalb der GRÜNEN, oder der radikalen Linken. Das möchte ich nicht missen.

Was mir nicht gefällt, ist die Häm, mit der ihr in vielen Fällen die politische Auseinandersetzung führt. Einmal wird die DKP runtergemacht, dann über die Hochzeit von Stalin und Trotzki schwadroniert oder zum Verpassen der GRÜNEN aufgerufen. 1. Backt ihr nicht solche großen Bröchen, daß ihr euch solchen Stil leisten könntet.

2. War dies nie ein revolutionärer Stil. Ihr braucht euch nur das Schicksal der Organisationen am Wegesrand der letzten 10 Jahre anzuschauen, die sich an Selbstherrlichkeit gegenseitig überboten haben. Scheinbar schwingt bei euch immer noch die Idee, euren Einfluß auf Kosten aller anderen Strömungen der Linken ausweiten zu können.

Ich bin der Überzeugung, daß es keine Alternative dazu gibt, bei allen Differenzen gemeinsam einen Weg für einen erfolgreichen Widerstand zu suchen. Für das neue Jahr wünsche ich uns viel Erfolg dabei, die Friedensbewegung als handlungsfähige Kraft zu erhalten.

Mit solidarischen Grüßen Jochen

Schmatz

Liebe Genossinnen und Genossen

Eure Zeitschrift ist eine der wenigen,

die umfassend über die sozialistische

Diskussion in der BRD berichtet. Da ihr mit den sozialistischen Organisationen verschiedenster Prägung Kontakt habt, möchte ich an Euch eine Bitte richten: Ich möchte mit solchen Organisationen gleichgültig, ob marxistischer, trotzkistischer, maoistischer, leninistischer oder anderer Ausrichtung in Kontakt treten. Dazu brauche ich aber ihre Adressen. Ich hoffe, ihr könnt mir helfen ...

Beel



„Zeitung für den Kommunismus“

„Zeitung für den Kommunismus“

... meine ich als Leser, daß der Name geändert gehört ... Es gibt traditionelle Anleihen und Wortschöpfungen. Aber geht doch mal nach dem Inhalt. Über was berichtet ihr denn? Was ist denn Euer Anliegen? Bestimmt nicht der (Männer-)Kampf (= Mäckerkampf) an sich und für sich. Das Ziel ist ja wohl was anderes. Der Arbeiterkampf war ja nur ein Mittel (der Vergangenheit) auf dem Weg zum Sozialismus oder gar Kommunismus. Und daß die bisher vernachlässigten (oder gar ganz vergessenen) Frauen da eine besonders hervorragende Rolle spielen und v.a. sprechen werden, steht ja wohl außer Frage. „Emanzipation“ ist vielleicht zu fremdwörtlich. „Befreiung“ klingt schon gleich wieder so heroisch (männlich?). „Solidarität“ ist zwar auch traditionell, aber wohl auch zu eng. „Wie geht's weiter“ klingt zu sehr nach „Was tun“. Veröffentlicht oder schreibt mal doch mal alle Vorschläge zur Diskussion, die halbwegs passabel erscheinen. Warum nicht ganz profan: „Zeitung des KB/Kommunistischen Bundes“ oder „Zeitung für den Kommunismus“ oder „Aus kommunistischer Sicht“. Ist natürlich wieder viel Anspruch dabei. Oder einfach: „Die Monatszeitung (-Berichte) (des KB)“.

Außerdem scheint es mir eh bedenklich, daß die Zeitung gerade noch eine Auflage von 4.000 hat, was wohl heißt, daß kaum über 2.500 wirklich verkauft werden. Der Abo-Stand wird wohl so bei 1.000 liegen, das ist wohl gesamtgesellschaftlich gesehen kaum noch eine wirkliche „Kraft“ (zumindest verglichen mit früheren Zeiten, wo Auflagen von 25.000 normal waren, nicht zu vergessen die Branchen-, Betriebs-, Studenten- und Jugendzeitungen. Den „Rebell“ fand ich optimal).

Die Tendenz zu immer längeren grundsätzlichen Artikeln scheint wohl anzuhalten, leider. Denken kann ich selbst. Aber Fakten zusammentragen und zusammenstellen war mir wichtiger. Sicher mit Wertung. Von mir aus regelmäßig auch theoretische Artikel. Aber etwas rarer bitte ...

Jel

(Na, na. Etwa 3.500 werden pro Ausgabe verkauft. Von den letzten fünf Nummern des AK waren zwei ausverkauft. Aber sonst finden wir's ja auch zu wenig.)

Mit dem Flair der UZ?

Ich hatte gedacht, das wäre endgültig vorüber. Aber in zwei AK-Artikeln von „ha“ taucht nun eine Art von Lenin-„Aktualisierung“ wieder auf, die geeignet ist, auch die letzten Leser zur Verzweiflung zu treiben. Da heißt es salopp: „Deutsche Bank bestätigt Lenin“ (AK 265, S.5), denn der Flick-Verkauf verspreche „noch mehr Macht über das Industriekapital“. War Flicks Imperium also schlicht „Industriekapital“? Und was hat das mit Lenin zu tun? Zwar hat auch Lenin behauptet, die Macht der Banken wachse, aber das war weder originell noch neu. Also bleibt nur die Aussage, daß der Einfluß der Deutschen Bank wächst. Für die Beobachtung braucht man Lenin nun wirklich nicht. Und die These, die „Vorherrschaft des Finanzkapitals über das Industriekapital“ schreitet unentsetzt in großen Sprüngen voran (ebd.), ist als Schlussfolgerung aus einer Fusion doch recht kühn. Derselbe Autor erklärt auf S.6 dann noch einmal: Die „laufenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals (bestätigen) die grundsätzliche Richtigkeit und Aktualität der Leninschen Imperialismusanalyse“.

Das ist doch absurd! Diese Prozesse bestätigen nichts weiter als eben die Konzentration des Kapitals. Und das ist keine spezielle These Lenins, sondern das sagen alle Marxisten (und sehr viele Nicht-Marxisten auch). Was sollen also diese Schnacks? Die Leser vom Leninismus überzeugen? Das ist auf diese Weise sicher nicht möglich, zumal die Leninsche Imperialismus-Theorie ja nicht gerade unumstritten ist. Schon die ökonomischen Argumentationen Lenins sind zumindest sehr problematisch, denn sie gehen auf Theorien zurück, die in der SPD entstanden (Hilferding) und mit der historischen „Kapital“-Rezeption Kautskys verknüpft waren. Von Hilferding hat Lenin auch den Begriff vom Finanzkapital. Es zeugt nicht gerade von Problembewußtsein, wenn man sehr umstrittene Begriffe nebenbei in den Raum schleudert und so tut, als könne es darum doch nun wirklich keinen Streich geben.

Außerdem ist es nun mal so, daß Lenins Imperialismus-Theorie untrennbar mit der Behauptung verbunden ist, der Imperialismus sei das „letzte Stadium“ des Kapitalismus, der „Vorabend der proletarischen Weltrevolution“. Diese Thesen können doch wohl nicht durch ein oder zwei Fusionen „bewiesen“ werden! Solche „Aktualisierungen“ können von einer Beschäftigung mit Lenin nur abschrecken. (Und schließlich ist „ha“ ja nicht erst seit gestern im KB. Er mußte also eigentlich die KB-Schulungsinfos zum Imperialismus kennen, die vor solchen „Aktualisierungen“ gewarnt haben und — wie unvollständig auch immer — die Problematik der Imperialismus-Theorie herausgestrichen haben).

Man tut weder dem KB noch der Linken insgesamt einen guten Dienst, wenn man Theorien in solcher Weise verhuast. Dies gilt umso mehr, als man heute nicht voraussetzen kann, daß die AK-Leser die alten Lenin-Schriften kennen. Wenn man also meint, Lenins Imperialismus-Theorie wäre jetzt aktuell und zum Verständnis der Kapitalbewegung brauchbar, dann soll man die Theorie vorstellen und ihre Aktualität begründen. Denn sonst beweist man nur die „grundsätzliche Richtigkeit“ der Vorurteile gegen K-Gruppen.

Jo

Die MOZ ist tot, es lebe die MOZ!

Verwirrt und überrascht haben manche Zeitschriftenleser in letzter Zeit am Kiosk ein Magazin entdeckt, dessen Titel an ein Spätsommer 1984 Pleite gegangenes Organ linker Grüner erinnert: „MOZ“. Trät das verbliebene Blatt mit dem Untertitel „Moderne Zeiten“ und der anspruchsvollen Bezeichnung „Sozialistisches Monatsmagazin“ auf, weist sich die MOZ, um die es hier geht, lediglich als „Grün-Alternative Monatszeitschrift“ mit dem schlichten Titel aus drei Buchstaben aus. Das auf Hochglanzpapier mit zahlreichen Fotos professionell gemachte Magazin zum Preis von nur 4 Mark berichtet über Themen wie Aufrüstung in der BRD, Rassismus in Frankreich und Kultur in Österreich. Die Redaktion sitzt in Wien, alte Bekannte aus dem Mitarbeiterstamm der früheren „MOZ“ sucht man in dem neuen Blatt vergeblich. Nicht Debatten mit marxistischem Anspruch und einem Bezug zu den Diskussionen der grünen Partei in der BRD bietet die Zeitschrift, sondern Reportagen und Interviews mit meist antiamerikanischer Tendenz und durchweg mittelmäßigem Informationswert.

Umrahmt wird das Heft durch ganzseitige Anzeigen des Uhrenhandels General Arab Sahara Comp. und der Libyan Motors Comp. aus der „Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Jamahiriya“, wie sich Libyen offiziell nennt. Ghaddafi statt Gramsci lautet die Devise. Bereits in einer der ersten Ausgaben der neuen „MOZ“ ließ es sich der Meister und Autor des „Grünen Buches“ nicht nehmen, ein „Exklusiv-Interview“ zu gewähren und über die gesamte Titelseite zu strahlen. Wie wenig Wert die Finanziers des Projektes auf eine halbwegs geschickte politische Verpackung ihres Produktes legen, beweist ein Redakteur namens Abdul Ghani Elmani in einem Kommentar im Januar-Heft: „Oberr Ghaddafi versteht das Leben so, wie es aus den Herzen der Unterdrückten und Leidgeplagten hervorbricht, darin ist auch seine kontinuierliche Hilfe für sämtliche Freiheitsbewegungen zu sehen und zu verstehen.“ „Oberr Ghaddafi versteht das Leben so, wie es aus den Herzen der Unterdrückten und Leidgeplagten hervorbricht, darin ist auch seine kontinuierliche Hilfe für sämtliche Freiheitsbewegungen zu sehen und zu verstehen.“ Denn kein anderer als Oberr Ghaddafi selbst wird mehr Verständnis für Freiheit und Unabhängigkeit besitzen ...

Ob dieses über Kioske in der gesamten BRD verteilte Magazin mit dem Tripoliser Touch, daß sich mit der Ghaddafi eigenen Bescheidenheit als „das gefährlichste Magazin der Welt“ vorstellt, unter der grünen Anhängerschaft in der BRD reißenden Absatz finden wird, ist sehr zu bezweifeln. Vielmehr als die Verschwendung libyscher Devisen ist bei dieser MOZ bislang nicht festzustellen.

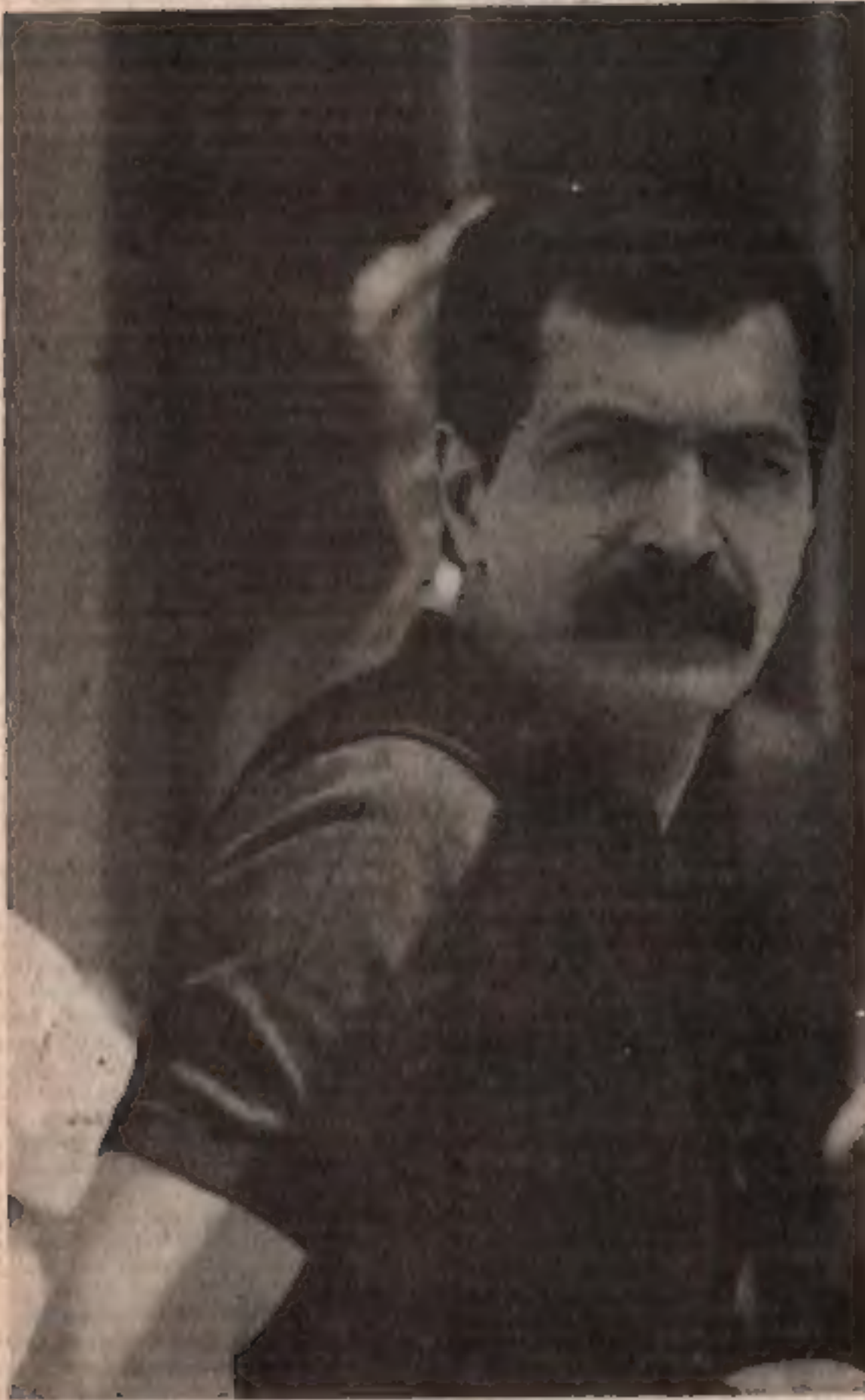
Gerd Eggeling

Linke Karrieren

Johann Legner, langjähriger Lokalredakteur der Westberliner „taz“ mit linker Vergangenheit, hat sich verbessert. Seit dem Jahresanfang ist er vom Kritiker der Politik des Westberliner CDU/FDP-Senats in der Frontstadt zum Sprachrohr eines Teilbereichs von dessen Politik hinübergewechselt. Er hat den Posten eines Pressesprechers der Senatorin für Jugend und Familie — Schmalz-Jacobson (FDP) — übernommen. Daß sowas heutzutage nicht ganz ungewöhnlich ist, haben wir vor zwei Nummern im AK an einigen Fällen berichtet. Daß dabei die FDP zunehmend beliebter wird, signalisierte als erstes der Übertritt Ernst Hopfischs von den Grünen in die Partei der Wirtschaftliberalen, für die er erstmals am 21. Januar in Frankfurt den Werbefeldzug „Wenn schon liberal, dann echt und nicht grün“ eröffnete. Und daß sowas Linke zunehmend chie finden, bekannte das Westberliner Stadtblatt „titty“ zeitgemäß. SFB und Springerpresse würden Gift und Galle spritzen, bornierte Rechte wie Linksradikale seien sich einig in der Ablehnung Legners als Pressesprecher. Vor diesem Hintergrund wirke dieser Jobwechsel „als antiautoritärer Parzellaum gegen die alternative Autorität“.

Die politische midlife crisis, so lehrt der AK-eigene Hauspsychologe, führt häufig zu Autoritätsproblemen, die sich umgekehrt proportional zu denen aus der unruhigen Jugendzeit verhalten können. Das war's denn wohl.

Kürsat Timuroglu ermordet



Kürsat ist tot. Wir trauern um einen politischen Freund, dem wir über lange Jahre in gemeinsamen Aktionen begegnet sind. Kürsat Timuroglu wurde am Mittag des 25. Februar vor seiner Haustür im Hamburger Stadtteil St. Georg erschossen. Der Attentäter drückte dreimal ab, zwei Schüsse gingen vorbei, einer traf den 32-jährigen Kürsat in den Rücken. Kürsat floh mit letzter Kraft in ein Geschäft, wohin ihn der Täter verfolgte und kaltblütig aus nächster Entfernung zwei weitere Schüsse auf seinen Kopf abgab.

Der Todesschütze konnte entkommen, Kürsat starb zwei Tage später im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Augenzeugen der Tat beschreiben den Täter als „südländisch aussehenden“ ca. 25-jährigen Mann, der sich schon seit Tagen in der unmittelbaren Umgebung der Wohnung Kürsats aufhielt, „als wenn er auf jemanden warten würde“. Täglich hatte er in einem Cafe gegenüber gesessen, abends in einer Kneipe. Im Cafe hinterließ der Mann seine halbvolle Kaffeetasse, als er sein Opfer auftauchen sah.

Die Polizei hat nach den Beschreibungen der Augenzeugen zuerst ein Phantombild, später ein Foto des unter dringendem Verdacht Gesuchten veröffentlicht, bisher wurde er noch nicht gefunden. Die Ermittlungen übernahm unmittelbar nach der Tat der Staatsschutz (FD 7), da politische Hintergründe für die Tat vermutet wurden.

Auch bei den Angehörigen und politischen Freunden Kürsats ging der Verdacht sofort in eine bestimmte Richtung. Schon seit mehreren Monaten befürchteten sie, daß von Seiten der PKK einer der ihren ermordet werden könnte. Kürsat mußte aufgrund seines langjährigen öffentlichen Auftretens als Sprecher von Devrimci Isci als gefährdet gelten. Zuletzt war er zwei Wochen vor dem Mord auf einer Benefiz-Veranstaltung für die Familie Ramazan Avcis aufgetreten, es ist möglich, daß der Täter von dort aus seine Spur aufgenommen hat. So

aus getrautet genügt. Zwei Wochen vor dem Mord auf einer Benefiz-Veranstaltung für die Familie Ramazan Avcis aufgetreten, es ist möglich, daß der Täter von dort aus seine Spur aufgenommen hat. So mischte sich in die schreckliche Ungewissheit der ersten Stunden nach dem Anschlag der Verdacht auf eine Urhebererschaft der PKK, der Kürsats Tod noch unfassbarer macht. Kürsat, der als aktiver Sozialist und Antifaschist einem Anschlag der Grauen Wölfe in der Türkei überstand, der im Gefängnis saß und hier in der Bundesrepublik fortfuhr, für seine politischen Ziele zu kämpfen, soll von einer Gruppierung ermordet worden sein, die als marxistische Befreiungsorganisation auftritt, soll Opfer politischer Auseinandersetzung unter Linken geworden sein ...?

Sicherlich hatte Kürsat als aktiver Antifaschist aus der Türkei in der Bundesrepublik Feinde. Das türkische Regime, das Kürsat erst vor kurzem wegen staatsfeindlicher Aktivitäten im Ausland ausbürgerte, die türkischen Grauen Wölfe, gegen die er auch hier aktiv war und bundesdeutsche Neonazis und Rassisten, für die er als aktiver linker Türke ein erklärter Gegner war. Nur gehört es bisher nicht zur Praxis der türkischen Polizei oder des Geheimdienstes, im europäischen Ausland kaltblütige Attentate auf Regimegegner durchzuführen. Es scheint auch eher unwahrscheinlich, daß mit Kürsat eine Änderung dieser Praxis eingeleitet wurde, da vonseiten der Türkei Wert darauf gelegt wird, in Westeuropa sich einen demokratischen Anstrich zu geben.

Von seiten der Grauen Wölfe ist seit mehreren Jahren in der Bundesrepublik kein bewaffneter Angriff auf Antifaschisten bekannt. Die faschistischen türkischen Strömungen haben sich auch noch nicht soweit von der Desorientierung nach dem Militärputsch erholt, daß ihnen ausgerechnet ein solches Attentat zuzuschreiben wäre. Und auch persönliche Motive für einen Mord müssen nach unserer Kenntnis als äußerst unwahrscheinlich gelten.

Fortsetzung auf Seite 44

Stammheim aktuell

| | |
|--|-------|
| Christiane Ensslin im Gespräch zum Buch von Stefan Aust | S. 13 |
| Interview mit Reinhard Hauff, Regisseur der Filme 'Stammheim' | S. 15 |
| Interview mit Jürgen Fimm, Intendant des Thalia-Theaters | S. 15 |
| Isolationshaft wissenschaftlich erforscht | S. 16 |
| Die 'Wunder von Stammheim' | S. 17 |
| APO und die 'erste RAF-Generation' | S. 19 |
| Stefan Aust über den Tod Ulrike Meinhof | S. 19 |
| Die 'Nachrichtenspetre' oder 'Alle gemeinsam für diesen Staat' | S. 19 |
| Politische Entscheidungsgremien während der Schleyerentführung | S. 20 |
| Zur Antiterrorkampagne gegen die RAF | S. 21 |
| Die 'Wunder von Stammheim' aus heutiger Sicht | S. 22 |
| Eine Bestandsaufnahme im Gespräch mit Christiane Ensslin | S. 22 |
| Kommentar: Der Film, der noch gedreht werden muß | S. 23 |

aktuell

| | |
|---|------|
| Kommentar: Marcos lebt, Reagan ist Präsident, Palme ermordet | S. 2 |
| Redaktion 'atom' fordert Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung | S. 3 |
| Hunderttausende protestierten: Bundesregierung auf dem Rückzug? | S. 3 |
| Diskussion vor den Hamburger Bürgerschaftswahlen | S. 6 |
| Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Signale für rot-grün? | S. 7 |

Betrieb und Gewerkschaft

| | |
|---|------|
| Zur Person Hans-Joachim Jandies | S. 3 |
| Wie gewonnen, so zerronnen - Der DGB mag die GRÜNEN nicht | S. 5 |

Kampf dem Faschismus

| | |
|---|-------|
| Interview über die Welle antisemitischer Ausbrüche in der BRD | S. 30 |
|---|-------|

Grüne und Alternative

| | |
|---|------|
| Bundesparteitag in Hagen: GRÜNE demonstrieren Geschlossenheit | S. 4 |
|---|------|

Klassenjustiz

| | |
|--|-------|
| 129a Verfahren gegen ARBEITERKAMPF abgelehnt | S. 46 |
|--|-------|

Ausländer in der BRD

| | |
|---|-------|
| Türkische Jugendliche organisieren sich gegen Rassismus | S. 24 |
| Türkisches Bündnis gegen Rassismus vor der Spaltung | S. 24 |

Militarismus

| | |
|--|------|
| Ein halbes Nein, ein ganzes Ja - Die SPD zu SDJ und EUREKA | S. 9 |
|--|------|

Europa

| | |
|---|-------|
| Niederlande: Erneuter Dokumentenklausur | S. 9 |
| Die Mitterrand-Jahre | S. 31 |

Nahost

| | |
|---|-------|
| Bahman Nirumand: 'Das Schweigen über den Golfkrieg beenden' | S. 35 |
|---|-------|

Afrika

| | |
|-----------------------------------|-------|
| Südafrika: Umschuld ohne Umschuld | S. 34 |
|-----------------------------------|-------|

Nahost

| | |
|---|-------|
| Bahman Nirumand: 'Das Schweigen über den Golfkrieg beenden' | S. 35 |
|---|-------|

Afrika

| | |
|-----------------------------------|-------|
| Südafrika: Umschuld ohne Umschuld | S. 34 |
|-----------------------------------|-------|

Asien

| | |
|---|-------|
| Marcos gestürzt, die Oligarchie bleibt an der Macht | S. 12 |
|---|-------|

| | |
|--|-------|
| Philippinen: Der amerikanische Flugzeugträger im Pazifik | S. 33 |
|--|-------|

| | |
|------------------------------------|-------|
| BRD-Interessen auf den Philippinen | S. 33 |
|------------------------------------|-------|

Lateinamerika

| | |
|--|-------|
| SPD - Nicaragua: Contreras der Solidarität | S. 17 |
|--|-------|

| | |
|---|-------|
| El Salvador: 'Demokratisierung?' - Nicht bemerkt! | S. 38 |
|---|-------|

| | |
|---|-------|
| Interview mit einer Delegation Stuttgarter Solidaritätskomitees | S. 38 |
|---|-------|

| | |
|---------------------------------------|-------|
| Interview mit einem Vertreter des MIR | S. 39 |
|---------------------------------------|-------|

Realer Sozialismus

| | |
|---|-------|
| XXVII. Parteitag der KPdSU: Abschied vom Stalinismus? | S. 25 |
|---|-------|

| | |
|----------------------|-------|
| Teil I: Innenpolitik | S. 25 |
|----------------------|-------|

Frauen

| | |
|---|-------|
| Scheidungsrecht: Und denk an die Folgen | S. 10 |
|---|-------|

| | |
|--|-------|
| Frauen stürmt die Arbeitsämter - meldet euch arbeitslos! | S. 10 |
|--|-------|

| | |
|--|-------|
| Das Erziehungsgeld - Ein Gesetz zur Flexibilisierung der weiblichen Arbeitskraft | S. 11 |
|--|-------|

| | |
|--------------------------------------|-------|
| Männerjustiz: Ein Richter sieht rot! | S. 36 |
|--------------------------------------|-------|

Wirtschaft

| | |
|--|-------|
| OPEC: Das vorzeitige Ende eines Kartells | S. 34 |
|--|-------|

Personen

| | |
|---|------|
| Rau stellt Mar: Pershings bleiben hier? | S. 8 |
|---|------|

Kultur

| | |
|--|-------|
| Hollywood macht mobil: Über Rambomania und us-amerikanische Unkultur | S. 40 |
|--|-------|

Linke

| | |
|---|-------|
| Die Politik der PKK: Einer gegen alle - eine Sekte treibt ihr Unwesen | S. 44 |
|---|-------|

| | |
|---------------------------|-------|
| Kürsat Timuroglu ermordet | S. 48 |
|---------------------------|-------|

Revisionismus

| | |
|--|-------|
| Vorschlag der UdSSR und KPdSU zur Beendigung des Wettrüstens | S. 27 |
|--|-------|

Diskussion

| | |
|--|-------|
| Humangenetische Beratungsgastellen auf alten Wegen | S. 42 |
|--|-------|

| | |
|--|-------|
| Das 'Garantierte Mindesteinkommen': Ein zureifendes konservatives Modell | S. 46 |
|--|-------|

Ohne Rubrik

| | |
|--|-------|
| Anatoli Schtscharanski wird Nathan Scharon - Aber Israels Probleme bleiben | S. 28 |
|--|-------|

| | |
|--------------------------------|-------|
| Geld, Waffen, Blut, wg. Strauß | S. 29 |
|--------------------------------|-------|

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 30,-
☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-

☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/wir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

*Nichtzustellendes bitte einreichen

Kto. Nr.

Kto.-Inhaber

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

(Unterschrift)